

GÖTZ ALY

VOLK

ohne

MITTE

Die Deutschen
zwischen
Freiheitsangst und
Kollektivismus

S. FISCHER



Götz Aly

Volk ohne Mitte

Die Deutschen zwischen Freiheitsangst und Kollektivismus

Inhalt

- Einleitung
 - Wie haben die Deutschen 1945 so enden können?
 - Immer dabei und stets anständig geblieben
 - Sonderweg, Verspätete Nation, Volk ohne Mitte
 - Hitlers Blick auf die »Masse der Mitte«
- Knechtssinn und Freiheitsangst
 - Frivoler Jude, schamlos und frech
 - Die Deutschen, gedrückt und mutlos
 - Wechselnde Motive des Judenhasses
 - Die Langweiler gegen die Tüchtigen
- Machet sie zu Pulver!
 - Eine Geschichte, die 1871 übergangen wurde
 - Von der Reform zum rechtsförmigen Pogrom
- Ethnisch säubern, sozial aufsteigen
 - Judendeportationen als Teil ethnischer Politik
 - Hilflos gegen den Geist des Hasses
 - Vertreibung als politisches Ziel
 - Parzellierte Erinnerung vervielfältigt die Opfer
- All dieses Böse kommt von innen
 - Du sollst nicht stehlen
 - Wer war es gewesen? – »Niemand oder alle«
- Die Nutznießer des Mordens
 - 1938 drohte der Staatsbankrott
 - Raubzüge im besetzten Europa
 - Kriegslasten, beglichen mit dem Gold der Juden
 - Schütze Heinrich Böll im Kaufrausch
 - Gemeinschaftstiftender Raub als Staatsprinzip
 - Hitlers räuberische Kunsthändler
 - Beutestücke in deutschen Wohnzimmern
- Wilhelm Röpke gegen Volk und Führer
 - Extrem humanistisch-weltbürgerlich eingestellt
 - Standhaft gegen den Nationalkollektivismus
 - Der Massencharakter des Nationalsozialismus
 - Röpke, ein Meister politischer Prognosen
 - Die Kritik des Exilierten an der NS-Herrschaft

- Rückblicke auf den Albtraum des Kollektivismus
- Die Deutschen in der Stunde null
 - Man hängte die Großen und ließ die Kleinen laufen
 - Larmoyanz und Selbstmitleid
- Die heilsame Wirkung des Kalten Krieges
 - »Wieder eine eigene deutsche Wehrmacht« – wie schön
 - Ein vereinigtes Deutschland? Unerträglich!
 - Nachtrag zum 3. Oktober 2014
- Was wusste Walter Jens?
 - Schneller Verdacht – schlechte Beweise
 - Jens 1944: »Thomas Mann, du großer Dichter«
 - Nachträge 2014
- Arbeit an den »Vorstufen der Vernichtung«
 - Staatstragender, staatserschaffender Historismus
 - Forschen für die »deutsche Sendung«
 - Zeitgeschichte für den geheimen Dienstgebrauch
 - Das jüdische Element
 - Sozialismus des guten Bluts
 - Rasse und Raum, Volk und Heimat
 - Selbstgewisses Euphemisieren
 - Was danach geschah – Rückblick 2014
- Weitere Elaborate Alys verhindern!
 - Neuroanatomien morden für die Wissenschaft
 - »Willkürliche und rechtswidrige« Verbote der MPG
 - Archivleiter Henning und das »Ansehen« der MPG
 - »Gesamtvernichtung bzw. würdige Bestattung«
 - Vergraben auf dem Münchner Waldfriedhof
 - Der wissenschaftliche Mord an drei Brüdern
 - Jürgen Peiffers Gedächtnislücke
 - Begegnung mit dem diebischen Professor Peters
- Register
- [Lieferbare Titel von Götz Aly]

Einleitung

Fretwurst, der Deutsche

Unter allgemeinem Gejohle versteigerte Alfred Fretwurst 1968 die Habseligkeiten von Elise Bock. Sie war aus dem mecklenburgischen Gneez heimlich in den nahen Westen übergewechselt; nunmehr galt sie als Republikflüchtige und wurde zum Vorteil der Allgemeinheit enteignet. Die Bieter ergatterten dies und das. Die Erträge flossen in die kommunale Kasse. Von der Auktion und von den vielen verschlungenen Lebenswegen der Beteiligten erzählt Uwe Johnson in seinem literarisch-zeitgeschichtlichen Großwerk »Jahrestage«.

Fretwurst diente der Sozialistischen Einheitspartei (SED) als kleiner Funktionär und gehörte zu jenen Ortsansässigen, die schon während der nationalsozialistischen Jahre gut zurechtgekommen waren. Gemessen an seinen Verhältnissen war ihm seinerzeit ein beträchtlicher Aufstieg gelungen: vom ungelernten Arbeiter im Klärwerk zum beamteten Justizwachtmeister. Anschließend, in der DDR, kletterte er auf der sozialen Stufenleiter weiter nach oben. Darin lag nichts Außergewöhnliches. Als erste unter den neu- und wiedergegründeten Parteien Deutschlands hatte die SED einstigen NSDAP-Leuten den Weg in die Mitgliedschaft geebnet. Nur »un- oder minderbelasteten«, versteht sich. Aber dazu gehörten die allermeisten. Der Beschluss datiert vom 15. Juni

1946. Fortan konnten nationale Sozialisten sanft in den volksdemokratischen Sozialismus hinübergleiten. Alfred Fretwurst »gehörte zu den Entnazifizierten der ersten Stunde«, bald engagierte er sich für die Kampagne »Junkerland in Bauernhand«, »spielte eindringlich den Bürger, den die anderen ihm wegen des guten Auskommens abnahmen«. Fretwurst – diese Figur und ihre unzähligen Mit- und Wiedergänger stehen im Mittelpunkt der folgenden Kapitel.

Neben neuen Texten versammelt das Buch Essays und Reden, die ich für bestimmte Zwecke schrieb – zum Beispiel für die Predigtreihe zu den Zehn Geboten in der Stadtkirche von Darmstadt. Pfarrer Martin Schneider hatte mir das Gebot »Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus« zugedacht und nahegelegt, in der althergebrachten sakralen Form öffentlicher Rede über die Arisierung des Eigentums zu sprechen, das den geflohenen, vertriebenen oder in die Todeslager verbrachten Darmstädter Juden genommen worden war.

Überraschend verhalf mir der Brief eines pensionierten Justitiars der Max-Planck-Gesellschaft dazu, den Band abzurunden. Der Schreiber drohte, mich zu verklagen. Angeblich hatte ich ihn 2013 in meinem Buch »Die Belasteten«, das von den Euthanasiemorden handelt, falsch zitiert. Das gab mir den Anstoß, im Berliner Archiv seines früheren Arbeitgebers viele hundert Blatt Papier zu lesen, die er und andere leitende Herren dieser ehrenwerten, reiner Wissenschaft verpflichteten Gesellschaft zwischen 1983 und 1991 mit einer einzigen Absicht über mich verfertigt hatten: Sie wollten meine Nachforschungen über das

verbrecherische Treiben einiger ihrer Vorgänger während der 1940er-Jahre unterbinden. In ihrer Masse, Unbeholfenheit und Niedertracht übertrafen die Schriftstücke jedes mir vorstellbare Maß. Trotz allem hatte ich es damals geschafft, die zähen Widerstände der Max-Planck-Gesellschaft zu brechen – dank der Hilfe des Bundesarchivs, des Hessischen Datenschutzbeauftragten, nordamerikanischer Wissenschaftler und zuletzt, wie ich erst jetzt aus den Akten erfuhr, des Bundeskanzlers Helmut Kohl. Die im Rückblick gewonnenen autobiographischen und mentalitätsgeschichtlichen Einsichten finden sich im letzten Kapitel unter der Überschrift »Weitere Elaborate Alys verhindern!«.

Die Abschnitte über die Max-Planck-Gesellschaft und über die Geschichtswissenschaftler Werner Conze und Theodor Schieder werfen ein Licht darauf, wie schleppend die Erforschung der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik selbst noch in den späten 1980er-Jahren verlief. Dünkel, Korpsgeist und Gruppenzwang, Unterwürfigkeit und Karrierismus der Jüngeren sowie institutionelle Selbstbeschönigung ließen überall schmeichelhafte Legenden wuchern. Sie umrankten das unschöne Gestern blickdicht, hübsch und abweisend. Sie versperrten die Wege zur Einsicht.

Wie haben die Deutschen 1945 so enden können?

Trotz unterschiedlicher Ausgangspunkte folgen die Abschnitte dieses Buches denselben zentralen Fragen. Wie haben die Deutschen 1945 so enden können? Wie lässt sich die extrem kurze, exzessiv verbrecherische Phase des Dritten Reichs im Kontinuum der deutschen Geschichte verstehen? Wie konnten – je nachdem – unsere Väter, Großväter oder Urgroßväter derartige Grausamkeiten begehen, hinnehmen oder einfach nicht sehen wollen? All das, obwohl sie weder vorher noch nachher kriminell oder psychisch auffällig geworden waren, obwohl sie moralisch und intellektuell nicht wesentlich anders ausgestattet waren, als wir Heutigen es sind. Wie verhielten sie, wie verhielt sich die Gesellschaft hernach? Kurz: Warum wurden Millionen Deutsche zu Fretwursts?

Ich verstehe meine Überlegungen als Versuche, aus unterschiedlichen Perspektiven vorläufige Antworten auf diese Fragen zu geben. Besonders am Herzen liegt mir der Aufsatz über die zeitgenössischen Analysen der NS-Herrschaft, die der 1933 vertriebene ordoliberal Ökonom und Staatswissenschaftler Wilhelm Röpke (1899–1966) im Exil vorlegte. Ähnlich wie Johnson übersah er die Fretwursts nicht, sondern betonte den Massencharakter des Nationalsozialismus und die grassierende geistige Korruption der deutschen Intelligenz. Intensiv beschäftigte Röpke die Frage, warum die verschiedenen Formen des Kollektivismus

untereinander anschlussfähig sind, warum viele Deutsche, die vor 1932 sozialdemokratisch oder kommunistisch gewählt hatten, sich plötzlich für Hitlers Partei und Politik erwärmten und nach 1945 wieder für Sozialdemokraten oder Kommunisten stimmten.

Auf den folgenden Seiten erscheint der Typus Fretwurst in vielerlei Gestalt: mal als Anhänger von Turnvater Jahn, mal als demokratischer Abgeordneter von 1848/49, als Schaulustiger oder Jubeldeutscher anno 1510, 1933, 1942 oder 2013, als Schütze Böll, Kunsthändler Gurlitt oder Hirnforscher Hallervorden, als Herrschaftshistoriker, Propagandist oder IME Sänger, als Redakteur einer führenden Zeitung, Archivar Henning, ewiger Rechthaber, als kleine, mal materielles, mal geistiges Eigentum stehlende Diebin oder als handfester Dieb. Bei allen Unterschieden wollten und wollen die Fretwursts stets das Gleiche: ihren sozialen Status mit entschiedener Rücksichtslosigkeit verbessern und dabei ihre biedermännische Reputation wahren.

In den Gedenkstätten, Geschichts- und Schulbüchern kommt diese Millionenfigur nicht vor. Sie gilt als banal oder peinlich. Folglich genießt Fretwurst das Privileg des Inkognitos und lebt munter weiter. Aussterben wird er nie. Im wohlverstandenen Eigeninteresse behauptet er, besonders schwere Verbrechen seien von abartig veranlagten oder gar dämonischen Menschen begangen worden und müssten auf besonders komplizierte Ursachen zurückgeführt werden, auf solche, die völlig außerhalb des Normalen lägen. Seine Schutzbehauptungen verbreitet er in allerlei Varianten, und das mit schönem Erfolg. Falls doch jemand daran

zweifelt, beteuert Fretwurst in Windeseile, er gehöre einer der vielen deutschen »Opfergruppen« an.

Um den Kreis der Verantwortlichen klein zu halten, läuft die deutsche Geschichts- und Erinnerungspolitik seit nunmehr sieben Jahrzehnten darauf hinaus, den Massencharakter des Nationalsozialismus zu leugnen. Das entspricht dem sehr verständlichen – eine genaue Ursachenforschung jedoch versperrenden – menschlichen Bedürfnis, die Schuld an den in ihrer Intensität unvergleichlichen Verbrechen möglichst wenigen und dem eigenen gesellschaftlichen Ort fernen Menschen anzulasten: Aus österreichischer Sicht waren es die Reichsdeutschen; aus sozialistischer oder sozialdemokratischer Sicht die Großkapitalisten, Monopole, Konzerne, die Bourgeoisie und die Kleinbürger; aus konservativer Sicht entwurzelter Pöbel, Verrückte, Gottlose und charakterschwache Parvenüs.

Lernen lässt sich aus solchen Fiktionen nichts. Gleiches gilt für die gängigen Faschismustheorien. Sie verkleinern den Rassenmord zum Rückfall in vorzivilisatorische Barbarei, vernebeln ihn hinter systemischen Leerformeln (»... all das geschah im ideologischen Kontext einer rassistischen Diktatur«), schieben die geschichtliche Last auf einen deutschen Sonderweg oder auf angeblich genau zu bestimmende, besonders vorgeprägte Personengruppen. Zu diesem Zweck halten Historiker und Pädagogen ein spezielles Repertoire von Wortschablonen bereit, die stets mit dem bestimmten Artikel, im Einzelnen jedoch nach persönlichen Vorlieben zu gebrauchen sind: »die Nationalsozialisten«, »der charismatische Führer«, »der

Erlösungsantisemitismus«, »der Antisemitismus der Sachlichkeit«, »die Generation des Unbedingten«, »die Herrschaft der Extreme«, »die SS-Schergen«, »der Diktator«, »die Diktatur«, »die völkischen Ideologen«, »das NS-Regime« ...

Angeblich haben die derart an Anzahl reduzierten, dem Durchschnittsmenschen unbekannten, angenehmerweise nicht mehr existenten Personen, Gruppen, Institutionen oder politischen Programme (»Ideologien« lautet die beliebteste Distanzvokabel) die nationalsozialistischen Jahre auf dem Gewissen – nicht die Fretwursts. Schließlich wären diese mit den meisten heutigen Deutschen verwandt oder verschwägert (sofern deren Familien schon vor 1945 im Land lebten). Das aber wird sehr ungern akzeptiert.

Die genannten Abstraktionen verhelfen den Nachgeborenen zu dem Gefühl, sie hätten mit dem Geschehenen nichts zu tun, stünden selbst auf der besseren Seite der Menschheit. Wem das nicht ausreicht, der identifiziert sich mit den Opfern des Unrechts. Darüber lässt sich vergessen, dass die Großeltern oder Urgroßeltern die Partei Hitlers gewählt, der sozialdemokratische Großonkel und seine Frau sie nicht gewählt hatten, sie jedoch 1938 bejubelten und zwei Jahre später überlegten, ob sie ihr Glück lieber als Neusiedler im Elsass oder im annektierten Warthegau versuchen sollten.

Die menschlich ebenfalls verständliche, doch im Sinne historischer Aufklärung hinderliche symbolische Umarmung der Verfolgten und Ermordeten des 20. Jahrhunderts wird mitunter bis ins Absurde

gesteigert. So forderte die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft am 13. März 2013 in der Berliner Zeitung einen »zentralen Ort des Gedenkens« zugunsten auch all jener, »die unter der SED-Herrschaft berufliche Nachteile erlitten haben«. Als »Vorbild« für einen solchen Ort des Gedenkens nannte der Sprecher – wie zuvor Erika Steinbach in Bezug auf ein »sichtbares Zeichen« für zwölf Millionen Heimatvertriebene – ausgerechnet das Denkmal für die ermordeten Juden Europas am Brandenburger Tor.

Immer dabei und stets anständig geblieben

Welche Triebkräfte stecken hinter derart unverfrorenen Gleichsetzungen? Die Antwort ist leicht gefunden. Nur so können schier alle heutigen Deutschen zu Nachfahren von »Opferfamilien« werden. Viele finden einen Nazivater, den später die Kommunisten einsperrten oder die Russen holten, andere einen Judenmörder, der hernach Heimatvertriebener wurde, einen stalinistischen Großonkel, den SA-Männer folterten, oder einen Vetter, einstmals Leutnant der großdeutschen Wehrmacht, der in der DDR als sogenanntes Bürgerkind nicht studieren durfte. So lässt sich Hitlers Volksgemeinschaft Stück für Stück in tadellose Opfergruppen auflösen. Übrig bleiben wenige »Täter«, die seltsame Uniformen trugen und unangenehm aussahen.

Wie die meisten anderen könnte auch ich mich einer solchen Konkurrenz mühelos stellen. Schließlich lebte mein 1904 geborener Onkel Otto Schellhass (alias Karoline von Homosalien oder Baronin Schneehase) seine Homosexualität derart freudig aus, dass die Wehrmacht freiwillig auf seinen Ehrendienst verzichtete. Auf Uniformierte stand er besonders. 1940 musste er wegen eines Verstoßes gegen Paragraph 175 des Strafgesetzbuches für einen Monat ins Gefängnis (nicht ins KZ, wenn ich ehrlich Auskunft gebe). Im Mai 1944 erwischte man ihn auf einer Parkbank abermals. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten verurteilte den

einschlägig Vorbestraften »wegen Unzucht mit einem Mann in zehn Fällen« zu sieben Monaten. Als U-Häftling landete Otto zunächst im Gefängnis Lehrter Straße. Dort gehörte sein Mitgefühl den politischen Häftlingen und den geschnappten Deserteuren, die es wesentlich härter traf als ihn. Die Strafhaft saß er im Gefängnis Spandau ab. Im November 1944 wurde er pünktlich und unversehrt entlassen.

Ich hätte noch weitere Opfer zu bieten: einen vertriebenen Schlesier, einen Großonkel, der im Bombenkrieg den Tod fand, einen Verwandten, der im DDR-Gefängnis Rummelsburg einsaß, und – etwas ziemlich Seltenes – meine Tante, die Theologin Renate (Rena) Scherer, geboren 1910. Sie durchlebte die NS-Zeit mit ihrer Freundin glücklich, weil sie, was ihr seinerzeit nur der Krieg ermöglichte, eine Stelle als Gemeindepfarrerin zugewiesen bekam und sich nicht länger nur als Religionslehrerin herumplagen musste. (Leider kam der Herr Amtsbruder, den sie vertreten hatte, 1945 schnell zurück.) Früher meinte meine Mutter, »Rena fand nicht den Richtigen«, später, 2001, nach Renas Beerdigung auf dem Heidelberger Bergfriedhof, bemerkte sie: »Heute würde man sagen, sie war lesbisch.« Obwohl wir das damals nicht ahnten, wissen Aktivistinnen der heutigen deutschen Schwulen- und Lesbenbewegung ganz genau: Gleichgültig, was ihre Mitglieder in den NS-Jahren getan hatten – hier trauerte eine Opferfamilie; sie trug eine »wegen ihrer sexuellen Präferenz Verfolgte des Nazi-Regimes« zu Grabe.

Wann soll derartiger Unsinn enden? Statt historischer Tatsachen haben angenehme Selbstbilder Konjunktur,

gemalt nach diesen Mustern: Hitler meinte es mit den Frauen nicht gut, verfolgte Schwule, Gewerkschafter, Arbeiter, Konservative, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, adelige Offiziere, Bummelanten und chronisch Kranke, er hasste Juristen, Diplomaten und Generalstabsoffiziere, war intellektuellenfeindlich, kein Freund der Moderne und der christlichen Kirchen. Auf diese Weise lassen sich im Handumdrehen zwei, drei familiengeschichtliche Anknüpfungspunkte finden, mit denen es sich fast jeder Gegenwartsdeutsche gemütlich machen kann.

Wenn es wenigstens dabei bliebe! Doch der nationale Putzfimmel fordert immer neue Aktivitäten. Wer zu den Guten gehören möchte, der muss das hin und wieder beweisen. Nichts leichter als das. Man nehme einen preußischen General, Minister oder Historiker, dessen Name auf einem Straßenschild steht, sodann lege man sogenanntes bürgerchaftliches Engagement an den Tag, stelle fest, dass der Namensgeber zu den Bösen unserer Vergangenheit zählt, und fordere, die fragliche Straße umgehend nach einer frühvollendeten schwarzafrikanischen Schriftstellerin umzubenennen, wahlweise nach einer Vorkämpferin der Frauenbewegung oder einer jüdischen Zwangsarbeiterin – und schon empfinden sich die »zivilgesellschaftlich« Beteiligten als geschichtlich wohlriechende Deutsche.

In den 1960er-Jahren mussten für solche Zwecke noch gröbere Mittel eingesetzt werden, zum Beispiel die berühmte Ohrfeige, die Beate Klarsfeld 1968 Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger versetzte, wobei sie

zischte: »Nazi! Nazi! Nazi!« Die Tat entlastete jüngere Deutsche im Eiltempo von der damals noch schier unaussprechlichen »jüngsten Vergangenheit«, auch mich und, nicht zuletzt, Frau Klarsfeld selbst – 1939 geborene Künzel, aufgewachsen in Berlin-Wilmersdorf. Wie verhielten sich Vater und Mutter Künzel zwischen 1933 und 1945? Die Frage erscheint berechtigt, weil die Tochter ihren Angriff auf den Bundeskanzler hinterher mit einem seltsamen Satz erläuterte: »Für ein Deutschland, befreit von jeglichem Hang nach Sühne.«

Der in dem Kapitel über die kleinen Nutznießer des Kriegführens und Mordens ausführlich geschilderte einstige Wehrmachtssoldat Heinrich Böll (hier) schickte der Klarsfeld einen Strauß roter Rosen, der spätere Holocaustleugner Horst Mahler verteidigte sie im Strafprozess, Angehörige linker Grüppchen, die bald darauf den »Kampf gegen den Zionismus« entdeckten, warfen beteiligten Gerichtspersonen die häuslichen Fensterscheiben ein. Wie viel Falschheit den Protest beflügelte, bezeugt der Offene Brief an Kiesinger, den Günter Grass 1966 verfasst hatte: »Wie sollen wir«, fragte der Mann, der so gerne die Richtlinien der Moral bestimmte und über seine Zugehörigkeit zur Waffen-SS weitere 30 Jahre schwieg, »der Toten von Auschwitz und Treblinka gedenken, wenn Sie, der Mitläufer von damals, es wagen, heute hier die Richtlinien der Politik zu bestimmen?« Grass und Beate Künzel-Klarsfeld behaupteten von sich, im Sinne der Ermordeten zu handeln. Daraus bezogen sie ihre Legitimation, auf den westdeutschen Nachkriegsstaat verbal oder in »direkter Aktion« einzuschlagen.

Übrigens: Im Kabinett Kiesinger/Brandt, das von 1966 bis 1969 regierte, saßen sieben Mitglieder, die einst der NSDAP angehört hatten. Einer von der CSU, drei von der CDU und drei von der SPD.^[1] Bei der vorangegangenen Bundestagswahl hatte die SPD 40 und die CDU/CSU knapp 50 Prozent der Stimmen errungen. Relativ und rein quantitativ betrachtet, stand die SPD auf dem Minister-Nazometer nicht wesentlich besser da als die Konservativen. Ihr antifaschistisches Selbstbild beeinträchtigte das nicht. Die linken und linksliberalen Empörer erhoben »Altnazi Kiesinger« zum Generalfeind, weil sie die Fretwursts in den eigenen Reihen nicht sehen wollten.

Um sich aus der nationalen Geschichte zu stehlen, hatte der junge Hans Magnus Enzensberger 1964 einen äußerlich etwas vornehmeren Weg als Beate Klarsfeld beschritten. Seinen bei Suhrkamp erschienenen Sammelband »Politik und Verbrechen« leitete er mit dem Text »Reflexionen vor dem Glaskasten« ein und erweckte den Anschein, als denke er über den Jerusalemer Eichmannprozess und die ihm zugrundeliegenden Tatvorwürfe nach. Die ersten 15 Seiten dieses Textes füllte er mit allerlei Montagen, nur nicht mit Gedanken zu Eichmann, erst dann kam er mit den folgenden vier, durchaus prägnanten Sätzen zur Sache: »*Planspiel*. Im April 1961 wurde vor dem Landgericht in Jerusalem der Prozess gegen den ehemaligen Obersturmbannführer A. Eichmann eröffnet. Die Anklage ging nicht dahin, dass der Beschuldigte die Gasöfen mit eigener Hand bedient hätte. Eichmann hat den Mord an sechs Millionen

Menschen gewissenhaft und minutiös geplant. Ebenfalls im Jahre 1961 ist in Princeton, New Jersey, ein Werk aus der Feder des Mathematikers, Physikers und Militärtheoretikers Herman Kahn *Über den thermonuklearen Krieg* erschienen.«

Ausführlich referierte der Autor die gefühlskalt formulierten Todesszenarien, die Kahn für den Fall eines Atomkriegs durchgespielt hatte. Seine Prognosen bezog der amerikanische Forscher sowohl auf die US-Bürger, falls diese von einem atomaren Angriff heimgesucht würden (was Enzensberger verdeckte), als auch auf die russischen Bürger, falls diese »für ihre Aggression« bestraft werden müssten. Am Ende fragte Enzensberger: »Kann man K. und E. vergleichen?«, und antwortete: »Die ›Endlösung‹ von gestern ist vollbracht worden. Die Endlösung von morgen kann verhindert werden.« Aber welcher Unterschied bestand nach H.M.E. zwischen E. und K.? Immerhin habe der eine »seine Opfer noch mit eigenen Augen gesehen«, aber »den Planern des Letzten Weltkrieges«, allen voran Herman Kahn, werde dieser Anblick erspart bleiben.

Dem Grundzug dieses apokalyptischen Essays folgend, nahmen seit 1967 hunderttausende junge Deutsche Reißaus vor der nationalen Vergangenheit. Sie suchten und fanden das »faschistische« Böse immer seltener im eigenen Land. Stattdessen wälzten sie die nationale Last auf andere ab, verwandelten sie zur Protestaufgabe der Gegenwart und skandierten bald auf hunderten Demonstrationen »USA-SA-SS«. Die »Faschisten« saßen jetzt nicht länger zu Hause, sondern in Teheran, Saigon, Lissabon, Madrid oder Washington. Weit weg.

Im Februar 1968 gab Enzensberger eine Gastdozentur in den USA auf, wechselte von dort, wie er mitteilte, zum »kubanischen Volk« und begründete seinen Schritt in einem Offenen Brief an Präsident Lyndon B. Johnson: »Die Lage (der USA) erinnert mich in mehr als einer Hinsicht an die Lage meines eigenen Landes Mitte der Dreißigerjahre. Ehe Sie diesen Vergleich zurückweisen, bedenken Sie bitte, dass zu diesem Zeitpunkt noch niemand an Gaskammern gedacht oder von ihnen gehört hatte; dass respektable Staatsmänner Berlin besuchten und dem Reichskanzler die Hand schüttelten; und dass die meisten Leute sich weigerten zu glauben, dass Deutschland darauf ausginge, die Welt zu beherrschen. Natürlich konnte jeder beobachten, dass es Rassendiskriminierung und Rassenverfolgung gab; der Rüstungsetat verzeichnete eine alarmierende Zuwachsrage; und die Einmischung in den Krieg gegen die spanische Revolution nahm ständig zu. Aber hier versagt meine Analogie. Unsere augenblicklichen Herren verfügen nicht nur über Zerstörungskräfte, von denen die Nazis nicht einmal träumen konnten; sie haben auch einen Grad von Gerissenheit und Fälschung erreicht, der in der alten rohen Zeit unbekannt gewesen ist.«^[2]

Beate Klarsfeld berichtete später von ihren Eltern: »Sie haben Hitler gewählt, waren aber keine Nazis.« Ihr Patenonkel war Nazifunktionär. Dank dessen Fürsorge verbrachte die kleine Beate »einige glückliche Monate« statt im bombenbedrohten Berlin im besetzten polnischen Łódź. Auf die Frage »Wie standen Ihre Eltern

zum Nationalsozialismus?« antwortete Enzensberger 2007: »Ich hatte Glück mit ihnen. Sie hielten nichts von der NSDAP.« Aber warum war sein Vater, Andreas E., am 1. Mai 1933 als Mitglied Nummer 2714911 einer Partei beigetreten, von der er angeblich nichts hielt? Fretwurst lässt grüßen. Immer dabei, hinterher stets dagegen gewesen – und anständig geblieben.

Die Ohrfeige der Klarsfeld, der Offene Brief von Grass, Bölls Rosen, Enzensbergers ins Wahnwitzige gesteigerte Gleichsetzung der »augenblicklichen Herren« der USA mit Hitler dürfen als verzweifelte Schuldabwehr verstanden und deshalb mit Nachsicht bedacht werden – Heldentaten waren sie nicht. Es geht mir nicht darum, Einzelne zu schmähen. Gezeigt werden soll die Vielfalt der Fluchtversuche, die 20 oder 25 Jahre nach dem Untergang des Dritten Reiches selbst von nachdenklichen, in anderer Hinsicht sehr verdienstvollen Deutschen unternommen wurden, um der noch sehr nahen Vergangenheit zu entkommen. Für die Angehörigen der Generation, die als Erste und noch ohne gesellschaftlichen Rückhalt in die Abgründe von Babi Jar, Treblinka und Auschwitz blicken musste, bestand ein hohes, vielfach wohl unvermeidliches Risiko, dabei Fehlreaktionen, Panikattacken, Abwehrreflexe und Verwirrheitszustände zu erleiden.

Sonderweg, Verspätete Nation, Volk ohne Mitte

Wie sehr die Schönen Künste einer steril gewordenen Geschichtsschreibung, eintönigen Präsentationen »der nationalsozialistischen Täter« oder den sich wandelnden Techniken der Schuldreduktion überlegen sein können, bewies neben Uwe Johnson der Maler und Bildhauer Wolfgang Mattheuer. In der DDR schuf er 1984 einen in Bronze gegossenen Kraftprotz, mit dessen Wesen er sich jahrelang beschäftigt hatte, sei es in Zeichnungen, Holzschnitten oder Ölgemälden. Er nannte die Skulptur »Der Jahrhundertschritt«. Ich sah sie 1985 erstmals, gab ihr im Stillen den Beinamen »Fretwurst, der Deutsche« und interpretiere sie so:

Nackt und bloß, die übergroßen Füße scharf zum Hakenkreuzstummel abgewinkelt, setzt der Kerl zum Riesenschritt an – barfuß, mit dem rechten, weit vorgestreckten Bein. Es gehört einem Hungerleider, der sich Schuhe nicht leisten kann, aber schnell vorankommen will, vorwärts strebt. Der Fuß des linken, in Knie und Ferse hart abgewinkelten Sprungbeins steckt im gewichsten Soldatenstiefel. Der rechte, zum Hitlergruß gereckte Arm weist ins Nichts, der linke als rechtwinkliger Haken nach oben, die Hand zur Kommunistenfaust geballt.

Seinen kleinen Kopf, sein winziges Gehirn trägt der Jahrhundertschrittler tief zwischen den Uniformkragen gezogen. Er möchte bei seinen Taten nicht gesehen,

nicht ertappt werden, sie hernach nicht begangen haben und vergessen. Die eigenen Absichten sind ihm nicht geheuer. Er blickt scheel, entschlossen und ängstlich zugleich, wirkt stumpf, tatendurstig und überspannt. In seiner Brust klafft eine tiefe Wunde. Sein derart versehrter Rumpf ist viel zu klein, zu schwach ausgebildet, um die wild ausfahrenden Bewegungsaktionen der überlangen Gliedmaßen auszubalancieren.

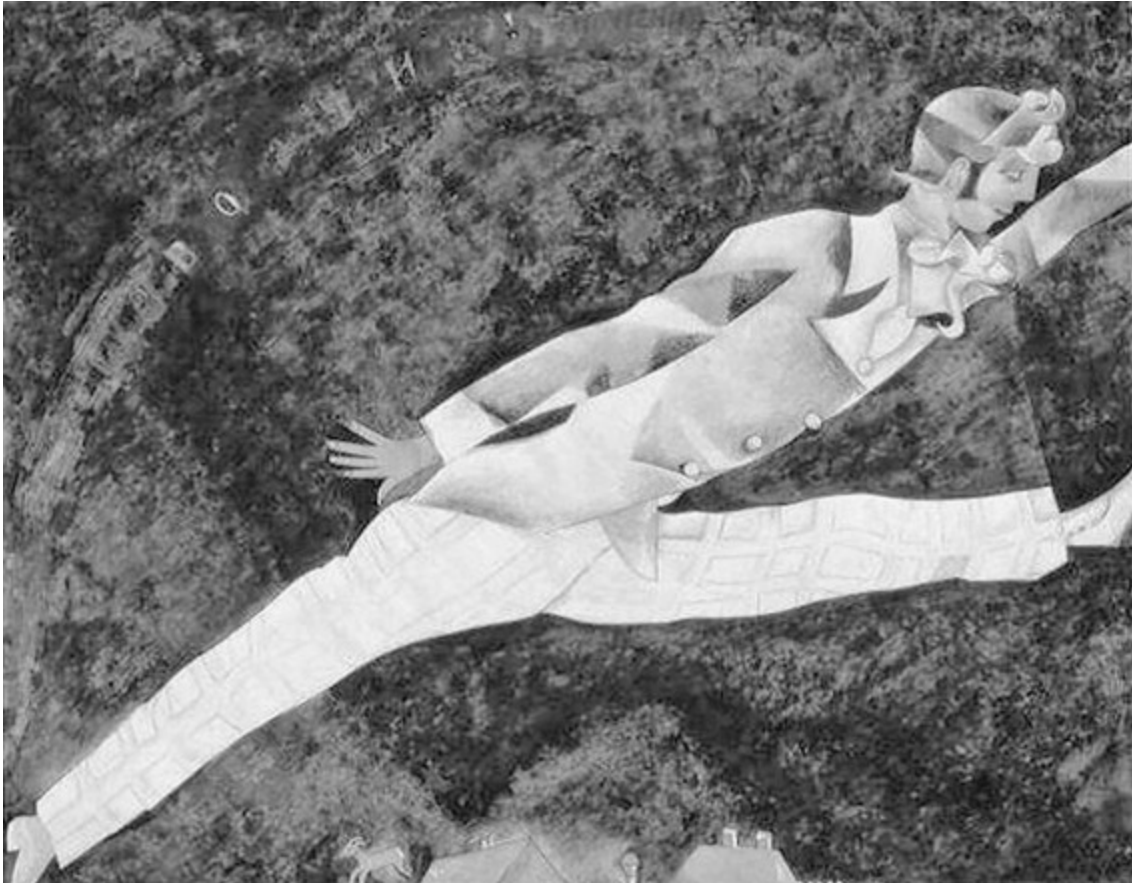
Dem nicht sehr alten, dynamisch wirkenden Mann fehlt die das Gleichgewicht sichernde Mitte. Er bedarf der Stütze, verlangt innerlich richtungslos nach Führung, öffnet seinen verwirrten, engen Geist einer Weltanschauung, die ihn zum neuen, der Zukunft zugewandten Menschen erhebt, einfache Erklärungen bietet, Freund und Feind scharf unterscheidet. Wer sich den Jahrhundertschrittler in Ruhe ansieht, spürt durchaus gemischte Gefühle. Er droht, ungemein aggressiv auf den Betrachter loszugehen, und weckt doch Mitleid, weil er jeden Moment auf fürchterliche Weise stürzen könnte.

Mit diesem so aussagekräftigen Kunstwerk bilanzierte Mattheuer das 20. Jahrhundert. Ein Gegenstück hatte Marc Chagall im optimistischen Vorgriff 1917 gemalt. Sein Bild »En avant les voyageurs« zeigt in munteren Farben einen modern und städtisch gekleideten jungen Juden, der zielbewusst voranstürmt. Über den Bildrand hinaus legt er all sein Gewicht nach vorn, kann unmöglich zurück, aber er kennt die Richtung und wird sicher aufsetzen. Er atmet frei, strahlt Neugier aus und gute Laune. Mit einem Satz lässt er das Vergangene zurück.

Zu seinen Füßen versinken die grünen Holzhütten des osteuropäischen Stetls im tief gelegten Horizont. Der zukunftsfreudige, zielbewusste Jude und der desorientierte, aber gesinnungstüchtige Deutsche treten in diesem Buch immer wieder auf.



Der Jahrhundertsritt von Wolfgang Matheuer, 1984



Marc Chagall, »En avant les voyageurs«, 1917

Eine gemalte Variation des Jahrhundertschritts nannte Mattheuer »Ohne Mitte«. Rumpf-, kopf- und bodenlos kreisen die beschriebenen Gliedmaßen im Nichts. Als Reproduktion hängt dieses Gemälde seit langem in meinem Arbeitszimmer, ihm verdanke ich den Titel »Volk ohne Mitte«. Unter dem Druck der Moderne, der rasend schnellen sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche seit 1870, verwandelten sich zuvor verschlafene, dem Althergebrachten zugetane Deutsche in verspannte, mit sich unzufriedene, innerlich tief unsichere, feindselige Menschen. Erst recht nach dem Krieg von 1914 und der Niederlage von 1918, nach der Inflation von 1923 und dann in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933

schwankten sie hin und her. Taumelnd nach vermeintlicher Sicherheit greifend, folgten sie extremen Parteien mit Gleichschritt, Uniform und Paukenschlag, voranflatternder Fahne, Feindbild, Führer, Gefolgschaft und großen, ja gigantischen Zielen.

Mein Arbeitsbegriff »Volk ohne Mitte« ist mit dem Begriff »Verspätete Nation«, den Helmuth Plessner 1935 ins Spiel brachte, durchaus verwandt, ebenso mit der Vorstellung vom »Sonderweg«, die für die jüngere deutsche Geschichte geläufig ist. Jedoch verschiebt das interpretatorische Modell »Volk ohne Mitte« den Akzent auf die Fragen, mit denen die soziale Dynamik des Nationalsozialismus besser gefasst werden kann. Der zuvor meist positiv gebrauchte Terminus »deutscher Sonderweg« wird seit 1945 rein negativ im Sinne von Irrweg verstanden. Metaphorisch bezeichnet er die (von einzelnen Autoren unterschiedlich gewichteten) Bedingungen, die die spätere Machtübernahme Hitlers begünstigt haben. Dazu zählen das lange vergebliche Streben nach nationaler Einheit, die dann 1870/71 »von oben« vollzogen wurde; die Schwäche deutscher Demokraten einerseits, die Stärke von Militarismus, (speziell protestantischem) Untertanengeist und wenig elastischen Bürokratien andererseits; ebenso die spät einsetzende, jedoch überaus stürmisch verlaufende Industrialisierung und die fehlende Kraft der Deutschen, ihr verfassungsrechtliches Gefüge beizeiten dem rapiden wirtschaftlichen und sozialen Wandel anzupassen. Für sich genommen sind die genannten Argumente nicht falsch. Doch setzen die Interpreten unglücklicher deutscher Einzigartigkeit einen europäischen

Normalweg voraus, den es zwischen Moskau, Prag und Lissabon, zwischen London, Belgrad und Athen jedoch nicht gab. Den Maßstab für den angeblichen Normalweg bilden allein die beiden westlichen Demokratien Frankreich und England.

Mein Haupteinwand gegen die Denkfigur vom Sonderweg lautet: Damit werden die Verbrechen, die Deutsche zwischen 1933 und 1945 begingen, auf Umstände zurückgeführt, die (wie etwa der preußische Militarismus) als angeblich dunkle oder böse Teile der deutschen Geschichte gelten und in der Gegenwart zumindest stark an Bedeutung verloren haben. Meist unausgesprochen geht damit die geschichtsoptimistische Annahme einher, dass sich gute von bösen Entwicklungslinien unterscheiden und voneinander trennen ließen. Das bedeutet im Umkehrschluss: Alle Prozesse, die auf den Sonderweg führten, gehören in den verhängnisvollen Kreis der Fehlentwicklung und müssten folglich überwunden werden. Wer so denkt und nach solchen Maßstäben Geschichte betrachtet, irrt gründlich.

Das Böse entsteht nicht allein aus dem Bösen. Auch das Gute kann ungemein Böses bewirken: Gute Bildungspolitik, schnelle wirtschaftliche Mobilisierung, massenhafter Aufstiegswille, sozialpolitischer Fortschritt, selbst der erfolgreiche Kampf gegen Kindersterblichkeit und Seuchen trugen zu den Ängsten, Brüchen und national-sozialen Revolutionen und Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts entscheidend bei. Das späte Kaiserreich und vor allem die Weimarer Republik ermöglichten hunderttausenden eine bessere Schul- und

Berufsausbildung. Diese neu Aufsteigenden, die angesichts der Weltwirtschaftskrise dann in ihrem Aufstieg bedrohten Jahrhundertschrittler, stellten 1933 die überaus junge, unsichere, jedoch tatendurstige Elite des Dritten Reichs. Das heißt: Gute, keinesfalls abzulehnende Politik kann zu extrem negativen Ergebnissen führen.^[3] Wer sich derart ungemütlichen Einsichten versperert, kann die Ursprünge des Nationalsozialismus und seine ungeheuerlich zerstörerische Kraft nicht verständlich erklären.

Heute sprechen die meisten Deutschen nicht ohne Stolz von ihren demokratischen Errungenschaften. Aber jene Demokraten, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das schwarz-rot-goldene Banner gegen Knechtschaft, Kleinstaaterei, Pfaffen und Junker erhoben, für Pressefreiheit und bessere Volksbildung stritten, waren zum erheblichen Teil Antisemiten. Ausgerechnet Metternich, Inbegriff der Reaktion, schützte die Juden vor deutschen Demokraten. Letztere träumten vom nationalen Zentralstaat, und deshalb bejubelten viele der Revolutionäre von 1848 im reiferen Alter das von Bismarck mittels dreier Angriffskriege geschaffene wilhelminische Kaiserreich. Umgekehrt versuchten die Kräfte des Alten, die katholische Kirche und der regionale Adel, den für die spätere Bundesrepublik glücklicherweise konstitutionellen Föderalismus zu verteidigen.

Die Deutschen waren jahrhundertlang kulturell gespalten in Regionen diesseits und jenseits des einstigen römischen Limes; später zudem geteilt – bis

heute an der kolonialen ostdeutschen Siedlungs- und Agrarstruktur leicht erkennbar – entlang der karolingischen Reichsgrenze, die an der Elbe verläuft; sprachlich zwischen Nieder- und Oberdeutschen, seit der Reformation getrennt in Katholiken und Protestanten, zergliedert in immer wieder, oft kriegerisch erweiterte oder zerschlagene Kleinstaaten, deren Regenten nicht selten mit Hilfe fremdländischer Verbündeter gegen deutsche Nachbarn vorrückten. Blutig zerstörte der Dreißigjährige Krieg das Land und traumatisierte die Überlebenden für lange Zeit. Napoleon nutzte die fehlende Einheit mit rücksichtsloser Härte aus. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts folgte die scharfe Spaltung in Bürgertum und Proletariat, in alte und neu aufsteigende Eliten.

In den Jahrzehnten zwischen dem Ende des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation (1806) und dem Ersten Weltkrieg fand die Nation nur dann zu brüchiger Einheit, wenn sie gegen äußere Feinde Krieg führte: 1812 bis 1814 in den sogenannten Freiheitskriegen gegen die französische Besatzung, 1864, 1866, 1870/71 in den preußisch geführten Kriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich, die deshalb auch Reichseinigungskriege genannt werden, und schließlich 1914/18. Jenseits dessen blieben die Deutschen eine Gruppe unterschiedlich verfasster und entwickelter Völkerschaften, was sich bis heute im kulturellen Reichtum des Landes spiegelt. Ein in sich ruhender Staat wurde daraus nicht. So blieb nur der Rückgriff auf die geschichtlich-geistige Gemeinschaft, auf Sprache und Kultur, auf Sitte und Boden, Dichter und Denker – auf

das Volk mit seinen tiefen, weit in die Vergangenheit reichenden Wurzeln. Auf diese Weise wurde das Wort Volk, wie Plessner hervorhebt, zum Protestbegriff. Er war gerichtet gegen formales römisches Recht, gegen den unpersönlich verwaltenden Staat, gegen die Institutionen der Verfahrensdemokratie, gegen die übernationalen Ideen der Aufklärung, des Liberalismus und des Individualismus. Die »Schicksalsgemeinschaft« Volk stand gegen den Verfassungsstaat.

Hitlers Blick auf die »Masse der Mitte«

Den Deutschen fehlte, worüber Briten und Franzosen schon in aller Selbstverständlichkeit verfügten: ein staatlicher und institutioneller Rahmen. Auch deshalb erscheint mir der analytische Fluchtpunkt »Volk ohne Mitte« passend. Wie wenig das 1871 geschaffene Deutsche Reich und dann die Weimarer Republik die innere Zerrissenheit überwinden konnten, zeigt ein immer wieder beeindruckender Umstand: Albert Einstein wurde 1934 als Preuße ausgebürgert, nicht als Deutscher; erst Hitlers Innenminister Wilhelm Frick verfügte am 5. Februar 1934, dass seither das Wort »deutsch« und nicht die Staatsangehörigkeit »Preußen«, »Sachsen« oder »Bayern« in den Reisepässen steht.

Weitere elf Jahre später, mit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg, wurden die Außengrenzen Deutschlands zwangsweise so gezogen, wie sie heute akzeptiert sind. Über eine gemeinsame, weithin anerkannte Verfassung, ein allgemein geachtetes Rechtssystem, entsprechende öffentliche Institutionen und Verfassungsorgane verfügen die Deutschen seit 1990. Bis dahin blieben sie in wechselnder staatspolitischer Gestalt ein Volk ohne Mitte.

Dem schon vorgegebenen inneren Misstrauen folgend, entstand nach dem Waffenstillstand von 1918 sofort die Dolchstoßlegende. Derzufolge hatten nicht gegnerische Soldaten das »im Felde unbesiegte« kaiserliche Heer niedergerungen. Es waren ruchlose Geschäftemacher,

vaterlandslose Agitatoren und Defätisten, die den Sieg verspielt hatten und den eigenen, standhaft kämpfenden Soldaten feige in den Rücken gefallen waren. Hinzu kam, dass der Krieg den für das Funktionieren moderner Demokratien so bedeutsamen Mittelstand ins Mark getroffen hatte. Mit seiner 1879 vollzogenen Wende zur Schutzzoll- und Subventionspolitik hatte schon Bismarck die Entwicklungschancen für eine selbstbewusste Mittelklasse entscheidend geschwächt. Er begünstigte die ostelbischen Großgrundbesitzer, die Kohle- und Stahlbarone. Einen weiteren schweren Schlag erlitt die gesellschaftliche Mitte in der Hyperinflation von 1923. Binnen Wochen entwertete diese die Kriegsanleihen, die deutsche Bürger aus vaterländischem Pflichtgefühl zuhauf gezeichnet hatten. Die Inflation machte den Staat schuldenfrei und beraubte im selben Ausmaß die mittelständischen Gläubiger ihrer Vermögensgrundlage, ihres produktiven Handlungsspielraums und ihrer das soziale und politische Gefüge stabilisierenden Rolle.

Die Agitation der NSDAP zielte von Anfang an auf die fehlende, zumindest schwache, ungenügend strukturierte, stets gefährdete Mitte, psychologisch gesprochen: auf das mangelhafte Selbst- und Nationalbewusstsein der Deutschen. Ein Blick in Hitlers autobiographisch unterlegtes Programm- und Bekenntnisbuch »Mein Kampf« mag das belegen. Seit den frühen 1920er-Jahren thematisierte Hitler die erst noch zu schaffende, im Grunde jedoch »ewige« Gemeinschaft der Deutschen. Er betrachtete die in Wien verwahrten Kaiserinsignien als Unterpfand für den »elementaren« Wunsch des deutschösterreichischen

Volkes »nach Vereinigung mit dem deutschen Mutterland«.[4] In archaischen Metaphern umschrieb er, woran es den seit jeher unter »innerer Zerrissenheit« leidenden Deutschen mangle: »Jener sichere Herdeninstinkt, der in der Einheit des Blutes begründet« sei, der anderen, glücklicheren Völkern so sehr genutzt und sie »besonders in gefahrdrohenden Momenten vor dem Untergang bewahrt« habe.[5] Er meinte damit die westlichen Siegermächte des eben verlorenen Krieges.

Der in den Programmschriften der NSDAP skizzierte nationale Sozialismus bezweckte nicht die Expropriation kapitalistischer Expropriateure, wohl aber das Überwinden der Kluft zwischen den Krupps und den Krauses, um ein Mindestmaß an innerer Einheit zu erreichen. Er richtete sich gegen »unwürdige Unternehmer«, denen es an sozialem »Rechts- und Billigkeitsgefühl« gebreche. Kapitalisten, die sich nicht als »Glied der ganzen Volksgemeinschaft« verstünden, sondern »ihrer Habsucht« folgten, sollte im Dritten Reich Mores gelehrt werden.[6] Als gesellschaftspolitisches Staatsziel nannte Hitler die »Bildung menschlicher Gemeinschaften« anstelle der kalten, unpersönlichen »wirtschaftlichen Organisation«.[7] Er kontrastierte das Idealbild einer nach innen solidarischen Volksgemeinschaft mit den real existierenden »Interessengemeinschaften«, die er als egoistische Machtmittel der »>Bourgeoisie<-Gilde«, »bestimmter Berufsgruppen und Standesklassen« verdammt.[8]

Unter der Rubrik »Herrschaft des Geldes« erklärte er, wie mit der rasanten Industrialisierung im ausgehenden

19. Jahrhundert das soziale »Gleichgewicht vollständig verloren« gegangen sei. Genau das habe, »bei aller wirtschaftlichen Blüte«, zu Erbitterung und politischer Klassenspaltung geführt. Überdies sei mit dem neu aufgekommenen anonymen, frei handelbaren Aktienkapital »zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer« jene »innere Entfremdung« eingetreten, die »zur späteren politischen Klassenspaltung« geführt habe.^[9] Folglich mussten auch Industrielle und Banker »das eigene Ich zugunsten der Erhaltung der Gemeinschaft« zügeln und lernen: »Nationalsozialistische Arbeitnehmer und nationalsozialistische Arbeitgeber sind beide Beauftragte der gesamten Volksgemeinschaft.«^[10] Spätestens an dieser Stelle lässt sich leicht ermessen, und muss hier nicht weiter dokumentiert werden, welche verschiedenen Rollen des hinterhältigen Schufts »dem Juden« in diesem Programm zugeschrieben wurden.

So grob Hitler mit sogenannten Feinden, Volksverderbern, Rassenfremden oder Verrätern umsprang, so viel Vorsicht ließ er walten, wo es um landsmannschaftliche, soziale und religiöse Animositäten innerhalb seines blutsdeutschen Volkes ging. Scharf wandte er sich gegen bayerische »Preußenhetze« und Partikularismus.^[11] Die Agitation gegen den anationalen, an Rom orientierten Katholizismus betrachtete er prinzipiell als Mittel, »die unselige Kirchenspaltung« zu überwinden, weil so »die innere Kraft« der Deutschen »auf das Ungeheuerlichste gewinnen« könne.^[12] Jedoch stellte er die Konfrontation aus taktischen Gründen zurück, gewarnt von der fehlgeschlagenen antiklerikalen

Propaganda deutschnationaler Kräfte in Österreich:
»Denn das Bekämpfen von Wesenseigenheiten einer Konfession innerhalb unserer einmal vorhandenen religiösen Spaltung führt in Deutschland zwangsläufig zu einem Vernichtungskrieg zwischen beiden Konfessionen.« Weil der spätere Führer des deutschen Volkes befürchtete, dass die gegensätzlichen religiösen Ressentiments »noch tiefer« saßen »als alle nationalen und politischen Zweckmäßigkeiten«, verkündete er pragmatisch: Der Nation solle eine Zukunft geschenkt werden, »die in ihrer Größe allmählich auch auf diesem Gebiet versöhnend wirken würde«.[13]

Die Mühen der Deutschen um ihre nationale Einheit deutete Hitler als Kampf gegen die »Zerrissenheit ihres Wesens« und damit gegen die »Zerrissenheit ihres Blutes«, die überwunden werden könnte, sofern man sich auf das folgende Ziel verständigte: »Erhaltung und Förderung einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleichartiger Lebewesen«.[14] Zur Therapie des zentralen Problems der Zerrissenheit in soziale Klassen empfahl Hitler zweierlei: zum einen das »Hinaufheben« der unteren »für ihre Gleichberechtigung kämpfenden« Klasse; zum anderen den Austausch der »volks- und vaterlandsfeindlichen« Gewerkschaftsführungen durch »fanatisch national« eingestellte Sozialisten. Auf dieser Basis könnten »die gleichen Gewerkschaften« weiterhin alle »rein wirtschaftlichen« Kämpfe austragen und »Millionen Arbeiter zu wertvollen Gliedern ihres Volkstums machen«.[15]

Das Vertrauen, das Hitler in die Struktur der

vorhandenen Gewerkschaften setzte, begründete er mit den Erfolgen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die auf der »werbenden Kraft« des von ihr vertretenen Prinzips unverbrüchlicher Einheit beruhten. Demnach musste der ältere Gedanke von der Einheit der Arbeiterklasse auf behutsame Weise erweitert werden, und zwar um die im Ersten Weltkrieg gründlich vorgebahnte Idee von der Einheit des Volkes. Das vorausgesetzt, konnte es nach Hitler gelingen, »das Herz der Massen zu erobern«, insbesondere der traditionell sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft.^[16] Geling die nationalsozialistische Überformung sozialistischer Weltanschauungen, dann würde Klassensolidarität in Volkssolidarität umschlagen und Klassenkampf gegen Klassenfeinde in Volkskampf gegen Volksfeinde. Die sozialistische Maxime »Vom Ich zum Wir« konnte ohne Retusche übernommen werden.

Anders als die an beruflichen Positionen orientierte soziologische Bevölkerungsstatistik teilte Hitler sein Volk in drei geistig-moralisch definierte Kategorien auf. Ganz oben standen einige wenige Leute – wie der Führer selbst – als »Extrem des besten Menschentums«, ganz unten das Extrem des »schlechtesten Menschengeschlechts«, dazu zählten als »Elemente der Gemeinheit und Niedertracht« auch alle politischen Feinde, insbesondere »die Sturmbataillone des revolutionären Marxismus« einschließlich der jüdischen »Drahtzieher«.

Zwischen den beiden positiven und negativen Polen der Extreme lag »als dritte Klasse die breite mittlere

Schicht«. Ihr – der übergroßen Mehrheit der Deutschen – schrieb Hitler die »Passivität der Staatserhaltenden« zu, Wankelmütigkeit und innere Strukturlosigkeit. Er betrachtete sie als politisch verfügbaren menschlichen Wackelpudding: »Im Fall des Dominierens der Besten wird die breite Masse diesen folgen, im Fall des Emporkommens der Schlechtesten wird sie ihnen mindestens keinen Widerstand entgegensetzen; denn kämpfen wird die Masse der Mitte niemals.« Wobei Hitler den mehr als zehn Millionen Anhängern der Sozialdemokratie beschied, mit ihnen habe »man nicht länger ein Extrem der Aktivität vor sich, sondern die breite Masse der Mitte, also die Trägheit«.

Hitler setzte nicht auf das edle, arische, rassenreine Herrenvolk, sondern auf den deutschen Massentypus Alfred Fretwurst. Aus seinem Sozialcharakter, seinen offenen und geheimen Wünschen, seinem Hang zur Gefolgschaft, relativem Wohlergehen und kollektivistischer Kuhwärme leitete er seine Revolutionstheorie ab: Die Masse der Mitte, die Millionen Fretwursts, träten nur dann als ordnungsliebende Mehrheit »fühlbar in Erscheinung, wenn die beiden Extreme« – wie zwischen 1918 und 1923 – »selbst sich im gegenseitigen Ringen binden«. Siege jedoch eines der Extreme, so werde sich die Masse der Mitte »stets dem Sieger willfährig unterordnen«. Daraus folgte für Hitler eine klare Doppelstrategie für das Gelingen der nationalen Revolution: »die geschlossene Zusammenarbeit brutaler Macht mit genialem politischen Wollen«. Als Vorbilder verwies er auf die Französische Revolution, die bolschewistische in Russland und die

faschistische in Italien.[17]

Die Wendung vom »Volk ohne Mitte« verweist auf ein zentrales Vakuum, das Hitler unter ihm günstigen äußeren Umständen fluten konnte. Diese metaphorische Umschreibung weist auf das Jahr 1933 und generell auf die nationalsozialistische Herrschaftstechnik. Mit der Machtergreifung vom 31. Januar 1933 erhöhte die nunmehr regierende NSDAP das Tempo staatlichen Handelns in atemberaubender Weise. Massenaufmärsche und Blitzentscheidungen, außenpolitische Aktionen, Verhaftungen und Wohltaten folgten einander Schlag auf Schlag, später immer neu inszenierte internationale Krisen, kolossale Bauten und Blitzkriege. So betrachtet, können die immer neuen, immer ausgreifenderen Aktionen der deutschen Führung als Selbstzweck interpretiert werden, um die amorphe »Masse der Mitte« weiterhin in Atem zu halten.

Getreu seinem Plan ließ Hitler die Gruppe seiner militanten Gegner sofort gewaltsam und mit Hilfe der Ermächtigungsgesetze niederschlagen. Für die »Masse der Mitte« verhiess er Wohltaten und Einigkeit. Die Gleichschaltung aller staatlichen Institutionen und privaten Vereine, die rassische und wirtschaftliche Autarkie, der Feiertag der nationalen Arbeit am 1. Mai, die »Verreichlichung« preußischer Ministerien, das Ende des Föderalismus und die Gliederung des Landes in vorgeblich gleichberechtigte Gaue (nach dem Modell französischer Départements), das Soldatische, insofern Egalitäre, die Einheitspartei und ihre vielfältigen Massenorganisationen, der Kampf gegen Individualismus,

Kritik und Liberalismus, die machtvollen Demonstrationen neugewonnener militärischer Stärke – mit all diesen Maßnahmen und Angeboten füllte die NSDAP die in ihren gesellschaftlichen und staatlichen Zuständen poröse, höchst instabile Mitte und verhalf so den aufstiegsorientierten Fretwursts aller sozialen Klassen zu Glücksgefühlen.

In seinem Entnazifizierungsverfahren redete sich der höhere Postbeamte Andreas Enzensberger so heraus wie Millionen andere: »Ich hielt es für richtig« der Partei aus »Sorge um meine Familie« beizutreten, aus »Pflichtgefühl meiner Verwaltung und meinen Arbeitskameraden gegenüber«. »Gewiss«, so schränkte er hernach ein, »es gab Punkte im Parteiprogramm, die unerfreulich waren.« Zu seinem Schutz behauptete er, der SD habe ihn sechs Tage vor dem Einmarsch der US-Truppen, in Nürnberg verhaftet. Im Sommer 1946, als die Produktion von Persilscheinen in höchster Blüte stand, bestätigten ihm zwei Arbeitskollegen diese Geschichte. Beide wollten aus zweiter Hand davon gehört haben. Die Spruchammer verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 500 Mark. Enzensbergers Gehalt hatte sich zwischen 1934 und 1944 verdoppelt. 1933 waren auch bei der Oberpostdirektion Nürnberg attraktive Planstellen arisiert worden.

»Mein Vater saß im Gefängnis«, erzählte der Sohn später, »als die Amerikaner kamen. Die haben ihn rausgeholt.« Eine hübsche Fiktion mit der geleugnet wird, dass sich die Herrschaft Hitlers nur auf der gesellschaftlichen Basis millionenfachen Mitläufertums

entfalten und stabilisieren konnte.^[18]

Was auch geschah, stets auf ihren Vorteil bedacht, nahmen die Fretwursts an allen vier 9. November-Aktionen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert teil. Am 9. November 1918 hatten sie als revolutionäre Matrosen das Ende der kaiserlichen Herrschaft herbeigeführt; am 9. November 1923 klatschten sie dem Putschversuch der Hitlerpartei Beifall, damit endlich wieder Ordnung herrsche, und am 9. November 1938 während des Judenpogroms plünderten sie zertrümmerte Geschäfte. Wenn auch in letzter Sekunde, halfen die Fretwursts am 9. November 1989 dabei, die Mauer zu schleifen. Wer weiß, was sie in einigen Jahren treiben. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts lehrt pragmatische Skepsis – keine Gewissheiten.

Knechtssinn und Freiheitsangst

Ludwig Börne mit Vergnügen gelesen^[1]

Ludwig Börne starb 1837 in Paris und liegt auf dem Friedhof Père Lachaise begraben. Als berühmter Toter wird er auf dem Lageplan nicht geführt. Auf dem Bronzerelief seines Grabobelisken reichen die Freiheitsgöttinnen Deutschlands und Frankreichs einander die Hände. Geboren wurde er 1786 als Löw Baruch in der Frankfurter Judengasse. Später legte er sich den seine Herkunft verschleiern Namen zu und trat zum Protestantismus über – einfach um Ruhe zu haben. Vergeblich. Für ungezählte Hofschreiber, Karrieristen, Ehrabschneider und Neidhammel blieb er in Deutschland, was in Frankreich damals niemanden interessierte – Jude.

Frivoler Jude, schamlos und frech

In der Stuttgarter Hofzeitung pöbelte im Dezember 1831 ein Rezensent, der sich hinter dem Kryptononym »ein Frankfurter Bürger« versteckte, gegen den ersten Band von Börnes zeitdiagnostischen »Briefen aus Paris« und brachte diese Werturteile in Stellung: frivoler Jude, herzloser Spötter, elender Schwätzer, erbärmliche Judenseele, ehrlos, seichtes Geschwätz, schamlose Frechheit, jüdische Anmaßung, elende Schmeißfliege. Am Ende rief der Anonymus zur Maßnahme auf: »Kein Deutscher, dem die Ehre seines Landes heilig ist, wird Börne fortan mehr in seiner Gesellschaft dulden können.«[19]

Im selben Jahr beschimpfte der Hamburger Gymnasiallehrer Eduard Meyer Börne als »entarteten Burschen«, vor allem aber als Juden: »Börne ist Jude wie Heine wie Saphir. Getauft oder nicht, das ist dasselbe. Wir hassen nicht den Glauben der Juden, (...) sondern die hässlichen Besonderheiten dieser Asiaten, die nicht mit der Taufe abgelegt werden können: die häufig auftretende Schamlosigkeit und Arroganz bei ihnen, die Unanständigkeit und Frivolität, ihr vorlautes Wesen.« Ein schwäbischer Rezensent namens Wurm – ich komme auf ihn zurück – versuchte mit Hilfe seiner Schmähkritik, einen akademischen Posten zu ergattern. Es klappte. Er verunglimpfte Börne als »Auswürfling« und erklärte ihn zum Vogelfreien, der von den Anständigen des Landes »auf beschimpfende, und wenn es nottut, denn dieses

Geschlecht ist zudringlich, auf physisch empfindliche Weise entfernt« werden müsse.[20]

Äußerlich gelassen, reihte Börne die Wüteriche in jene »ganze Schafherde« ein, »die gegen mich geblökt (hat) und mich mehr fürchtet als den bösen Wolf«.[21] Doch verbarg er hinter dem Witz die Wehmut, hinter Sarkasmus und Spott den Schmerz, hinter Ironie tiefe Enttäuschung. Anders als Franzosen machten Deutsche ihm gegenüber die jüdische Religionszugehörigkeit beständig zum Thema, gerade so, als seien sie von einem »bösen Zauber« befallen: »Es ist wie ein Wunder! Tausend Male habe ich es erfahren, und doch bleibt es mir ewig neu. Die einen werfen mir vor, dass ich ein Jude sei; die andern verzeihen mir es; der dritte lobt mich gar dafür; aber alle denken daran. Sie sind wie gebannt in diesem magischen Judenkreise, es kann keiner hinaus.«[22]

Börne schrieb und stritt in der Epoche zwischen Napoleonischen Kriegen und Vormärz, zwischen Ghetto und Emanzipation, zwischen Postkutsche und Eisenbahn, kurz: in der Zeit des Übergangs von altständischer Ordnung zur bürgerlichen Moderne. Ihn interessierten die politische und kulturelle Gegenwart, die Menschen und deren Alltag. Sei es, dass er die Bemerkung eines Aßmannshäuser Fährmanns aufschnappte (»Ja ein Jud' ist gar ein schlaues Tier!«[23]), dass er das Bulletin zur Alphabetisierungsquote französischer Rekruten[24] las oder den Erguss eines herrschaftsfrommen Schönredners kommentierte: »Gott gab« den deutschen Professoren »den schwächsten Kopf und damit sollen sie

diese ungekochte Zeit verarbeiten! Es kommt alles wieder so roh aus ihrem Kopfe als es hineingekommen« ist.[25]

Stand Börne einem heimischen Gelehrten ausnahmsweise nah, mäßigte ihn das nicht. Zu einem Werk von Friedrich Kortüm, einem Historiker, der seiner demokratischen Gesinnung wegen in die Schweiz hatte fliehen müssen, merkte er an: »So abscheulich der Stil. Ich keuchte, als wäre ich den Großen Scheidegg hinaufgestiegen.« Würden seine politischen Freunde weiterhin derart miserabel schreiben, dann, so drohte er: »Werde ich lieber ein guter (französischer) Royalist als für die Freiheit mich zu Tode langweilen.«[26]

1833, auf Börnes Weg von Frankfurt nach Stuttgart, bestieg ein Jahn'scher Turner die Kutsche, eigentlich ein demokratisch gesinnter Verbündeter im Kampf um einen freien deutschen Nationalstaat. Doch der bärtige Mann »von fürchterlicher Gestalt« platzierte sich breitbeinig, üblen Knaster rauchend neben ein jungvermähltes französisches Paar. Als die beiden miteinander parlierten, öffnete der Turner das Wagenfenster mit dem Hinweis: »Er müsse Luft holen. Es werde ihm immer so engbrüstig, sobald er die Sprache des Erbfeindes höre.« Börne merkte an: Auch Höflichkeit zählte der vierschrötige Kerl »zu den Lasten des Erbfeindes«.[27]

Börne gegen politischen Terrorismus

Nach dem Motto »Der Zweck heiligt die Mittel« schufen radikale Angehörige der deutschen Burschenschaften vor bald 200 Jahren die Vorlage für politische Mordtaten. Sie nannten sich »Die

Unbedingten« und verstanden sich als nationalrevolutionäre Demokraten. Zu ihnen zählte der Jenaer Student Karl Ludwig Sand. Am 23. März 1819 erstach er in Mannheim den als Reaktionär verhassten Diplomaten und Schriftsteller August von Kotzebue mit den Worten: »Hier, du Verräter des Vaterlandes!« Viele Burschenschaftler nahmen den Mord »mit unverhohlener Freude auf«, berieten über weitere Gewalttaten und scheiterten an der von Fürst Metternich geführten Staatsmacht. Nach einem ordentlichen Prozess wurde Sand im Mai 1820 vor den Toren Mannheims enthauptet. Sechs Monate vor der Tat hatte er einem Gesinnungsgenossen jene Maxime ins Stammbuch geschrieben, die bis heute jeder politisch motivierte Attentäter für sich beansprucht: »Unser Tod ist Heldenlauf, kurzer Sieg, früher Tod! Tut nichts, wenn wir nur wirkliche Helden sind.«[28]

Den Demokraten Ernst Moritz Arndt und Joseph Görres erschien »die Tat Sands als etwas Großes«, wie Ludwig Börne im September 1819 höchst befremdet nach einem Besuch bei Görres berichtete. Ein Jahr später sah er bei dem gleichfalls fortschrittlich orientierten Verleger Johann Friedrich Cotta ein Ölbild hängen, das Sand mit gezücktem Dolch als Helden zeigte. Börne verurteilte den Mord als »dumme« und »freche« »demokratische Ausschweifung«: »Sands Tat ist abscheulich; Sands Zweck ist ganz unvernünftig; so weist jede Erörterung der Tat auf einen hohen Grad von Schwärmerei des Täters.«[29] Börne hoffte zeitlebens auf einen friedlichen Übergang der Deutschen vom feudalen ins bürgerliche, republikanisch verfasste Zeitalter. Stärker noch als er sah Heinrich Heine die Gefahren voraus, die aus teutonischem Gesinnungsdünkel entstehen könnten. Deswegen verbot es sich für ihn, dieses Volk zur Revolution aufzustacheln. Wer das tue, streue eine Saat aus, »die früh oder spät die furchtbarsten Früchte hervorbringt«. In Deutschland würde dann »ein Stück aufgeführt« werden, »wogegen die französische Revolution nur wie eine harmlose Idylle erscheinen möchte«.[30]

Die Franzosenkriege hatten im Süden Deutschlands mehr als 20, im Norden neun Jahre gedauert, bis sie 1815 mit

der Schlacht bei Waterloo ein Ende fanden. Sie hatten zur lang andauernden Verarmung der deutschen Länder geführt und Millionen Opfer gefordert. Am Ende war eine ganze Generation von Napoleon zwangsrekrutierter oder in den Schlachten gegen ihn aufgebotener Männer tot. Wie nicht selten nach großen Kriegen reagierte das Volk mit Starre und Veränderungsscheu. Sozialpsychologisch gewann das Bedürfnis, das Alte zu bewahren, die Oberhand. Auf dieser Grundlage entstanden zwei seinerzeit gegensätzliche politische Richtungen: einerseits Metternichs Restauration überlebter Adels- und Kirchenmacht, andererseits der geschichtsverhangene, altdeutsch und germanisch gewandete demokratische Nationalismus eines Ernst Moritz Arndt oder Joseph Görres.

Die Härte der napoleonischen Kriegsführung und Besatzung bewirkte neben dem materiellen ein schweres, bis heute nachwirkendes ideelles Unglück. In Deutschland brachte Napoleon die revolutionären Ziele individueller Freiheit und Gleichheit in Misskredit. Aus der Gleichheit des Einzelnen vor dem Gesetz wurde hier die Vorstellung von der kulturellen Gleichheit, schließlich von der geschichtlich gewachsenen Blutseinheit des Volkes. In diesem Sinne verdammt Ernst Moritz Arndt 1814 die Idee weltbürgerlicher Offenheit, weil sie die »Deutschen zu Allerweltsjuden«, zu heimatlosen Kosmopoliten, mache, und forderte: »Geschieden werde das Fremde und das Eigene auf ewige Zeit!« Die am Ende siegreichen Schlachten gegen Napoleon verherrlichten die Deutschen als Freiheitskriege. Damit verlor der Begriff Freiheit seine auf das Individuum

gemünzte Bedeutung, wurde fortan volkskollektivistisch verstümmelt und als Freiheit von äußeren Feinden verstanden. Schon in seiner Streitschrift »Für die Juden« wies der 32-jährige Börne 1819 darauf hin, welche gefährliche fremdenfeindliche Fusion sich ergeben hatte: Es »schmolz Freiheitstrieb und Franzosenhass in ein Gefühl zusammen«.[31]

Die Deutschen, gedrückt und mutlos

Tagesaktuelle Texte beanspruchen keinen Ewigkeitswert. Dass die Schriften Börnes noch immer mit Vergnügen und Gewinn gelesen werden können, verdankt sich dem vollendeten Stil, der Geistesgegenwart, den Lebensumständen des Autors und – nicht zuletzt – dem weiteren Verlauf der deutschen Geschichte. Börne empfand es als »große Gnade«, »zugleich ein Deutscher und ein Jude« zu sein.^[32] Die Herkunft schärfte seinen Blick; seine Gegner und Feinde verliehen ihm Energie. In Deutschland saß er zwischen allen Stühlen, in Frankreich fand er Rückhalt und Maßstäbe, nach denen er das politische Hü und Hott in seiner Heimat beurteilte. Die christlichen Deutschen, so beobachtete er als junger Mann, verstünden sich stets als »Trabanten« einer »Zentralsonne«, als Untertanen »unseres Landesherren«, als Angehörige »unseres Volkes« – jedenfalls als ein Wir. Sie suchten Schutz im Kollektiv. Börne beobachtete, welche Angst christliche Deutsche vor dem Neuen entwickelten. Und warum? Weil ihr »Blut langsamer schleicht als ein Zivilprozess«.^[33] Anders die Juden, sie präsentierten das pralle Ich. Unter ihnen »aber steht keiner so niedrig, dass er sich nicht als Mittelpunkt der ganzen Welt ansehen sollte«.^[34] An ihnen gefielen ihm Eigensinn, Beweglichkeit und der Verzicht auf Volkstümelei. Deshalb standen sie in seinen Augen für Zukunft: »Sie sind die Lehrer des Kosmopolitismus, und die ganze Welt ist ihre Schule. Und weil sie die Lehrer des

Kosmopolitismus sind, sind sie auch die Apostel der Freiheit. «^[35]

Die Juden in Frankfurt am Main (Börne, 1807)

Das Herz pochte mir vor Erwartung, als ich die finstere Behausung wiedersehen sollte, in die ich geboren war, die Wiege meiner Kindheit. Es war grade am ersten Tage des Osterfestes, als ich in die Judengasse trat. Es tat mir wohl, dass mir, nach einer siebenjährigen Trennung von allen meinen Glaubensgenossen, noch so viel Herzlichkeit und jüdischer Sinn übriggeblieben war, dass ich bei einem Anblick, der lächerlich ist, nur gutmütig lächeln konnte. Die Sonne hing brütend über die lange schmale Gasse, und mir fiel wohl ein im Schweiß meines Angesichts, wir Juden müssten doch des Himmels Lieblingskinder sein, dass er unsere Wohnung wärmer beschien als den übrigen Teil der Stadt, wo es zur selben Zeit ziemlich kühle war.

Wenn man hineinsieht in die langen schmalen Gänge der Häuser, so findet das Auge kein Ziel und keinen Ruhepunkt. Da herrscht eine Dunkelheit, die wohl dienen kann zur Rückerinnerung an die zehen Plagen des Pharao und ein Symbol abgibt von der Geisteskultur der Juden. Umso reizender hingegen nehmen sich, an den Pforten dieser finstern Höhlen, die Töchter Abrahams aus, die im nachlässigsten Morgengewande, halb sitzend, halb liegend, des Betrachters Auge umso reiner vergnügen, da die Anschauung ihrer Schönheit sein Herz ungefährdet lässt und durch gleichzeitige Beschäftigung des Ohres nicht gestört wird. Um sie herum stehen die jungen Söhne des Merkurs, die durch ihre angenehme Unterhaltung und ewiges Trippeln beweisen, dass sie mit ihrem Schutzgotte auch die Beredsamkeit und die Flügel an den Füßen gemein haben.

Da strömen die Lippen über vor artigem Witze und witzigen Artigkeiten. Zwar meinte eine Dame, die Herrn verstünden sich besser auf Galanteriewaren als auf Galanterie, allein das war eine böse Christin, die das sagte, und eine neidische Modehändelerin. Auch kann man es ihnen nicht zur Sünde anrechnen, dass sie am Sabbat ihre Zunge arbeiten lassen. Denn das mosaische Gesetz

spricht: Am siebenten Tage sollst du deinen Knecht ruhen lassen und deine Magd; aber sind sie denn Herr ihrer Zunge? Ich ward bewillkommt von vielen schönen Lippen, und jeder fragte: Wann war die Ankunft gewesen? Meine allerliebsten Kusinen reichten mir ihre weißen Händchen und fragten mich, wie weit ich wäre in der Medizin, und ob ich schon den Puls verstände. Ich war artig und küsste jeder die Hand. Aber einige superkluge und genialische unter denselben, denen ich sagte, sie hätten gar keinen Puls, wollten irgendeinen satirischen Sinn in diesen Worten finden, und ich dachte doch gar nichts dabei, so wahr ich ein Jude bin! [36]

Während seine christlichen Landsleute die Freiheit nur gegen ihre Regierungen hätten durchsetzen müssen, mussten die Juden »mit Regierungen und dem Volk streiten« und hatten »zwei Feinde zu bekämpfen«, wie Börne 1831 schrieb. [37] Er kannte die Ursachen des speziellen Judenhasses in seiner Heimat, weil er wusste, »dass der Deutsche gern ein Knecht ist, wenn er nur zugleich auch einen Knecht hat«. [38] Über die Revolutionsscheu deutscher Handwerksburschen urteilte er ebenfalls 1831: »Diese hätten bei Freiheit und Gleichheit nichts zu gewinnen; denn während ihrer Jugend dürfen sie betteln und im Alter den Zunfttyrannen machen.« Wurden derartige Deutsche in ihrer Herr-und-Knecht-Existenz behelligt, dann krächzten sie: »Jude, Jude!« Das war, um es mit Börne zu sagen, »der letzte rote Heller aus der armseligen Sparbüchse ihres Witzes«. [39] Der Mangel an Mut, Zukunftsfreude, Selbstvertrauen und Freiheitslust speiste dieses Geschrei: »Die armen Deutschen«, lästerte Börne, »im untersten Geschosse wohnend, gedrückt von den sieben Stockwerken der

höheren Stände, erleichtert es ihr ängstliches Gefühl, von Menschen zu sprechen, die noch tiefer als sie selbst, die im Keller wohnen. Keine Juden zu sein, tröstet sie dafür, dass sie nicht einmal Hofräte sind.«^[40]

Goethe in »Dichtung und Wahrheit« (nach 1808)

Zu den ahnungsvollen Dingen, die den Knaben und auch wohl den Jüngling bedrängten, gehörte besonders der Zustand der Judenstadt, eigentlich die Judengasse genannt, weil sie kaum aus etwas mehr als einer einzigen Straße besteht, welche in frühen Zeiten zwischen Stadtmauer und Graben wie in einen Zwinger mochte eingeklemmt worden sein. Die Enge, der Schmutz, das Gewimmel, der Akzent einer unerfreulichen Sprache, alles zusammen machte den unangenehmsten Eindruck, wenn man auch nur am Tore vorbeigehend hineinsah. Es dauerte lange, bis ich allein mich hineinwagte, und ich kehrte nicht leicht wieder dahin zurück, wenn ich einmal den Zudringlichkeiten so vieler, etwas zu schachern unermüdet fordernder oder anbietender Menschen entgangen war. Dabei schwebten die alten Märchen von Grausamkeit der Juden gegen die Christenkinder, die wir in Gottfrieds »Chronik« gräßlich abgebildet gesehen, düster vor dem jungen Gemüt. Und ob man gleich in der neuern Zeit besser von ihnen dachte, so zeugte doch das große Spott- und Schandgemälde, welches unter dem Brückenturm an einer Bogenwand, zu ihrem Unglumpf, noch ziemlich zu sehen war, außerordentlich gegen sie: denn es war nicht etwa durch einen Privatmutwillen, sondern aus öffentlicher Anstalt verfertigt worden.

Indessen blieben sie doch das auserwählte Volk Gottes, und gingen, wie es nun mochte gekommen sein, zum Andenken der ältesten Zeiten umher. Außerdem waren sie ja auch Menschen, tätig, gefällig, und selbst dem Eigensinn, womit sie an ihren Gebräuchen hingen, konnte man seine Achtung nicht versagen. Überdies waren die Mädchen hübsch und mochten es wohl leiden, wenn ein Christenknabe, ihnen am Sabbat auf dem Fischerfelde

begegnend, sich freundlich und aufmerksam bewies. Äußerst neugierig war ich daher, ihre Zeremonien kennenzulernen. Ich ließ nicht ab, bis ich ihre Schule öfters besucht, einer Beschneidung, einer Hochzeit beigewohnt und von dem Lauberhüttenfest mir ein Bild gemacht hatte. Überall war ich wohl aufgenommen, gut bewirtet und zur Wiederkehr eingeladen: denn es waren Personen von Einfluss, die mich entweder hinführten oder empfahlen.

Wer glaubt, der Antisemitismus habe damals oder später nur in einer besonders übelriechenden Ecke der deutschen Nation genistet, der irrt. Wer behauptet, in der deutschen Geschichte ließen sich gute und böse Traditionen trennen, der versperrt den Weg zur Erkenntnis. Auch unter denjenigen, die wir heute ihres Reformwillens und ihrer künstlerischen Leistungen wegen ehren, finden sich bei näherem Hinsehen viele erklärte Judengegner, zum Beispiel: Karl vom Stein, Achim von Arnim, Caroline von Humboldt, Ernst Moritz Arndt, Jakob Grimm, Joseph Görres, Heinrich Hoffmann von Fallersleben, Friedrich Ludwig Jahn, Friedrich List, Richard Wagner, Friedrich Paulsen oder Franz Mehring, um nur einige zu nennen.

Umgekehrt betrachtet, entstammten jene Judenfeinde, die sich um 1880 organisierten, nicht der Welt des rundum Bösen. Heinrich von Treitschke war lange Zeit Liberaler gewesen; Wilhelm Marr, der 1879 die Antisemitenliga gründete und damit den Begriff Antisemitismus in das Weltvokabular einführte, hatte 1849 als linker Flügelmann der dreiköpfigen Hamburger Revolutionsregierung angehört. Der protestantische Geistliche Adolf Stoecker wird heute wegen seiner

notorischen Judenhetze verachtet, folglich will niemand mehr wissen, dass er zu den engagiertesten Vorkämpfern der deutschen Sozialversicherung gehörte. Christian Friedrich Wurm, jener schwäbische Kritiker, der Börne 1831 als »Auswürfling« geschmäht, ihm und anderen Juden »physisch empfindliche« Maßnahmen angedroht hatte, wurde 1848 Abgeordneter der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche – kein Hinterbänkler, sondern einer der Sprecher des gemäßigten Zentrums.

Der führende Liberale Wilhelm Jordan musste 1846 seiner Gesinnung wegen Sachsen verlassen, zwei Jahre später saß er als gewählter Abgeordneter ebenfalls in der Paulskirche. Dort erklärte er am 24. Juli 1848 in der Debatte um die Freiheit Polens: Er betrachte »die Überlegenheit des deutschen Stammes gegen die meisten slawischen Stämme« als »naturhistorische Tatsache«. Deshalb sei Polen, dieses Volk »aus Edelleuten, Juden und Leibeigenen«, zu Recht dreimal geteilt worden und die Polenfrage keine Angelegenheit des Gefühls und der Freiheit, sondern des »gesunden Volksegoismus«. Den mit solchen Argumenten von Jordan begründeten Antrag nahmen die Abgeordneten mit 342 zu 31 Stimmen an. Wer darüber nachdenkt, schreibt oder spricht, wie und warum Deutsche während des Zweiten Weltkriegs in Polen derart mörderisch hausten, sollte die in der Paulskirche von deutschen Demokraten begangene Ursünde nicht vergessen.

Wechselnde Motive des Judenhasses

Hätte Börne die Abstimmung vom 24. Juli 1848 noch erleben müssen, er wäre endgültig an den deutschen Liberalen verzweifelt. Stets und in vorderster Front hatte er den Freiheitskampf in Polen publizistisch gefördert. Zumal seit dem Hambacher Fest im Mai 1832 – an dem er selbst teilgenommen hatte – hoffte er, von Polen werde der Funke der Freiheit endlich auf Deutschland überspringen. Von dort erwartete er »den Andrang der Demokratie«.^[41] Über die wenigen deutschen Liberalen hegte Börne keine Illusionen und berichtete von einem seiner früheren Heidelberger Professoren, dieser sei eigentlich ein Freisinniger, habe aber, »wie so viele deutsche Gelehrte«, in »Judensachen einen Sparren im Kopf«.^[42] Dasselbe galt für den bedeutenden, zeitweise von seinem Freiburger Lehrstuhl suspendierten badischen Liberalen Karl von Rotteck. Als Mitglied der Zweiten Kammer des Badischen Landtags beantragte Rotteck 1833 mit Erfolg, die Judenemanzipation zu stoppen. Und warum? Er habe, so rechtfertigte er sich später, »um der Juden willen seine Popularität nicht in Gefahr bringen wollen«.^[43] Umgehend kündigte Börne in einem privaten Brief an, auf Rottecks »goldenen Lorbeerkranz zu sch...«.^[44] Verwirklicht hat er die Absicht nicht.

Gerade 21 Jahre alt, hatte Ludwig Börne 1808 seine erste bedeutende Schrift veröffentlicht. Sie handelte vom Streit um die Rechte, die den Frankfurter Juden gegeben oder ihnen weiterhin verweigert werden sollten. Der

Autor fand, die antijüdischen Ressentiments seiner Zeit würden von neuartigen Motiven angestachelt, nämlich von »Neid und Habsucht, welche die Juden zu verderben suchten«, weil diese als »die Aristokraten des Handelsstandes die Eifersucht der Menge« erregten. Es war nicht »die Extensität ihres Vermögens«, wie Börne zu Beginn des 19. Jahrhunderts schreiben konnte, »um die man sie beneidete – denn die jüdischen Kaufleute sind hier die reichsten nicht –, aber die Schnelligkeit und Sicherheit ihres Gewinnes konnte man ohne Ärger nicht betrachten«. Demnach gebrauchten die Judengegner »die Religion nur noch zum Vorwand des Hasses«, und Börne wies den künftigen »Geschichtsforscher« mit Nachdruck darauf hin, dass das Motiv der Judendiskriminierung und -verfolgung »verschieden ist, je nach den Zeiten, die er in Erwägung zieht«. [45]

Die vollen Bürgerrechte, die den Frankfurter Juden 1811 – dank des französischen Drucks und gegen eine Zwangsabgabe von 440000 Gulden – zugestanden wurden, beschnitten die Stadtväter fünf Jahre später, kaum dass Napoleon vertrieben war. Anders als die preußischen standen die Frankfurter Juden bis 1834 abermals unter hartem Sonderrecht. Ihre Gewerbefreiheit wurde drastisch beschränkt, die Zahl der Eheschließungen auf 15 pro Jahr limitiert und vieles mehr. In einer emanzipationsgegnerschen Denkschrift des Frankfurter Juristen Dr. Groll hieß es rechtfertigend: »Von der Lebensklugheit und Umsicht der Juden ist alles zu befürchten.« [46] Zur Begründung der neuerlichen Restriktionen reichten den Ratsherren zwei Sätze.

»Allgemeinwohl ist das erste Gesetz« und: »Nicht unterdrücken wollen die Christen die Juden und verfolgen, sie wollen nur nicht von ihnen unterdrückt sein.«^[47]

Die nichtjüdischen Deutschen als schutzwürdige Opfer und antijüdische Zwangsmaßnahmen als Notwehr hinzustellen, das war und blieb eine Besonderheit des modernen deutschen Antisemitismus. Er gründete in Schwäche, Kleinmut, Selbstzweifeln und Versagensangst. Die christlichen Deutschen forderten und erhielten Protektion vor den schnellen, gewandten Konkurrenten, aber das half nichts. Die Protektion untergrub das gestörte Selbstwertgefühl der Schützlinge erst recht. Aus dieser Spannung entstand der moderne deutsche Antisemitismus der vielen kleinen Neider.

Börne erkannte diesen Zusammenhang messerscharf. Weil Kinder mosaischen Glaubens die öffentlichen Schulen Frankfurts nicht besuchen durften, hatte die Jüdische Gemeinde um 1800 mehrere Privatschulen gegründet. Diese wurden immer wieder inspiziert, und die städtischen Aufsichtsbeamten stellten regelmäßig fest: Die Lehranstalten seien, wie Börne überliefert, »vortrefflich« und »das sittliche Betragen, der Fleiß und die Lernbegierde der Zöglinge bis zur Unbegreiflichkeit groß«.^[48] Ganz anders die Schulen für christliche Kinder: Sie wurden vernachlässigt, hier regierte die Rute, hier förderten weder die Eltern noch die Geistlichkeit, die Landes- oder Stadtherren die Lernfreude. Nur selten gelangten christliche Schüler damals über das Buchstabieren und etwas Rechnen

hinaus. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, was Börne im Jahr 1832 so formulierte: Die Juden wurden jahrhundertlang von den Christen unterdrückt, aber auch die Christen blieben unfrei und litten an geistiger Mangeldurchblutung. Wenn aber der politische Frühling komme und allen Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten schenke, dann, so Börne, »wollen wir sehen, wer früher grünt, der Jude oder der Christ«.[49]

Deutsche Zustände (Börne, 6. Sept. 1828)

Ich ging nach Bingen, um ein kleines Päckchen Bücher, das auf der Post für mich gekommen (Müllner's dramatische Werke, die der Verleger Vieweg mir geschickt), zu holen. Man konnte es mir noch nicht ausliefern, es musste erst auf die Maut, wo Transitogebühren zu entrichten. Das 2 ½ Pfund schwere Päckchen ward in Mainz mit zwei Siegeln des Postgerichts und einem langen Zettel begleitet. Was hatte ich zu laufen und musste doch ohne Paket wieder nach Rüdesheim!

Als ich überfahren wollte, war kein Schiffer da, obzwar Kähne genug, und ich musste trotz meines Lärmens und Scheltens eine halbe Stunde warten und wurde wegen meines Tobens noch ausgelacht. Nämlich in Bingen ist das Recht, über den Rhein zu fahren, an einige wenige Schiffer von der Regierung verpachtet. Da diese nur das Privilegium haben und keine Konkurrenz, so leben sie ganz nach ihrer Bequemlichkeit, hausen in den Weinschenken und fahren nicht eher, bis sie mit Trinken fertig sind.

In Rüdesheim, wo jeder Schiffer überfahren darf, braucht man keinen Augenblick zu warten. Ach, welch ein Vergnügen, in zivilisierten Staaten zu leben! Welch schöner deutscher Bund! Wenn drüben die Türkei wäre, könnten beide Ufer nicht feindnachbarlicher getrennt sein als Nassau von Darmstadt! Wenn man von Rüdesheim nach Bingen fährt, oder umgekehrt, darf man mit dem Schiffer, mit dem man hinübergefahren, nicht

zurück, sondern wird in einen andern Kahn geladen. Kein Rüdesheimer Schiffer darf vom linken Rheinufer, kein Binger vom rechten Rheinufer einen Reisenden hinübersetzen. Der deutsche Bund ist nur in Frankfurt um vier Uhr Nachmittag wahrzunehmen, zur Stunde, wenn die Bundestagsgesandten abwechselnd beieinander zu Gaste essen. Wo und wann sonst, das wüsste ich wahrhaftig nicht.[50]

Die deutschen Juden bestanden diese Konkurrenz mit Bravour. Zu Beginn des Jahrhunderts unter deutlich ungünstigeren Bedingungen gestartet, hatten sie am Ende einen beträchtlichen Vorsprung gewonnen und die Klippen des sozialen Aufstiegs drei- bis viermal so schnell überwunden wie die Angehörigen der insgesamt trägen christlichen Mehrheitsbevölkerung.

»Je größer mein Erfolg war«, berichtet Marcel Reich-Ranicki in seinen Erinnerungen, »desto häufiger bekam ich Neid und Missgunst zu spüren und mitunter auch unverhohlenen Hass.«[51] Wer heute in Deutschland die schon sehr Alten befragt, welche Erinnerungen sie an Juden hätten, wird oft hören: »In unserem Dorf gab es vier Juden, der eine, ein Metzger, fuhr das erste Auto.« Oder: »Die Juden haben sich immer ziemlich viel herausgenommen.« An Pogrome dachten diese stillen, mit sich selbst unzufriedenen Antisemiten nicht, auch riefen sie nicht lauthals »Juda verrecke!«. Doch im Jahr 1933 kam ihre Stunde: Sie konnten ihre gesammelten Unterlegenheitsgefühle an den Staat abgeben und zusehen, wie diejenigen, die sie für vorlaut und anmaßend hielten, die sie als gewitzte und umsichtige Konkurrenten empfanden, von Amts wegen in ihren

Rechten zurückgesetzt wurden, was der nichtjüdischen Mehrheit neue Chancen eröffnete. Ich zitiere aus einem Brief, der mir typisch für die seinerzeit vorherrschende Stimmung erscheint, geschrieben am 31. März 1933, von einem Sohn an den Vater: »Ob es gelingen wird, den Juden ihre unrechtmäßigen Privilegien zu entreißen?«, heißt es da. Der Briefschreiber meinte ja. Schließlich verfüge die »nationale Bewegung in Deutschland« über die »nötige eiserne Energie« und er fuhr fort: »(Hier) im Institut wird schon kaum noch gearbeitet deswegen. Schließlich haben wir weit über 50 Prozent Juden bei uns, das ist die 50-fache Menge, als erlaubt sein sollte.«^[52] Gemeint waren damit die Verhältnisse am Chemischen Institut der Berliner Universität. Der 23-jährige Briefschreiber arbeitete dort als Doktorand und hing dem damals unter deutschen Studenten und Hochschulabsolventen populären Gedanken an, dass Juden nur entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil von einem Prozent in akademischen Positionen beschäftigt werden sollten. Er hieß Robert Havemann. Wie gesagt: Geschichtlich lassen sich Gut und Böse nicht so einfach trennen.

Die Langweiler gegen die Tüchtigen

Die Nachzügler, Langsamen, die vielen schlecht Gebildeten, die die Stufen des sozialen Aufstiegs nur mühsam überwandten, prägten den deutschen Antisemitismus. Sie ahnten zumindest, dass sie – jedenfalls im direkten Vergleich – zu den dummen Kerlen gehörten, um das berühmte, oft August Bebel zugeschriebene Wort abzuwandeln, »der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerls«. Dramatisch verstärkt wurde der so fundierte Antisemitismus, als die Spätaufsteigenden aufzuholen begannen und dann auch schnell aufholten. Das geschah massenhaft in den 1920er-Jahren dank der guten Bildungspolitik des späten Kaiserreiches und vor allem der Weimarer Republik – nicht zuletzt dank guter sozialdemokratischer Politik. Auch das unzweifelhaft Gute kann sehr Böses auslösen, jedenfalls begünstigen. Der deutsche Antisemitismus äußerte sich in ängstlicher Reserviertheit, im verklemmten, dumpfen Vorurteil jener, die sich als Zukurzgekommene betrachteten. Die Umstandskrämer machten die Gewitzten verächtlich, die Verhockten beneideten die Tüchtigen, die kleinen Amtmänner die erfolgreichen Selbständigen, die Maulfaulen, die sich der Wortgewandten und Witzigen nicht zu erwehren wussten, schwiegen verkniffen. Sie pflegten den verborgenen, hinterhältigen, von Missgunst gesteuerten Hass, der, wie Börne empfand, »umso stärker« wurde, »je mehr ihnen das lichtere Zeitalter verbot, ihn in Tätlichkeit auszulassen«.[53]

Ludwig Börne währte seine Landsleute in einem großen Ghetto. Sie waren zu feige, die Mauern zu schleifen, duldeten jede Theaterzensur, hatten noch nicht einmal »die Lachfreiheit« errungen. Während der Franzose die Freiheit wie seine Braut liebe, liebe sie der Deutsche wie seine alte Großmutter.^[54] Wegen dieses Mangels konservierten die Mehrheitsdeutschen merkwürdige Gerichtsordnungen und Prügelstrafen, lächerliche Zollgrenzen, Judenzwang und Zunft Herrlichkeit, Bürgerdemut, Bauernnot und hohlen Adelsstolz. Derart altväterlich und zurückgeblieben würde Deutschland, wie Börne spottete, bald zum Museum der Antiquités de l'Allemagne werden, bereist von neugierigen und kopfschüttelnden »Freunden der politischen Altertümer« aus aller Welt. »Unglückliches Volk!« werde dann »ein Beduine mit stolzem Mitleide ausrufen«.^[55]

Es ist anders gekommen, als es sich Börne in seinen Satiren ausmalte. Infolge des von ihm beklagten Knechtssinnes und der Freiheitsangst, des Neides und des Nationalkollektivismus ist unser Land heute, zumal dessen Hauptstadt Berlin, ein millionenfach besuchtes Freilichtmuseum des Terrors, der Unfreiheit und des mörderischen Hasses. Besucher aus aller Welt besichtigen es, nicht mitleidig, sondern ratlos und beklommen. Uns heutigen Deutschen bleibt nichts anderes übrig, als einem der Aphorismen Börnes zu folgen: »Jede Gegenwart ist eine Noterbin der Vergangenheit.« Wir können diese »Vergangenheit weder ausschlagen« noch unter Vorbehalten annehmen.

Wir müssen sie, »und zwar ganz, mit ihren Schulden und ihrer Schuld antreten«. [56]

Machet sie zu Pulver!

Die Berliner Judenverbrennung von 1510^[2]

Der älteste, in Spandau bei Berlin gefundene Grabstein eines Juden stammt aus dem Jahr 1244; erstmals urkundlich erwähnt wurden die in der Doppelstadt Berlin und Cölln lebenden jüdischen Einwohner am 5. April 1317. Solchen Quellen zum Trotz beging die Jüdische Gemeinde der Stadt am 21. Mai 1871 nicht etwa ihr 600-jähriges Bestehen, sondern zelebrierte ihre »zweite Säkular-Feier«, und das mit erheblichem vaterländischen Aufwand. Warum dieser Tag? Zweihundert Jahre zuvor, 1671, hatte Friedrich Wilhelm von Brandenburg, genannt der Große Kurfürst, die Ansiedlung von Juden gestattet.

Eine Geschichte, die 1871 übergangen wurde

Der Monarch tat das nicht, weil er ein Freund der Juden gewesen wäre. Er brauchte Geld, sorgte sich um den Wiederaufbau des im Dreißigjährigen Krieg und in den Feldzügen gegen Schweden ruinierten und verödeten Landes. Seine Kriegskasse war leer. Die Wirtschaft lag darnieder. Dem konnten die finanziell erfahrenen Juden abhelfen, wie Friedrich Wilhelm hoffte. In Wahrheit handelte es sich um eine Wiederansiedlung. 1510 waren die Juden aus der Mark Brandenburg vertrieben und 38 von ihnen zuvor öffentlich in Berlin verbrannt worden. Die damit verbundenen Ereignisse übergang Ludwig Geiger in der Festschrift »Geschichte der Juden in Berlin«, die er 1871 anlässlich der sogenannten 200-Jahr-Feier veröffentlichte. Er begründete das mit dem Hinweis, er wolle die dem Mittelalter zugehörigen Exzesse »nicht näher verfolgen«, weil er die deutschen Juden auf dem Weg zu immer größerer Anerkennung sehe und Deutschland im »langsamen, aber stetigen materiellen und geistigen Fortschritt« hin zu den »Ideen der Gleichheit und Freiheit«. Aus Optimismus und Loyalität zum neu geschaffenen Deutschen Reich beließ er es dabei, die Geschichte der Juden in Berlin nur für die vorangegangenen 200 Jahre nachzuzeichnen – als eine »schöne Entwicklung«, die nicht dem Mittelalter, sondern der »neuen Zeit« zuzurechnen sei, einer Zeit eben, »die wegen ihrer Anschauungen und Taten diesen Namen

wirklich verdient«.

Am Morgen des 19. Juli 1510 muss die Sonne blutrot über der Doppelstadt Berlin-Cölln aufgegangen sein. Gerichtsbüttel und Henkersknechte trieben 38 Juden und den christlichen Bernauer Kesselflicker Paul Frohm durch das Tor hinaus in die sandige Heide. Wegen des angekündigten »Spectaculum« war alles auf den Beinen, und aus allen Ecken der Mark Brandenburg waren tausende Schaulustige herbeigereist. Die Stadt »mag an jenem Tage«, berichtet ein Chronist, »so vielfach belebt und so mächtig erregt gewesen sein, wie nur je bei einem ihrer großen geschichtlichen Ereignisse«. Die wogende Menge bewegte sich zum Ort des Hochgerichts, dem Rabenstein. Er lag vermutlich am heutigen Straußberger Platz.

An jenem Freitagmorgen zerrten Amtsknechte den christlichen Delinquenten Frohm noch gefesselt »auf einem niedrigen Wagen halb nackend durch die fürnehmsten Gassen« und traktierten ihn zur Belustigung wie zur Warnung des Volkes »mit glühenden Zangen«. Auf diese Weise sollte ihm noch die Möglichkeit zur Reue gewährt werden, bevor dann auch der himmlische Richter über ihn zu urteilen hätte. Die falschgläubigen, zur Reue deshalb unfähigen Juden genossen dieses Privileg nicht. Sie zogen, von ihrem Rabbiner geführt, unter lauten Trost- und Sterbegesängen, mit »wunderlichem Geschrei in ihrer jüdischen Sprache und mit seltsamen Gebärden« zum Rabenstein. Dort erwartete sie der Scharfrichter. Er ließ die Verurteilten an eine sorgfältig errichtete Holzkonstruktion schmieden, Frohm an einen etwas

abseits errichteten Brandpfahl. Dem Bericht zufolge beteten die »verstockten Juden« während der gesamten Prozedur, »mit lachendem Mund führten sie ihren Lobgesang aus« und »erschreckten« damit die Christen ein letztes Mal. Dann loderten die Flammen auf.

Für gewöhnlich gehörte es zu den Obliegenheiten des Scharfrichters und seiner Gehilfen, den Scheiterhaufen aufzutürmen. Doch in diesem Fall kamen »aus eigener Bewegung unerfordert viele dazu« und errichteten einen »wunderlichen Bau«. Sechs Meter hoch zimmerten christliche Berliner Männer aller Stände drei starke Holzroste übereinander, belegten dieselben mit Stroh, Reisig und Pech, zogen kräftige Balken ein, »daran von den Juden ein Teil auf den untersten, die anderen auf den mittelsten und also fürder die Übrigen auf den dritten Rost, alle bei den Hälsen mit eisernen Banden auf- und angeschmiedet« wurden.

Von der Reform zum rechtsförmigen Pogrom

Die Vollstrecker taten dem Urteil Genüge, das Hans Brackow, Bürgermeister und Richter der Stadt, und die beigeordneten Schöffen gefällt hatten. Am 11. Juli hatte das Gericht auf dem größten Platz der Stadt verhandelt, dem Neuen Markt vor der Marienkirche, ziemlich genau dort, wo heute der Neptunbrunnen sprudelt, und am Ende verkündet: »Die Juden sollte man zu Pulver verbrennen, damit alle anderen Juden ein Beispiel und Exempel von ihnen nehmen möchten, dass sie solche und dergleichen Übeltaten nicht auch begehen möchten.«

Am Morgen der Hinrichtung traten die Richter abermals vor der Marienkirche zusammen, verlasen das Urteil und genügten den in der Gerichtsordnung festgelegten Vorschriften. Zu diesem Zweck hatte man ein dreistöckiges Podest errichtet. Oben saßen Rechtsgelehrte, in der Mitte der Richter, die Schöffen, der Schreiber und der Ankläger. Ganz unten standen die Angeklagten. Angetan mit spitzen gelben oder weißen Hüten mussten sie erklären, dass sie bei ihren Geständnissen bleiben und gegen sich die »gerechte Strafe« beantragen.

Einen Tag nach dem großen Feuergericht enthauptete der Scharfrichter zwei weitere Juden. Unter der seinerzeit gebräuchlichen, besonders im Fall von Ketzerei und Zauberei gesetzlich vorgesehenen Folter hatten sich beide taufen lassen, und zwar auf die Namen

Peter und Paul. Folglich stand ihnen, da sie nun Jesus Christus um Vergebung anrufen konnten, die gelindere Form der Todesstrafe zu.

Wie und warum war es zu dem rechtsförmig verbränten Pogrom mit anschließender Massenaustreibung gekommen? Die Bücher zur brandenburgisch-preußischen Geschichte geben nur wenige Auskünfte. Seit Leopold von Ranke gilt der damals regierende hohenzollernsche Kurfürst Joachim I. Nestor, der von 1499 bis 1535 die Geschicke des Landes lenkte, als Mann »des emporkommenden Humanismus«. 1506 stiftete er die Universität Frankfurt (Oder), machte dort einen Juristen aus Bologna zum ersten Universitätskanzler, reformierte das Recht, versuchte, das staatliche Gewaltmonopol und damit den Landfrieden durchzusetzen. Zu diesem Zweck ließ er – ebenfalls 1506 – 70 Raubritter hängen, darunter 40 Adlige. Im Sinne seines reformerischen Eifers und des mit Reformen stets verbundenen Geldbedarfs stellte Joachim 1509 seinen jüdischen Untertanen einen Schutzbrief aus. Er galt für zunächst drei Jahre, regelte die Kreditzinsen, den Fleischverkauf, die Wahl eines Rabbiners und dessen richterliche Befugnisse – im Gegenzug hatten die Juden erhebliche Steuern an Joachim zu entrichten, und zwar auf drei Jahre im Voraus. Im Anschluss standen der nächste Schutzbrief und weitere kräftige Zusatzeinnahmen für den Fürsten in Aussicht.

Prälaten, Ritter und Bürger betrachteten das Judenprivileg Joachims als Provokation. Nach dem Vorbild Magdeburgs und Mecklenburgs hatten sie seit

mehreren Jahrzehnten die Ausweisung der märkischen Juden verlangt. Sie suchten einen Anlass zum Gegenschlag und fanden ihn am 6. Februar 1510. An diesem Tag entwendete der bettelarme Kesselflicker Paul Frohm in der Kirche des havelländischen Dorfes Knoblauch eine vergoldete Monstranz und zwei geweihte Hostien. (Knoblauch wurde 1968/69 zugunsten eines Erdgasspeichers abgerissen, die wüste Fläche gehört heute zur Gemeinde Ketzin.) Frohm konnte am 2. Juni verhaftet werden, gestand seine Missetat und bekundete, er habe die beiden heiligen Oblaten gegessen. Die Verfolgung eines solchen, das Allerheiligste betreffenden Frevels stand dem geistlichen Oberherren zu, nämlich Bischof Hieronymus Schulz von Brandenburg. Unter schwerster Folter revidierte Frohm seine erste Aussage und beschwor am Ende, was er beschwören sollte: Er habe die Hostien nicht etwa verspeist, sondern an den Juden Salomo in Spandau verkauft.

Viel spricht dafür, dass Kurfürst Joachim die für ihn finanziell vorteilhaften Beziehungen zu den Juden aufrechterhalten wollte, doch musste er angesichts dieses Vorwurfs, das gebot seine Glaubenspflicht, Salomo als möglichen Hostienschänder einkerkern und hochnotpeinlich verhören lassen. Der gefangene und sogleich gefolterte Salomo »bekannte«, er habe die Hostien, also den Leib Christi, auf einen grob gezimmerten Tisch geworfen, sie bespion, verspottet, geschlagen und schließlich in drei Stücke gestochen, wobei etliches Blut herausgetropft sei. Nach Ansicht des Untersuchungsrichters konnte es sich schwerlich um eine Einzeltat handeln, folglich wurde Salomo als

Rädelsführer eingestuft.

Der Kurfürst ordnete gerichtliche Untersuchungen gegen alle Juden an. Die durchweg bei den Juden verschuldeten Adligen und Patrizier verbanden das Religiöse mit dem Materiellen und sahen den Tag gekommen, die verhassten Gläubiger samt Schulden loszuwerden. Die Edelleute »zogen mit Fleiße alle«, wie der Sänger Jacob Winter 1510 dichtete, »über das ganze Land, sie fingen die Juden alle, die Juden jung und alt«. Bald entdeckte man in weiteren brandenburgischen Städten Juden, die angeblich Hostien geschändet, ja sogar Christenkinder geschlachtet hätten. So wurden im Juli 1510 in Berlin 51 märkische Juden angeklagt, nicht zufällig die reichsten und angesehensten. Das Gericht sprach einen von ihnen frei und verurteilte 40 zum Tode. Die anderen werden unter der Folter gestorben sein.

Am Tag nach den Hinrichtungen verwies Kurfürst Joachim sämtliche Juden des Landes. Er begründete dies mit der Behauptung, »dass alle Juden, wie sie in einem Fürstentum, Lande oder Gebiete wohnen, ein Geld zusammenzulegen pflegen, davon sie Christenkinder kaufen und erwürgen, um ihres Blutes zu einer Heilsalbe teilhaftig zu werden«. Bevor die noch lebenden Juden Brandenburg »stracks« zu verlassen hatten, mussten sie schwören, dass sie »nimmer wiederkommen« und alle ihre Glaubensbrüder warnen würden, die märkischen Lande niemals zu betreten, weil ihnen widrigenfalls »Verlust des Leibes und Gutes« drohe. Die Juden wurden ihres Eigentums beraubt, ihre Friedhöfe zerstört. Im Jahr 1955 stieß man im Gemäuer der Zitadelle auf insgesamt 66 darin verbaute Grabsteine der Spandauer

Juden. Der älteste stammt aus dem Jahr 1244, der jüngste von 1474.^[57]

Anders als Ludwig Geiger, der 1871 die Geschichte der Berliner Juden in eine »schöne Entwicklung« einmünden sah, wissen wir Heutigen, was gut 60 Jahre später geschah. Gewiss, der Abstand des Holocaust zur Berliner Judenverbrennung von 1510 ist zu groß, um zwischen beiden Ereignissen einen geschichtlichen Zusammenhang herzustellen, doch bestehen zwei Ähnlichkeiten, die aus einer vordergründig mittelalterlichen eine durchaus neuzeitliche Geschichte machen.

Zum einen folgte die Hinrichtung der 40 Berliner Juden einer Periode, in der es den brandenburgischen Juden vergleichsweise gutging und sie den Schutz des Landesherrn genossen, so wie ihnen Preußen und später das Deutsche Reich von 1812 bis 1932 Rechtssicherheit und die Freiheit der Bildung und des Wirtschaftens garantierten. Zum anderen handelte es sich nicht um ein Pogrom im Sinne von Brandschatzung, Mord, Totschlag und Raub, begangen von einer aufgebrachten und aufgehetzten Menge, sondern um einen justizförmig arrangierten, im Auftrag der Obrigkeit vollzogenen Massenmord. Dieser wurde dann mit der Enteignung und dauerhaften Vertreibung all derer verbunden, die dem tödlichen Exempel entgangen waren. Das heißt: Die beifällig gaffende und johlende Menge hatte ihre Ressentiments, ihren schwelenden Hass an die Obrigkeiten abgetreten. Diese lösten die Judenfrage auf äußerlich gesetzmäßige Weise. Sie taten

das im Namen des auf Maßnahmen drängenden Volkes,
ermöglichten aber jedermann, den Anschein seiner
Unschuld zu wahren.

Ethnisch säubern, sozial aufsteigen *Gegen Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden*^[3]

Den folgenden Text schrieb ich als Eröffnungsvortrag für das Symposium »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«. Im Programm zu der Tagung hatte der Holocaust keinen Platz gefunden. Das Thema wird den Veranstaltern als zu sperrig erschienen sein, doch zweifellos gehörten die europäischen Juden zu den Opfern besonders radikaler ethnischer Politik im 20. Jahrhundert.

Judendeportationen als Teil ethnischer Politik

Wenn 1941 in der deutschen Verwaltung von Judenaussiedlung, Judenumsiedlung und Judenevakuierung gesprochen wurde, dann tarnten diese Begriffe nicht allein das Morden, sie deuteten auch auf die Genese des Projekts »Endlösung«: das Entrechteten, Enteignen und Vertreiben einer unliebsamen, schon lange missgünstig belauerten Minderheit.

In dem von Kriegstraumata, nationalistischem Hass und wirtschaftlichen Krisen gezeichneten Europa der 1920er- und 1930er-Jahre bildeten die Juden, um es mit Hannah Arendt zu sagen, die Minderheit par excellence: Sie verfügten weder über einen Staat noch über eine Armee, die sie schützten. Für Juden gab es kein Territorium, das Zuflucht oder wenigstens Ziel von Vertreibung hätte sein können. Es wurde noch gesucht. Unter dem steigenden Druck des Antisemitismus dachten immer mehr Juden an Palästina, US-Präsident Roosevelt brachte 1938 Äthiopien ins Gespräch, der polnische Außenminister Madagaskar, eine Insel, die in den Jahrzehnten zuvor schon häufiger als Ort für ein möglichst fernes und isoliertes Judenreservat genannt worden war.[58]

Nicht wenigen Politikern Europas war es letztlich gleichgültig, wohin die Juden kommen sollten oder, unter Druck gesetzt, auswanderten. Hauptsache, sie verschwanden. So beschloss das ungarische Parlament

im Frühjahr 1939 ein Gesetz, das den meisten jüdischen Staatsbürgern die Möglichkeit zum Broterwerb schmälerte und die Regierung ermächtigte, »die Auswanderung der Juden zu fördern« sowie die Vermögen der außer Landes Gedrängten per Verordnung zu beschlagnahmen. Polen erließ seit den 1920er-Jahren antijüdische Gesetze und praktizierte den Staatsantisemitismus zudem auf dem kalten Verwaltungsweg. Ähnlich verhielt es sich im griechischen Thessaloniki und in Rumänien.

Bevor die Arisierung des Eigentums sogenannter Nichtarier in Deutschland 1933 begann, praktizierten andere Staaten die Polonisierung, die Lettisierung, Hellenisierung oder Romanisierung auf Kosten nationaler, darunter deutscher Minderheiten. In Ostmitteleuropa erfolgten Landreformen durchweg zuungunsten einzelner Minderheiten: im Baltikum zum Nachteil von Deutschen, in Litauen zum Nachteil von Polen, in Rumänien zum Nachteil von Ungarn usw. Seit den frühen 1930er-Jahren fanden nationale und ethnische Kriterien auch Eingang in die sowjetische Politik der Enteignung, Umverteilung und (Zwangs-) Umsiedlung – zunächst diskret, dann immer deutlicher.

All das stellten die antisemitischen Maßnahmen in den Schatten, die die deutsche Regierung seit dem Frühjahr 1933 Schlag auf Schlag vollzog. Auf öffentlichen Zuspruch und vielfaches Schweigen gestützt, wurden bis zum September 1939 rund 300000 Juden aus Deutschland, Österreich, Böhmen und Mähren vertrieben und weitgehend enteignet. Mehrere tausend wurden in dieser Zeit ermordet; verzweifelt nahmen sich

tausende der Bedrängten das Leben – um die Existenz und ihr Lebensglück gebracht, in die soziale Isolation getrieben, schwer gedemütigt, entrechtet und terrorisiert.

Zwei Jahre nach Kriegsbeginn, am 31. Juli 1941, beauftragte Hermann Göring den Chef des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich mit der »Gesamtlösung der europäischen Judenfrage«. Am selben Tag warnte das Untergrundblatt *Placówka*, das im deutsch besetzten Polen für die rechtsnationale Bauernbewegung sprach, vor der Rückkehr der Juden ins dereinst befreite Polen, weil diese dann abermals versuchen würden, »ihr Finanzimperium zu errichten und auf dem Marsch zur Herrschaft über Polen und die ganze Welt weiter voranschreiten« würden. Ein polnischer römisch-katholischer Geistlicher schrieb damals in einem Rapport zur Lage seiner Kirche unter deutscher Herrschaft: »Was die jüdische Frage angeht, so ist von einer eigentümlichen Fügung göttlicher Vorsehung zu berichten. Neben so vielem Unrecht, das die Deutschen unserem Land angetan haben und weiterhin antun, haben sie in dieser Hinsicht einen guten Anfang gemacht und eine Möglichkeit aufgezeigt, die polnische Bevölkerung von der jüdischen Plage zu befreien, einen Weg, der natürlich weniger grausam, jedoch konsequent vom dereinst befreiten Polen selbst einzuschlagen ist.«^[59]

So eindeutig antisemitisch solche Texte sind, dokumentieren sie ebenso eindeutig die deutsche

Verantwortung für den Holocaust. Im Juli 1941 sah der von Planungsexperten Heinrich Himmlers ausgearbeitete Generalplan Ost vor, an die 50 Millionen Slawen und Juden zu vertreiben, um zehn Millionen Deutsche anzusiedeln. Am 3. September 1941 schickte der SS-Offizier Rolf-Heinz Höppner eine Planungsskizze an seinen Chef Adolf Eichmann, der damals generell für Umsiedlungen zuständig war. Das Papier handelte davon, wie Massendeportationen von Juden und Slawen in noch zu erobernde, besonders unwirtliche Gegenden der Sowjetunion zu organisieren seien. Am Ende warf Höppner die Frage auf: »Wesentlich ist im Übrigen, dass von Anfang an völlige Klarheit darüber herrscht, was nun mit diesen ausgesiedelten Volksteilen endgültig geschehen soll, ob das Ziel darin besteht, ihnen ein gewisses Leben für dauernd zu sichern, oder ob sie völlig ausgemerzt werden sollen.« Möglich, dass Eichmann diesen Brief eines Praktikers von Massenvertreibungen bestellt hatte – jedenfalls antworteten Höppners Vorgesetzte nach einigen Versuchen, welche Mittel sich am besten für die Massenvernichtung von Menschen eignen würden, mit dem Projekt »Endlösung der Judenfrage«.

Die Initiative, juristisch gesprochen: die Tatherrschaft lag bei der deutschen Regierung. Sie allein schuf die organisatorischen und technischen Voraussetzungen für das Morden, sie allein konnte es jederzeit stoppen. Kein anderer europäischer Staat betrieb im 20. Jahrhundert Programme, die auf die komplette physische Ausrottung einer Minderheit zielten. Dennoch gehörten der in vielen Ländern Europas bestehende Antisemitismus und die

Selbstverständlichkeit, mit der Angehörige von Minderheiten ihrer Rechte beraubt wurden, zu den Faktoren, die den Holocaust begünstigten.

Nicht in der gnadenlosen Mordpraxis, nicht in der ungeheuerlichen Radikalität und Effizienz, wohl aber in einzelnen Grundgedanken und Zielsetzungen entsprachen die deutschen Praktiken der ethnokratischen Politik in anderen Staaten. Das erklärt die – unterschiedlich starke – Unterstützung der deutschen antijüdischen Politik in einzelnen besetzten und verbündeten Ländern und deren weit über das Kriegsende hinausreichenden Folgen.

In den Jahren 1919 und 1920 hatten Vertreter der westlichen Staatenwelt die Pariser Friedensverträge ausgehandelt und dabei zahlreiche neue Nationalstaaten aus der Taufe gehoben. Die Väter des unklugen, von John Maynard Keynes früh kritisierten und wenig haltbaren Friedens stellten ihre neue Ordnung unter das Prinzip »Selbstbestimmungsrecht der Völker«. Propagiert hatten es noch während des Krieges an führender Stelle der exilierte russische Revolutionär Wladimir Iljitsch Lenin und US-Präsident Woodrow Wilson.

Wenige Wochen nach dem Ende 1918 geschlossenen Waffenstillstand machte sich der US-Außenminister Robert Lansing darüber Gedanken, welchen gefährlichen Geist sein Präsident aus der Flasche gelassen habe: »Das ganze Wort ›Selbstbestimmung‹ ist bis zum Rand mit Dynamit geladen. Welch ein Verhängnis, dass dies Wort je geprägt wurde! Welches Elend wird es über die Menschen bringen!« Lansing befürchtete, die Formel von der nationalen Selbstbestimmung werde die Neigung

zum Völkerhass, zur Diskriminierung von Minderheiten, zu ethnisch motiviertem Mord und Totschlag befeuern und viele Völker anstecken. »Welche Wirkung wird diese Formel zum Beispiel auf die Iren, die Inder, die Ägypter und die Burenationalisten haben?«, so fragte Lansing. »Werden sich nicht die Mohammedaner in Syrien und Palästina und womöglich auch in Marokko und Tripolis darauf berufen? Wie lässt sich dieses Prinzip mit dem Zionismus, auf den sich Wilson doch so gut wie festgelegt hat, in Einklang bringen?«

Angesichts solcher Bedenken sahen die Friedensverträge von 1919/20 vor, den nationalen Minderheiten einen – bald kaum mehr beachteten – Rechtsschutz zu gewähren. Parallel dazu förderten bestimmte Vertragsklauseln die oft nur formell verstandene freiwillige (optionale) Umsiedlung der Angehörigen von Minderheiten oder alternativ deren schnelle Assimilation an die nationalen Mehrheitsgesellschaften. Die Konstrukteure der Friedensverträge »ahnten noch nicht«, so Hannah Arendt, dass es »ganze Gruppen von Menschen in Europa geben könne, die ›undeportierbar‹« sein würden. Das galt für Juden ebenso wie für Sinti und Roma. Wie ahnungslos die bald mörderisch Verfolgten ein gutes Jahrzehnt vor Hitlers Regierungsantritt waren, mögen zwei Beispiele verdeutlichen.

In den Jahren 1919/21 hatten fast alle Juden jener Provinzen, die das Deutsche Reich an Polen abtreten musste, für Deutschland optiert und ihre Heimat in Richtung Berlin verlassen – aus antipolnischen Gefühlen und aus Angst vor dem polnischen Antisemitismus. Kurt

Tucholsky, später Inbegriff eines deutsch-jüdischen antifaschistischen Schriftstellers, leitete 1920/21 das für die oberschlesischen Abstimmungskämpfe herausgegebene, von der Reichsregierung finanzierte rassistische Witz- und Kampfblatt namens Pieron (Blitz). Darin ließ er Polen als versoffene Dreckfinken, als Wanzen und Läuse zeichnen, anonym erscheinende Schüttelreime steuerte er selbst bei: »Wir polnischen Hexen, wir speien auf Frieden / Wir säen die Hetze, wir sind nie zufrieden / Wir haben das Land in Aufruhr gebracht / Wir Hexen / Wann sinken wir einmal zurück in die Nacht / Wir polnischen, polnischen Hexen.«

Zu den Mitarbeitern des Pieron gehörte übrigens auch Heinrich Zille, der eine sehr eindeutige Zwei-Personen-Zeichnung so unterschrieb: »Welches ist der Pole und welches ist der Deutsche? – Tummer Aas – nächstens fragst du noch nach dem Unterschied zwischen Rose und Nachttopp.«^[60]

Im November 1918 legte der altelsässische Oberrabbiner von Straßburg sein Amt nieder, um die einrückenden französischen Truppen nicht grüßen zu müssen. Albert Schweitzers Schwiegervater, der Historiker Harry Breslau, wurde 1918 – wie die meisten seit 1871 zugezogenen Deutschen – von Franzosen über die Rheinbrücke bei Straßburg nach Deutschland verjagt, und zwar als »pangermaniste militant«. (Wie später die deutschen Besatzer in Polen teilten französische Beamte die Bevölkerung des Elsass in vier Gruppen ein: Vollfranzosen, Teilfranzosen, Ausländer und Deutsche. Von Letzteren vertrieben sie rund

200000 Menschen.)

Hilflos gegen den Geist des Hasses

Anders als im 20. hatte im 19. Jahrhundert weithin Wanderungsfreiheit bestanden. Millionen Europäer waren der atlantischen Trift gefolgt und nach Amerika emigriert. Sie kehrten beengten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen den Rücken und hofften auf sagenhafte Chancen in der Neuen Welt. Millionen andere nutzten die Möglichkeiten ausgedehnter Binnenmigration in den transnationalen Großmonarchien. Im deutschen Kaiserreich wanderten Polen aus Oberschlesien nach Berlin, weiter ins Ruhrgebiet und dann in die lothringische Industrieregion. Ebensolche Massenbewegungen fanden im Habsburgischen und im Russischen Reich statt.

Äußerlich erschien die europäische Binnen- und Außenmigration frei; tatsächlich folgte sie fast immer den Zwängen wirtschaftlicher Not, doch entschied der einzelne Migrant individuell über die nächsten Schritte. In kalter sozialwissenschaftlicher Begrifflichkeit nannte man diese Form der Massenwanderung Stille Migration. Sie fand mit dem Ersten Weltkrieg und in der Nachkriegsordnung ein jähes Ende.

Infolge der 1919/20 neu errichteten Nationalstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien) zogen die Architekten der Pariser Friedensverträge 20000 Kilometer zusätzlicher Staatsgrenzen durch den menschlich und materiell ausgebluteten Kontinent. Sie zerschnitten alte Verkehrswege, eingespielte Handelsbeziehungen und

Möglichkeiten der Arbeitsmigration im Namen nationalstaatlicher Selbstbestimmung. Einzelne Städte und Regionen verloren ihre wirtschaftliche Bedeutung über Nacht, beispielsweise Łódź, das zu Russland gehört und das Riesenreich mit Textilien beliefert hatte, ebenso Triest, der einstige Seehafen der Donaumonarchie. Eisenbahnlinien, Kanäle und Straßen mussten neu gebaut werden. Die Europäer igelten sich in national definierte Großgruppen ein und führten noch jahrelang erbitterte Bürgerkriege, in denen zehntausende, bezieht man Russland mit ein, hunderttausende Menschen gewaltsam starben und viele Millionen flüchteten.

Massenarmut, Revolutionen und Grenzkriege, Terror, Minderheiten- und Klassenhass, Arbeitslosigkeit, Not und Tod trieben die Menschen von zu Hause fort nach Übersee. Daraufhin drosselten die USA 1921 und 1924 die Einwanderung drastisch, wenig später folgten Kanada und Australien. Auch Amerika litt unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges, zudem zwang die schnelle Mechanisierung der Landwirtschaft Millionen Arbeitssuchende in die Städte. Innerhalb kurzer Zeit gewann die Meinung Oberhand, dass Einwanderer den amerikanischen Lebensstandard bedrohten, Armut brächten, die Slums anwachsen ließen und die Arbeiter ruinösem Lohndumping aussetzten. All das erhöhte den inneren Druck in den kontinentaleuropäischen Staaten enorm, und dieser Druck traf geschundene, schwach gewordene Menschen.

Besonders in den neu geschaffenen Nationalstaaten versuchten die Regierungen, der je eigenen nationalen Mittelschicht den schnelleren sozialen Aufstieg zu

ermöglichen. Beamtenstellen im Staatsapparat und bei Post und Bahn vergaben sie an Angehörige der jeweiligen sogenannten Staatsnation, nach demselben Muster entschieden sie über Staatsaufträge an Handwerker und Unternehmer. Weil in jüdischen Betrieben und Geschäften die Arbeit aus religiösen Gründen von Freitagnachmittag bis Samstagabend ruhte, während christliche Unternehmen noch durchweg am Samstag arbeiteten, erließen einzelne Staaten generelle Verbote der Sonntagsarbeit mit der erklärten Absicht, Juden wirtschaftlich zu benachteiligen. Scheinbar harmlose Institutionen wie Konsumvereine, Handels- und Kreditgenossenschaften wurden zu Kampfinstrumenten im Nationalitätenkrieg. In Polen erhielten Aktiengesellschaften 1924 das Recht, jüdische Aktionäre zurückzuweisen. Die ungarische Regierung verhängte 1921 den Numerus clausus für jüdische Studenten in der Absicht, bessere Aufstiegschancen für die christlichen Landeskinder zu schaffen. In die Immatrikulationsbüros zogen Gleichstellungsbeauftragte ein, um Quotengerechtigkeit zugunsten christlicher Studenten durchzusetzen. Das Beispiel machte Schule.

»Es ist natürlich«, so resümierten die damals noch in Berlin arbeitenden Demographen Alexander und Eugen Kulischer 1932, »dass der Weltkrieg, der den Abschluss der großen Welterschließungsperiode markiert, auch der Wanderungsfreiheit ein Ende gemacht hat: Beim Aufhören des doppelten Auswegs – Kolonisierung der Neuländer und Besetzung der neuen Märkte – suchte man die vorhandenen Nahrungsspielräume für die eigene Bevölkerung zu reservieren.« So weit die

wissenschaftliche Diagnose.

Politisch stemmten sich die Delegierten des 1925 in Genf gegründeten Europäischen Nationalitätenkongresses gegen die verhängnisvolle Entwicklung. »Ein Staat, dessen Kulturarbeit nicht positiv auf die Entwicklung des eigenen Volkstums, sondern negativ auf die Schädigung eines fremden gerichtet ist«, so formulierte der lettisch-deutsche Vertreter Paul Schiemann die gemeinsame Überzeugung, »geht kulturell zurück. Ein Staat, der einen Teil seiner Bürger wirtschaftlich zurücksetzt, untergräbt das wirtschaftliche Gedeihen seiner Gesamtheit. Ein Staat, der politisch einen Unterschied zwischen Bürgern dieser oder jener Nationalität macht, zerstört den Boden des Rechtes, auf dem allein ein Gemeinwesen besteht.«

Schiemann warnte vor den zunehmenden Spannungen zwischen einzelnen Großgruppen: »Dieser Geist des Hasses pflanzt sich von den einzelnen nationalen Gruppen zu den Muttervölkern fort und nährt das Feuer eines Vernichtungswillens, der jede aufbauende Arbeit in Flammen aufgehen lassen muss.« Der Delegierte der jüdischen Minderheit Polens sah das Ziel der Versammelten darin, »dass das, was wir unter dem Begriff ›Europa‹ verstehen, unsere blutgetränkte Stimme hören wird, die doch nur eine ganz bescheidene Forderung proklamiert, nämlich: die Freiheit!«.

Im September 1933 zerstörten die deutschen Delegierten die auf Ausgleich bedachte Arbeit des Europäischen Nationalitätenkongresses. Bis dahin hatten sie mit den Vertretern der jüdischen Minderheiten Osteuropas eng zusammengearbeitet, doch veränderten

sie unter dem Einfluss des Hitlerreiches ihre Haltung jäh und verweigerten den deutschen Juden die Solidarität. Folglich sahen sich die Delegierten der jüdischen Gruppen Europas gezwungen, den Kongress zu verlassen. Ihre Begründung lautete: »Die Erklärung der deutschen Volksgruppen findet für die Entrechtung, Beraubung, Vergewaltigung und Diffamierung der deutschen Juden nur das Wort der Billigung, der ›Ausgliederung‹ eines Volkes durch das andere. Sie billigt ausdrücklich diese Ausgliederung, wie sie in Deutschland vorgekommen ist: also die Vertreibung der jüdischen Beamten, die Hinausdrängung der Juden aus den freien Berufen, die Wegnahme der in langjähriger Arbeit aufgebauten Existenzen, die Sperrung des Zugangs zu den Stätten der Bildung, die öffentliche Aufreizung und Diffamierung, auch in Schulen und unter der Jugend, und den systematischen, auf Hass und Neid aufgebauten und auf völlige Vernichtung abzielenden Boykott.« Der Vertreter der deutschstämmigen Siebenbürger Sachsen, Hans Roth, hatte den antisemitischen Terror Deutschlands zuvor so verteidigt: »Die Ausgliederung von andersgearteten, insbesondere andersrassigen Menschen aus einer Volkskultur, wie man sie in letzter Zeit beobachten konnte, halten wir grundsätzlich für berechtigt.« (Deutsche und westeuropäische Juden gehörten dem Minderheitenkongress übrigens nicht an, weil sie sich als Angehörige der jeweiligen Nation und nicht als Minderheiten verstanden.)

Paul Schiemann nahm an dieser Sitzung nicht teil. Jahrelang hatte er als Abgeordneter und prominenter

Redakteur der Rigaschen Rundschau um den Ausgleich zwischen den nationalen Minderheiten gerungen. 1934 verlor er die Möglichkeiten, dafür zu werben: infolge des autokratischen Putsches von Karlis Ulmanis und weil ihn Vertreter der deutschen Botschaft zwangen, seine Arbeit in der Rigaschen Rundschau zu beenden. Im Herbst 1939 gehörte er zu den wenigen Lettlanddeutschen, die in Riga blieben und nicht Hitlers Ruf zur Umsiedlung »Heim ins Reich« folgten. Vom Januar 1943 bis zur Befreiung im Juni 1944 versteckten er und seine Frau Charlotte Schiemann die Jüdin Valentina Freimane, geborene Loewenstein. Die Schiemanns verbargen sie nicht einfach, sondern taten sich selbst gefährdend selbstlos alles, damit sich die Verfolgte in ihrem Haus wohl und familiär geborgen fühle, sie gaben Valentina Freimane stets zu verstehen, dass ihre Anwesenheit »nichts anderes sei als ein normaler, erfreulicher Besuch«. Paul Schiemann starb am 23. Juni 1944 nach langer Krankheit. Im Jahr 2000 ehrte die Gedenkstätte Yad Vashem ihn und seine Frau Charlotte als Gerechte unter den Völkern.

Vertreibung als politisches Ziel

Im Sommer 1939 vereinbarten Deutschland und Italien die Umsiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols; sie betraf gut 200000 Menschen, deren Familien seit Jahrhunderten in dem wunderschönen Land verwurzelt waren. Die meisten optierten für das Heim-ins-Reich, wohl wissend, dass sie auf geraubtem, bis dahin nicht-deutschem Boden angesiedelt werden sollten. Zunächst war von den polnischen Beskiden die Rede, was den meisten Südtirolern nicht behagte; im Sommer 1940 verlangten die Sprecher ihrer Volksgruppe nach dem als sehr viel passender angesehenen französischen Burgund, 1941 sollten die Südtiroler die Krim zu einem deutschen Siedlungszentrum und Ferienparadies machen und in ihrer Heimat arme sizilianische Familien Lohn und Brot finden.

All diese Pläne scheiterten, doch hatte die Neue Zürcher Zeitung die »wohltätige Wirkung« solcher zunächst zwar »bitteren, aber verheißungsvollen« Maßnahmen im Juni 1939 gewürdigt, weil sie einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern Europas sicherten. Mitte September 1939 forderte die konservative Pariser Zeitung L'Époque für die Zeit nach einem französisch-britischen Siegfrieden über Deutschland: »Es wird notwendig sein, eine massenhafte und vollkommene Austreibung von Elementen einer fremden Minderheit durchzuführen.«

Vor diesem durchaus europäischen Hintergrund verfasste Hitler seine Proklamation über ethnische

Politik. Er trug sie am 6. Oktober 1939 im Reichstag vor, um die Umsiedlung weiterer auslandsdeutscher Volksgruppen anzukündigen, insbesondere derjenigen, die nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom August 1939 in die Machtsphäre Stalins fallen würden: rund 600000 Menschen. Hitler erklärte, es gehe ihm um »eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse« in Europa, »sodass sich am Abschluss der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben«. Darüber hinaus sei »in diesem Zusammenhang auch der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems« zu unternehmen.

Die Rede ist als Folge des deutsch-sowjetischen Vertrages zu verstehen. Der von den Außenministern Ribbentrop und Molotow am 24. August 1939 in Moskau geschlossene sogenannte Nichtangriffspakt bezweckte, Polen gemeinsam zu zerschlagen und Hitler-Deutschland den Rücken freizuhalten für den Krieg gegen die liberalen Mächte England und Frankreich. Den auf zehn Jahre geschlossenen Vertrag brach Deutschland im Sommer 1941, doch hatte er bis dahin, also innerhalb von 22 Monaten, zur Deportation, Zwangsumsiedlung und Vertreibung von drei Millionen Menschen geführt. Die davon Betroffenen hatten dies- und jenseits der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie gelebt – einer Linie übrigens, die im Wesentlichen der 1919 von dem britischen Außenminister vorgeschlagenen und nach ihm benannten Curzon-Linie folgte. Sie hätte vor den 1921 beendeten polnischen Expansionskriegen die Grenze zwischen der Sowjetunion und Polen bilden sollen.

Nach seiner Rede vom 6. Oktober erhielt Hitler

Glückwünsche von Miklós Horthy, dem Staatsoberhaupt Ungarns: »Ihre Absicht, die deutsche Minderheit in ihre Urheimat umzusiedeln, regelt eine Menge Fragen, verhütet Reibungen, und es sollte dieser ausgezeichnete Gedanke auf andere Minderheiten Anwendung finden.« Horthy meinte die Deutschen, Rumänen, Slowaken, Ukrainer, Serben und Juden im eigenen, mit deutscher Hilfe 1938 schon stark vergrößerten Land. Unter anderen politischen Vorzeichen hatte er 1934 seinen damaligen polnischen Kollegen Józef Piłsudski wissen lassen, was nach einem Zusammenbruch des gemeinsamen Erzfeindes Sowjetunion zu geschehen habe: »Um für ewige Zeiten dann Ruhe und Zufriedenheit zu schaffen, kann man die Bevölkerungen verschiedener Gegenden und Nationalitäten vertauschen.«

Von Anfang an zielte der Nationalismus auf die soziale Mobilisierung des einfachen Volkes, auf bessere Bildung, Emanzipation von Fremdherrschaft, von feudaler und klerikaler Bevormundung. Entsprechend deutsch-romantischem Vorbild definierten sämtliche östlichen und südöstlichen Nationalisten Europas den Begriff Volk kulturnational als Einheit von Geschichte, Abstammung, Sprache und, falls zweckmäßig, Religion. Das bedeutete zum einen Abgrenzung gegen das fremde Außen und gegen angebliche Fremdlinge im Inneren. Zum anderen versprachen die Vorkämpfer der nationalstaatlichen Projekte möglichst weitgehenden Egalitarismus für diejenigen, die zur eigenen Nation, zum eigenen Volk gehören sollten. Solchen Sinnes hatten deutsche, von »Turnvater« Friedrich Ludwig Jahn geistig aufgerüstete

Nationalisten bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts gerufen: »Polen, Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden sind Deutschlands Unglück!«

Politische Programme, die nationale und soziale Homogenität in den Mittelpunkt rückten, wurden populär. Das nationale Kollektiv – erfüllt von Volksgeist, gleicher Zunge, gemeinsamem Blut und Geschichtsboden – versprach ein Mindestmaß an Geborgenheit in einer Welt, die sich mit bis dahin unbekanntem Tempo veränderte. Unter massenhaftem Jubel nahmen die Nationalisten Europas dem Gedanken der Gleichheit das notwendige Gegengewicht: die individuelle Freiheit. Die vielfältigen Erscheinungsformen der einseitig auf egalitäre Ziele fixierten Versprechen, Kampfziele und Utopien hießen Sozialismus, Kommunismus, Panslawismus, Pangermanismus, Nationalismus oder sonst wie. Zudem gediehen im politischen Treibhaus der Krisen und Kriege multiple, besonders virulente Kombinationen wie Faschismus, Nationalbolschewismus und Nationalsozialismus. Die Opfer zählen nach Millionen. Zwischen 1920 und 1950 – also innerhalb von nur drei Jahrzehnten – mussten mehr als 50 Millionen Europäer ihre angestammte Heimat zwangsweise für immer aufgeben, weil sie zu Angehörigen einer »unerwünschten Volksgruppe« erklärt wurden.

Um zu erkennen, wie sich der Mord an den europäischen Juden in das skizzierte geschichtliche Panorama fügt, erscheint mir ein kurzer Blick auf die End- und Nachkriegszeit hilfreich. Im Dezember 1944 verkündete der tschechische Exilpräsident Edvard Beneš

in London: Die Juden zu repatriieren werde »die Regierung mit Schwierigkeiten konfrontieren«.

Hochrangige Vertreter der Résistance hatten Charles de Gaulle empfohlen, er solle nicht versprechen, die deportierten Juden nach Frankreich zurückzubringen. Das könne seinem Ansehen schaden. Als der alliierte Sieg in greifbare Nähe rückte, gründeten Franzosen einen Interessenverband derjenigen, die das Eigentum von Juden erworben hatten und es behalten wollten. Sie organisierten Demonstrationen gegen die wenigen Heimkehrer. Ähnliches geschah im griechischen Thessaloniki.^[61]

Noch heute sind in Brest ebenso wie in Thessaloniki Gartenwege mit den Grabsteinen der jüdischen Friedhöfe gepflastert; die große Synagoge im lettischen Daugavpils (Dünaburg) ist äußerlich perfekt saniert – innen ein beliebter Elektronikmarkt; die Hauptsynagoge in Posen bauten die Deutschen 1940 zum Hallenbad um, bei dieser Nutzung blieb es in Poznań bis heute. In Thessaloniki steht die Universität auf dem Gelände des jüdischen Friedhofs, in Wilna prunkt eine große Sportarena auf dem 1948 eingeebneten alten jüdischen Friedhof; den mit 70000 Gräbern belegten neuen jüdischen Friedhof ließ die Stadtverwaltung 1958 abtragen, die Grabsteine glattschleifen und zur Zierde litauischer Sowjetbauten nutzen, den Stadtpark erweitern und eine gewaltige, äußerst beliebte Bühne für Open-Air-Festivals bauen.

Überall wurden die Hinterlassenschaften der Verjagten und Ermordeten zur materiellen Ressource

national homogenisierter Massengesellschaften; die freige gewordenen Arbeitsstellen besetzten Angehörige des jeweiligen Mehrheitsvolks und erfreuten sich des derart erleichterten sozialen Aufstiegs. In Ungarn schlug der Presseattaché der Deutschen Gesandtschaft 1944 vor, »dass aus dem jüdischen Vermögen eine Stiftung für die Erhöhung der Arbeitslöhne gegründet werden sollte, um soziale Spannungen zu lindern«. Die Zeitung Magyararsag vertrat die Ansicht, das Gesamtvermögen der ungarischen Juden solle »zum Staatsvermögen geschlagen werden, um damit Sozialmaßnahmen zu finanzieren«. Ungarische Juden hatten zehn Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen des Landes besessen, diese hatte die Regierung schon im Krieg parzelliert und armen nichtjüdischen Ungarn übereignet.

1945 erklärte Beneš die Nationalisierung der Besitztümer von deutschen und ungarischen Bürgern der Tschechoslowakei zum »Beginn eines großen sozialen Umsturzes«. Im jugoslawischen Banat plante Tito die Äcker, die deutschstämmige Bauern besaßen, insgesamt 637000 Hektar, bereits während des Krieges als wichtigste Verfügungsmasse für die kommunistische Landreform ein. Das Land kam nach der Vertreibung der deutschen Minderheit serbischen Neusiedlern aus den Armutsregionen des Karsts zugute. (In diesem Fall ist der Begriff Vertreibung beschönigend, weil die Vertreibung der jugoslawischen Donauschwaben mit systematischen Massenmorden einherging.)

Auch der deutsche, seit 1940 in mehreren Stufen entwickelte Generalplan Ost enthielt solche Elemente. Als germanische Neusiedler waren neben den

auslandsdeutschen »Rücksiedlern« hunderttausende deutsche Bauern aus den verarmten ländlichen Erbteilungsgebieten des Schwarzwalds, der Pfalz, des Hunsrück, der Eifel oder des Thüringer Waldes vorgesehen, aber auch Dänen, Norweger, Flamen und Holländer. Vor einigen Jahren fragte ich eine Kollegin bei der Berliner Zeitung unvermittelt: »Was haben denn deine Großeltern in der NS-Zeit gemacht?« »Ach«, erwiderte sie, »man darf es gar nicht laut sagen. Die waren arme Bauern im Erzgebirge und gingen als Siedler ins besetzte Polen. 1945 kamen sie wieder zurück. Sie hatten Glück – sie hatten ihr altes Haus noch nicht verkauft.«

Im Tagebuch des ungarischen Juden Sándor Márai heißt es über eine Begegnung im Frühjahr 1945 auf der Flucht vor der Roten Armee: »Auf der Landstraße gesellt sich jemand zu mir. Er ist aus Lajosmizse geflohen und bereut es nun sehr. ›Ich bin auf die Propaganda hereingefallen‹, sagt er. Ich beruhige ihn, dass er bald heimkehren könne. Verstört murmelt er: ›Ich besitze zwei Morgen Judenland, was meinen Sie, ob ich es wohl behalten kann?‹«^[62] So harmlos dachten, sprachen und fühlten die kleinen Nutznießer von Vertreibung und Mord.

Während in Westungarn im Februar 1945 noch Eigentum von Juden an ungarische Flüchtlinge verteilt wurde, die vor den Rumänen aus Transsilvanien hatten fliehen müssen, schritt die neu installierte Provisorische Ungarische Nationalregierung in dem von der Roten Armee eroberten Debrecen zur Enteignung der großen

deutschen Minderheit. Die Zwecke blieben dieselben, ebenso die ausführenden Beamten. Hatten diese eben noch im Auftrag der mit Deutschland kollaborierenden ungarischen Zentralregierung das Eigentum der Juden eingezogen und zugunsten der Staatskasse an Ungarn verkauft, so taten sie das nun mit den Besitztümern ungarischer Staatsbürger, die als Volksdeutsche galten.

Die Verordnung zur Enteignung der Deutschen trägt die Unterschrift des Landwirtschaftsministers der Provisorischen Nationalregierung, Imre Nagy, des späteren Helden und Märtyrers des Volksaufstands von 1956. Das Gesetz zur Vertreibung der Deutschen aus Ungarn unterzeichnete im Dezember 1945 Zoltán Tildy, ein linksbürgerlicher Politiker, den die Kommunisten 1948 aus dem Amt jagten. Auch er gehörte 1956 zu den Führern des antistalinistischen Aufstands.

Die rassistische Praxis der Deutschen enthielt neben Mord und Versklavung auch Angebote an arbeitswillige, gut ausgebildete Teile der slawischen Bevölkerung. Ein solches Angebot erhielt zum Beispiel ein slowenischer Zuwanderer in Niederschlesien, der von Beruf Schuhmachermeister war. Wie das Familienfoto belegt, hingte er sich ein Hitlerbild ins Wohnzimmer. Endlich, 1942, erlangte er die deutsche Staatsbürgerschaft. Wichtig war ihm das wegen der Kinder. Gegen seinen Willen wurde er 1947 als Deutscher nach Westen umgesiedelt und landete in der sowjetisch besetzten Zone. Als bald zierte Ernst Thälmann die gute Stube. Das geschah rein zufällig, denn eigentlich hätte der Zug den Heimatvertriebenen in die amerikanische Besatzungszone bringen sollen, jedoch ging bei Leipzig

die Lokomotive kaputt. Gleichgültig, unter welchem politischen System er lebte, blieb dieser Mann ein jeweils loyaler Staatsbürger und wäre es gewiss auch in der späteren Bundesrepublik, seinem eigentlichen Ziel, geworden: Statt nacheinander Hitler und Thälmann hätte er sich dort vermutlich Dürers Feldhasen ins Wohnzimmer gehängt – als sichtbares Zeichen seiner Deutschheit.

Ich könnte meinen Vater als kleinen Mitläufer darstellen, als unbedeutenden kaufmännischen Angestellten der Hitlerjugend und Reserveleutnant des Infanterie-Regiments 12 (Halberstadt), der im Februar 1943 nach sechs Wochen Ostfront im ersten Gefecht schwerverwundet seine Kriegsverwendungsfähigkeit verlor und nichts oder fast nichts Böses getan hat. Aber wie dachte er damals? Wie schon seine Eltern war er im VDA aktiv, dem Verein für das Deutschtum im Ausland. Das war nichts Besonderes in Zeiten nationalistischer Hochglut, hatte in diesem Fall aber Folgen: Bei einem Spaziergang im Nymphenburger Schlosspark fragte der damals 29-Jährige seine 19-jährige Braut im Herbst 1942, ob sie ihm nach Saratow, dem Zentrum der Wolgadeutschen, folgen würde. Man habe ihm dort eine gehobene Stelle in Aussicht gestellt. Meine Mutter nickte. Saratow liegt 400 Kilometer nördlich von Stalingrad. Die deutschen Truppen haben es nie erreicht. Mein Dank geht an die standhaften Soldaten der Roten Armee.

Meinem deutlich älteren Schwiegervater war Hitler zuwider. Seine Briefe dokumentieren das eindrucksvoll. Vor dem Sündenfall bewahrte ihn das nicht. Er hatte in

den 1920er-Jahren in Leipzig einen kleinen Verlag gegründet, erfand 1925 den Begriff »Luft-Hansa« als Titel eines Buches über »luftpolitische Möglichkeiten«, ging während der Weltwirtschaftskrise pleite und musste widerwillig als Angestellter arbeiten. Nach dem Sieg über Frankreich hoffte er auf seine zweite Chance. Am 17. September 1940 fragte er beim Börsenverein des deutschen Buchhandels an, ob nicht im wiedergewonnenen Elsass, gerne in Straßburg, eine passende Verlagsbuchhandlung für ihn frei werde. Wer so schreibt – und sei es, wie in diesem Fall, erfolglos –, der muss kein Franzosen-, Juden- oder Slawenhasser sein, aber er wird aus purem Selbstschutz alle Informationen über das Schicksal der Geflüchteten und Vertriebenen von sich fernhalten. Er wird gegen Deportationen nicht protestieren, sondern wegschauen und hinterher im Brustton der Überzeugung sagen: Ich habe von den entsetzlichen Grausamkeiten nichts gewusst.

Unter der Zwischenüberschrift »Ich Nazijunge« berichtete mein 1937 geborener verehrter Doktorvater Wolf-Dieter Narr, wie er als Sieben- und Achtjähriger dachte und hoffte: »Die NAPOLA, eine nationalsozialistische Trimm-Anstalt für Jungen, in der angeblich Sport und Intelligenz zählten, zog meine Hoffnung auf sich. ›Wehrbauer im Schwarzerdegebiet‹ war mein Berufswunsch. So deutschexpansiv, vorweg eingenommen, nannte man seinerzeit die Ukraine.«^[63]

Parzellierte Erinnerung vervielfältigt die Opfer

Wie reagieren die Macher heutiger Erinnerungspolitik auf derart unübersichtliche geschichtliche Lagen? Sie erinnern an alles, aber sie trennen die Probleme mit zwanghaftem Eifer. Sie rücken die jeweiligen Opfer in den Mittelpunkt und verleiten zur Identifikation. Parallel dazu stilisieren sie die Täter zu außerirdischen Exekutoren, die den heute Lebenden derart fremd erscheinen, dass der Betrachter, Leser oder Zuhörer sich hinterher getrost sagen kann: Diese geschichtlich Angeklagten sind mir fremd, ich stehe auf der besseren Seite.

Logischerweise ereignen sich die größeren und kleineren erinnerungspolitischen Skandale stets im hell ausgeleuchteten Niemandsland zwischen den sorgfältig abgeschotteten Gedenkzonen. Deutsche Bischöfe setzten vor einigen Jahren eine palästinensische Flüchtlingssiedlung mit dem Warschauer Ghetto gleich; Jörg Friedrich malte mit expressionistischer Kraft aus, wie deutsche Frauen und Kinder im Feuersturm der Bombennächte an Kohlenmonoxyd erstickten, also den Gastod erlitten; eine Stasi-Gedenkstätte ehrt einen Rechtsanwalt als Opfer des Stalinismus, der 1938 die Juden von Chemnitz an führender Stelle enteignete; der ehemalige deutsche Kulturstatssekretär Hermann Schäfer machte 2006 auf sich aufmerksam, als er in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald unversehens über die Vertreibung der Deutschen sprach. Der Historiker Ernst

Nolte trieb die Sache auf die Spitze und überbrückte die Isolationskorridore zwischen kommunistischem Gulag und nationalsozialistischem Holocaust mit Begriffen, die unweigerlich zum Kurzschluss zwischen mehreren Erinnerungskreisläufen führen müssen: »kausaler Nexus« und »historisches und faktisches Prius«. Die Funktionäre der Preußischen Treuhand freuten sich 2006 diebisch, als sie die polnische Regierung mit den Restitutionsansprüchen einer einst in Breslau sesshaften deutsch-jüdischen Familie traktieren und in Verlegenheit bringen konnten.

Derselben Logik folgt der geschichtspolitische Ärger in anderen Ländern. Man denke an die extrem zähen polnischen Debatten um das Pogrom von Jedwabne. In dieser Kleinstadt hatten polnische Einwohner – von den Deutschen nicht behindert, womöglich aufgestachelt – am 10. Juli 1941 ihre jüdischen Nachbarn zusammengetrieben, misshandelt, in eine Scheune gesperrt und diese dann angezündet. Auf diese Weise starben etwa 400 Menschen. Die Dorfbewohner schwiegen hernach, und man lastete den Massenmord allein den Besatzern an.

Bis heute blieb es unmöglich, sich auf deutsch-polnischen Konferenzen darüber zu verständigen, wie die blutigen Lynchmorde zu bewerten sind, die Polen am 3. September 1939 an volksdeutschen Nachbarn begingen. Angesichts der vorrückenden Wehrmacht wurden damals zumindest einige hundert deutschstämmige Polen erschlagen und erschossen. Die Berliner Propaganda machte daraus 50000 Ermordete und sprach vom »Bromberger Blutsonntag«. Doch hat

die Geschichte einen tatsächlichen Kern, der mit historiographischen Mitteln untersucht und geklärt werden kann. Geschehen ist das bis heute nicht.

Wenn irgendwo von den Massenvergewaltigungen die Rede ist, die Soldaten der Roten Armee an Frauen in den von der Wehrmacht befreiten Gebieten begingen, folgen offizielle Proteste aus Moskau. Als 2010 zeitgenössische Filmszenen auftauchten, auf denen die Liquidierung wehrloser deutscher Zivilisten im Mai 1945 mitten in Prag zu sehen war, reagierte die tschechische Öffentlichkeit völlig hilflos. Die Szene und das Beisein vieler Zuschauer offenbarte eine Geschichtslüge: Bislang nämlich galten die Killer als Helden eines angeblichen Prager Aufstands, ein Ereignis, das historiographisch eher unter der Überschrift »Rache des Mobs« eingeordnet werden sollte. In weit größerem Ausmaß schlummern im ehemaligen Jugoslawien zehntausende derartiger Mordgeschichten, begangen von jungen Männern und Frauen, die noch immer als durchweg heldenhafte Partisanen verehrt werden.

Die vielfältig – zum einen thematisch, zum anderen national – geteilten Optiken schufen und schaffen genau abgezielte Perspektiven der Erinnerung, aus Selbstschutz und Bequemlichkeit vergrößerte Geschichtsbilder und eifrig bewachte Tabuzonen. Aber das Interessante liegt meistens im nicht oder kaum beleuchteten Zwischenreich. Insoweit erweist sich die Belletristik, die sogenannte fiktionale Literatur, der angeblich nonfiktionalen Geschichtsschreibung beziehungsweise der Geschichtspolitik oft als überlegen. Ich denke zum Beispiel an »Levins Mühle« von Johannes

Bobrowski, an »Jenseits von Epirus« von Nikos Themelis, an »Die Reise nach Alaska« von Bora Ćosić oder an »Jahrestage« von Uwe Johnson.

Schauen wir uns an, wie die letzten Reste aus dem Hausrat des Berliner Juden, Erfinders und Kondomfabrikanten Julius Fromm 1943 versteigert wurden. Das Ereignis war – wie mehrere zehntausend ähnliche Versteigerungen in Deutschland – in der Tagespresse angekündigt worden, der Andrang groß. Die Sofa-Sessel-Garnitur erwarb ein gewisser Liebert aus der Chausseestraße 59 zum Preis von 900 Reichsmark. Zwei Bilder und ein Wandteller gingen an die Familie von Gustav Adolf Bächle in der Prinzregentenstraße 4. Um die Standuhr muss heftig geboten worden sein, jedenfalls verdoppelte sich deren Preis. Am Ende erhielt der Kreuzberger Kaufmann Otto Sander, Adalbertstraße 14, den Zuschlag. Er bezahlte 200 Reichsmark für das gute Stück. Kleinmöbel und Federböden erwiesen sich als unbeliebt und gingen weit unter dem Schätzwert an den Bieter Gartz, Werder 96. Die Familie des Fahrstuhlführers Richard Piebus, Kottbusser Ufer 39/40, begnügte sich mit einem runden Tisch. Das marmorne Schreibtischset von Julius Fromm war dem Postschaffner Paul Gallisch aus der Artilleriestraße 13 zusammen mit ein paar Kleinigkeiten 100 Reichsmark wert. Zwei Kartons und ein Korb mit allerlei Wirtschaftsgerät gingen für zehn Mark an Frau Marschall aus der Wassmannstraße. Nach einem heftigen Bieterkampf trug Franz Knabe einen runden Tisch, ein Sofa, einen Schreibtischsessel und einen Posten Familienbilder davon. Wichtig war ihm Letzterer, weil er in der

Kreuzberger Oranienstraße 36 eine Goldleisten- und Bilderrahmenfabrik betrieb. Knabe wird die Fotografien aus dem Leben der Familie Fromm weggeworfen, die Rahmen poliert und sie dann ins Schaufenster gestellt haben: zum Erwerb für Brautpaare, junge Witwen und Leute, die sich freuten, dass es sie noch gab, die guten Dinge.

Zahlreiche andere Familien steigerten ebenfalls erfolgreich mit. Am Ende verbuchte die Reichshauptkasse 2047,80 Reichsmark Einnahmen aus dieser Auktion. Da am selben Vormittag der Hausrat von 16 weiteren jüdischen Familien in Berlin-Kreuzberg unter großem Hallo unter den Hammer kam, betrug das Plus für die Reichskasse in diesem Auktionslokal 25594,57 Reichsmark.

Die Beteiligten suchten den kleinen Vorteil, sie nutzten ihre Chancen, mehr nicht. Sie waren weder »die Rassenideologen« noch »die Nationalsozialisten«, sondern normale, im Allgemeinen nicht böartige, uns Heutigen durchaus ähnliche Menschen.

Wie es bei der Versteigerung des Fromm'schen Hausrats zugeht, ist nicht überliefert. Doch spricht alles dafür, dass übertragen werden darf, was Victor Klemperer für Dresden beschrieben hat. Kaum war dort die gut 80-jährige Witwe Jenny Jakoby nach Theresienstadt deportiert worden, »tobte« am 7. und 9. Dezember 1942 »die Auktion« durch das von Klemperer zwangsweise mitbewohnte »Judenhaus«: »Man muss die Zimmer verschlossen halten, denn überall wimmelt es von besichtigenden Leuten. Am ersten Tag wurde in der Halle versteigert – ich sah das (von der

Galerie aus) zum ersten Mal mit an. Es ging um kleinen Hausrat und die Bietenden waren menu peuple. Danach teurere Gegenstände und etwas besseres Publikum.«

Mit nazistischem Rassenwahn hat die Szene wenig zu tun. Wer das nicht glaubt, der lese Berichte, die davon handeln, wie die Hinterlassenschaften von DDR-Flüchtlingen tausendfach öffentlich versteigert wurden. Unter dem Datum vom 15. August 1968 heißt es in den »Jahrestagen« von Uwe Johnson: »Nun musste ich noch ansehen, wie in Gneez die Möbel von Elise Bocks Schlafzimmer versteigert wurden. Sie waren Volkseigentum, seit Elise umgezogen war nach Westberlin. Da drängten Leute einander in einem schmalen, schmutzigen Hof vor den offenen Flügeln von Elises Fenstern. Darin trat auf ein Mann in abgewetztem Anzug, am Revers das Abzeichen der Einheitspartei, und hielt der Versammlung Bilder hin, einen Sessel, Lampen. Die Bieter, Alfred Fretwurst voran, johlten ihre humorigen Anmerkungen, als seien sie jugendlich, oder angetrunken.« (Gneez ist ein zwar fiktiver, aber gerade darum sehr typischer Ort in Mecklenburg.)

Auch um eine deutsche Besonderheit handelte es sich dabei nicht. In seinem Buch »Die Reise nach Alaska« lässt Bora Ćosić einen alten Freund, der zufällig in ein serbisches Städtchen geraten war, dem Ich-Erzähler die folgende Szene berichten: »Auf dem dortigen Platz traf ein Laster mit in Bosnien gestohlenen Sachen ein, sogleich begann der Verkauf. Weder fragte sich irgendwer, wessen Sachen das waren, noch, woher sie kamen, obwohl das jeder sehr gut wusste. Mein lieber Freund empfand Scham, weil er diese Szene

beobachtete, die Käufer und Verkäufer hatten diese Scham nicht.« Dem Roman zufolge ging es dabei nicht um irgendwelche Ideologien, nicht »um die erhabenen Interessen der Nation, um die Ehre und den Ruhm der serbischen Waffen und wer weiß was noch alles«, sondern einzig und allein »um gewöhnlichen Diebstahl, Räuberei, Wegelagerei«.

In Berlin präsentieren wir Deutsche beeindruckende Gedenkstätten über die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland; wir ehren die Helden des Widerstands gegen das Dritte Reich, wir erinnern an die Opfer des Kommunismus und an die zwölf Millionen deutschen Heimatvertriebenen. Alle Gedenkstätten sind thematisch eng begrenzt, überall darf sich der Betrachter auf der Seite der Verfolgten wohlfühlen und die Verfolger verabscheuen. Derartige Gedenkpolitik meidet die kleine familiengeschichtliche Sicht, ebenso die größere nationalgeschichtliche, erst recht die europäische Perspektive. Wer Erinnerung derart parzelliert, umgeht die anstrengende Frage nach geschichtlichen Kontexten und nach lebensgeschichtlichen Irrungen und Wirrungen, der will auf keinen Fall wissen, wie schnell aus Tätern Opfer und aus Opfern Täter werden können, der will schreckliche geschichtliche Ereignisse, die menschlichen Katastrophen des 20. Jahrhunderts nicht verstehen, sondern möglichst große Distanz herstellen. Viele der einschlägig engagierten Historiker, Museologen und Pädagogen betreiben Voodoo und Exorzismus – keine auf Erkenntnis gerichtete Aufklärung.

All dieses Böse kommt von innen

Predigt zum 9. Gebot in Darmstadt^[4]

Liebe Gemeinde! Zehn Wochen nachdem die Israeliten der ägyptischen Sklaverei entflohen waren, ließ Gott ihren Stammesführer Moses auf den Berg Sinai kommen. Unter Donner und Blitz, Rauch und Fanfarenstößen verkündete er dort die Zehn Gebote. Sie betreffen das Verhältnis der Menschen zu Gott, insbesondere verbieten sie den Menschen die Vergottung des Irdischen, den selbstgefälligen Tanz um das Goldene Kalb, den Götzenglauben, der das Paradies auf Erden verspricht. Davon handeln die ersten drei Gebote dieses alten, knapp gefassten Gesetzeswerks, des Dekalogs. Die folgenden sieben Gebote beinhalten Regeln, mit deren Hilfe die Menschen den Haus-, Stadt- und Landfrieden wahren, Rechtsordnungen begründen, Faustrecht und Willkür zurückdrängen können.

Am heutigen zweiten Sonntag der Passionszeit ist mir aufgegeben, über das 9. Gebot zu sprechen. Das 9. und das 10. Gebot werden im biblischen Text nicht getrennt und lauten: »Du sollst nicht nach dem Haus deines Nächsten verlangen. Du sollst nicht nach der Frau deines Nächsten verlangen, nach seinem Sklaven oder seiner Sklavin, seinem Rind, seinem Esel oder nach irgendetwas, das deinem Nächsten gehört.« Nimmt man die zeitgebundenen Eigenheiten heraus – die Sklaven und die zum Eigentum des Mannes gezählte Frau –, dann

sagen diese Gebote: Du sollst nicht habgierig auf deinen Nachbarn schauen; du sollst aufhören, dich als den Zukurzgekommenen zu betrachten; du sollst dich nicht an den Besitztümern und Erfolgen anderer messen; du sollst auf hinterhältige Gedanken und neidische Blicke verzichten.

Die Gebote vier bis acht verbieten den Diebstahl, den Mord, den Ehebruch und die falsche Beschuldigung. Sie handeln von der Untat selbst. Dagegen zielen die beiden letzten und damit hervorgehobenen Gebote neun und zehn auf die innere Haltung des Menschen. Sie thematisieren das Begehren, die nagende Eifersucht, die gehässige Missgunst, die Engherzigkeit, den tückischen, unversöhnlichen Blick auf den Konkurrenten oder den Erfolgreichen. Sie handeln vom Neid.

Du sollst nicht stehlen

Ich habe den Auftrag zu dieser Predigt bekommen, um anhand des 9. Gebotes »Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus« über die Judenverfolgung zu sprechen, insbesondere über die sogenannte Arierisierung des Eigentums der Juden in der Zeit des nationalsozialistischen Deutschland. Warum wurden Juden teils von ihren christlichen Nachbarn unmittelbar beraubt und teils vom Staat zugunsten aller arischen Normaldeutschen enteignet? Wie kam es, dass so viele Deutsche stillhielten, als die Juden deportiert wurden – auch hier in Darmstadt?

Im ersten Buch der Könige wird im Alten Testament berichtet, wie Derartiges geschehen kann (1 Kön 21, 1–16). Es ist die Geschichte von Ahab, der damals König von Israel war. Ahab wollte einen herrlich fruchtbaren und gepflegten Weinberg kaufen, der neben seinem Palast lag. Doch Nabot, der Besitzer, verweigerte den Verkauf aus Familienstolz. Daraufhin verbreitete Ahabs Frau Isebel das Gerücht, Nabot habe Gott und den König gelästert, sei ein Volksfeind, eine Gefahr für das Land und für alle Israeliten. Nach einem kurzen, vor großem Publikum veranstalteten Prozess erging das Todesurteil. Die Menge führte Nabot aus der Stadt hinaus und steinigte ihn. Seinen Leichnam warf man vor die Hunde. Jetzt konnte der Weinberg den Besitzer wechseln.

Betrachten wir den biblischen Fall, so bildeten Neid und Habsucht das Motiv für ein schweres, von der politischen Führung geplantes Verbrechen. Zur Mordtat

selbst bedurfte es der Verleumdung, wirksamer Propaganda, eines Schauprozesses und der vom Publikum vollzogenen Steinigung. Mit diesen Mitteln zogen König Ahab und Königin Isebel das Volk Israel in die Mittäterschaft, sie »verführten es zur Sünde«, wie es im biblischen Text heißt, zum gemeinsamen Mord an einem Unschuldigen. So entstand kollektive, individuell nicht genau zu bemessende Schuld. Die diffus verteilte Schuld führte zum gemeinsamen Beschweigen des Bösen. Auf der so eingeschlagenen, Moral und Gewissen lähmenden schiefen Bahn hätten – in der Logik des Satans – bald weitere, schwere Verbrechen folgen können. Aber Gott zürnte angesichts des Mordes. Mit all seiner Macht gebot er den Menschen Einhalt und rottete die Königsfamilie aus.

Wie verhielt es sich vor rund 70 Jahren mit den Juden in Darmstadt? Nach einer langen Zeit antisemitischer Propaganda, die, zumal an der hiesigen Technischen Hochschule, schon während der Weimarer Jahre starken Widerhall gefunden hatte, berief der Leiter der Darmstädter Gestapo Anfang März 1942 eine Sitzung ein. Sie fand im Plenarsaal des Landtages am Luisenplatz statt. In der Einladung stand: Umsiedlung der Juden aus dem Volksstaat Hessen. An der Versammlung nahmen Vertreter der Reichsbahn teil, der Reichspost, des Oberfinanzpräsidenten, der Grundbuchämter, der Gauwirtschaftsverwaltung, des Generalstaatsanwalts und weiterer Behörden. Am 20. März wurden die ersten 1000 Juden von hier nach Lublin deportiert. Die nächsten Deportationen folgten am 27. und am 30. September 1942. Sie betrafen mehr als 2000

Menschen: 1288 wurden in das Konzentrationslager für alte Leute Theresienstadt verschleppt, 883 jüngere Juden ins besetzte Polen, wo mittlerweile die Vernichtungslager Belżec, Sobibór und Treblinka errichtet worden waren. Die Transportbegleitung übernahmen nicht SS-Männer, sondern hiesige Schutzpolizisten, die sonst den Verkehr regelten, die öffentliche Ordnung wahrten, alten Leuten über die Straße halfen und den Kindern Verkehrsunterricht erteilten.

Das Sammellager für die todgeweihten Juden errichtete die Gestapo mitten in dieser Stadt in der Justus-Liebig-Schule. Wie sicher mussten sich die staatlichen Machthaber fühlen, wenn sie auf jedes Versteckspiel verzichteten! Die Schule blieb im März für einige Tage und vom 14. September bis zum 2. Oktober für den Unterricht geschlossen. In der Liebig-Schule mussten sich die eingelieferten Männer und Frauen nackt ausziehen und körperlich durchsuchen lassen. Anschließend katalogisierten Beamte und Sekretärinnen der Finanzverwaltung ihre Besitztümer peinlich genau. Sie nahmen ihnen Wertgegenstände, Parfümerieartikel, Medikamente, Lederwaren, gute Kleidungsstücke und Geld ab und übergaben die Beute teils dem Finanzamt, teils dem Darmstädter Einzelhandel, um dessen kriegsbedingt karges Sortiment aufzubessern. Sozialarbeiterinnen und freiwillige Helferinnen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt versorgten die in der Schule gefangen gehaltenen Juden mit Suppe.

Die Angestellten im Einwohnermeldeamt vermerkten auf den Meldekarten »unbekannt verzogen« oder

»ausgewandert«. Die Darmstädter beobachteten, wie die Juden gruppenweise aus dem hessischen Umland zum Sammellager Liebig-Schule gebracht wurden, später konnten sie sehen, wie die Gefangenen von dort die etwa eineinhalb Kilometer bis zum Güterbahnhof durch die dicht bewohnten Straßen geführt wurden. »Alles ging exakt vor sich, in Ruhe und Ordnung«, wie ein beteiligter Kriminalbeamter nach dem Krieg vor Gericht bezeugte. Der vor aller Augen vollzogene Abtransport der Juden »nach Osten« war Tagesgespräch, selbst unter den Kindern, die schulfrei hatten. Fragten sie, was mit den Gefangenen geschehe, antworteten die Eltern: »Das sind Leute, die zum Arbeitseinsatz weggebracht werden!« Das Wort »Juden« vermieden die Eltern. Protest regte sich nicht. Die Darmstädterinnen und Darmstädter wollten nicht wissen, was da vorging. Sie waren längst mitschuldig geworden, und die öffentlich organisierte Deportation zog sie noch tiefer in die Mitverantwortung.

Kurz vorher, im November 1941, hatte Thomas Mann in einer seiner an die deutschen Hörer gerichteten Radioreden in der BBC unverblümt von den Motiven gesprochen, die seine früheren Landsleute (und auch die Darmstädter Bürgerinnen und Bürger) an ihre Nazi-Führer fesselten: »Das Unaussprechliche, das in Russland, das mit den Polen und Juden geschehen ist und geschieht, wisst ihr, wollt es aber lieber nicht wissen aus berechtigtem Grauen vor dem ebenfalls unaussprechlichen, dem ins Riesenhafte gewachsenen Hass, der eines Tages, wenn eure Volks- und Maschinenkraft erlahmt, über euren Köpfen zusammenschlagen muss. Ja, Grauen vor diesem Tag ist

am Platz, und eure Führer nutzen es aus.«[64]

Wer war es gewesen? - »Niemand oder alle«

Vor 1933 hatten fast 2000 Bürger jüdischer Konfession in Darmstadt gewohnt. 1932 und 1933 war in dieser Stadt der Anteil von Wählern, die für Hitlers Partei stimmten, überdurchschnittlich hoch, und im Zeichen der Rassenlehre wandten sich viele Christen von einem der wichtigsten Grundsätze ihres Glaubens ab: Jeder Mensch ist Ebenbild Gottes. Sie verleugneten Gott, vergotteten ihre weltlichen Führer und gerieten auf die Bahn des Bösen.

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 wurden hier in Darmstadt die Synagogen in der Fuchsstraße, in der Bleichstraße und in der Friedrichstraße niedergebrannt. Einzelne SA-Männer begingen die Taten. Die meisten Darmstädter schwiegen dazu betreten, wenige freuten sich offen oder insgeheim, andere sagten sich: »Was geht mich das an, die Zeiten sind schwer genug.« Am nächsten Tag erschien die Hessische Landes-Zeitung mit der Schlagzeile »Darmstadts Bevölkerung erhebt sich gegen die jüdische Provokation«. »Wollte man fragen, wer den Brand entfacht hat«, hieß es in dem Artikel, »so bliebe als einzige Antwort darauf: Niemand oder alle. Denn wer hätte es bedauert, als die fremden Zeugen einer asiatischen Bauweise in Flammen aufgingen?« Spätestens jetzt waren alle nichtjüdischen Einwohner Darmstadts in das System des Bösen eingefangen. 1940 ließen die

Ratsherren die Ruine der Synagoge in der Friedrichstraße abbrechen. Die Abrisskosten stellten sie der Jüdischen Gemeinde in Rechnung, überführten das Grundstück in städtischen Besitz und errichteten darauf den Erweiterungsbau für das Städtische Krankenhaus. Das nützte den Nichtjuden – und nützt ihnen bis auf den heutigen Tag.

Die Enteignungen der Juden hatten schon zuvor begonnen. In Darmstadt hatte es zum Beispiel die Metzgerei von Louis Oppenheim in der Wendelstadtstraße getroffen, das Geschäft für Schirme und Spazierstöcke von Max Morgenthau in der Kiesstraße, das Schuhhaus Baar in der Ernst-Ludwig-Straße. Deutlich über hundert Geschäfte verschwanden oder wurden »arisch«. Schmuck, Möbel, Häuser und Fabriken wechselten die Besitzer. Im Darmstädter Lokalteil berichtete die Hessische Landes-Zeitung am 3. Juli 1938: »Der Marktplatz wurde bekanntlich beherrscht von den beiden großen nichtarischen Einzelhandelsfirmen Gebr. Rothschild und Tietz AG, die auf arische Inhaber übergegangen sind. Auf der anderen Seite des Marktplatzes sahen wir früher die nichtarische Bettenfirma Buchdahl, die ihren Geschäftsbetrieb eingestellt hat.«[65]

Die kleinen materiellen Vorteile, die Arbeitsplätze, die infolge der gegen die Juden verhängten Berufsverbote seit 1933 immer wieder frei wurden, das Verschwinden von Konkurrenten, die günstige Kaufgelegenheit, das Schnäppchen beförderten das Schweigen. Später wurden Hausrat und Wäsche, ja selbst eingewecktes Obst

und Marmeladevorräte deportierter Juden versteigert oder über örtliche Trödler und Einzelhändler verkauft. Wer einmal direkt oder indirekt von der sogenannten Verwertung nichtarischen Eigentums profitiert hatte, und das waren auch in dieser Stadt tausende, der wollte vom Schicksal der Enteigneten nichts mehr wissen, dem war es zur Besänftigung des eigenen Gewissens recht, wenn die verbliebenen Juden irgendwann, irgendwie verschwanden. Hauptsache, sie waren weg. Diese Gewissensfessel ließen sich die Deutschen allerorten von ihrer Regierung überstreifen.

Wie zuvor schon die Massenmorde an deutschen Geisteskranken und Behinderten vollzogen die Behörden den Mord an den Juden unter dem Rubrum »Geheime Reichssache«. Wirklich geheim blieb wenig. Das eigentliche Geheimnis bestand in der Offerte der Führer an die Geführten, sich aus der Verantwortung zu stehlen: Weil die Deutschen nicht wissen durften, dass ihre Mitmenschen in den Tod deportiert wurden, brauchten sie es nicht zu wissen, konnten wegblicken, verdrängen, ihren Kindern etwas von einem »Arbeitseinsatz« erzählen. Auf diese Weise blieb den Volksgenossen die moralische Überforderung erspart. Sie folgten dem Angebot, sich mit den mörderischen Tatsachen nicht konfrontieren zu müssen, und wichen so dem Konflikt mit ihrer (christlichen) Herkunftsmoral aus. Das war das zweite Mittel zur Betäubung des Gewissens.

Auf der so geschaffenen Grundlage konnte die staatliche Propaganda den Deutschen eine dritte, ebenfalls unsichtbare Fessel anlegen. Punktuell bestärkten Hitler und Goebbels immer wieder und

absichtsvoll die Ahnung, dass mit den Deportierten Furchtbares geschehe, immer wieder sprachen sie in ihren Reden von »der Vernichtung der jüdischen Rasse«. So entstand das zunächst noch lose, später fester gespannte Netz des halbbewussten Schuldzusammenhangs, der Verstrickung in unaussprechliche Verbrechen. Das vage Wissen und das starke Nichtwissenwollen machten die Volksgenossen moralisch reglos. Ich zitiere noch einmal aus Thomas Manns per Radio an die Deutschen gerichteten Botschaft vom November 1941: »Eure Führer, die euch zu all diesen Schandtaten verführt haben, sagen euch: Nun habt ihr sie begangen, nun seid ihr unauflöslich an uns gekettet, nun müsst ihr durchhalten bis aufs Letzte, sonst kommt die Hölle über euch.« Tatsächlich hielten die allermeisten Deutschen still und kämpften bis zum bitteren Ende. Sie hatten die frevelhaften Angebote ihrer Volksführer angenommen: Sie hatten Vorteile aus der Enteignung der Juden gezogen, sie hatten die Deportationen gesehen, manches gehört und flüchteten dann in den ihnen angebotenen Ausweg: Ihr dürft das alles nicht wissen, vergesst es schnell! Folglich konnten sie hinterher weder sich noch anderen erklären, wie ihnen geschehen war, und sie behaupteten aus tiefer Überzeugung: Das haben wir nicht gewusst.

Warum aber begehrten so viele Deutsche damals das Hab und Gut der Juden? Warum verstießen sie in so großer Zahl gegen das neunte Gebot? Liest man die antisemitischen Schriften, die seit den 1880er-Jahren in Deutschland verstärkt erschienen waren, dann fällt immer wieder eines ins Auge: die so mächtige Triebkraft

des Neides und der Habgier. »Wir sind diesem fremden Volksstamme nicht mehr gewachsen«, rief der Antisemit Wilhelm Marr aus.

Tatsächlich kamen die meisten Juden mit den Anforderungen der Moderne sehr viel besser zurecht als die Mehrheit der Christen. Zwischen 1886 und 1901 sprang der Anteil der jüdischen Schüler, die in Preußen einen höheren als den Volksschulabschluss nach Hause brachten, von 46,5 auf 56,3 Prozent. Das christliche Streben nach höherer als Volksschulbildung kroch im selben Zeitraum von 6,3 auf 7,3 Prozent. Gemessen an christlichen Schulkindern erreichten die jüdischen rund 7,5-mal so häufig mittlere und höhere Schulabschlüsse. In den Statistiken sticht hervor, wie sehr jüdische Eltern bemüht waren, die Mädchen auf höhere Töcherschulen zu schicken. Um 1900 besuchten in Berlin 11,5-mal so viele jüdische Schülerinnen eine weiterführende Schule wie christliche.

Der offenkundige Vorsprung kam selbstverständlich an den Universitäten, hernach bei den Berufen und Einkommensverhältnissen zum Tragen. 1895 gehörte jeder zweite erwerbstätige Jude zur Kategorie der Selbständigen, jedoch nur jeder vierte Christ. Wohin der christliche Immobilismus führte, veranschaulicht das Steueraufkommen. Im frühen 20. Jahrhundert zahlte ein jüdischer Bürger Frankfurts durchschnittlich viermal so viel Steuern wie ein protestantischer, achtmal so viel wie ein katholischer.

Der bekannte Antisemit Adolf Stoecker, dritter Dom- und Hofprediger in Berlin, behandelte damals die Judenfrage nicht als »Zankapfel konfessioneller

Unduldsamkeit« und nicht als Rassenfrage, sondern als »Gegenstand sozialer Besorgnis«. Er bezichtigte die Juden der Klugheit. Er prangerte ihren »unheilvollen« Aufstiegswillen an. Halb bewundernd, halb verabscheuend warf er ihnen im Preußischen Abgeordnetenhaus vor, wie selbst »arme Juden Hab und Gut hingaben, um ihren Kindern eine gute Bildung zu geben«. Stattdessen sollten Juden nach seiner Ansicht endlich »dieselbe Arbeit tun wie ein Deutscher«, sich nicht länger »von der groben Arbeit fernhalten«, sollten »Schneider und Schuhmacher, Fabrikarbeiter und Diener, Mägde und Arbeiterinnen werden«. Gelingen das nicht, würden die Juden »je länger, je mehr Arbeitgeber werden, dagegen die Christen in ihrem Dienste arbeiten und von ihnen ausgebeutet werden«.

Wie war es zu den unterschiedlichen sozialen Aufstiegs geschwindigkeiten gekommen? Die lange unterdrückten, zunächst besitzlosen Juden nutzten mit der wirtschaftlichen Emanzipation zu Beginn des 19. Jahrhunderts die einzige Möglichkeit, die ihnen offenstand: den Aufstieg kraft Bildung. Anders als die meisten Christen hatten sie in der alten, untergehenden sozialen Ordnung nichts zu verlieren. Vor allem aber fiel ihnen das Erlernen der fortan zwingend erforderlichen Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen leicht. Anders als die meisten ihrer christlichen Altersgenossen wurden viele jüdische Knaben und zunehmend auch Mädchen seit jeher alphabetisiert. Das geschah vorzugsweise auf Hebräisch und mit religiösen Inhalten.

Der Bildungswille bezog seine Kraft aus drei Quellen: aus der Religion, der jahrhundertelangen Rechtlosigkeit

und aus der Urbanität. Die Söhne der Juden lernten früh zu fragen, nachzudenken, zu abstrahieren. Sie schulten den Verstand, den Umgang mit Büchern, im gemeinsamen Lesen und Auslegen der heiligen Schriften. So praktizierten sie ihre Religion, die anders als die christliche nicht im Auswendiglernen von Glaubenssätzen bestand, sondern im kontroversen Debattieren. Die derart gebildeten jungen Männer verfügten über eine gediegene, leicht ausbaufähige intellektuelle Basis. Eine analphabetische christliche Familie, zumeist bäuerlicher Herkunft, bedurfte zweier oder dreier Generationen und länger an elementarer Bildung, bis einige ihrer Mitglieder den Sprung in akademische Höhen schafften. Dann litten die eben erst Aufgestiegenen noch für einige Jahrzehnte an Unsicherheiten. So entstand der Neidantisemitismus im Laufe des 19. Jahrhunderts.

Für Wilhelm Marr, übrigens auch für den bekannten hessischen Antisemiten Otto Böckel, stand »das flinke, kluge Israel« gegen »die bärenhäutige germanische Indolenz«, standen die Juden, die mit ihren »Talenten wuchern«, gegen den »sittlichen Ernst« der christlichen Deutschen. Die Verschlafenen neigen dazu, ihre Trägheit als Tiefsinn, Gründlichkeit oder Innerlichkeit auszugeben. Sie werden zu gehässigen Möchtegerns, suchen den Rückhalt in der Gruppe und steigern ihr schwaches Selbstwertgefühl, indem sie andere abwerten. Ihnen kam die Rassentheorie wie gerufen. Sie erhob die Verlangsamten, Desorientierten, Faulen und Begriffsstutzigen zur geistigen und seelischen Spitze der Menschheit. Jetzt zählte nicht mehr die individuelle

Leistung, sondern die Zugehörigkeit zur angeblich höherstehenden Rasse. Auf solche Weise wurden und werden die Gefährdeten, die mit wenig Selbstbewusstsein und die mit Minderwertigkeitsgefühlen Beladenen zu den Gefährlichen.

Das Markus-Evangelium (Mk 7, 1-23) berichtet von einem theologischen Streit zwischen Jesus und einigen Schriftgelehrten um die alttestamentarischen Reinheitsgebote. In dieser Diskussion erklärte Jesus die Essensvorschriften aus folgendem Grund für unwichtig: »Nichts, was von außen in den Menschen hineinkommt, kann ihn unrein machen, sondern was aus dem Menschen herauskommt, das macht ihn unrein.« Hernach baten ihn die Jünger, diesen ihnen rätselhaften Satz noch einmal zu erläutern. Jesus antwortete: Habgier, Bosheit, Hinterlist, Neid, Verleumdung und Hochmut »kommen von innen«.

Solche durchaus menschlichen Schwächen zersetzen das soziale Miteinander. Sie zerstören Vertrauen, lassen aggressiv werden, führen zur Herrschaft des Verdachts, sie verleiten Menschen dazu, ihr Selbstwertgefühl zu erhöhen, indem sie andere erniedrigen. Kollektiver Neid bildete 1933 die Vorstufe zum Hass und machte die beneideten Juden zu Vogelfreien, nahm ihnen den Schutz althergebrachter religiöser und juridischer Normen. Die im 9. und 10. Gebot Gottes angesprochenen niederträchtigen Gedanken kommen, wie Jesus sagt, »von innen, aus dem Herzen der Menschen«. Sie zerfressen die Moral und ebnen den Weg für das Böse.

Der Friede Gottes, der höher ist als unsere Vernunft, bewahre unsere Herzen und Sinne in Jesus Christus.

Amen.

Die Nutznießer des Mordens

Wie sich die Deutschen bereicherten^[5]

Immer noch stellt man sich landläufig den Arisierungsgewinnler als Unternehmer, Banker oder Konzernherren vor, auch als korrupten kleineren oder größeren Nazifunktionär, manchmal als Kollaborateur, der sich seine schmutzigen Dienste für die Besatzungsmacht aus »entjudetem« Eigentum honorieren ließ. Nur langsam wird von der Allgemeinheit wahrgenommen, dass 1942/43 in Hamburg allein aus den Niederlanden 45 Schiffsladungen mit insgesamt 27227 Tonnen »Judengut« gelöscht wurden – gedacht als unbürokratische Aufmunterung für die von Bombenangriffen schwer getroffenen Einwohner.

Bei den während des Krieges regelmäßig veranstalteten Volksauktionen ersteigerten mehr als 100000 Hamburger einzelne Stücke aus dem Geraubten. Gemäß der modisch gewordenen Genderdoktrin sollte besser von Hamburgerinnen gesprochen werden – die Männer standen an der Front. Ein Haushalt zählte damals gut vier Personen. Das bedeutet: Jede vierte Hamburger Familie erbeutete dies und das. Wie es dabei zuging, berichtete eine Augenzeugin: »Die einfachen Hausfrauen auf der Veddel trugen plötzlich Pelzmäntel, handelten mit Kaffee und Schmuck, hatten alte Möbel und Teppiche aus dem Hafen, aus Holland, aus Frankreich ...« Mitten im Krieg.^[66]

Doch geht jede Darstellung fehl, die allein individuelle Profiteure beschreibt, seien sie gierige Banker, Unternehmer oder Hausfrauen. Sie verfehlt den Kern der Sache, sofern die Frage beantwortet werden soll, wo das Eigentum der expropriierten und zum großen Teil ermordeten Juden Europas geblieben ist. Wenn auch auf Umwegen, füllte es zum erheblichen Teil die deutsche Staats- und Kriegskasse und entlastete damit auf indirekte Weise die deutschen Steuerzahler in ihrer Gesamtheit. Um das zu verstehen, gilt es, die finanz- und währungspolitischen Techniken des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbank, auch in den besetzten und verbündeten Staaten, näher zu betrachten.

1938 drohte der Staatsbankrott

Zwei Tage nach dem Pogrom vom 9. November 1938 verfügte Hermann Göring die Zahlung von einer Milliarde Reichsmark als »Sühneleistung der deutschen Juden«. Mit Hilfe einer Durchführungsverordnung gestaltete das Finanzministerium die »Sühneleistung« zu einer Vermögensabgabe von 20 Prozent aus. Die fällige Geldsumme musste jeder betroffene jüdische Steuerpflichtige in vier Teilbeträgen an das zuständige Finanzamt entrichten, und zwar »ohne besondere Aufforderung« am 15. Dezember 1938, am 15. Februar, 15. Mai und 15. August 1939.

Insgesamt trieb der Fiskus auf diesem Weg 1,2 Milliarden Reichsmark ein und verbuchte sie unter dem Haushaltstitel »Sonstige Einnahmen«. Die regulären Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben beliefen sich im Haushaltsjahr 1938/39 auf etwa 20 Milliarden Reichsmark – die den Juden auferlegte Kontribution erhöhte diese um sechs Prozent. Wenn man sich für einen Moment ausmalt, ein Stadtkämmerer oder Finanzminister könnte heute über plötzliche Mehreinnahmen von sechs Prozent verfügen, und zwar ohne Schulden zu machen oder die allgemeinen Steuern zu erhöhen, dann wird sofort deutlich, wie entspannend die Zusatzeinnahme von 1,2 Milliarden Reichsmark 1938/39 gewirkt haben wird.

Nicht nur die Finanzverwaltung, auch die Spitzen des privaten Bankgewerbes warteten mit Vorschlägen für die

technische Prozedur der Massenenteignung auf. Am 23. November 1938 erörterten leitende Herrn der fünf Berliner Großbanken – neben den drei heute noch aktiven Bankhäusern Dresdner, Commerz- und Deutsche Bank bestanden noch die Reichskreditgesellschaft und die Berliner Handelsgesellschaft – im Reichswirtschaftsministerium die Folgen der »sich durch die Judengesetzgebung ergebende Situation«. Zunächst erfuhren sie dort von dem politischen Beschluss einer »Überführung des gesamten Grundstücks- und Effekten-Vermögens aus jüdischem Besitz in zunächst staatliche und später vielleicht private Hände«. Über die aktuelle »Sühneleistung« hinaus standen demnach weitere sechs Milliarden Reichsmark in Aussicht, also eine Verstetigung der staatlichen Zusatzeinnahmen für die nächsten Jahre.

Um die Zwangsabgabe zu bezahlen, mussten die Tributpflichtigen Wertpapiere, Schmuck und Grundstücke veräußern. Das jedoch machte die Banker nervös, da sie »überstürzte und unsachkundige Verkäufe« von Aktien und damit die Gefahr einer »Déroute am Effektenmarkt« befürchteten. Es ging um den für damalige Begriffe »ungeheuren Effektenblock« von 1,5 Milliarden Reichsmark. Deshalb regten die Banker an, dass die Aktienpakete »langsam und unter entsprechender Marktpflege« verkauft würden, allerdings mit der Einschränkung, »dass ein Kursrisiko irgendwelcher Art den Banken nicht aufgebürdet werden« dürfe. Zur technischen Durchführung schlugen sie vor, die »so anfallenden Effekten zur Vermeidung unnötiger Arbeit bei den Hinterlegungsstellen, bei denen sie zur Zeit deponiert sind, zugunsten des

Reichsfinanzministeriums zu sperren und sie dann je nach Lage des Kapitalmarktes sachlich und pfleglich zugunsten der Reichsfinanzverwaltung zu veräußern«.

Aber der Hitlerstaat war pleite. Das Direktorium der Reichsbank warnte schon lange vor dem »unbegrenzten Anschwellen der Staatsausgaben«, das »trotz ungeheurer Anspannung der Steuerschraube die Staatsfinanzen an den Rand des Zusammenbruchs« führe. Deshalb erboten sich die Banker, »der Reichsfinanzverwaltung auf die abzuliefernden Effekten (der Juden) einen angemessenen Kassenvorschuss zu gewähren«. Über die Konditionen für diesen Kredit, so erklärten die Banker, könne »eine Verständigung wohl unschwer erfolgen«. So geschah es.

Die Spitzen der deutschen Großbanken betätigten sich in diesem Fall nicht als Räuber, wohl aber als Raubgehilfen, als konstruktive Mitorganisatoren, die ein effektives Enteignungsverfahren gewährleisteten. Ferner machten sie sich zu Hehlern. Sie verwandelten das Geraubte in bares Geld. Für diese Art von Kundenverrat berechnete zum Beispiel die Deutsche Bank ein halbes Prozent Verkaufsprovision zuzüglich der Umschreibungsspesen – zu Lasten ihrer jüdischen Depotinhaber. Auch belebte der weitere Handel mit den vorübergehend verstaatlichten Wertpapieren das Geschäft und eröffnete die Möglichkeit des eigenen – privilegierten – Zugriffs. In der Masse floss der Erlös allerdings in die deutsche Staatskasse und minderte die Lasten für die Allgemeinheit. Dasselbe galt für Lebensversicherungen, die zum vertraglich festgelegten Rückkaufswert an den Reichsfiskus ausbezahlt wurden.

Raubzüge im besetzten Europa

Mit diskreteren Methoden enteigneten die Deutschen die Juden in den besetzten und abhängigen Ländern – gleichfalls zugunsten der Reichskasse. Wer verstehen will, wie das vor sich ging, muss sich die Technik der deutschen Kriegsfinanzierung vergegenwärtigen. Der Erste Weltkrieg wurde in Deutschland zu 84 Prozent über Anleihen finanziert, nur zu 16 Prozent aus Steuern und Abgaben. Für den mehr als viermal so teuren Zweiten Weltkrieg wurde von Anfang an eine wesentlich bessere, nämlich die sogenannte goldene Deckungsquote von 50 Prozent Staatseinnahmen und 50 Prozent Kreditaufnahme angestrebt. So sollten die Erinnerungen an die Kriegsinflation von 1914 bis 1918, die immerhin 100 Prozent ausgemacht hatte, und an die Hyperinflation von 1923 vermieden werden. Die Vorgabe »goldene Deckungsquote« konnte die deutsche Finanzverwaltung bis Mitte 1944 einigermaßen einhalten.

Nur wie? Etwa die Hälfte der regulären Staatseinnahmen hatten die besetzten und abhängigen Länder aufzubringen. Ihnenbürdeten die Berliner Finanzfachleute ungeheuerliche Kontributionen auf, weit überhöhte Besatzungskostenzahlungen, Kredite und selbst Kriegsanleihen. Man rechnet mit insgesamt etwa 100 bis 120 Milliarden Reichsmark. Aus den Besatzungskosten bezogen deutsche Soldaten ihren Sold stets in der jeweiligen Landeswährung und sollten ihn vollständig in dem jeweiligen besetzten Land ausgeben.

Auf dieselbe Art wurden alle Dienstleistungen, Rohstoff-, Material- und Lebensmittellieferungen für die Wehrmacht und alle Ausfuhren nach Deutschland bezahlt. Das verlagerte den für einen Krieg typischen Inflationsdruck aus Deutschland ins europäische Ausland. Nun konnten die deutschen Besatzungsverwaltungen und Kollaborationsregierungen zwar eine kontrollierte Geldentwertung in Kauf nehmen, nicht jedoch eine galoppierende. Sie würde, das war allen Verantwortlichen klar, jede okkupatorische Ordnung untergraben und die geregelte Ausplünderung verunmöglichen.

An dieser Stelle der Kriegsfinanzpolitik kamen – unter äußerster Geheimhaltung – die Vermögen der europäischen Juden ins Spiel. Nehmen wir als erstes Beispiel das Militärverwaltungsgebiet Serbien. Hier hatten die Deutschen bereits Anfang Mai 1942 alle Juden ermordet, derer sie habhaft geworden waren, und hier stellte sich die Frage nach der vollständigen Verwertung ihrer materiellen Hinterlassenschaft früh. Zwar hatten sich an den herrenlos gewordenen Wertsachen bereits viele Interessenten bereichert, insbesondere Volksdeutsche im Westbanat, aber das Vermögen der Belgrader Juden war noch zu mehr als 80 Prozent unberührt geblieben. Nach einigen Diskussionen verfügte Göring am 25. Juni 1942: »Das jüdische Vermögen in Serbien ist zugunsten Serbiens einzuziehen.« Damit beabsichtigte er, »eine finanzielle Hilfe für den durch die Last der Besatzungskosten ohnehin stark beanspruchten serbischen Staatshaushalt zu ermöglichen«. Die serbische Kollaborationsregierung

erließ das entsprechende Gesetz.

Im Sommer 1942 betrugen die monatlichen Besatzungskosten 500 Millionen Dinar; das Gesamtvermögen der serbischen Juden schätzte man auf drei bis vier Milliarden Dinar. Der Betrag reichte also aus, um die Besatzungskosten für ein gutes halbes Jahr zu decken oder um über einen längeren Zeitraum den Inflationsdruck auf die serbische Währung zu mindern. Praktisch lenkte die deutsche Besatzungsverwaltung auf Anordnung der Reichsregierung die Erträge aus den Enteignungen zuerst in die serbische Staatskasse und von dort – gemischt mit einem Geldstrom, den hauptsächlich die Notenpresse speiste, in den Besatzungskostenhaushalt.

Ähnliches geschah zwei Jahre später in Ungarn. Am 19. März 1944 besetzten die Deutschen den bis dahin verbündeten Staat und setzten eine neu-alte Kollaborationsregierung ein. Im April enteigneten ungarische Behörden die 700000 Juden des Landes komplett und ließen 430000 von ihnen im Mai und Juni in großer Eile nach Auschwitz deportieren. Die Besatzungskosten, die die Deutschen zunächst verlangten, lagen bei 75 Prozent des durch die ungarische Beteiligung am Krieg gegen die Sowjetunion schon stark aufgeblähten Staatshaushalts. Am 31. Mai 1944 erklärte der zuständige Beamte im Reichswirtschaftsministerium auf einer Sitzung des Ungarn-Ausschusses zur Frage der Besatzungslasten: »Die ungarische Judengesetzgebung ist inzwischen weiter vervollständigt worden. Die ungarische Regierung rechnet damit, dass die großen finanziellen

Anstrengungen, die im Rahmen der gemeinsamen Kriegsführung notwendig werden, weitgehend aus dem Judenvermögen bestritten werden können. Die Vermögen sollen mindestens ein Drittel des Nationalvermögens betragen.«

Der für die Enteignung der Juden zuständige ungarische Beamte war der im Beitreiben zusätzlicher Staatseinnahmen einschlägig erfahrene Verwaltungschef des Branntweinmonopols. Über den Zweck seiner Tätigkeit teilte er mit, »dass die beschlagnahmten Judenvermögen zur Deckung der Kriegskosten und zur Wiedergutmachung der durch Bombenangriffe verursachten Schäden verwendet werden«. Am 3. August 1944 analysierte die Neue Zürcher Zeitung die ungarischen Staatsfinanzen: »Bei der Arierisierung jüdischer Unternehmen ist der behördlich festgesetzte Kaufpreis sofort in bar zu bezahlen, was zeigt, dass die Aktion wie seinerzeit in Deutschland eine gewisse fiskalische Bedeutung (Erleichterung der Kriegsfinanzierung) besitzt.« Wie vielerorts in Europa wurde das Eigentum der Beraubten von Einheimischen für Einheimische verwertet, die somit massenhaft zu Mittätern, Erwerbern von im Krieg höchst begehrten Sachwerten und zu Mitprofiteuren wurden – doch in Geld verwandelt, floss der Erlös dann vollständig oder zum größten Teil in die deutsche Kriegskasse.

Als drittes Beispiel sei das seit dem Sommer 1941 besetzte Griechenland vorgestellt. Dort herrschte im Herbst 1942 eine schnell voranschreitende Inflation. In dieser Situation ernannte Hitler im Oktober einen Sonderbeauftragten, dem sofort der Judenreferent des

Auswärtigen Amtes zur Seite gestellt wurde. Er hieß Eberhard von Thadden und beteiligte sich bis zum Februar 1943 an den Vorbereitungen zur Deportation der nordgriechischen Juden, das waren fast ausschließlich die mehr als 50000 jüdischen Bürger von Saloniki. In seinen Reisekostenabrechnungen gab Judenreferent von Thadden als Grund seiner Athen-Flüge an: »Sonderauftrag des Führers betr. Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Griechenland«.

Kriegslasten, beglichen mit dem Gold der Juden

Dort hatte sich neben der Drachme eine zweite Währung etabliert – das Gold. Daher brauchten es auch die Deutschen. Ihre Goldforderungen an die jüdische Kultusgemeinde und an wohlhabende Einzelpersonen setzten sofort mit der »Aktion zur Stabilisierung der griechischen Währung« ein. Aus den Berichten der Überlebenden ist bekannt, wie der Wehrmachtsbefehlshaber von Saloniki, Max Merten, die verängstigten und gedemütigten Juden mit falschen Versprechen immer wieder zu Zahlungen zwang und höhnisch brüllte: »Goldbarren sind der Tarif!« Einige Tage vor der Deportation nach Auschwitz im März 1943 wurden die Opfer in ein kleines Warteghetto in der Nähe des Bahnhofs von Saloniki gebracht: »Dort mussten sie alles abgeben, Schmuck und alle goldenen Gegenstände.«

Mit Hilfe von Spitzeln und Folter zwangen Mitarbeiter Eichmanns die Wehrlosen, die Verstecke ihres Schmuckes und Goldes preiszugeben. So »füllte sich die Schatzkammer der Vélissarioustraße mit allen Kostbarkeiten Ali Babas«, wie es bei Michael Molho, dem griechisch-jüdischen Chronisten, heißt: »Auf den Tischen lagen wohlgeordnet und in verschiedenen Haufen Ringe mit Diamanten und Edelsteinen aller Nuancen und Größen, Broschen, Medaillons, Armreifen, Goldketten, Trauringe, Uhren in jeder Form, Münzen, geordnet nach Bildern und Jahreszahlen, amerikanische und kanadische

Dollars, Pfund Sterling, Schweizer Franken etc. Auf der Erde häuften sich an: Vasen, chinesische Porzellangefäße, seltene Objekte, enorme Stapel von Teppichen. Es war, auf diesem Raum relativ zusammengepfercht, ein Überfluss an Reichtümern, den selbst die überschwengliche Phantasie eines Alexandre Dumas nicht sich hätte spiegeln lassen in den Augen seines Monte Christo.« Allein an Gold erbeuteten die Deutschen in Saloniki nach verlässlichen Feststellungen aus dem Jahr 1946 »die eindrucksvolle Menge von über zwölf Tonnen Feingold«. Zu diesem Zweck wurden selbst noch die Gräber auf dem in Bauland umgewidmeten uralten jüdischen Friedhof von Saloniki nach Gold durchwühlt.

Das geraubte Gold setzten die Deutschen effizient ein. Sie verwandten es mit Wissen der griechischen Finanzverwaltung und mit Hilfe griechischer Vertrauensmakler zu Stützungskäufen an der Börse. Kaum ging der Vorrat im Juli/August 1943 zur Neige, stieg die Inflation wieder steil an. Daher flogen die Deutschen im letzten Jahr der Besatzung acht Tonnen Gold zur weiteren Währungsstabilisierung nach Griechenland ein. Auch dieses Gold war in ganz Europa geraubt worden, nicht allein von Juden, aber auch von ihnen. Doch zeigt der Transport nach Griechenland, wie wichtig dieses Mittel war, um die täglichen Kriegskosten zu bezahlen. »Als Vorteil der Goldverkäufe«, resümierte Hitlers Sonderbeauftragter für Griechenland, »steht die technische Entlastung der Notenpresse fest, da mittels Gold erhebliche Mengen Banknoten bar für den Wehrmachtsbedarf herausgeholt wurden.«

Im Oktober 1942 mussten die rumänischen Juden Gold, Silber, Schmuck und Wertsachen an die Staatskasse des Landes abliefern, um die Währung des mit Deutschland verbündeten Staates zu stabilisieren. Offensichtlich konnten damit nur zwei, drei Monate überbrückt werden. Folglich schlossen die beiden Außenminister Ribbentrop und Antonescu am 11. Januar 1943 im Führerhauptquartier ein Geheimabkommen über die Lieferung von 30 Tonnen Gold aus den Beutebeständen der Reichsbank an die Rumänische Nationalbank, um so die rumänische Währung »für die im deutschen Interesse erfolgende zusätzliche Notenausgabe« zu stabilisieren – Rumänien hatte einen stattlichen Kriegskostenbeitrag an Deutschland zu bezahlen, Getreide und Erdöl zu liefern, ferner die eigenen Armeen zu finanzieren, die gemeinsam mit der Wehrmacht in der Sowjetunion Krieg führten. In der Slowakei stabilisierte die Nationalbank die Währung, indem sie Edelsteine und Perlen verkaufen ließ. Sie waren überwiegend von Deutschland geliefert worden und stammten aus dem Vermögen niederländischer Juden.

Der übergroße Teil des Vermögens der enteigneten und ermordeten Juden Europas verschwand eben nicht in den Kellern schweizerischer oder deutscher Banken, landete nicht auf den Konten deutscher Monopolherren. Vielmehr verhängte Deutschland im Zweiten Weltkrieg eine beispiellose Kriegslasten- und Schuldenunion über Europa. Als fester Posten auf der Habenseite wurden darin die Vermögen der zu enteignenden Juden Europas eingesetzt: In Ungarn deckten die Besitztümer der Juden

die Besatzungskosten wohl zu 100 Prozent, in anderen Ländern nur zu fünf, zehn oder 20 Prozent – in jedem Fall dämpften die Enteignungen die Spitzenlasten, sie bremsten die Inflation.

Wie gesagt floss ein beachtlicher Teil dieses Geldes als Sold in die Taschen der Soldaten, ebenso in Form von Reichsmarkscheinen, die von den Soldaten mitgebracht oder ihnen von ihren Lieben zugeschickt und dann in Landeswährung umgetauscht wurden. Davon kauften sie Lebensmittel, mit denen sie die Abermillionen Feldpostpäckchen für ihre Familien füllten, Schuhe, Seidenschals und Schmuck, die sie ihren Freundinnen und Frauen schickten. Sie erwarben davon Tabak, Schnaps, Kunstwerke, Bücher oder bezahlten den Besuch im Bordell. Alle diese Gelder enthielten – mit anderen Geldströmen vermischt – Anteile, die aus den zu Geld verflüssigten Vermögen, kleinen Besitztümern oder auch nur Habseligkeiten der Juden Europas stammten. Wie das im Einzelnen vor sich ging, soll anhand der Feldpostbriefe eines später prominent gewordenen Soldaten gezeigt werden.

Schütze Heinrich Böll im Kaufrausch

Zu Anfang des Krieges wusste der frisch eingezogene Hungerstudent Heinrich Böll nicht, was er mit seiner »phantastischen Löhnung von 25 Mark« überhaupt anfangen sollte. Der junge Mann erhielt diesen Sold alle zehn Tage bei voller Verpflegung als Taschengeld, bald wurde der Betrag – steuerfrei selbstverständlich – deutlich erhöht. Eine Reichsmark entsprach, in heutige Verhältnisse übertragen, ungefähr der Kaufkraft von zehn Euro. Nach der Hochzeit erhielt seine Frau Annemarie zusätzlich Familienunterhalt. Im Zweiten Weltkrieg wurden die deutschen Soldaten doppelt so gut bezahlt wie die US-amerikanischen oder britischen; auch lagen die Lohnersatzleistungen für die Familien der eingezogenen Soldaten weit über dem Niveau westallierter Soldatenfamilien.

Kaum ins Feld gerückt, ergatterte Böll in Rotterdam ein halbes Pfund Kaffee »für ganze fünfzig Pfennige« und sandte es per Feldpost an die Lieben zu Hause. »Für Mutters Kaffeehoffnungen sehe ich sehr schwarz«, schrieb er einige Zeit später von der französischen Kanalküste und fuhr fort: »Schickt mir bitte das Geld, das Ihr noch habt; vielleicht kann ich damit meinen Kaffeebemühungen etwas einheizen; es kann auch ruhig deutsch sein; ich werde es hier in der Kantine umwechseln.« Offiziell konnte sich jeder deutsche Soldat monatlich zusätzlich 100 Mark per Feldpost überweisen lassen, zu Weihnachten 200. Inoffiziell durfte jeder an

Geld mitnehmen und sich schicken lassen, was er wollte. Im Herbst 1940 berichtete das Reichsbankdirektorium von der Wechselstelle auf dem Bahnhof Herzogenrath (westlich von Aachen), die Kasse sei »von durchreisenden Wehrmachtsangehörigen außerordentlich stark belastet«; die Beamten hätten »Weisung, an der Grenze jeden geforderten Betrag umzutauschen«.

»Ich will schnell die Butter noch einpacken und auch die Seife (vier große Stücke), damit sie mit der Post am Mittag weggeht«, so schrieb Böll nach Hause. Dann folgt die bald obligatorische Forderung nach offiziell verbotenen zusätzlichen Geldsendungen für neue Einkäufe (»am besten in einem gut verpackten Kuchenpaket«) und ein paar Tage später die aktuelle Zwischenbilanz: »Ich habe gestern wieder ein Pfund Butter abgeschickt, jetzt sind im Ganzen vier Butterpakete unterwegs und ein Paket mit einem Riesenstück Seife zu 400 Gramm für Mutter zum Namenstag. Ich habe zwar jetzt 40 Mark Schulden, aber ich erwarte das Paket mit den Überraschungen.« Sie ließen nicht lange auf sich warten: »Das ›Buch Barbara Naderer‹ (es handelte sich um ein frommes Erbauungsbüchlein) mit Einlage habe ich bekommen. Im ganzen jetzt 60 Mk. (10 von Dir, 50 von den Eltern). Wenn Ihr den Nachschub laufend regelt, so wie es jetzt läuft, brauche ich die Herrlichkeiten des ›schwarzen Marktes‹ nicht vorüberziehen zu lassen.«

Hitler feierte die Wehrmacht als den »natürlichsten Vermittlerapparat, den es gibt, wenn jeder Soldat seiner Frau oder seinen Kindern etwas schickt«. 1943 schärfte er Großadmiral Raeder ein: »Wenn von der Ostfront der

Soldat etwas mitbringt, dann sind das 250000 bis 300000 Pakete, ein Zuschuss, der der Heimat sehr zustatten kommt.« Wo sich einzelne Offiziere und Zollbeamte dem hemmungslosen Rauben entgegenstellten, wütete der Führer zugunsten des gesunden Soldatenempfindens: »Ich werde jetzt barbarisch vorgehen. Was kann ich vom Osten mitnehmen? Kunstschatze? Das gibt es nicht! Bleibt also nur das bisschen Fressen! Es kann damit nichts Besseres geschehen, als dass es der Familie des Soldaten in der Heimat zukommt.«

Die Kölner Familie Böll bekam also für die in Kuchenpaketen oder Büchern formell geschmuggelten, aber wohlwollend geduldeten Reichsmarkscheine ihren Kaffee aus Frankreich und all die anderen »schönen Sachen«. Parallel dazu verbuchte der Reichsfinanzminister das Geld, das bereits in begehrte Waren umgewandelt worden war, als zusätzliche Einnahme, weil die Reichsmarkbeträge, die die Soldaten gegen Landeswährung umtauschten, hernach an den Fiskus des Deutschen Reiches flossen. Bezahlen aber musste das Ringgeschäft die Notenbank des besetzten Landes zum Nachteil der gesamten Volkswirtschaft.

Das System war einfach: In Deutschland setzten die Verantwortlichen ein strenges, als gerecht empfundenes Zuteilungsregime einschließlich Preisstopp durch. Sie bedrohten jeden Schleichhandel mit drakonischen Strafen. Aber im Ausland sollten und wollten die deutschen Soldaten sich bereichern, dort galt es, den Kaufkraftüberhang aus dem Inland, den sie zuvor in fremde Währungen verwandelt hatten, buchstäblich zu verbuttern. Zwischen 1940 und 1944 betrug die

Kriegsinflation beispielsweise in Frankreich 160, in Deutschland lediglich 6 Prozent. Im Juni 1943 gingen nach Angaben des Leitenden Heeresintendanten in Paris 25 Prozent der Besatzungslasten, die Frankreich zu tragen hatte, in solche Einkäufe. Deutsche Soldaten kauften die Länder Europas leer und wurden in Frankreich nicht umsonst *doryphores* genannt – Kartoffelkäfer.

Nach den Beobachtungen des Reichskommissars für das Ostland führten Wehrmachtsoldaten und Besatzungsbeamte selbst im Baltikum erhebliche Mengen Geld ein, tauschten es gegen die Landeswährung, um die damit »aufgekauften Waren dann aus dem Gebiet herauszuschaffen«. Im Mai 1942 durften die an der Ostfront eingesetzten Soldaten – zusätzlich zu den üblichen Feldpostpäckchen von zwei Kilogramm – je ein Paket von 20 Kilogramm Gewicht nach Hause schicken. Das diente offiziell »zur Freimachung der Truppe von überflüssigem Gepäck«, allerdings legte das Oberkommando des Heeres größten Wert darauf, »zu verhüten, dass durch den Zollfahndungsdienst wegen dieser Pakete Nachprüfungen bei den Empfängern in der Heimat angestellt werden«. Selbst noch während der extrem unwirtlichen Monate Januar, Februar und März 1943 schafften es die Soldaten der 18. Armee nach der Statistik des zuständigen Feldpostamtes, von der Leningradfront mehr als drei Millionen Feldpostpäckchen in die deutsche Heimat zu schicken – gefüllt mit Beutestücken, Schnäppchen und überschüssigen Lebensmittelzuteilungen.

Im Oktober 1943 wurde Böll von Frankreich auf die

Krim abkommandiert; von dort kamen abgekämpfte Soldaten in die französischen Quartiere, um »zum Ausgleich für die überstandenen Strapazen etwas üppiger zu leben«. Böll schickte »noch einmal als letzten Tribut der ›douce France‹ Butter nach Hause«. Während schwerster Kämpfe erlitt er auf der Krim bald eine leichte, vermutlich lebensrettende Verwundung am Kopf. Er landete im Lazarett in Odessa (»Auf dem Bazar kannst du alles kaufen, was du willst ...«) und wurde von dort in das ostgalizische Stanislau verlegt. Sofort ging wieder ein Paket mit Seife ab. Und dann, kurz vor dem Heimaturlaub: »Ich überlege ständig, was ich Dir von hier Schönes mitbringen kann. Mein Traum von den Stiefeletten, diesen wirklich hübschen und warmen Polinnen-Stiefelchen, ist ja nun ausgeträumt, weil die Preise zu gewaltig sind ...«

Gemeinschaftstiftender Raub als Staatsprinzip

Im Zweiten Weltkrieg erlegte Deutschland dem besetzten Europa exorbitante Besatzungskosten, Kontributionen und Zwangskredite auf, die den letzten Friedenshaushalt dieser Länder regelmäßig um mehr als 100, am Ende oft um 200 Prozent überstiegen. Besatzungskosten sind nach der Haager Landkriegsordnung erlaubt, aber die Höhe entsprach nicht entfernt dem dort kodifizierten Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Hinzu kamen die Subsidien der Verbündeten, genannt »Kriegskostenbeiträge«. Diese Einnahmen bildeten nach der freudigen Feststellung eines Fachmanns den »eigentlich dynamischen Faktor« der deutschen Kriegsfinanzierung. Tatsächlich machten sie bald fast die Hälfte der ordentlichen Reichseinnahmen aus.

Außerdem war ein Gutteil der deutschen Steuereinnahmen ausländischen Ursprungs. In Deutschland zahlten Millionen sowjetischer und polnischer Zwangsarbeiter, die von den Unternehmern nach Tarif entlohnt werden mussten, weit mehr als das Doppelte des normalen Lohnsteuersatzes. Neben dem speziellen Steuerzuschlag von 100 Prozent wurden sie ausnahmslos in der schlechtesten Lohnsteuerklasse I veranlagt. Sie zahlten die doppelten Abgaben zur Sozialversicherung und stabilisierten so das berühmte deutsche Solidarsystem. Was nach Abzug dieser Steuern, Sozialabgaben und der Unterbringungskosten im Lager vom Lohn der sogenannten Ostarbeiter noch verblieb,

verschwand im Zuge des Ostarbeiterzwangssparens ebenfalls in der Hauptkasse des Deutschen Reiches. Es lässt sich schwer berechnen, wie hoch der Profit von Daimler-Benz oder Krupp an einem einzelnen Zwangsarbeiter gewesen sein mag, aber fest steht, dass sich die Deutschen in ihrer Gesamtheit etwa 70 Prozent des Lohnes aneigneten.

Auf diese Weise schonte Hitler den kleinen Steuerzahler und gewährte den »arischen« Bedürftigen selbst im Krieg soziale Wohltaten. Im November 1941 erhöhte er die Renten um sagenhafte 15 Prozent, verbesserte die Anwartschaftsregelungen gründlich, und die Rentner, die bis dahin im Krankheitsfall zum größten Teil auf die öffentliche Fürsorge angewiesen waren, wurden in toto zum monatlichen Pflichtbeitrag von einer Mark in die Krankenversicherung aufgenommen. Ein Mann wie Heinrich Böll, deutsche Arbeiter, kleine und mittlere Angestellte wie Beamte zahlten bis zum 8. Mai 1945 von einer mäßigen Tabak- und Branntweinsteuererhöhung abgesehen – anders als die entsprechenden Briten – keine Kriegssteuern. Der gewöhnliche Deutsche schwamm im Geld und versuchte nach Kräften, es in den unterworfenen Ländern Europas auszugeben beziehungsweise ausgeben zu lassen.

Für den Monat August 1943 addierten sich die privaten Einkäufe im besetzten Frankreich auf 125 Millionen Reichsmark, das wären heute deutlich mehr als eine Milliarde Euro. Die Einkäufe trieben die Inflation voran, sie störten die besatzungspolitische Ordnung und untergruben jede nur leidliche volkswirtschaftliche Stabilität. So versuchten die

unmittelbar Verantwortlichen von Anfang an und immer wieder, das Verschicken von Feldpostpäckchen einzuschränken und die deutschen Soldaten der Zoll- und Devisenkontrolle zu unterwerfen. Bei den Grenzbeamten galten solche Kontrollen »als recht prekär«. Sie führten zu »unerfreulichen Zwischenfällen«, zu »Widersetzlichkeiten und Beleidigungen«, und die gelegentliche Beschlagnahme der Waren rief »bei der Truppe eine allgemeine Erbitterung hervor«.

Daher hob Göring die bestehenden, schon locker gehandhabten Einkaufsbeschränkungen im Oktober 1940 auf. Er halte »die von verschiedenen Seiten erhobenen Bedenken wegen eines drohenden Ausverkaufs der besetzten Gebiete für unbeachtlich«. Er verdamnte die »zur Kontrolle der Einkaufs- und Versandbeschränkungen getroffenen Maßnahmen« als »psychologisch untragbar« und ordnete an, die deutschen Soldaten »sollen in Feindesland im Rahmen dessen, was sie bezahlen können, alles in gleicher Weise, aber auch mit den gleichen Einschränkungen wie die Einheimischen kaufen dürfen«. Die bestehenden »Einkaufsverbote für Pelze, Schmuck, Teppiche, Seidenstoffe und für Luxusgüter« waren nach Görings Willen »sofort aufzuheben«. Ähnliches galt für die Begrenzung der Mengen beim Versand von Feldpostpäckchen in die Heimat.

Weiter formulierte Göring in dieser Sitzung, was später als »Schlepperlass« berühmt wurde: »Die Beschränkung für die Mitnahme von gekauften Gegenständen durch Urlauber usw. sind grundsätzlich aufzuheben. Was der Soldat tragen kann und was zu

seinem persönlichen Gebrauch oder für seine Angehörigen bestimmt ist, soll er mitnehmen dürfen.« Für die Wehrmacht stimmten dem Schlepperlass Generalquartiermeister Wagner zu, Generalfeldmarschall von Brauchitsch und Generalleutnant Reinecke. »Ach«, schrieb Böll vor einem seiner Köln-Besuche an Annemarie, »ich habe ein halbes Schweinchen für Euch.«

Bald entspannen sich Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die Formulierung »was ein Soldat tragen kann« auszulegen sei. Nach einer amtlichen Interpretation des Oberkommandos der Wehrmacht durfte der Soldat »nur so viel Gepäck mitnehmen, wie er ohne Zuhilfenahme von Tragriemen oder Tragevorrichtungen in beiden Händen tragen« konnte. Das provozierte den Gerechtigkeitssinn der für die Zollverwaltung zuständigen Herren im Reichsfinanzministerium. Nach ihrer Handreichung für die tägliche zollamtliche Praxis war die »zur Mitnahme zugelassene Warenmenge nicht jeweils nach der Körperkraft der einreisenden Personen abzustufen«, sondern ein »ungefährer allgemein gültiger, von der Tragfähigkeit der einzelnen Reisenden unabhängiger Maßstab« anzuwenden.

Als die Frage »Was der Einzelne selbst tragen kann?« schließlich Eingang in das Reichszollblatt fand, griff die politische Führung abermals ein. 1943 schickte Finanzstaatssekretär Fritz Reinhardt einen – ausdrücklich gegen die bestehenden Vorschriften gerichteten – Ukas an die Zollbehörden des Reiches, den er offensichtlich nach einer Zurechtweisung durch Hitler verfasst hatte: »Der Wehrmachtsangehörige darf sehr

wohl Tragriemen und Tragvorrichtungen benutzen. Er braucht sich beim Überschreiten der Grenze nicht in ›militärischer Haltung‹ zu befinden.« Bei der Abfertigung von Soldaten und Soldatenpaketen sei »so großzügig wie irgend möglich zu verfahren«, insbesondere sei »jede Beschlagnahme von Lebensmittelpaketen, die Soldaten mit sich führen, zu unterlassen«.

»Oberfinanzpräsidenten«, fügte Reinhardt drohend hinzu, »in deren Bezirk durch irgendwelche ihnen unterstellten Männer gegen dieses Verbot verstoßen wird, sind in Zukunft der Gefahr ausgesetzt, dass der Führer sie unmittelbar zur Verantwortung zieht.«

Der kleinteilige Massenraub milderte in Deutschland den Mangel erheblich. Er förderte den Kontakt zwischen Front und Heimat in sinnlicher Weise. Die wohlkalkulierte, höchst individuelle Bereicherung auf dem Rücken anderer Völker ließ ein Gefühl von höherer Fürsorge entstehen, das Gefühl des kleinen Glücks mitten im Krieg. So entstand in der Masse eine zumindest passive Loyalität. Mehr brauchte die Diktatur für ihre politische Funktionsfähigkeit nicht.

Nach dem Krieg verschwiegen die beteiligten Beamten der Nationalbanken und Finanzministerien in sämtlichen europäischen Ländern ihre Kenntnisse über die Metamorphose der enteigneten Werte. Die überlebenden Opfer und ihre Anwälte durchschauten das System nicht. Daher findet sich in den Verfahren, die ausländische Antragsteller vor deutschen Wiedergutmachungsgerichten anstrebten, immer wieder dasselbe abweisende Argument: Nicht etwa die deutsche Besatzungsmacht, sondern die jeweilige

ationale Regierung oder Verwaltung der besetzten oder verbündeten Länder habe die Juden enteignet. Das Vermögen sei daher nicht außer Landes, insbesondere nicht nach Deutschland gebracht worden. Folglich erging regelmäßig ein ablehnender Beschluss, begründet mit der angeblichen Unzuständigkeit deutscher Gerichte.

Tatsächlich verhielt es sich so, wie der Vertreter des Auswärtigen Amtes in Belgrad im Sommer 1942 die staatlich organisierte Form der Geldwäsche beschrieb: »Das Vermögen der Juden in Serbien ist zugunsten Serbiens einzuziehen, weil eine Einziehung zugunsten des Reiches der Haager Landkriegsordnung widersprechen würde. Der Erlös kommt aber mittelbar uns zugute ...« Mit »uns« waren alle (arischen) Deutschen gemeint. Die Enteignungen minderten die Kriegskosten. Sie hoben die Stimmung in Deutschland und stärkten das Vertrauen der Massen in die Staatsführung.

Das Eigentum der Juden in den besetzten Ländern Europas wurde zugunsten fast aller Deutschen sozialisiert. Am Ende hatte jeder Wehrmachtsoldat einen Bruchteil davon in seinem Geldbeutel, jede deutsche Familie Speisen auf ihrem Teller, Kleidungsstücke im Schrank, die zu einem gewissen Teil davon bezahlt worden waren. Vom Säugling bis zum Greis, vom Unpolitischen bis zum begeisterten Nazi profitierten sie alle in einer unaufdringlichen, schwer erkennbaren Form vom Mord an den europäischen Juden.

Hitlers räuberische Kunsthändler

In den letzten beiden Kriegsjahren erwarb Hildebrand Gurlitt für das von Hitler geplante Museum in Linz Kunstwerke aller Art. Dafür ging er in den Niederlanden auf Einkaufstour, ebenso in Belgien und namentlich in Frankreich. Insgesamt verausgabte er mindestens 9,2 Millionen Reichsmark für seinen mächtigen Auftraggeber. Für einzelne Stücke bezahlte er die damals horrenden Beträge von 40000, 100000 oder 200000 Reichsmark. Unter den Gemälden, die 2012 bei Hildebrand Gurlitts Sohn Cornelius in München beschlagnahmt wurden und denen, die 2014 in Salzburg ans Licht kamen, finden sich einige, die auf solche Weise im deutsch besetzten Ausland erworben wurden.

Rein äußerlich betrachtet bezahlte Gurlitt seine Käufe. Das geschah jedoch nicht in Reichsmark, sondern – wie bereits für die anderen »Käufe« beschrieben – in der jeweiligen Landeswährung, also mit französischen oder belgischen Francs oder mit niederländischen Gulden. In Wahrheit begingen Gurlitt und andere staatsnahe Kunsthändler geschickt getarnte räuberische Akte. Sie eigneten sich die Kunstschatze an und bezahlten mit Geld, das weder ihnen noch ihren Auftraggebern gehörte. Mit jedem einzelnen Kauf im europäischen Ausland verstießen sie gegen die auch für Deutschland bindende, allerdings von der Reichsbank als »zu eng« empfundene Haager Landkriegsordnung.

Für Gurlitt kann ich das anhand von Quellen nicht im

Einzelnen dokumentieren, fest steht jedoch, dass er in Frankreich damals sowohl im Auftrag der deutschen Führung als auch für sich selbst Kunstwerke erwarb. Anhand ähnlich gelagerter Fälle lässt sich das Verfahren hinreichend genau belegen. Zunächst erhielten ausgesuchte Kunsthändler (und generell deutsche Aufkäufer aller möglichen Waren) einen bestimmten Geldbetrag in Reichsmark von ihrem Auftraggeber, der ihnen bei der Reichskreditkasse in dem besetzten Land gutgeschrieben wurde.

Die Reichskreditkassen waren Filialen der Deutschen Reichsbank. Sie bezweckten, die unterworfenen Länder finanziell und wirtschaftlich auszuplündern. Im internen Verkehr bezeichnete der Geschäftsführende Vizepräsident der Reichsbank, Emil Puhl, die von seinen Kassen ausgegebenen Geldscheine der jeweiligen nationalen Währungen als »in Geldform gekleidete Requisitionsscheine«.

Meine Beispiele stützen sich auf Unterlagen der Reichskreditkasse Paris, dort wurden täglich hunderttausende oder Millionen Reichsmark »zu Lasten des Sonderkontos A I« in die Landeswährung getauscht und dann an die vorgesehenen Empfänger ausbezahlt.^[67] Im Fall des damals sehr umtriebigen Münchner Kunsthändlers Walter Bornheim entstand am 2. Mai 1941 dieses vertrauliche Schreiben des Reichsfinanzministers: »Der Herr Reichswirtschaftsminister hat der nachstehend aufgeführten Firma die Ermächtigung zur Einzahlung folgenden Betrages auf das Girokonto ›Allgemeine Warenhandelsgesellschaft, Berlin‹ bei der

Reichsbank zwecks Auszahlung des Gegenwerts in Frankreich in französischen Francs erteilt.« Es ging in diesem Fall um 750 000 Reichsmark, und der Reichskreditkasse wurde mitgeteilt: »Als Begünstigter ist benannt worden: Walter Bornheim, Paris.« Dieser gehörte neben Gurlitt, Hans Wendland, Karl Haberstock, Maria Almas-Dietrich und Gustav Rochlitz zu denjenigen, die an den Kunstgeschäften des damaligen Deutschland führend beteiligt waren.

Was hatte es mit dem Sonderkonto A I auf sich? Es wurde ausschließlich aus dem Besatzungskostenhaushalt des jeweils besetzten Staates gespeist. Kaum waren die beispielhaft genannten 750000 Reichsmark zum Erwerb von Gemälden und anderen Kunstgegenständen in Francs umgetauscht, schrieben die Beamten der Reichskreditkasse den Reichsmarkbetrag nicht etwa dem besetzten Land gut, sondern dem Haushalt des Deutschen Reiches, und zwar in Einzelplan XVII, Teil XVII. Wie es in dem typischen Schreiben vom 2. Mai 1941 in der Angelegenheit Bornheim heißt, war diese Summe »unter der Zweckbestimmung ›Verkauf von französischen Franken aus dem von Frankreich geleisteten Besatzungskostenbeitrag (Sonderkonto A I)‹ als Haushaltseinnahme zu buchen«. Die Kunstschätze wurden am Ende also nicht von den Auftraggebern, sondern aus der Staatskasse des besetzten Landes bezahlt. Hitlers eifrige Kunsthändler arbeiteten in einem System bandenmäßig betriebenen Währungsbetrugs auf erpresserischer Grundlage.

Sofern sie Bilder aus eigenen Mitteln kauften, taten sie das nach demselben Schema. In einem solchen Fall hätte

der deutsche Staat das Kunstwerk zurückzukaufen, weil er einst den dafür fälligen Reichsmarkbetrag vereinnahmt hatte.

Der Text »Schwabinger Kunstfund«, den die von Bund und Ländern gemeinsam betriebene Koordinierungsstelle Lost Art 2013 auf ihrer Homepage veröffentlicht hatte, führte in die Irre. Dort hieß es, im Hinblick auf etwa 590 Werke sei zu prüfen, »ob es sich um solche handelt, bei denen ein NS-verfolgungsbedingter Entzug (sog. NS-Raubkunst) vorliegt«. Nein, es geht nicht allein, vor allem nicht zuerst um konkret beweisbare rassistische oder politische Verfolgung. Aus den genannten Gründen müsste jedes zwischen 1939 und 1945 im europäischen Ausland »gekaufte« Ölgemälde, jede Skizze, jedes Buch (auch aus dem Besitz der Familie Böll), jede Partitur, jedes wertvolle Möbelstück an den Herkunftsstaat zurückgegeben werden. Zunächst ist einfach nur festzustellen: Welche Werke kaufte Gurlitt wann und wo? Sofern sich Werke finden, die er insbesondere 1943/44 in westeuropäischen Staaten kaufte, wären diese sofort an Frankreich, Belgien oder die Niederlande abzugeben. Die Behörden dieser Länder hätten die zurückgegebenen Kunstgegenstände dann an jene Museen, andere Institutionen oder Privatleute zu restituieren, die seinerzeit unter deutschem oder kollaborativem Druck enteignet worden sind.

Kenntnisfrei behauptete 2013 eine Redakteurin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: »Hildebrand Gurlitt, der 1943 zum Chefeinkäufer für das Linzer Museum aufstieg, half dabei mehrfach mit Devisen aus, die er

sowohl anderen Händlern als auch dem Sonderbeauftragten des Führermuseums, Hermann Voss, zur Verfügung stellte.«^[68]

Die FAZ fiel auf spätere Ausreden und Lügengespinnste herein. Gurlitt arbeitete genauso wie sein Kollege Bornheim oder, um ein weiteres Beispiel anzufügen, der Berliner Kunsthändler Karl Haberstock. Ihm wurden am 17. Oktober 1940 französische Francs im Gegenwert von 75000 Reichsmark ausbezahlt, um in Frankreich Kunstwerke zu erwerben. Am 14. März 1941 stattete Hitlers Reichskanzlei den Direktor der Staatlichen Gemäldegalerie Dresden mit 500000 Reichsmark aus, um in Paris Kunstwerke aller Art einkaufen zu lassen. Am 6. März 1941 tauschte Bornheim 250000 Reichsmark, Haberstock am selben Tag 207500 Reichsmark bei der Reichskreditkasse Paris. Der Chef des Kölner Kunstgewerbemuseums, Professor Dr. Adolf Feulner, liebte schöne Möbel. Er ging 1941 mit französischen Francs im Wert von 30000 Reichsmark im besetzten Frankreich einkaufen. Alle diese Geschäfte bezahlten letztlich der französische Staat und damit die französischen Steuerzahler – niemand sonst. Die formell angewiesenen Reichsmarkbeträge flossen zurück an den deutschen Fiskus.

Es dauerte Jahrzehnte, bis sich Deutschland (und später noch Österreich) der Tatsache stellte, dass im Deutschland der Jahre 1933 bis 1945 der massenhafte Raub zum populären Staatsprinzip geworden war. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hatten sich auch Historiker lange dem Schweigekartell angeschlossen. Sie

erklärten die deutschen Verbrechen lieber aus irgendeiner Ideologie oder, so das Berliner Jahrbuch für Antisemitismusforschung (1992), »aus dem Ringelreihen wahnwitziger und grausamer Willkür«.^[69] Solche Deutungen erschienen für den nationalen Seelenhaushalt gemütlicher als der unschöne, jedoch passende Begriff Massenraubmord. Wer dennoch davon sprach, wurde von den Mächtigen des Fachs als Verfechter eines »Primitivmaterialismus« (Hans-Ulrich Wehler) geschmäht.

Auch Archivare verhielten sich entsprechend. 1994 erzählte mir einer von ihnen, Walter Naasner, tätig im Höheren Dienst des Bundesarchivs: Jetzt endlich habe er die schriftlichen Hinterlassenschaften der einstigen Umsiedlungsbehörde Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums neu geordnet. Zwecks besserer Übersicht habe er »personenbezogene Einzelfälle« kassiert, das heißt vernichtet: »Das interessiert ja niemanden, da geht es um Kühe, ein Stück Land oder ein paar Möbel.« Der Archivar meinte die sogenannte Naturalrestitution im besetzten Polen. Auf diesem Weg wurden volksdeutsche Umsiedler aus Ostmitteleuropa mit dem Eigentum vertriebener Polen und Juden für den Besitz »entschädigt«, den sie in ihrer sowjetischen oder rumänischen Heimat zurückgelassen hatten. Diese Staaten bezahlten jedoch für das Hab und Gut der einstigen deutschen Minderheit. Sie lieferten dafür Getreide, Speise- und Erdöl an das Deutsche Reich, die Erlöse daraus vereinnahmte der Fiskus ebenfalls.

Zu den Institutionen, die besonders intensiv am Raub

fremder Vermögen beteiligt gewesen waren, Kunstschatze, teure Musikinstrumente, Gold und wertvolle Sammlungen in ihren Tresoren einlagerten, gehörten die Reichsbank und die von ihr betriebenen Reichskreditkassen. So lesen wir zum Beispiel, was die Devisenschutzkommandos, bestehend aus Angehörigen der deutschen Finanzverwaltung, in den Wochen nach der Besetzung Frankreichs aus den Banktresoren von »Reichsfeinden« raubten und an die Reichskreditkasse Paris ablieferten: eine knappe Tonne Gold, 389000 Schweizer Franken, 850000 Dollar und 800000 Stück Wertpapiere. Liest man eine Liste des Devisenschutzkommandos Bordeaux vom 30. Juni 1940, dann gehörten hauptsächlich jüdische Eigentümer zu den Opfern. Sie hießen Lichtenstern, Leibowitz, Gutwerth, Leibl, Beck oder erhielten einfach die Bezeichnung »Unbekannt« verpasst. Nach der »Erfolgsübersicht« des Devisenschutzkommandos Frankreich, die bis zum 30. April 1941 reicht, belief sich die Beute jetzt auf ein Vielfaches. Mittlerweile waren 2,4 Tonnen Gold »gesichert und beschlagnahmt« worden, zudem große Mengen an gemünztem Gold und Diamanten. Der Gesamtwert wurde mit 2,85 Milliarden Reichsmark angegeben. Hinzu kamen noch ausländische Effekten von erheblichem Wert. Allein in Belgien, Frankreich und Holland wurden auf diese Weise insgesamt 53,6 Tonnen Gold mit Hilfe der Devisenschutzkommandos erbeutet und »von den verschiedenen Reichskreditkassen nach Berlin überführt«.

Beutestücke in deutschen Wohnzimmern

Wer sich diese Tatsachen vergegenwärtigt, begreift, warum die 1958 gegründete Deutsche Bundesbank nicht die Rechtsnachfolge ihrer Vorgängerin antrat. Allerdings residierte in der Frankfurter Zentrale der Bundesbank noch bis zum Ende der 1970er-Jahre Ulrich Benkert, seines Zeichens Abwickler der Reichsbank. 1978 bemerkte er über sein Tun gegenüber der Oberfinanzdirektion Berlin: »Ich habe im Laufe der Jahre einige tausend Ordner durch die (Bundes-) Bank vernichten lassen, ohne jemals Rechenschaft über den Inhalt zu geben.« Von einem zögerlichen Beamten der Landeszentralbank in Berlin erwartete er im Hinblick auf die dort verwahrten Reichsbankakten eine ebensolche »Gefälligkeit«, und Benkerts Drängen blieb nicht ungehört. In Frankfurt beseitigte er mit Hilfe der Notenverbrennungsanlage der Deutschen Bundesbank die restlichen Geschäftsakten der Reichsbank. Dabei gingen auch hunderttausende Dokumente des Massenraubs in Flammen auf, möglicherweise auch die Schriftstücke, die Hildebrand Gurlitts Geldtransaktionen belegten. Benkert verbrannte den letzten großen Schwung Akten, vom Bundesfinanzministerium ausdrücklich ermutigt, zur Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Finanzminister Hans Apel.

Wir Heutigen mögen uns darüber moralisch erheben. Doch lag die Spurenbeseitigung im objektiven Interesse

der damals wie heute lebenden Deutschen. Sie können, selbst wenn sie es ernstlich wollten, die Raub- und Vernichtungszüge des Zweiten Weltkrieges nicht bezahlen. Ein solcher Versuch würde zum wirtschaftlichen und politischen Ruin des Landes führen. Allerdings können die Deutschen Kunstwerke, Bücher, wissenschaftliche Sammlungen und Wertsachen, die von ihren Vorvätern nach Deutschland verschleppt oder auf die beschriebene Weise »gekauft« wurden, an die Institutionen oder die Nachfahren derer zurückgeben, denen sie einst gehörten.

Darüber hinaus aktualisierte der Fall Gurlitt 2013/14 die Frage nach der ungeklärten Herkunft zahlloser Wertsachen in unzähligen privaten Haushalten. Denn seinerzeit haben hunderttausende Groß- oder Urgroßeltern heutiger Deutscher Kunstwerke, Möbel, Bücher oder Schmuck aus dem Eigentum von Juden günstig ersteigert oder als Soldaten in dem auch von Gurlitt betriebenen Verfahren eingekauft, wie am Fall Heinrich Böll geschildert.

Nach Jahrzehnten des Schweigens, Nichtstuns und Vergessens ist der politische Wille zur Aufklärung gewachsen. Ende 2013 verkündete die Bundesregierung, »die Mittel für die Provenienzforschung zu verstärken«. Die Ergebnisse sollen dann möglichen Erben im Internet zugänglich sein. Warum aber, so ist zu fragen, soll nur die Herkunft bestimmter Bilder erforscht werden? Sollten nicht auch die Namen der Hehler, Räuber und Profiteure ins Netz gestellt, das heißt: veröffentlicht werden? Warum sollen die in alle Welt verstreuten Nachkommen der vielfach mit

nichts aus dem Land Gejagten und der später fast spurlos Ermordeten allein die Beweislast dafür tragen, was ihren Familien 1933 oder 1938 oder 1941 noch gehört hatte?

In den Akten der Oberfinanzdirektionen sind die Versteigerungslisten vielerorts erhalten. Aus Geschäftsunterlagen von Auktionshäusern geht hervor, was wann »aus nichtarischem Besitz« unter den Hammer kam und wer den Zuschlag erhielt. Nehmen wir die Auktion im Kölner Café Nutt am Zoo, die dort am 9. Februar 1944 über die Bühne ging. Versteigert wurden 45 Ölgemälde mittlerer Qualität, die insgesamt 51232 Reichsmark zugunsten der Staatskasse und damit zum allgemeinen Nutzen erbrachten. Die Ersteigerer hießen: Elsener, Zitzen, von Gagern, Odenthal, Hilgert, Treppau usw. In der Akte sind zudem die Adressen vermerkt.^[70] Für diese Art von Kunst, die heute für einige tausend Euro verkauft werden kann, interessiert sich kein auf Restitution spezialisierter Anwalt. Die Sachen sind zu wenig wert.

In München beschlagnahmte die Geheime Staatspolizei, unterstützt von Kustoden der örtlichen Museen und freiberuflichen Sachverständigen, die Kunstwerke, die jüdischen Familien und Kunsthändlern gehörten. Das geschah im Januar 1939. Sodann ließ der Oberfinanzpräsident die Werte all dieser Werke einzeln schätzen. Sie beliefen sich insgesamt auf mehr als zwei Millionen Reichsmark. Nachdem der Direktor der Staatlichen Gemäldegalerien Dresden, Hans Posse, angereist war und einige »Bilder endgültig für den Führer ausgewählt« hatte, kamen die Leiter der

Münchner staatlichen und städtischen Gemäldegalerien an die Reihe. Sie erwarben einige hundert Gemälde und Skulpturen für die Städtische Galerie (Lenbachhaus), das Bayerische Nationalmuseum und die Pinakothek, Letzteres besorgte der auch nach dem Krieg wieder tätige Generaldirektor Hans Buchner persönlich. Der Rest sollte über die Münchener Kunsthandelsgesellschaft veräußert werden, die 1939 mit dem Inventar und Betriebsvermögen der arisierten Kunsthandlung Otto Bernheimer gegründet und unter dem Vorsitz des Gauleiters von der echt deutschen »Kameradschaft der Künstler e.V.« betrieben wurde. Die Geschäfte entwickelten sich seit 1940 glänzend. Folglich konnte die Kameradschaft mit großer Geste 100000 Reichsmark an die NSDAP spenden.^[71]

Ein erheblicher Teil der konfiszierten Kunstwerke wurde während des Bombenkriegs ausgelagert und überdauerte in Bergwerken und bayerischen Klöstern das Kriegsende. Danach organisierten Beauftragte der amerikanischen Besatzungsmacht die Rückgabe vieler Kunstwerke an Überlebende und Erbberechtigte. So geschah es auch mit den etwa 20 enteigneten Gemälden von Otto und Nelly Scharff. Beide wurden Ende 1941 deportiert und sofort ermordet. Ihre Tochter Gertrude erhielt schon Ende der 1940er-Jahre die meisten Bilder zurück.

Aber es fehlten eine Kreidestudie von Kaulbach, die an die Münchner Pinakothek verkauft worden war, und das wertvollste Bild der Sammlung, ein Frauenbildnis von Renoir. Gertrude Scharff beschrieb es 1948 aus der

Erinnerung so: Eine junge Frau mit der für Renoir typischen weißen Haut, rotem Kopftuch und »zartroten Backen, einem anreizenden Lächeln, leicht braunem Haar und ziemlich vollem und entsprechend unverhülltem Busen«. Ohne den Goldrahmen sei das Gemälde zirka 85 mal 65 Zentimeter groß gewesen. Welcher Kenner hatte dieses, seinerzeit zur »undeutschen Verfallskultur« gezählte Bild erworben oder beiseitegeschafft? Auch so gesehen gibt es Gründe, die Herkunft einzelner Bilder Gurlitts genau zu untersuchen. Spurlos verschwand auch das von Franz von Lenbach gemalte Porträt des Komponisten Franz Liszt. Es gehörte einst dem Münchner Sammler Sigmund Bernstein; Generaldirektor Ernst Buchner hatte es für die Münchner Pinakothek vorgemerkt.

So gründlich wie in der amerikanischen Besatzungszone wurde die Restitution von Raubkunst nicht überall betrieben. Auch weiterhin kann und muss in den Beständen von Museen nach unrechtmäßig erworbenen Objekten gesucht werden. Schwieriger gestaltet sich die Suche in deutschen Wohnungen und Privathäusern. Dort befinden sich nicht die wertvollsten, aber die meisten nichtrestituierten Stücke. Deshalb gilt es, nicht allein auf den Fall Gurlitt zu starren. Vielmehr sollten sich die heutigen Besitzer von Ölbildern, Skulpturen, Zeichnungen, Drucken und kleineren Sammlungen selbstkritisch fragen, ob nicht auch bei ihnen Kunstwerke stehen oder hängen, deren Herkunft zweifelhaft ist.

Wilhelm Röpke gegen Volk und Führer

Libérale Kritik am nationalen Sozialismus

Kaum hatten Hitler und seine Partei die Regierung übernommen, erhielt Professor Wilhelm Röpke Berufsverbot. Er fiel nicht unter die Hasskategorien Sozialist, Kommunist oder Jude, vielmehr galt er den neuen Machthabern deshalb als unversöhnlicher Staatsfeind, weil er ohne jeden Kompromiss für Liberalismus, Marktwirtschaft und individuelle Freiheit focht.

Der damals 33-jährige Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaften – nicht für Volkswirtschaftslehre – gehörte zusammen mit dem befreundeten Indogermanisten Hermann Jacobsohn zu den beiden ersten Professoren, die am 25. April 1933 aus der Universität Marburg verjagt wurden. Tief verzweifelt warf sich Letzterer zwei Tage später vor einen Zug. Im Jahresbericht des von ihm 1911 geschaffenen Sprachwissenschaftlichen Seminars hieß es später lakonisch, Professor Jacobsohn sei »plötzlich verstorben«.[72]

Extrem humanistisch-weltbürgerlich eingestellt

Röpke ging ins Exil. Erst zehn Jahre später, im Sommer 1943, kamen die Herren im Reichssicherheitshauptamt auf die Idee, auch die »Ausbürgerung des deutschblütigen Wilhelm Röpke« zu betreiben. Den Stein des Anstoßes bildete dessen im Sommer 1942 erschienenes, in Deutschland umgehend verbotenes zeitdiagnostisches Werk »Gesellschaftskrisis der Gegenwart«.^[73] Darin hatte der Autor, so stellten die Berliner Überwachungsbeamten fest, sich als »extrem humanistisch-weltbürgerlich eingestellt« hervorgetan und »jegliche Form des Nationalismus« scharf abgelehnt. Als erschwerend legten sie ihm zur Last: »In dem Buch werden ferner der Nationalcharakter Deutschlands und die Gestalten der deutschen Geschichte wie Bismarck, Friedrich List und Treitschke beschimpft.«^[74] Auch damit beschrieben sie die geistigen Prinzipien ihres Feindes treffend. Dieser hielt List vor, er habe früh der »protektionistischen Interessentenherrschaft« in Deutschland Vorschub geleistet, Bismarck und dem Historiker Heinrich von Treitschke warf er vor, sie hätten, von »gott- und rechtloser Raubgier« getrieben, den seit 1879 mit Schutzzöllen bewehrten preußisch durchherrschten Zentralstaat propagiert und geschaffen und so den ohnehin bedenklichen Untertanengeist verstärkt, ebenso die nachgerade chronische Furcht der meisten Deutschen vor Freiheit, Zivilcourage, persönlichem Wagemut,

selbständigem Handeln und Wirtschaften.

Publizistisch gewandt, mit vielfältigen ökonomischen Argumenten gerüstet, hatte Röpke die Nationalsozialistische Partei seit 1930 bekämpft, nicht generell als »braune Pest«, sondern konkret als Ausgeburd der Gleichmacherei, der Unfreiheit, des nationalwirtschaftlichen Staatsmonopolismus und Sozialismus, kurz: des Kollektivismus. Er bezeichnete deren politisches Ziel nicht als Führerstaat, sondern als »illiberale Demokratie«, als organisierte Massenrevolte gegen alle tradierten Werte. Im Wortgebrauch konsequent, setzte Röpke den Begriff »Volkswirtschaft« gelegentlich in Anführungszeichen, weil nicht etwa »das Volk«, sondern Millionen einzelne Menschen wirtschaftliche Entscheidungen treffen, Angebot und Nachfrage bestimmen, Besitztümer anhäufen, neue Produkte entwickeln oder an Altem kleben, Schulden und Gewinne machen, über mehr oder weniger Kaufkraft verfügen.

Angesichts des absehbaren Erfolgs der NSDAP verteilte Röpke drei Tage vor den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 ein persönlich unterzeichnetes Flugblatt in seinem Heimatdorf: betitelt »Nationalsozialisten als Feinde der Bauern«, geschrieben »von einem Sohn Niedersachsens«, gerichtet »an das Landvolk«. Der Verfasser kennzeichnete die Partei Hitlers als »besitzfeindliche, gewalttätige, revolutionäre« Organisation, die das für die Überwindung der Krise so bedeutsame internationale Vertrauen in die Besonnenheit und den Aufbauwillen der Deutschen zerstören, »die Diktatur einer Partei« errichten und

»wenig Federlesens machen« werde, »wenn sie erst einmal zur Macht gelangt« sei. Wer für deren Kandidaten stimme, solle später nicht behaupten, »er habe nicht gewusst, was daraus entstehen könnte«. Vielmehr müsse er wissen, »dass er für den Krieg nach innen und nach außen, für sinnlose Zerstörung stimmt«.

Am Ende des Flugblattes steht: Trotz allen vaterländischen Brimboriums würden sich »Nationalsozialisten in ihrem Ziel und in ihren Methoden kaum noch von den Kommunisten unterscheiden«.^[75] Auf der grundsätzlichen Ähnlichkeit beider, sich in ihren Selbstbildern für gegensätzlich haltenden politischen Richtungen beharrte Röpke zeitlebens. 1931 geißelte er das populäre nationalsozialistische Projekt, sogenanntes Doppelverdienertum (von Ehefrauen) zu unterbinden, um auf diesem Weg Arbeitsplätze für Alleinverdiener zu schaffen, als »Bolschewismus auf der Linie des geringsten Widerstandes« und als »Bolschewismus von unten«.^[76] Später, mitten im Kalten Krieg, wetterte Röpke 1959 gegen »alle Koexistentialisten, Appeasers – mit Regenschirm oder Pelzmütze –, alle Pazifisten, alle Atomschlotterer, die vor Angst nicht mehr denken können«.^[77]

Zu derart deutlichen Worten trieb ihn nicht blinder Hass. Er kritisierte Kommunismus und Nationalsozialismus wegen ihrer inhumanen Hybris, ihres Hangs zum Kolossalen, ihrer allgegenwärtigen Mobilisierung des Einzelnen hin zum Glied der Masse, wegen ihrer Zerstörung des Privaten zugunsten des Kollektiven und – vor allem – weil die Wirtschaft beider

totalitärer Systeme »die in der individuellen Selbstbehauptung liegende Hauptkraft des Lebens« nicht nutzt, sondern »unterdrückt und sich selber im Kampf gegen sie aufreißt«. Röpke argumentierte anthropologisch, mit der Natur des Menschen, »sich und seine Nächsten durch produktive Leistungen zu behaupten und zu fördern«. Weil sie diese zentrale, im Individuum beheimatete Ressource des Fortschritts ungenutzt ließen oder zu liquidieren trachteten, mussten totalitär-kollektivistische Staaten nach seiner Überzeugung scheitern. Und genau das – ihr unausweichliches Scheitern – mache sie so aggressiv und gefährlich. Als Ökonom begründete er seine unerbittliche Opposition gegen Kommunismus und Nationalsozialismus mit dem einfachen Satz: »Es ist zugleich ein Gebot der Menschlichkeit und der staatsmännischen Klugheit, die Wirtschaftspolitik den Menschen und nicht die Menschen der Wirtschaftspolitik anzupassen.«[78]

Geboren wurde Wilhelm Röpke 1899 als Sohn eines Landarztes in Schwarmstedt, nahe Lüneburg. Gerade eingezogen, verdiente er sich am Ende des Ersten Weltkriegs das Eiserne Kreuz; sein Studium absolvierte er in Göttingen, Tübingen und Marburg. Im Alter von 24 Jahren wurde er ordentlicher Professor in Jena, nach einer halbjährigen Studienreise durch die USA berief ihn die Universität Graz, 1929 übernahm er das Ordinariat in Marburg. Er galt als republikanisch gesinntes, stets an Problemen der Gegenwart arbeitendes Wunderkind der Wirtschaftswissenschaften.

Schon damals gehörte er zu den wenigen Professoren, die dem grassierenden akademischen Antisemitismus die Stirn boten. Als beispielsweise der neu berufene Breslauer Dozent Ernst Joseph Cohn nach studentischen Aktionen und einem entsprechenden Beschluss des Akademischen Senats Ende 1932 von seinem Lehramt an der Juristischen Fakultät zurücktreten musste, erklärte Röpke auf der ersten Seite der Vossischen Zeitung zu diesem Fall: »Die durch Intoleranz aufs Äußerste bedrohte Lehr- und Geistesfreiheit muss bis zum Letzten verteidigt werden. Intoleranz der Professoren selbst ist Verrat an der Idee der Universität.«^[79]

Wenige Wochen später traf die zum Staatsziel gewordene Intoleranz auch ihn. Im Herbst 1933 wechselte der Verjagte an die Universität Istanbul, im Oktober 1937 an das Institut des hautes études internationales der Universität Genf. Die Schweiz wurde ihm zur zweiten Heimat, hochgeschätzt wegen ihres politischen Pragmatismus, ihres Freisinns und ihrer föderalen Verfasstheit. Dort starb er 1966. Trotz allem blieb er deutscher Patriot und wurde nach dem Krieg zum einflussreichen Ideengeber und Berater für den Wiederaufbau der Bundesrepublik.

Der nationalsozialistischen Herrschaft hatte er aus Motiven widerstanden, denen Seltenheitswert zukam. 1934 schrieb er an den emigrierten italienischen Politiker Carlo Graf Sforza: »Leider sind es ja nur wenige Nicht-Juden und Nicht-Marxisten, die die Freiheit ihrer Überzeugung der Knechtschaft in Deutschland vorgezogen haben.«^[80] Im November 1944 bemerkte er

zu seinen überaus anpassungswilligen Kollegen und den vielen im Land verbliebenen deutschen Akademikern:
»Ungeheuer schwer wiegt auch die Schuld, die sie durch aktive und passive Förderung des Nationalsozialismus auf sich geladen haben. Im Durchschnitt der Fälle haben sie sich recht kläglich verhalten. (...) Ebenso waren sie in gefährlicher Weise geneigt, (...) die absurdesten Theorien zu schlucken oder gar nachzuplappern.« Nur wer diesen massenhaften geistigen und moralischen Verfall im Blick behalte, verstehe, »wie sich dieses einst so große Land in den Abgrund des Nationalsozialismus stürzen und mit dem geistigen zugleich seinen physischen Selbstmord vollziehen konnte«.[81]

Standhaft gegen den Nationalkollektivismus

Mich interessieren an Wilhelm Röpke der klare zeitgenössische Blick auf den Nationalsozialismus und sein Urteil über die in Hitlers Volksstaat betriebene Wirtschaftspolitik. Zudem teile ich mit ihm die beunruhigende Frage: »Wie in aller Welt hat dieses Volk so enden können?«^[82] In welcher geschichtlichen und politischen Konstellation konnte es zu der ungeheuren, vollständig destruktiven Energieentladung jener kurzen zwölf Jahre kommen?

Jenseits dessen bereitet es schlicht Vergnügen, diesen Autor zu lesen. Er sprach und schrieb knapp, kraftvoll, kühl und bildhaft. Jeder, der gute wissenschaftliche Prosa schreiben will, wird mit Gewinn zu seinen Texten greifen. Röpke ließ sich durch keine akademische »Wurstmaschine« drehen, um dabei zu »Haché« gemacht zu werden,^[83] er zeigte lebhaftes Interesse für historische und politische Prozesse, verfügte über eine gediegene staatswissenschaftliche Ausbildung, die er nicht zuletzt seinem Marburger Lehrer Walter Troeltsch verdankte.

Röpkes Alarmruf zur Septemberwahl 1930 blieb vergeblich. Die NSDAP steigerte ihre Mandate von 12 auf 107 und wurde zweitstärkste Fraktion im Reichstag; die KPD schnitt gut ab. Die Hälfte aller Deutschen hatte Parteien gestärkt, die dafür warben, die Republik lieber heute als morgen hinwegzufegen. Die Liberalen erlitten

eine vernichtende Niederlage, die Übriggebliebenen rückten nach rechts. Anders als etwa Theodor Heuss machte Röpke als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei deren Umbenennung in Deutsche Staatspartei und deren Schwenk hin zum Jungdeutschen Orden nicht mit und trat aus. So wurde er 1930 politisch heimatlos.

Ein Jahr darauf veröffentlichte er die knapp gehaltene Brandschrift »Der Weg des Unheils« im S. Fischer Verlag. Zu den wesentlichen Ursachen, die die Krise verstärkt hatten, rechnete er den Wahlsieg der totalitären Parteien. Sie hatten die Handlungsspielräume republikanischer Politiker eingengt und das Misstrauen ausländischer Kapitalgeber vergrößert. Nach der Wahl war der Wert deutscher Anleihen an der New Yorker Börse von 90 auf 30 Prozent des Emissionskurses gestürzt, das internationale Vertrauen in die Zukunft der ersten deutschen Republik jäh zusammengebrochen. Drastische Sparmaßnahmen, weitere Lohnkürzungen, Pleiten, Massenentlassungen folgten.

Röpke fasste die Situation in das Bild eines havarierenden, SOS funkenden Schiffes: »Im Herbst des Jahres 1930 kam zu allem Unglück noch hinzu, dass ein Teil der Mannschaft rabiat wurde und nun einen immer heftiger werdenden Disput zwischen der Schiffsleitung und dem weiterhin zu ihr haltenden Teil der Mannschaft auf der einen Seite und den Rebellen auf der anderen Seite entfesselte. Im Sommer 1931 lief das Schiff auf den Strand, Rettung oder Untergang erwartend.«

In dieser existentiellen Not empfand jeder Deutsche die nicht enden wollende Bürde des Versailler Vertrags –

die Zahlungspflicht sollte 60 Jahre dauern – als himmelschreiendes Unrecht. »Jahr für Jahr«, so heißt es in dem Buch »Der Weg des Unheils«, »generationenlang, eine Summe zahlen, die dem Mehrfachen des Aktienkapitals sämtlicher deutschen Großbanken entspricht, Jahr für Jahr eine Summe zahlen, mit der sich das Problem menschenwürdiger Wohnungen für die Armen der Großstädte mit einem Schlage lösen ließe, und das auf einer Grundlage, auf der man Jahr für Jahr bestätigt, dass man ein Schurke ist – es ist unmöglich.« Krise und Erbitterung führten zur Unregierbarkeit des Landes. Wer die Voraussetzungen der Weltwirtschaftskrise und des Endes der Weimarer Republik wissenschaftlich durchdringen möchte, sollte auf die zeitgenössischen Arbeiten des Marburger Ökonomen nicht verzichten, ob es um Inflation, Reparationen, staatliche Konjunkturpolitik, ausländische Kapitalgeber, die Krise, die schweren Fehler der Siegermächte oder um die interalliierten Kriegsschulden geht.

Nach Röpke hatten die Reparationslasten die Weltwirtschaftskrise zwar nicht ausgelöst, wohl aber drückten sie die Deutschen an die Grenze ihrer psychischen Reserven und blockierten die Möglichkeiten zum Wiederaufstieg, und zwar für die ganze Welt: »Sie sind es, die schließlich die Lawine der deutschen Auslandskredite ins Rollen gebracht haben, die dann auch England mit fortgerissen hat und ihre Erschütterung der ganzen übrigen Welt mitteilt. Die Reparationen haben sich als eine Sandbank erwiesen, die bei Flut so tief unter der Meeresfläche liegt, dass sie den

Schiffsverkehr zwar behindert, aber nicht völlig unmöglich macht, die aber bei Ebbe zum Verderben wird.«

Angesichts akuter politischer Gefahren forderte der Autor inständig, die Welt möge sich auf ihre solidarischen Interessen besinnen. Schließlich gehe es nicht länger um einzelne Länder, nicht um die Schuldfrage, nicht um Vergangenes, sondern allein um die Zukunft. Voraussetzung dafür sei, dass verantwortungsvolle Staatskunst Europa »endlich den wirtschaftlichen und politischen Frieden schenkt«. 18 Monate vor Hitlers Machtübernahme warnte er: »Drüben stehen bereits die Barbaren, die unser Erbe frohlockend antreten werden, wenn wir jetzt am Scheideweg den falschen Weg einschlagen.«^[84]

Röpke konnte ausufernden Sozialleistungen, fortgesetzt steigender Steuerlast, Subventions- und Schutzzollpolitik wenig abgewinnen, dennoch kann er nicht als blinder, marktgläubiger Wirtschaftsliberaler abgetan werden. Bald nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs erklärte er programmatisch: »Die liberale Welt wird mit dem Kollektivismus und dem ihm verbundenen politischen Totalitarismus nur dann fertigwerden, wenn sie in ihrer Weise mit den Problemen des Proletariats, des Großindustrialismus, des Monopolismus, der Ausbeutung und der mechanisierenden Wirkungen der kapitalistischen Produktion fertigzuwerden weiß.«^[85]

Der Verfasser solcher Texte verstand sich als Ordoliberaler, der dafür eintrat, staatliche

Interventionen auf ein notwendiges Minimum zu begrenzen und Tendenzen zum Raub- und Monopolkapitalismus ordnend entgegenzuwirken. Er focht für die rechtlich regulierte, faire Konkurrenzwirtschaft, einen starken Mittelstand, für einen föderal verfassten Staat und für ein Maximum an individueller Freiheit. Prinzipiell stand er in entschiedener Gegnerschaft zu John Maynard Keynes und dessen Theorie staatlicher Verschuldungs- und Interventionspolitik. Er bezeichnete sie als Form des Fiskalsozialismus und den Nationalsozialismus als teuflische Mixtur aus Sozialismus und Keynesianismus.

Jedoch lehnte er, insoweit Keynes nah, die Spar- und Deflationspolitik der Regierung Brüning 1931 entschieden ab. Er sah darin einen »Prozess sinnloser und mörderischer Selbstzerstörung«, weil die Krise nach der ersten reinigenden Phase 1929/30 aufgrund besonders ungünstiger Umstände in die zweite Phase, nämlich in »einen Prozess kumulativen Niedergangs« geglitten sei. Diesen gelte es aus zwei Gründen zu unterbrechen: erstens um unnötige Kapitalvernichtung zu vermeiden, zweitens um – angesichts erstarkter radikaler Parteien – die grassierende politische Massenhysterie zu stoppen.

Zwar wollte sich der Warnrufer, wie er immer wieder betonte, prinzipiell »in der Verurteilung des Inflationismus und des Interventionismus von niemandem übertreffen lassen«, dennoch empfahl er 1931 mit allem Nachdruck die Ausnahme, das deutsche Budgetdefizit mittels Kreditaufnahme, sprich Staatsverschuldung, zu bekämpfen. Er verstand das als »dringendes Erfordernis

der Geldpolitik«, um »das politische und soziale Gehäuse« der Republik zu retten, um zu verhindern, »dass einige tausend mehr zum Gasschlauch greifen, einige tausend mehr in politischen Straßenkämpfen ihr Leben verlieren und die allgemeine Verarmung und die Hoffnungslosigkeit der Arbeitslosen im Verein mit der allgemeinen Hysterie der Massen die Fundamente des Staates und der Gesellschaft erschüttern«.[86]

Der Massencharakter des Nationalsozialismus

Warum Wilhelm Röpke 1933 sofort mit Berufsverbot belegt wurde, geht aus der Rede hervor, die er, wenige Tage nach Hitlers Machtantritt, am 8. Februar, in Frankfurt am Main hielt, und zwar vor der Ortsgruppe Frankfurt des von dem bald ebenfalls vertriebenen liberalen

Wirtschaftsjournalisten Gustav Stolper noch um die Jahreswende 1932/33 gegründeten »Bundes für wirtschaftliche und politische Bildung«. Die Überschrift lautete »Epochenwende?«. Der Vortragende schloss eine Wende aus, sofern man »unüberwindliche Stärke« zur Abwehr der soeben errichteten Herrschaft entfalte.

»Objektiv« gebe es »keinerlei Grund für die Annahme, dass die gegenwärtige Weltkrise einen Untergang des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und eine Wende zu einer neuen geschichtlichen Epoche« eingeleitet habe. Wohlgemerkt: objektiv. Von der subjektiven Seite, den zum Totalitarismus hinstrebenden Massen aus betrachtet, ergab die Analyse ein bedenkliches Ergebnis: »Eine Katastrophe muss eintreten, wenn die Menschen immer dümmer und roher werden, während sich die Technik und die Organisation der Wirtschaft immer mehr verfeinern. (...) Wenn dieser Prozess der seelisch-politischen Auflösung fortschreitet, so ist in der Tat keine Hoffnung mehr, weder für unser Sozialsystem als Ganzes noch für das Wirtschaftssystem, und das Schicksal einer weltgeschichtlichen Epoche besiegelt.«

Der Redner sprach nicht von der NS-Diktatur, sondern vom »Massenaufstand gegen Vernunft, Freiheit und Humanität«, gegen jene geschriebenen und ungeschriebenen Normen, »die in Jahrtausenden entstanden sind, um eine hochdifferenzierte menschliche Gemeinschaft zu ermöglichen, ohne die Menschen zu Staatssklaven zu erniedrigen«. In diesem Sinn predigten die Nationalsozialisten »Massenverdummung«, entfachten »einen Sturm zerstörender und zuchtloser Gefühle« und konnten »auf den Beifall weiter Schichten rechnen, wenn sie das Ideal der persönlichen Freiheit mit Füßen« traten und stattdessen die »im Gleichschritt des Parademarsches marschierende Nation zum Ideal« erhoben: »Ein Staatssklaventum, das mehr asiatisch als deutsch ist, wird unter der gelehrt klingenden Spitzmarke des ›totalen Staates‹ mit heiterer Naivität angepriesen. Die Humanität wird zum alten Eisen geworfen, und an ihre Stelle ist eine Verrohung und Verpöbelung getreten, derer sich wohl selbst unsere germanischen Vorfahren geschämt hätten.«

Auch über das zur Herrschaft erhobene Ressentiment machte sich der Vortragende keine Illusionen: »Es scheint, als brauche jede politische Massenbewegung gewisse massive Gegner, gegen die man die Massen zum Hass entflammt, Schießbudenfiguren, auf die sich nach Herzenslust schießen lässt. ›Freimaurer‹ in Italien, ›Juden‹ in Deutschland, ›Marxisten‹, ›Erbfeinde‹ aller Art und vor allem die ›Liberalen‹ sind bevorzugte Figuren.« Er sah, dass die Nationalsozialisten ständig von Freiheit redeten, »wie jede Bewegung, die sich gegen irgendeinen Status auflehnt, von Freiheit reden wird,

mögen auch ihre Ziele himmelweit von dem entfernt sein, was wir liberal nennen«. Nationalsozialisten wie Kommunisten verstanden den Begriff Freiheit als nach außen, gegen andere Menschengruppen gerichtete Kampfparole, nicht als Chance zu individuellem Glück und produktiver Differenz.

Gut möglich, dass Deutschland »zur Dumpfheit des mythologischen Zeitalters« zurückstrebe, zumal dabei ein beträchtlicher Teil seiner Professorenkollegen die begleitende Blechmusik blase – ein »tragikomisches Schauspiel, das ungemein erheiternd wirken würde, wenn es nicht so außerordentlich ernste Folgen hätte«. Als intimer Kenner des akademischen Opportunismus setzt Röpke mit kaum verhülltem Zorn hinzu: »Es ist überhaupt eine auffallende und erklärungsbedürftige Tatsache, dass das Professorenelement in Deutschland so stark an der heutigen Massenrebellion gegen den Liberalismus und damit gegen die Lebensluft abendländischer Kultur beteiligt ist.«

Urplötzlich erhöhen seine universitären Standesgenossen dunkel-dräuende Wörter wie »Reich«, »Stimme des Volkes«, »Blut«, »Urseele«, »Schicksal«, »Epochenwende« zu wissenschaftlichen Leitbegriffen, die ihre Assistenten, Doktoranden und Lehrstuhlgetreuen dann umgehend nachäfften. Dem liberalen Grundsatz »leben und leben lassen« setzten sie im Verein mit der NSDAP den Grundsatz »sterben und sterben lassen« entgegen. Unterstützt von großen Teilen der Intelligenz entfalte der Massenmensch seine Herrschaft, typischerweise begleitet vom »Qualm der Gefühle, der Schlagworte und des wirren Gestammels«,

von »der Verherrlichung der ›direkten Aktion‹«, von »Vergewaltigung der Andersdenkenden, Verpöbelung auf allen Gebieten, hohler Rhetorik und verlogener Theatralik«.

Die Masse stand im Begriff, »den Garten der europäischen Kultur zu zertrampeln, skrupellos, verständnislos«. In Gestalt nicht einer Diktatur, sondern einer »illiberalen Demokratie« errichte sie »ihre Tyrannei«, die Röpke »als die ärgste von allen« kennzeichnete. Zusammenfassend sagte er voraus, der Nationalsozialismus führe sozial zu »provinzieller Verspießerung«, ökonomisch zu »materieller Verarmung« und politisch »zum Krieg«.[87]

Fast gleichzeitig erschien in der führenden ökonomischen Zeitschrift Weltwirtschaftliches Archiv vom Januar 1933 sein einleitender Aufsatz »Die säkulare Bedeutung der Weltkrisis«.[88] Darin rechnete er mit den Lieblingsversprechen der neuen Herren ab: mit dem Blendwerk der Autarkie, der obsessiven Verdammung des Welt- und Freihandels, der »Orgie des Protektionismus«, der »geradezu bösartigen Hartnäckigkeit«, mit der angebliche Gefahren einer rückläufigen Bevölkerungstendenz beschworen würden, mit »allem Missbrauch, der heute mit dem Ausdruck ›Raum‹ getrieben« werde. »Derjenige, der das ›wirtschaftliche Denken‹ als den ›Todfeind des völkischen Idealismus‹ verachte, »das ›Blut‹ dem ›Geld‹ vorziehe, täusche nur vor, »dass ihn wirklich die Not der arbeitslosen Masse bewegt«.

Über Deutschland hinaus erörterte er zwei weitere,

»eng benachbarte« Gefahren: »Es ist der Bellizismus und Nationalismus unserer Zeit, der – wiederum von erhitzten Massen getragen – gerade heute eine auf die Dauer unerträgliche Inkongruenz zwischen dem wirtschaftlich und dem politisch integrierten Raum geschaffen hat.« In dieser Lage gebe es nur zwei Alternativen. Entweder werde »der Grad der politischen Kooperation der Völker dem Grad der wirtschaftlichen Kooperation angepasst« oder es siege »die Front des Unverstandes, der Massenhysterie, des rücksichtslosen Egoismus und der Gefühlsunklarheit«. Im schlechten Fall stünde die Zukunft Europas auf dem Spiel – Friede, Wohlfahrt und Zivilisation.

Im Hauptteil des Textes hob Röpke alle positiven Anzeichen hervor, die auf das Abklingen der Krise hindeuteten, um am Ende abermals von der politischen Gefahr zu sprechen: »Durch nichts wird unser Sozialsystem stärker bedroht als durch den ›Aufstand der Massen‹, die sich von der Führung durch die geistige Elite emanzipieren (...) und diejenigen zu Führern der Massen erheben, die diese Massengefühle am besten zu interpretieren wissen.«

Die Frankfurter Rede und dieser Aufsatz waren die letzten beiden Texte gegen den Nationalsozialismus, die Röpke in Deutschland schrieb und verbreitete. Eine halböffentliche Ausnahme folgte noch. Als Ende Februar 1933 sein Lehrer Walter Troeltsch in Marburg beerdigt wurde, sagte Röpke in seiner Gedenkrede, der Verstorbene sei zur rechten Zeit abberufen worden: »Er war ein Gärtner in des Wortes umfassendster Bedeutung (...), ein Gärtner im Garten der Wissenschaft, ein

Menschengärtner für seine Freunde und Schüler, ein Gärtner der eckenreinen Kleinarbeit, im unbarmherzigen Kampf gegen alles, was er für Unkraut und Ungeziefer hielt (...). Und als solcher Gärtner passte er schließlich nicht mehr in die Gegenwart, die sich anschickt, den Garten der Kultur wiederaufzufen und in den alten Urwald zurückzuverwandeln. Einst erfreute sich Troeltsch an vielerlei Blumen in seinem geliebten Garten, aber nun bleibt es ihm erspart, gegen das Dornengestrüpp ankämpfen zu müssen, das sich jetzt in Deutschland ausbreitet.«[89]

Röpke, ein Meister politischer Prognosen

Stets folgte Röpke seinem wissenschaftlichen wie politischen Leitprinzip, sich in jeder Lage »mit Geduld und Kaltblütigkeit ruhigen Erwägungen hinzugeben«, anstatt in »Hitzköpfigkeiten, Taktlosigkeiten und Einseitigkeiten« zu verfallen, in »Verdächtigungen und Missverständnisse«. [90]

Die staatswissenschaftlich betriebene Lehre von der Wirtschaft verstand er im besten Sinn des Wortes als Erfahrungswissenschaft. Nichts hielt er von »idyllischer Spezialisierung«, von »hastigem und irrelevantem Fragen« und von Kollegen, die sich, »von Glücksgefühlen durchrieselt«, »bei der Aneinanderreihung mathematischer Symbole als messerscharfe Denker« fühlten. Gemeint war damit neben anderen John Maynard Keynes. Röpke kam es darauf an, Probleme zu erkennen »und sie richtig zu formulieren«. [91]

Auf solchen Fundamenten entwickelte er sich von seinen ersten Veröffentlichungen an zum politischen Ökonomen, dem es mit frappierender Sicherheit gelang, zutreffende Prognosen zu stellen. Das setzte verlässliche Diagnosen voraus. Nur wenige haben politische, wirtschaftliche und kriegsrisikoreiche Entwicklungen im 20. Jahrhundert besser vorhergesagt als er. Dazu, nach den bereits zitierten Prognosen der Jahre 1931 bis 1933, sechs weitere Beispiele:

1. Im September 1935 bemerkte er in einem Brief zu den

soeben verkündeten Nürnberger Gesetzen: »Über die Katastrophe, die erst jetzt in ihrem vollen Umfange über die Juden hereinbricht und allmählich armenische Dimensionen annimmt, ist natürlich kaum etwas zu sagen, was auch nur entfernt ihre Furchtbarkeit ausmisst.«^[92]
»Armenische Dimensionen« – wie wenige politische Beobachter verfügten 1935 über diesen Weitblick!

2. Gleichfalls in einem Brief wertete Röpke den heraufziehenden Krieg im April 1939 als Chance, den deutschen Abszess »mit Pech und Schwefel« auszubrennen. Als Ziel nannte er, dass »Deutschland endlich Ruhe vor sich selbst und Europa vor Deutschland haben soll«. Wenige Wochen später stellte er klar: »Mit dem Dritten Reich muss radikal und rücksichtslos Schluss gemacht werden.« Deshalb müsse den Deutschen und ihren regierenden Gangstern klargemacht werden, dass »es ohne den Fall des Dritten Reiches keine wie immer geartete Lösung« geben werde.^[93]

3. Am 3. Oktober 1939 versuchte Röpke, dem Chef des Genfer Instituts, an dem er arbeitete, den Ernst der Lage in einem schriftlich gefassten Statement klarzumachen: »Es ist eine soziale Katastrophe, die nun in einem Weltkrieg als ihrem logischen Endpunkt kulminiert ist, und dieser Krieg (...) verspricht, der wahre Ausdruck dieses Zeitalters der moralischen Auflösung und der sozialen Desintegration zu werden.« Mit Nachdruck plädierte Röpke dafür, die Ursachen der Katastrophe mit dem Ziel zu erforschen, Europa so wiederaufzubauen, dass sich ein solches

Desaster nicht wiederholen könne. Er wollte wissenschaftlich zu der Frage beitragen, welche Alternative der Westen gegenüber dem Sozialismus zu bieten habe, und erläuterte im Herbst 1939: »Dieses Problem wird genauso entscheidend für den anderen Fall werden, der mir wahrscheinlicher erscheint als die Formierung eines festen Blocks zwischen Hitler und Stalin: für den Fall nämlich, dass Stalin Hitler zu diesem Krieg ermutigte, um den Prozess der Bolschewisierung Ost-, Südost- und Mitteleuropas und insbesondere Deutschlands durch Erpressung und Druck zu beschleunigen – oder endlich dadurch, dass er von der letztlichen Niederwerfung oder dem inneren Zusammenbruch Deutschlands profitiert.«^[94]

4. Im Januar 1942 stufte er den aktuellen Krieg »als den verheerendsten aller Kriege« ein und dozierte über die wirtschaftlichen Aussichten nach dem Waffenstillstand: »Dem Kriege unmittelbar folgt eine Phase, in der das Wirtschaftsbarometer auf Krise steht.« Doch könne die Anpassungskrise bald überwunden werden, sofern »die außerwirtschaftliche Konstellation nicht gar zu ungünstig ist«, und zwar wegen der im Krieg angerichteten Zerstörungen: »Da nun die Kriegskonjunktur nicht nur zu einer beispiellosen Güterentblößung und einem beispiellosen Verschleiß des gesamten Produktionsapparats geführt hat, sondern zugleich ebenso beispiellose Zerstörungen zurücklässt, brauchen wir uns nicht darum zu sorgen, woher denn die Nachfrage kommen soll. (...) Die Frage, wo das sich stauende Kapital lohnende

Investitionen finden soll, (wird) auf lange Zeit hinaus fast wie ein Hohn klingen.«

Zweifellos werde es bei Kriegsende an allem fehlen und zu Hungersnöten kommen, fuhr Röpke fort, deshalb bedürfe das ausgepowerte Europa »der sofortigen und großzügigsten Nahrungsmittel-, Rohstoff- und Finanzhilfe der außereuropäischen Welt«. Dennoch handele es sich um »eine Zerstörung lediglich des aktuellen Reichtums, nicht des potentiellen, (um) Armut an Realgütern, nicht an produktiven Kräften«. Daraus folgerte der leidenschaftliche Konjunkturtheoretiker: »Solange das der Fall ist, muss eine solche Spannung zwischen aktueller und potentieller Versorgung – wie in kleinerem Maßstabe am Ende jeder Depression – sich als eine dynamische Kraft ausweisen, die unser Wirtschaftssystem zu Höchstleistungen anspornen kann, die ebenso einzigartig sein würden wie der Grad der aktuellen Verarmung.«

So präzise sagte Röpke im Winter 1941/1942 das spätere bundesdeutsche Wirtschaftswunder vorher, das er eben nicht als Wunder ansah, »sondern einfach als Folge einer Entfesselung der individuellen Kräfte im Rahmen einer die Einzelinteressen auf die Gesamtinteressen ausrichtenden Wirtschaftsordnung«, wie er 1953 zufrieden feststellte.^[95] Dafür stritt er von 1944/45 an mit ganzer Kraft. Allerdings wies er seit 1942 auch, und immer wieder, darauf hin, worauf es politisch unbedingt ankommen würde: »So hängt alles davon ab, ob die Menschen die heutige Stunde der Weltentscheidung begreifen und danach handeln, mit

einem Wort, ob sie die Entwicklung zum Kollektivismus und Cäsarismus wollen oder nicht.«^[96]

5. Als das Sterben, Morden und Zerstören endlich mit härtesten militärischen Mitteln beendet worden war, konstatierte Röpke sechs Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation in der Neuen Zürcher Zeitung die alleinige Kriegsschuld Deutschlands und das Herabsinken der Deutschen zur Schande des Menschengeschlechts. Doch wandte er sich im selben Artikel sofort und in aller Nüchternheit der Zukunft zu: »Es ist menschlich begreiflich, dass die Saat des Hasses, die die Deutschen unter ihrer nationalsozialistischen Führung gesät haben, nun üppig aufschießt. Indessen muss dem Weiterblickenden klar sein, dass die Welt auf Dauer nicht in dieser leidenschaftlichen Erregung verharren kann. Nachdem unser erster Zorn verbraucht ist, werden wir uns, wenn die Kette des Unheils jemals abreißen soll, wohl oder übel zu der ruhigen Frage entschließen müssen, wie es denn dazu kommen konnte, dass in einem großen Kulturvolke alle Kräfte des Bösen losbrachen, und was denn nun gerechter- und vernünftigerweise mit den Deutschen geschehen soll.«^[97] Röpke wusste von den deutschen Kriegs- und Menschheitsverbrechen, erwähnte sie jedoch selten, weil er, trotz aller Schuld, an die Möglichkeit der Rehumanisierung seiner Landsleute glaubte und daran mitarbeiten wollte.

6. In den letzten Monaten des Krieges arbeitete er

feieberhaft an dem Buch »Die deutsche Frage«, das im Juni 1945 in der Schweiz erschien. Die folgenden konzeptionellen Gedanken des Schlusskapitels brachte er Ende April 1945 zu Papier. Mitten im Rauch des Endkampfes, allgemeiner Ratlosigkeit und Verzweiflung blickte er nüchtern bis ins 19. Jahrhundert zurück und in die Zukunft des kommenden halben Jahrhunderts. Er schlug vor, Deutschland zu föderalisieren und es »bis zur Lösung des russischen Problems« konsequent zu teilen. Derart herbe Klarheit unterschied ihn von fast allen Pläneschmiedern, Pragmatikern und Politikern der Stunde null:

»Es ist nicht mehr allzu schwer zu sagen, worin das Spiel der Russen besteht. Sie betrachten den von ihnen besetzten Teil Deutschlands als ihr ausschließliches Reservat. (... Es ist eine) brutale Tatsache, dass jetzt mitten durch Deutschland eine Linie verläuft, die zwei Welten voneinander scheidet: die Linie, die das von den Russen besetzte Ostdeutschland von dem durch die westlichen Alliierten besetzten Westdeutschland trennt. Sie ist zu einem Limes des Abendlandes geworden, der die vollkommene Scheidung der moralischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundsätze bedeutet.

Auf der Konferenz von Jalta (im Februar 1945) hat man eine Kompromisslösung ins Auge gefasst, nach der zwischen der rein militärischen Besetzung durch die Einzelmächte und der Zentralverwaltung durch eine interalliierte Kommission unterschieden wird. Man muss ohne Umschweife sagen, dass dieser komplizierte Plan kaum durchführbar erscheint. (...) Die Voraussage erscheint nicht gewagt, dass die Lage, wie sie westlich

der Elbe herrschen wird, die regionale Autonomie, die wir wünschen, stark fördern wird.^[6]

Gleichzeitig wird sie eine gewisse Gemeinschaft des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens in diesem Teile Deutschlands schaffen, der seine Blicke von jeher mehr nach dem Westen als nach dem Osten gerichtet hat. Diese Gemeinschaft würde derjenigen entsprechen, die die westlichen Alliierten trotz ihrer vermeidbaren und unvermeidbaren Rivalitäten untereinander verbindet. (...)

Es ist in der Tat zu hoffen, dass dieses föderative Westdeutschland, das nunmehr bis zur Klärung des russischen Problems von Preußen getrennt wäre und den wichtigsten und größten Teil Deutschlands ausmacht, bald in die ›Atlantische Gemeinschaft‹ aufgenommen würde. (...) Der Charakter unserer westdeutschen Konföderation würde den Alliierten den letzten Anlass nehmen, das deutsche Wirtschaftspotential zu verstümmeln. (...) Sichern sich die westlichen Alliierten auf geraume Zeit die Leitung der Konföderation und üben sie sie in einer die Deutschen versöhnenden Weise aus, so haben sie sich jede Kontrolle gesichert, die sie nur wünschen können. Durch diese zentrale Leitung würde das gesamte Wirtschaftsleben Westdeutschlands, insbesondere das Geld-, Kredit-, Verkehrs- und Finanzwesen, in dem erwünschten Maße koordiniert.

Versteift man sich aber darauf, zwischen dem russischen Ostdeutschland und dem abendländischen Westdeutschland politische, geistige und wirtschaftliche Bindungen aufrechtzuerhalten, solange wir es noch mit

einem totalitären Russland zu tun haben, und denkt man noch immer vom ›Reiche‹ als einer Einheit, für die man Verfassungspläne schmieden kann, so beweist man damit entweder, dass man die Realität nicht verstanden hat, oder, dass man bewusst die Politik der Russen fördern will.«

Röpkes Ende April 1945 verfasstes Plädoyer für die Spaltung Deutschlands und für einen kalten Krieg von unbestimmter Dauer gipfelt in diesen Schlusssätzen: »Je mehr man auf der ›Einheit‹ Deutschlands besteht, umso freigiebiger liefert man der russischen Infiltrationspolitik Ansatzpunkte und umso mehr schafft man Reibungsflächen zwischen den beiden Welten, deren Verschränkung auf deutschem Boden eine der größten Gefahren für den Frieden bedeuten würde. Weit entfernt, einen ›Dritten Weltkrieg‹ zu begünstigen, mit dem man die westliche Welt heute einschüchtert, würde eine solche reinliche Scheidung der beiden Welten diese Gefahr entscheidend vermindern.«^[98]

Die Kritik des Exilierten an der NS-Herrschaft

Fast wesensfremd verschleiert und dennoch klar schrieb Röpke zwischen 1934 und 1944 immer wieder über den Nationalsozialismus. Selten nannte er ihn beim Namen, je schärfer er formulierte, desto weniger sprach er von Deutschland, Hitler oder dem NS-Staat, versteckte seine Kritik zwischen den Zeilen, in scheinbar allgemeinen Erwägungen oder beiläufigen Sätzen. Wurde er konkret, tarnte er sie als Angriffe gegen den Kommunismus oder als allgemeine Hinweise zum Verhängnis des Kollektivismus. In seinem Buch »Gesellschaftskrisis der Gegenwart« von 1942 kommen – obwohl es darum hauptsächlich geht – weder der Begriff Nationalsozialismus noch der Name Hitler vor.

Die Gründe für diese Zurückhaltung liegen auf der Hand. Der Genfer Exilant musste sich seit 1937 strikten Auflagen der schweizerischen Fremdenpolizei fügen und jede gegen das Deutsche Reich gerichtete politische Tätigkeit unterlassen. Zudem nahm er Rücksicht auf in der Heimat lebende Freunde, auch wollte er Deutscher bleiben und nicht in den Chor der Deutschenhasser eintreten.

So heißt es 1937 in seinem Buch »Lehre von der Wirtschaft« über die Planwirtschaft »kommunistischer Staatsleiter« und ihre »durchaus subjektiven Vorstellungen«: »Die Freiheit des Konsums hat ein Ende und die Bevölkerung hat sich derjenigen Verwendung

der Produktionskräfte zu unterwerfen, die die den Staat beherrschende Gruppe für gut befindet.« Folglich entstehe »eine vollendete ökonomische Diktatur, die ohne eine gleichzeitige politische Diktatur mitsamt ihren Zwangsmitteln überhaupt nicht vorstellbar ist«. Wie aus den Nachkriegsausgaben desselben Werkes ersichtlich, meinte der Autor damit »das bolschewistische wie das ihm so ähnliche nationalsozialistische Wirtschaftsexperiment«. [99]

Unter den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen beobachtete Röpke im Frühjahr 1935 eine Polarisierung. Er sprach von einem weltweiten Phänomen, zielte jedoch auf Deutschland. Auf der einen Seite sah er tausende Kollegen, Publizisten und Politiker am Werk, »die die Uhr des bisherigen abendländischen Wirtschaftssystems für abgelaufen halten«, auf der anderen Seite »ein knappes Dutzend von Menschen, die sich diese fatalistische Ansicht nicht zu eigen machen«. Dazu gehörte er selbst und stellte abermals die 1933 noch verneinte Frage: »Lassen sich heute objektive Entwicklungskräfte nachweisen, die dem marktwirtschaftlichen Konkurrenzsystem ebenso eindeutig und unausweichlich ein Ende bereiten, wie die Erfindung des Schießpulvers den Ritterheeren ein Ende gesetzt hat?« Die Diagnose lautete:

Der vordem hochgeachtete Begriff »liberal« war binnen eines Jahrzehnts zu einem »der ärgsten Schimpfworte« gemacht worden und als solches in aller Munde. Er bezeichnete jetzt »eine abscheuliche und endlich überwundene Verirrung«. Folglich musste jeder

Versuch scheitern, das einst von so viel Stolz und Edelmut getragene Wort im alten Sinne weiterzuverwenden. »Warum«, fragte er kampfeslustig, »sich weiterhin hinter einer Zielscheibe aufhalten, auf die sich die Masse glücklich eingeschossen hat?« Ganz anders das Schlagwort Sozialismus. Es erlebte eine von kollektivistischen Illusionen umkränzte Überhöhung. Zu den allgemeinen, in Deutschland besonders ausgeprägten Gründen des politischen, geistigen und moralischen Verfalls zählte er: »Monopolkapitalismus, Proletarisierung, Vermassung, Kollektivismus, Sozialismus, geistig-moralischen Erbgutverbrauch, Totalitarismus, Staatsvergottung, Bürokratisierung.«^[100]

Für neu hielt er nicht die Kritik an der freien Marktwirtschaft – neu erschien ihm, »dass viele Argumente, die früher nur von den Sozialisten gegen den Kapitalismus vorgebracht wurden, heute von den breitesten nichtproletarischen Schichten, insbesondere von den Intellektuellen übernommen worden sind«.^[101] Sie hatten den für die Fortschritte des 19. Jahrhunderts so wichtigen Leitbegriff Liberalismus als »eine Sache für Tröpfe« in den Schmutz getreten wie zum Beispiel Oswald Spengler 1920 in seinem Buch »Preußentum und Sozialismus«, worin er diese kollektivistische Symbiose so definierte: »Alle für alle: das ist preußisch.«^[102]

Jenseits von bis zur Unkenntlichkeit zerschissenen Kampf- und Heilsbegriffen nannte Röpke 1934/35 vier dominierende Grundtendenzen: 1. das Misstrauen gegenüber dem marktwirtschaftlichen Konkurrenzsystem; 2. die damit verbundene Sehnsucht

»nach einfacheren und daher zugleich historisch früheren Formen des wirtschaftlichen Lebens«, einem romantisierenden »ökonomischen Simplismus«; 3. den ökonomischen Nationalismus und schließlich 4. den ökonomischen Militarismus. Die Tendenzen widersprachen einander offensichtlich. Wer gegen die rationalistische und mechanistische Weise der industriellen Zivilisation agitierte und angeblich zum Urtümlich-Bäuerlichen zurückkehren wollte, der konnte nicht, wie es in Deutschland geschah, das ganze Land »mit einem unentrinnbar dichten Netz« von Verordnungen und Gesetzen überziehen.^[103]

1934 warnte Röpke vor den Tücken des staatsinterventionistischen New Deal der US-Regierung, weil die zwecks Arbeitsbeschaffung stark erhöhten öffentlichen Ausgaben im Desaster »einer ungeheuren Staatsverschuldung und einer planwirtschaftlich erstarrten und manövrierunfähig gewordenen Volkswirtschaft« enden würden, sofern sie nicht eine am Weltmarkt erfolgreiche Regeneration der (nationalen) Wirtschaft bewirkten. Im Unterschied zu den USA käme das Streben nach Autarkie in Deutschland erschwerend hinzu, so steht es in der Fußnote verborgen, verbunden mit dem Hinweis: Die politisch gewollte Abkehr vom Weltmarkt werde zu einer den Aufschwung vermindernenden Importlücke führen und der allein mittels Staatsschulden erzeugten Wirtschaftsexpansion Grenzen setzen.^[104]

Kurzfristig havarierte das Deutsche Reich nicht auf diese Weise, weil seine Lenker, wie Röpke es im Mai

1938 diagnostizierte, eine auf totalitärem Zwang beruhende Politik der Vollbeschäftigung auf der Basis immer höherer Staatsschulden betrieben. Unter der populären Parole »Nie wieder Krise!« entfachten sie eine »die Massen besonders anziehende« Drift, »mit dem Winde des ökonomischen Nationalismus« in die Scheinwelt einer angeblich perpetuierten Hochkonjunktur zu segeln, in der die Zumutungen und Gefahren der liberal-kapitalistischen Epoche endgültig überwunden seien. Kurz gesagt: »Sicherlich kann schon heute das ganze Wirtschaftssystem des Dritten Reiches unter der Perspektive einer alle Konsequenzen in Kauf nehmenden Politik fortgesetzter Hochkonjunktur verstanden werden, was sehr gut zu der Tatsache passt, dass Keynes in keinem Lande so populär ist wie gerade in Deutschland.«

Gewiss, die demokratische Variante des Keynesianismus unterschied sich von der totalitären, die Hitler und die führenden Politiker des Dritten Reichs ins Werk setzten. Sie nutzten die damals weit über Deutschland hinaus gängigen Mittel überaus extensiv: staatlich verordnete Preise, Löhne und niedrige Zinsen, strikte Devisen-, Kapital- und Investitionskontrollen, die Errichtung unrentabler Staatsbauten, Erhöhung des Staatskonsums mittels riesenhafter Rüstungsaufträge und die »vertrauenserschütternde Methode wachsenden Staatsdefizits«. Sie errichteten eine bürokratisierte Kommandowirtschaft, setzten die Initiative des öffentlichen Sektors zunehmend an die Stelle des privaten und unterwarfen die weiterhin funktionsfähigen Teile der privaten Wirtschaft den Regularien des

nationalen Sozialismus, einem »Massenaufgebot von destruktiver Dummheit«.

Spätestens 1938 zählte der Krieg zu den notwendigen – man muss es so sagen – Produktionsfaktoren der unter dem Primat der Politik stehenden Ökonomie des Dritten Reichs. Angesichts der soeben erfolgten Annexion Österreichs formulierte Röpke im Mai 1938 ebenso allgemein wie unmissverständlich: »Dass (eine solche Ökonomie) keinen friedlichen Ruhezustand bedeutet, sondern ihre eigene und zu besorgten Prognosen einladende Dynamik besitzt, wird wohl niemand im Ernst leugnen wollen.«^[105]

Wiederum ohne Deutschland ausdrücklich zu nennen, thematisierte er das »Zeitalter der Tyrannis« im Sommer 1939 in der Züricher Zeitschrift Friedens-Warte. Gestützt auf Max Webers Überlegungen zur charismatischen Herrschaft und, mehr noch, auf das posthum erschienene Buch des französischen Sozialphilosophen und Historikers Elie Halévy »L'ère des tyrannies. Études sur le socialisme et la guerre« (1938) fasste Röpke die Tyrannis als kollektivistische Herrschaftsform, geleitet von einem auf der Massengunst emporgetragenen charismatischen Führer und dessen Unterführern. Sie müssen sich die Massenloyalität »immer wieder aufs Neue sichern«, schrieb Röpke in scheinbarer Allgemeinheit, daher »auch die nervöse Gefallsucht und die Jagd nach immer neuen und sichtbaren Augenblickserfolgen, das ängstliche Schielen nach dem Beifall der Masse, das Fehlen jeder Gelassenheit, die eine legitime Regierung kennzeichnet,

die ungeheure Empfindlichkeit für Beifall oder Tadel, der Minderwertigkeitskomplex, der sich hinter der Lautheit des Gebarens nur allzu verräterisch verbirgt, (...) die Erfindung immer neuer Anlässe, die die von Erregung gepeitschte Bevölkerung nicht zur Ruhe und zur klaren Besinnung kommen lassen und deren gelegentliches Ausbleiben die Gesellschaft sofort mit wilden Gerüchten und Ängsten erfüllt – gleich einem Kreisel, der nur durch schnelle Umdrehung im Gleichgewicht erhalten werden kann«.

Ebendeshalb bewerkstelligen die Führer eines solchen Staates alles, um die Opfer ihrer willkürlichen »Entscheidungen in den Augen der Bevölkerung herabzusetzen«, greifen »zur äußeren Zusammenschweißung des Volkes auf das bewährte Integrationsmittel des Nationalhasses und des Krieges zurück«, betreiben »die Auflösung aller Werte und Normen«, verkünden »die zynische Freiheit in der Wahl der Mittel, die in Ermangelung wirklich fester Ziele selbst zum Endzweck wird«.

Wirtschaftlich ersetze ein derart geleiteter Staat den »demokratischen Souverän ›Markt‹ durch den autokratischen Souverän ›Staat‹«. Während im bürgerlichen Staat wirtschaftliches Scheitern privatrechtliche Folgen wie Konkurs, Offenbarungseid oder Pfändung zeitigt und Erfolg Gewinne einbringt, muss das staatswirtschaftliche Regime seinen Willen mit Hilfe »einer langen Liste von ›Wirtschaftsverbrechen‹« durchsetzen, mit »Geheimpolizei, Konzentrationslager und Hinrichtungen«. Es muss neuartige Straftatbestände erfinden wie »wirtschaftlicher Volksverräter«,

»Schieber«, »Saboteur«, »Wirtschaftsschädling« oder »Devisenverbrecher«. In einem solchen staatswirtschaftlichen System ist »der Scharfrichter in der Tat eine ebenso wichtige Figur wie der Gerichtsvollzieher für die Marktwirtschaft«.

Solche Sätze über »die Tyrannis« – will sagen: Hitlerdeutschland – schrieb Röpke in den letzten Wochen vor Kriegsbeginn. Er fasste zusammen: »Auf denselben Weg wird ein solcher Staat durch die Notwendigkeit gestoßen, sich für die fehlende Legitimität einen Ersatz in immer neuen, die Bevölkerung in Atem haltenden Kolossalunternehmungen zu suchen und damit zu einem Stimulans zu greifen, das mit allen anderen Stimulanzien die Eigenschaft teilt, nur in immer größeren Dosen wirksam zu sein. Und wenn er einmal, durch den ersten Anfangserfolg ermutigt, auf diesem Wege fortschreitet, so kann er nicht mehr zurück, ohne sich selbst aufzugeben. Schließlich und vor allem aber muss die sozialistisch-autarkische Wirtschaftsstruktur, die vom Wesen der Tyrannis nicht zu trennen ist, Tendenzen auslösen, die die Tyrannis auf der Bahn des extremen Nationalismus, der Eroberung mächtig vorwärtstreiben, Tendenzen, die dadurch verstärkt werden, dass die ›charismatische Herrschaft‹ (...) im Wesentlichen eine Aufwands-, Substanzverzehr- und damit Beutewirtschaft zu sein pflegt.«^[106]

Ebenfalls in den Wochen vor dem deutschen Überfall auf Polen publizierte Röpke den Artikel »Totalitarian ›Prosperity‹ – Where does it end?«, weit weg, in New York. Er stellte fest, Deutschland habe das Ende seiner

mittels ungeheurer Staatsschulden bewerkstelligten Politik der Hochkonjunktur erreicht, und das bedeute: »Falls die kollektivistische Regierung nicht zur ultima ratio regnum der Inflation greift, ist sie genötigt, immer größere Anleihen aufzunehmen oder immer höhere Steuern zu erheben, um den Moloch der Vollbeschäftigung zu füttern.« So oder so konnte ein solcher Staat, sprich der NS-Staat, »dem Ziel eines stabilen Gleichgewichts« nicht mehr näherkommen, weil nunmehr »den Konsumenten mit Gewalt oder Überredung Geld weggenommen werden« müsse.^[107] Die politische Alternative dazu bot der Raub- und Eroberungskrieg.

Erst 1944 entschloss sich Röpke, nicht länger »implicite« zu sprechen. Er veröffentlichte die deutsche Version seines Textes von 1939 und setzte hinzu, dass »die verfügbaren Reserven« der deutschen Volkswirtschaft verbraucht gewesen seien »und nur noch der Rückgriff auf fremde« geblieben sei, »wenn anders das ganze Wirtschafts- und Staatsgebäude nicht zusammenbrechen solle«. Die direkte Folge der mittels unermesslicher Staatsschulden finanzierten Politik der Vollbeschäftigung benannte er jetzt klipp und klar. Er sprach von einem »Erfahrungsbeispiel der allerschrecklichsten Art«: »Der Weltkrieg mit seinen riesenhaften deutschen Anfangserfolgen (gewährte) die Möglichkeit, den wirtschaftlichen Zusammenbruch hinauszuschieben.«^[108]

Rückblicke auf den Albtraum des Kollektivismus

Nach 1945 bezeichnete Röpke den zweiten, »noch weit schrecklicheren Weltkrieg« als »unvermeidliches Ende« des nazistischen »Höllentriumphes«. Er sah darin die Folge zwischen extrem beschleunigtem materiellen und technischen Fortschritt einerseits und der sittlichen Unreife vieler Millionen Menschen andererseits, den schnellen Veränderungen innerlich standzuhalten. Diese Kluft habe im himmelstürmenden »Kult des Kolossalen« geendet und in einem säkularen Glauben, der »Mensch und Gott zugleich der sinnlosen Mechanik« angeblich biologischer oder angeblich sozialer, sprich klassenkämpferischer »Gesetze« opferte:

»Dehumanisierung und Entgöttlichung der Welt bedingen einander. Am Ende stehen der totalitäre Termitenstaat, der totale Krieg, die totale Zerstörung und die vom Humanen emanzipierte Technik. Das ist die furchtbare Bilanz.«^[109]

Die nationalsozialistische Politik »grimmiger Autarkie« und scheinbaren sozialen Fortschritts – gestützt auf Clearingabkommen, direkten Warenaustausch, Devisenzwangswirtschaft, Subventionen und Schutzzölle, schließlich auf Raub und Krieg – bewirkten, dass die Reichsmark »ihren Zusammenhang zum international gültigen Währungssystem« verlor. Das heißt, es ließ sich bald nicht mehr sagen, wie viel die Mark in Dollar oder Schweizer Franken wert sei. Damit war die »Mark den gleichen Weg gegangen wie früher schon der Rubel«.

[110] Die Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und der Währungsreform in den Westzonen am 20. Juni 1948 verstand Röpke als »nationalsozialistische Kriegswirtschaftsordnung im letzten Stadium ihrer Auflösung«.[111]

Nach seiner Analyse tendierten die Staaten Stalins, Hitlers und Mussolinis zum Nationalkollektivismus und dazu, sich mit Gewalt wirtschaftliche »Großräume« einzuverleiben, um das für sie niemals erreichbare innere Gleichgewicht mit immer radikaleren Mitteln kurzfristig zu stabilisieren. Das taten sie im Zweifelsfall auch gemeinsam, wie die von Deutschland und der Sowjetunion einvernehmlich vollzogene Aufteilung Ostmitteleuropas zu Beginn des Zweiten Weltkrieges belegt.[112] Gestützt auf pseudoreligiöse Heilslehren, auf raffinierte Propaganda und gezielten Terror, arbeiteten die Führer totalitärer Staaten an der »Seelenknetung« und »Seelenversklavung« ihres jeweiligen Volkes. Zu diesem Zweck zerstörten sie den Staat selbst im Sinne eines politischen Gebäudes, in dem die Beziehungen zwischen dem einzelnen Bürger, verschiedenen Körperschaften und dem Staatsganzen regelhaft und berechenbar geordnet sind.

Das »Massenfundament« bildeten viele Millionen atomisierter, »im modernen Sinne entwurzelter Menschen«. Sie hatten »ihre wirtschaftliche, soziale und geistige Eigenständigkeit verloren«, sich in einen strukturlosen »Sandhaufen« von Massenindividuen verwandelt. Ihre besinnungslose Verfügbarkeit befeuerte der ständig beschleunigte »Dynamismus und

Futurismus«, das »geradezu nervöse Bestreben« der Massenführer, »fortgesetzt Neues zu bieten, fortgesetzt die Aufmerksamkeit auf die Zukunft zu lenken, fortgesetzt Wechsel auszustellen, die dann prolongiert (...) oder durch andere Wechsel ersetzt werden« mussten.^[113] Am Ende standen Eroberungs- und Beutefeldzüge, weil der kollektivistische Staat »nur unter der fieberhaften Überintegration des Krieges bestehen kann«.^[114]

Die politische bedurfte der »notwendigen Ergänzung der ökonomischen Diktatur«,^[115] die Röpke als »Albtraum des Kollektivismus und der zurückgestauten Inflation« beschrieb, als eigentümliche »Mischung von Sozialismus und Keynesianismus«, die als angeblich »moderne Ökonomie« den Weg zu »inflationärer Expansion und kollektivistischer Zwangswirtschaft« ebnete. Jenen Antifaschisten, die den Nationalsozialismus als Herrschaftsform konservativer, reaktionärer oder kapitalistischer Machtgruppen interpretierten, hielt er Blindheit und Anfälle von Geistesabwesenheit vor.^[116] Die totalitären Führer hatten liberales wirtschaftliches Denken und Handeln als weichliche und egoistische Ausgeburt der Freimaurerei denunziert, wahlweise der Bourgeoisie zur Last gelegt, den Juden, den »Intelligenzbestien« oder »Schwätzern«. Sie taten das »als Kenner der Massenseele, deren Ausdruck sie selber waren«, und »zogen es vor, die Massenleidenschaften durch die Parolen des Nationalismus und Sozialismus zu entflammen, die der Massenseele gemäß sind und in ihrer Mischung zu dem Dynamit wurden, das die Welt in

die Luft gesprengt hat«. [117]

In der erweiterten Neuauflage seines Buches »Die deutsche Frage« wies Röpke 1948 die mittlerweile weitverbreitete Lesart so vieler Deutscher energisch zurück, der Kapitalismus und namentlich das Großbürgertum hätten dem Nationalsozialismus zum Sieg verholfen. Solchen Ausflüchten setzte Röpke entgegen: »Zahllos sind die Beispiele, wie kurz der Schritt vom Demo-Sozialisten zum National-Sozialisten gewesen ist. Die Legende von den bösen Kapitalisten, die mit Hilfe des Nationalsozialismus die unschuldigen deutschen Massen vergewaltigt haben sollen, kann nicht rücksichtslos genug zerstört werden. Man kann nicht oft genug die Wahrheit aussprechen, dass es sich natürlich anders verhalten hat: Ohne die Unterstützung durch breite Massen des deutschen Volkes hätte der Nationalsozialismus weder zur Macht kommen noch sich an der Macht halten können, und an dieser offenkundigen Tatsache ändert es nichts, dass diese selben Massen zum Teil vorher sozialistisch und kommunistisch gewählt haben und heute wieder wählen. Man kann den Nationalsozialismus nicht ärger verkennen, als wenn man seinen Massencharakter leugnet.« [118]

Die neuere Forschung zur Mitgliedschaft und zu den Wählern der NSDAP gibt den zeitgenössischen Wahrnehmungen Wilhelm Röpkes in jeder Weise recht. Wie Paul Madden, Detlef Mühlberger und Jürgen W. Falter eindrucksvoll belegt haben, kann der Zuspruch, den Hitlers Partei von 1930 an in schnell steigendem

Ausmaß erreichte, nicht auf einen desorientierten, materiell bedrohten (unteren) Mittelstand reduziert werden, wie das einflussreiche Autoren in den 1970er- und 1980er-Jahren behaupteten. Vielmehr konnte sich die NSDAP als erste veritable Volkspartei in Deutschland durchsetzen. Es gelang ihr, in ihren Reihen die Klassenspaltung zu überwinden, sie fand in allen Berufs- und Altersgruppen erhebliche Unterstützung, sowohl von Männern als auch von Frauen. Das unterschied sie von allen anderen Parteien der Weimarer Republik.

Immerhin stammten schon vor 1933 an die 40 Prozent der Parteimitglieder aus der Arbeiterschaft.^[119] Ferner folgte ein erheblicher, weit überproportionaler Teil der geistigen Eliten Deutschlands der Partei Hitlers. Auch das spricht gegen die lange vertretene These von einer Partei, die sich vorzugsweise auf das Kleinbürgertum gestützt habe. Anders als viele Historiker im Deutschland der Nachkriegsjahrzehnte erkannte der Zeitgenosse Röpke den klassenübergreifenden Massencharakter der NS-Bewegung und deren starken Kern akademisch gebildeter Mitglieder und Sympathisanten bereits vor 1933.

Zu seiner Feststellung, dass der Schritt vom Sozialdemokraten und auch Kommunisten zum Nationalsozialisten in zahllosen Fällen kurz gewesen sei, fehlen systematische Untersuchungen bis heute. Einige Hinweise zur einstigen NSDAP-Mitgliedschaft früherer deutscher Landtagsabgeordneter mögen unterstreichen, dass es im Sinne Röpkes erforderlich ist, der Frage nach dem Massencharakter und der sozialen Basis des

Nationalsozialismus weiterhin nachzugehen.

Für den Landtag des Saarlandes erforschte die Fraktion der Partei Die Linke 2013, wie viele Mandatsträger in den frühen Jahren der Bundesrepublik einst der NSDAP angehört hatten. Während der Wahlperiode 1956 bis 1961 waren es insgesamt 31,7 Prozent: Bei der CDU 9 von 17 Abgeordneten (= 52,9 Prozent), bei der SPD 7 von 16 Abgeordneten (= 43,8 Prozent). Auch die SPD-Oberbürgermeister von Saarbrücken und Neunkirchen waren in jungen Jahren der NSDAP beigetreten.

Als der Antifaschist Karl Retzlaw 1947 aus dem Exil zurückkehrte und im Saarland zum zweiten Mal Funktionär der SPD wurde, gingen ihm die Augen auf: »Als Parteisekretär konnte ich die beschämende Erfahrung machen, dass 71 Prozent der Mitglieder der neuen Sozialdemokratischen Partei vorher Mitglieder der Nazipartei gewesen waren. (...) Ich versuchte in persönlichen Gesprächen, die Gründe und die Umstände ihres Beitritts zur Nazipartei zu erfahren. Aus den geistlos einförmigen Antworten konnte ich entnehmen, dass sie im Großen und Ganzen bei den meisten Angst und Opportunismus waren. Sie gaben auch zu, dass sie an das Ende der Arbeiterbewegung für alle Zeiten geglaubt hatten.«^[120]

In der Bremer Bürgerschaft gehörten in der Wahlperiode von 1963 bis 1967 von allen Mandatsträgern 31 (= 26,8 Prozent) vormals der NSDAP an, 13 (= 40,6 Prozent) von den CDU-Abgeordneten, 10 (= 15,4 Prozent) der Kollegen von der SPD. Wie die

Untersuchung von Karl-Ludwig Sommer nebenbei ergab, blickte auch der Bevollmächtigte der IG-Metall in Bremen, Karl-Heinz Jantzen, der später Senator für Arbeit und Gesundheit wurde, auf eine solche parteipolitische Vergangenheit zurück, ebenso Erwin Schmidt (DGB-Vorsitzender), Egon Kähler (Fraktionsvorsitzender der SPD), Günter Hellwing (Landesvorstand der SPD) und Bausenator Hans Stefan Seifriz.^[121]

In der 5. Legislaturperiode des Hessischen Landtages (1962–1966) wiesen von 109 Abgeordneten 37 eine Vergangenheit in der NSDAP auf: 12 von der SPD (= 21,1 Prozent der sozialdemokratischen Abgeordneten) und 11 (= 34,4 Prozent der christdemokratischen Abgeordneten) von der CDU. Selbst Rudi Arndt, lange Jahre prominenter linker Flügelmann der hessischen SPD, war als junger Mann der NSDAP beigetreten – »in jugendlicher Verblendung nach jahrelanger Indoktrination«.^[122]

Untersuchungen darüber, wie viele Mitglieder beispielsweise der Hamburger SPD im Jahr 1958 schon einmal Mitglieder der NSDAP, der SA oder der SS gewesen waren, gelten noch immer als irrelevant. Ähnliche Fragen wären im Hinblick auf Betriebsräte und Funktionäre der DGB-Gewerkschaften am Ende der 1950er-Jahre zu stellen. Wie waren sie durch die NS-Zeit gekommen? Welche Rolle hatten wie viele von ihnen in der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront gespielt?

Die hier im Sinne von Wilhelm Röpke aufgeworfenen

Fragen bezwecken keine Denunziation. Vielmehr geht es darum, Blockaden und Tabus zu überwinden, die einer zutreffenden Analyse des Nationalsozialismus bis heute im Weg stehen. Ebendeshalb ist es falsch, wenn ganze Hundertschaften von Historikern mit institutionell angelegten Spezialuntersuchungen den Blick fast ausschließlich auf Unternehmer, Banker und Staatsbürokratien lenken, bestenfalls noch auf Berufsverbände, Universitäten und Kommunalverwaltungen. Dadurch entsteht ein falsches, zumindest sehr unscharfes Bild. Wer die ungeheuerlichen zerstörerischen Kräfte des nationalsozialistischen deutschen Staates zutreffend analysieren will, muss fragen, wie es gelang, die unterschiedlichen Schichten, Berufs- und Altersgruppen im leeren Mittelfeld der deutschen National-, Staats- und Volksgeschichte zu einer ungeheuerlich zerstörerischen, explosiven Masse zu fusionieren.

Die Deutschen in der Stunde null

Mit Gewalt von sich selbst befreit^[7]

Um die imperialen Ziele Hitler-Deutschlands stand es am 8. Mai 1945 schlecht. Weder hatte die Wehrmacht den »deutschen Lebensraum im Osten« verteidigt, noch konnte sich das Herrenvolk weiterhin auf Kosten der Lebensrechte anderer Menschen und Völker bereichern. Dennoch verwirklichten sich selbst in der Niederlage zentrale Projekte der Braunen Revolution. Erstens war Deutschland so »rassenrein« wie nie zuvor. Hatten eben noch mehr als 17 Millionen deutsche Krieger ihre sämtlichen Nachbarn überfallen, waren bis zum Nordkap, zum Kaukasus und fast bis zum Nil vorgedrungen, so hockten sie nun – ganz unter sich. Die Grenz- und Übergangsregionen im Westen und im Osten des Reiches wurden abgetrennt, die »Blutsdeutschen« in das Kernland vertrieben, sofern sie nicht schon während der letzten Kriegsmonate dorthin geflohen waren. Die Juden waren ermordet, das Millionenheer der Zwangsarbeiter verließ das Land.

Zweitens hatte der Krieg die deutschen Städte größtenteils zu der von der NS-Regierung immer wieder herbeigewünschten Tabula rasa gemacht. Ungestört von historischen Gassen, alten Gemäuern und Besitzständen konnte der Neubau beginnen. Es herrschte die Planungsfreiheit, die sich die Lieblingsarchitekten des Führers so sehr gewünscht hatten. Wo Bomben, Artilleriegranaten und schließlich der Endkampf in den

zu Reichsfestungen erklärten Städten nicht ausgereicht hatten, verfuhrten die Stadtverwaltungen in Magdeburg wie in Hannover, in Ost- wie Westberlin bald nach der Maxime Hau-weg. Ganz im Sinne eines Albert Speer überbot die zweite, im Namen des Wiederaufbaus vorgenommene Zerstörung die Schäden des Luftkriegs deutlich. Ein Stadtplaner, Hans Stosberg, der eben noch Auschwitz als Industriestadt der Zukunft gedanklich entwickelt und am Reißbrett mit gewaltigen Verkehrsstraßen bestückt hatte, die um den – für weitere 20 Jahre vorgesehenen – Lagerkomplex Auschwitz-Birkenau herumführen sollten, entwarf wenig später mit ungebrochenem Schwung das moderne Hannover. In dieser Stadt war Hannah Arendt geboren worden, die 1933 nach Paris fliehen musste. Bei ihrer ersten Deutschlandreise wunderte sie sich 1948 über die Stumpfheit, mit der die Deutschen den mutwillig herbeigeführten Verlust ihrer historischen Schätze hinnahmen.^[123]

Vor allem aber verhalf die Stunde der Niederlage dem besonders populären nationalsozialistischen Staatsziel leistungsgebundener Chancengleichheit für »arische« Deutsche zu weiterem Auftrieb. Hitler war es gewesen, der immer wieder gefordert hatte: »Es muss jedes Arbeiter- und Bauernkind, wenn es von Gott begnadet und gesegnet ist, durch die Art und die Hilfe unserer Organisationen und dank der bewussten Führungsauslese emporsteigen können bis zur höchsten Führung der ganzen Nation.« Anders als noch im Ersten Weltkrieg fiel das Abitur als Voraussetzung für die

Offizierslaufbahn 1942 endgültig. Das kam bei den Millionen von Infanteristen und Panzergrenadieren gut an. Völlig perplex berichtete der amerikanische Spezialist für psychologische Kriegsführung Saul K. Padover, wie sich ein aufrechter, durch und durch antinazistischer Sozialdemokrat bei ihm für die Befreiung Krefelds im April 1945 bedankte und im selben Atemzug »stolz erzählte«, dass sein Sohn Hauptmann in der Wehrmacht sei.[124]

In der Stunde null mussten das Bürgertum und der ostelbische Adel ihre alten Besitzstände weitgehend abschreiben. Wer den Krieg halbwegs unbeschadet überlebt hatte, konnte es jetzt mit lebenspraktischer Schläue, Glück und Intelligenz, mit Entschlusskraft, Wagemut, Durchsetzungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft zu etwas bringen, auch dann, wenn seine Eltern nicht den alten Oberschichten angehört hatten. Die Chancen für die Zukunft lagen auf der Straße, wer zwischen all den Trümmern am schnellsten danach griff, hatte gewonnen. Diejenigen, die es im Krieg vom einfachen Soldaten zu Unteroffizieren und Offizieren gebracht hatten und sich in den neuen Machtverhältnissen wendig genug bewegten, erhielten nun ihren Lohn: Sie stiegen in die Mittel- und Oberschicht auf.

So viel Gleichheit wie in der Notgesellschaft der Jahre 1945 bis zur Währungsreform im Sommer 1948 hatte es in Deutschland nie zuvor gegeben. Der in Nazi-Deutschland populär gewordene Sozialdarwinismus feierte seinen größten Sieg. Historisch gesehen, stehen

die Lebensläufe von Alfred Herrhausen wie von Gerhard Schröder, von Helmut Kohl oder Joschka Fischer für den langfristigen Erfolg der von Hans-Ulrich Wehler so bezeichneten nazistischen Leistungs-Volksgemeinschaft. Die alten Familien – die Adenauers, Weizsäckers oder Dönhoffs – hatten in der Weimarer Republik ihre Stellung verteidigen können, den Epochenbruch von 1945 überdauerten sie nur als Einzelne, nicht mehr als von der Vergangenheit privilegierte soziale Schicht.

Einer der beliebtesten Revolutionssongs der Dreiunddreißigerbewegung begann mit der Zeile »Es zittern die morschen Knochen«. Das Lied richtete sich gegen »die Alten«, die »nur toben und schrei'n«; der Refrain lautete: »Wir werden weitermarschieren / Wenn alles in Scherben fällt. / Denn heute da hört uns Deutschland / Und morgen die ganze Welt.« Die zweite Strophe enthielt bereits das geistige Marschgepäck für den Fall, dass etwas schiefgehen würde: »Und liegt vom Kampfe in Trümmern / Die ganze Welt zuhauf, / Das soll uns den Teufel kümmern, / Wir bauen sie wieder auf. / Wir werden weitermarschieren / Wenn alles in Scherben fällt.«

Die Generation Kübelwagen erreichte ihr Ziel der allgemeinen Mobilisierung und Destruktion in der Niederlage – um den Preis von Millionen Toten und Ermordeten. Ein antifaschistisches Umerziehungsgedicht, das die Stuttgarter Zeitung am 15. Dezember 1945 veröffentlichte, setzte hier an. »Mit achtzehn Leutnant, mit zwanzig Major / E. K. und Nahkampfspange ... / Du kamst dir wie der Herrgott vor, – / und warst's auch – viel zu lange. / Du hattest Moneten,

du hattest Schnaps / und Macht über bärtige Männer. /
Das steigt zu Kopf, man kriegt einen Klaps, /
Megalomanie nennt's der Kenner. / Und Katzenjammer,
das weißt du ja schon, / ist immer ein übles Erwachen. /
Du fühlst dich enttäuscht, du fühlst dich entkernt? / Du
hast für Hitler sterben gelernt, / nun lerne für
Deutschland zu leben!«

Bald schon umschrieb man diese Lage mit dem
praktischen Wort von der »Stunde null«. Eine Stunde
eben, in der frei von jeder Vergangenheit die Zukunft
neu verteilt wurde.

Man hängte die Großen und ließ die Kleinen laufen

Subjektiv begriffen die allermeisten Deutschen davon nichts. Der Tag der bedingungslosen Kapitulation stürzte sie in Ratlosigkeit, sie duckten sich weg, beschuldigten andere, flüchteten sich in allgemeine Phrasen und bald in rastlose Geschäftigkeit. Sie standen vor dem moralischen und politischen Nichts. Blickt man in die von den Westalliierten lizenzierten Zeitungen der ersten Nachkriegsjahre, dann fällt das entschlossene Durchgreifen der Besatzungsmächte auf. Doch folgten sie weithin einem populären Prinzip: Sie hängten die Großen und ließen die Kleinen laufen. Unter der Rubrik »Kriegsverbrecher richten sich selbst« meldete die Presse beispielsweise – und nicht ohne Lust am Detail –, wie es der vormalige Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, Anfang 1946 angestellt hatte, seinen irdischen Richtern zu entgehen: »Ley erhängte sich mit Hilfe eines Stückes seines Badetuches, das er an der Rohrleitung der Toilettenspülung befestigen konnte. Den Mund stopfte Ley mit einem Stück seiner Unterkleider.« Im April 1947 beschritt Hitlers Ernährungsdictator Herbert Backe denselben Weg. Er war es gewesen, der ganz Europa gnadenlos ausgeplündert und immer wieder verlangt hatte, dass »zig Millionen« Nicht-Arier sterben müssten, um die üppige oder wenigstens zureichende Ernährung der deutschen Zivilbevölkerung und der Soldaten sicherzustellen.

In Wien verurteilte man den (reichsdeutschen) Euthanasie-Arzt Dr. Ernst Illing zum Tode, henkte ihn und ließ gegenüber den österreichischen Beteiligten größte Milde walten. In Rastatt überstellte das französische Tribunal général ehemalige KZ-Bedienstete dutzendweise dem Scharfrichter. Ein Teil des KZ-Personals von Theresienstadt wurde in Leitmeritz zum Tode verurteilt. In Belgrad traten der ehemalige lokale Gestapo-Chef Hermann Müller und acht seiner Mitarbeiter den Weg zur Exekution an, sechs Wehrmachtgeneräle folgten im Februar 1947, im April sieben Offiziere der in Jugoslawien eingesetzten SS-Gebirgsjäger-Division »Prinz Eugen«. In Mährisch-Ostrau wurden drei ehemalige Gestapo-Mitarbeiter hingerichtet, in Wuppertal verurteilte ein britisches Militärgericht den früheren Befehlshaber des SD in Paris, Helmut Knochen, zum Tod durch den Strang; er wurde an Frankreich ausgeliefert, dort wegen anderer Delikte abermals zum Tode verurteilt, dann jedoch zu lebenslanger Haft begnadigt und kam 1962 frei. Kaum jemand sprach in Deutschland von Kriegsverbrechern, führende Politiker und Bischöfe bezeichneten sie als Kriegsgefangene, bestenfalls als Kriegsverurteilte, ein Begriff, den Adenauer bevorzugte.

Im Januar 1947 wurden die Ärztin Hilde Wernicke und die Krankenschwester Helene Wieczorek in Berlin-Moabit guillotiniert, weil sie mindestens 600 deutsche Geistesranke in der Heil- und Pflegeanstalt Meseritz-Obrawalde ermordet hatten. (Es waren an die 10000 gewesen.) In Straßburg verurteilte ein französisches Militärgericht einen beträchtlichen Teil der badischen

Gauleitung wegen der Germanisierungsverbrechen im benachbarten Elsass zum Tode. Im Dachau-Prozess wurden 28 Todesurteile ausgesprochen, im Neuengamme-Prozess elf, der Prozess in Celle gegen die Aufseherinnen verschiedener Frauenkonzentrationslager endete mit drei Todesurteilen. Unnachsichtig verfolgten britische und französische Militärgerichte die Lynchmorde an den westalliierten Bomberpiloten, die sich per Fallschirm aus den abgeschossenen Maschinen hatten retten können.

In Prag ging der frühere Reichsprotektor, der sudetendeutsche Politiker Karl Hermann Frank, zum Schafott. Egon Erwin Kisch stand bei der öffentlichen Hinrichtung unmittelbar neben ihm und schrieb darüber eine seiner letzten Reportagen: »Das deutsche Volk«, hauchte Frank demnach, »wird leben, auch wenn wir sterben müssen. Es lebe das deutsche Volk, es lebe der deutsche Geist.« Am 16. Oktober 1946 wurden die Todesurteile des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg vollstreckt, Göring hatte sich wenige Stunden zuvor mit Hilfe einer Blausäurekapsel dem Strang entzogen. Einen Tag später gab die Viermächtekommission bekannt: »Die Leiche Hermann Wilhelm Görings« sei zusammen mit den Leichen der regulär hingerichteten Kriegsverbrecher »verbrannt und die Asche im Geheimen in alle Winde verstreut worden«. Bis zum Mai 1946 hatte allein die amerikanische Besatzungsmacht »250000 Nazis verhaftet«. In Norwegen saßen zu diesem Zeitpunkt 1100 deutsche Kriegsverbrecher in den Gefängnissen des Landes. Polen forderte Anfang Mai 1946 die Auslieferung von 7000

Kriegsverbrechern. Insgesamt wurden einige tausend offizielle Todesurteile vollstreckt.

Larmoyanz und Selbstmitleid

Verhaftungen, Prozesse, Galgen, Guillotine und Erschießung bildeten ein wichtiges Hilfsmittel der Reeducation. Sie ermöglichten dem großen Rest der Deutschen den Neubeginn, die für Jahrzehnte stabile Einbildung, man sei nur Mitläufer, Minderbelasteter oder doch eigentlich Herzenswiderständler gewesen. Sie erlaubten es, die starke Beteiligung, das massenhafte Dulden der ungeheuerlichsten Verbrechen zu verdrängen und dem Selbstmitleid bald freien Lauf zu lassen. Padover notierte über seine ersten Erkundungsgespräche mit den Besiegten: »Sie fließen über vor Selbstmitleid. Diese Larmoyanz ist eine mehr oder weniger unbewusste Methode zur Rechtfertigung des eigenen Mitläufertums. In all den Kriegsjahren waren die Deutschen die wohlgenährtesten Leute in Europa, und bis auf die Ausgebombten und Flüchtlinge haben sie weniger gelitten als alle europäischen Völker. Trotzdem klagen sie unablässig.«

Am 15. April 1947 stand in der von Theodor Heuss mitbegründeten Rhein-Neckar-Zeitung diese Kurzmeldung: »Rudolf Höß, der ehemalige Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz, wird heute in Block 11, in dem tausende Häftlinge getötet wurden, durch den Strang hingerichtet.« Gegenüber derart verkürzten Mitteilungen nahmen die Meldungen über den Krieg in und um Palästina deutlich mehr Raum ein. Sie trugen Überschriften, die beim Volk gut ankamen:

»Britten von Juden ausgepeitscht«, »Mord an einem Palästina-Deutschen«, »Terror in Palästina«, »Juden drohen mit Bürgerkrieg«, »Raubmord jüdischer Terroristen« oder »Jüdische Repressalien«. Ebenso wurden »Die polnischen Ausweisungsmethoden« zu Schlagzeilen, das »völkerrechtliche Unrecht« gegen die Deutschen, verschleppte deutsche »Frauen in russischer Gefangenschaft«. Generell forderten deutsche Blattmacher der amerikanischen Zone: »Nicht Rache, sondern Recht«.

Den Hang, ihre Schuld an Krieg und Völkermord ins Allgemeine zu verlagern, pflegten die Deutschen noch lange. 1948 notierte Hannah Arendt: Merke der Gesprächspartner, dass sein Gegenüber Jude sei, dann folge »in der Regel eine kurze Verlegenheitspause«. Sie wurde nicht gefragt: »Wohin gingen Sie, als Sie Deutschland verließen?« oder »Was geschah mit Ihrer Familie?« Nichts. Dann folgte eine »Flut von Geschichten, wie die Deutschen gelitten hätten«, und der Gesprächspartner gab damit »stillschweigend zu verstehen, dass die Leidensbilanz ausgeglichen sei und man nun zu einem ergiebigeren Thema übergehen könne«. All das mündete dann nicht selten in den weinerlich vorgetragenen Satz, mit dem die Ursachen des Zweiten Weltkrieges nicht auf Deutschland, sondern auf Adam und Eva zurückgeführt wurden: »Warum muss die Menschheit immer nur Krieg führen?«

Über die harschen Holz- und Lebensmittelforderungen der französischen Besatzungsmacht, über die Gefährdung des deutschen Waldes und der deutschen Bevölkerung klagte die in der amerikanischen

Besatzungszone erscheinende Neue Zeitung. Den Bericht schrieb »unsere in die französische Zone entsandte Sonderkorrespondentin Dr. Hildegard Brücher« (später Hamm-Brücher). Aufgerufen von der örtlichen Gewerkschaft demonstrierten im Mai 1947 in Remscheid 26000 Menschen gegen den Hunger. In der Göttinger Universitäts-Zeitung behauptete der Physiologe Jürgen Aschoff: »In den Konzentrationslagern waren die Zuteilungen höher als gegenwärtig in der britischen Zone (von der französischen ganz zu schweigen).« Der Essener Oberbürgermeister Gustav Heinemann ließ Plakate anschlagen, auf denen stand, »dass die deutschen Behörden für die Lebensmittelknappheit keinerlei Verantwortung« trügen.

Selbstverständlich produzierte die Zeit ihre eigenen Skandale: Im Jahr 1947 kam »hinten herum« heraus, dass sich die Mitglieder der bayerischen Landesregierung, gebildet aus CSU und SPD, einschließlich der Staatssekretäre, neben den Normalzuteilungen, die ihnen wie jedem anderen Büromenschen in der Zeit noch strenger Lebensmittelrationierung zustanden, unerhörte Vorteile gönnten. So bezogen sie die Zulage für Schwerarbeiter, zudem noch »sogenannte Repräsentationszulagen«, in Einzelfällen darüber hinaus Reisemarken und »täglich drei Mahlzeiten ohne Markenabgabe«. [125]

Wie anders war die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz verlaufen. Erst in der Nacht zum 27. Januar 1945 hatten SS-Truppen das letzte

Krematorium in Auschwitz-Birkenau gesprengt, die beiden anderen, hergestellt von der Firma Topf & Söhne in Erfurt, waren im Dezember 1944 sorgfältig abgebaut, zerlegt, zwecks Weiterverwendung zusammengepackt und abtransportiert worden. Unter dem Codewort »Neu Auschwitz« wurden sie Richtung Mauthausen transportiert. Dort, in der Nähe von Linz, sollten sie um weitere Krematorien ergänzt werden. Gedacht war an eine zentrale Stätte zur Ermordung unnütz gewordener Menschen am Rand der sogenannten Alpenfestung, von der aus der Endkampf fortgesetzt werden sollte.

In Auschwitz waren mehr als eine Million Menschen ermordet worden, die meisten, weil sie Juden waren. Am 27. Januar flohen die Wachmannschaften; im Lager verharrten noch 7000 Häftlinge. Am frühen Nachmittag erreichten zwei vermummte Gestalten das Tor von Auschwitz-Birkenau, Angehörige der 60. Armee der I. Ukrainischen Front. 213 ihrer Kameraden waren in den Kämpfen um das Lager gefallen. Ihr Maschinengewehr zogen die beiden Soldaten auf einem Schlitten hinter sich her. Ein Freudenschrei ging durch die Reihen der Gefangenen: »Die Russen sind da!«

Knapp drei Monate später erreichte die Rote Armee die östlichen Stadtteile von Berlin. Dort, auf dem großen Jüdischen Friedhof von Weißensee, hielten sich damals nicht wenige der noch lebenden Juden versteckt, darunter Rabbiner Martin Riesenburger. Er berichtete über den Tag der Befreiung: »Man schrieb Montag, den 23. April 1945. Als es 15 Uhr war – ich habe mir damals alles genau notiert –, durchschritt das Tor unseres Friedhofs der erste sowjetische Soldat! Aufrecht und

gerade war sein Gang. Ich hatte das Gefühl, dass er mit jedem Schritt bei seinem Kommen zu uns ein Stück des verruchten Hakenkreuzes zertrat. Wir umarmten diesen Boten der Freiheit, wir küssten ihn – und wir weinten!«

Dank der alliierten Soldaten wurden auch die Deutschen befreit, allerdings zwangsweise. Sie mussten von sich selbst befreit werden. Diejenigen, die Hitler gewählt, bejubelt oder nur geduldet hatten, begriffen ihr Glück noch lange nicht.

Die heilsame Wirkung des Kalten Krieges

Wie die FAZ 1952 Stalins Lockrufen folgte^[8]

Am Montag, dem 10. März 1952, ließ Josef Stalin den drei westalliierten Botschaftern in Moskau jene diplomatische Note überreichen, mit der er die deutsche Wiedervereinigung in Aussicht stellte. Als Preis verlangte er Deutschlands Neutralität und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Verhandelt wurde über das Schriftstück nie. Ebendas führte die alte Bundesrepublik in einen erbitterten Streit. Redeten die einen, etwa der CDU-Minister Jakob Kaiser und der spätere sozialdemokratische Bundespräsident Gustav Heinemann, wohlwollend von »Offerte« und bald von »verpasster Chance«, so sprachen die anderen, allen voran Konrad Adenauer, von Anfang an von einer gefährlichen, gegen die westeuropäische Integration gerichteten »Kampagne«.

»Wieder eine eigene deutsche Wehrmacht« - wie schön

Publizistisch führte Die Welt das Lager der Verhandlungsgegner an. »Die Sowjetunion will Deutschland isolieren«, titelte sie am ersten Tag. Die Befürworter fanden ihre Plattform in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Unter der Überschrift »Stalins jähe Wende« fasste dort Paul Sethe, einer der Herausgeber und die politische Stimme der Zeitung, am 12. März das Moskauer Angebot so zusammen: »Ein Leben in ungeteilter Freiheit für alle, deutsche Souveränität, ungehemmte Entwicklung der deutschen Wirtschaft, gleiches Recht für Berufssoldaten und frühere Nationalsozialisten und das Überraschendste: eine eigene deutsche Wehrmacht mit eigener deutscher Waffenproduktion.« Voller Emphase forderte er: »Verhandeln!« Im April kommentierte Sethe eine vorsichtige, eher hinhaltende als verbindliche Äußerung des Bundesaußenministers Heinrich von Brentano freudig: »(...) immerhin, dass Herr von Brentano den Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands überhaupt für erwägenswert hält, und das will viel heißen.« Der Leitartikler der FAZ sah die Möglichkeit, Deutschland zu einer »ins Riesige vergrößerten Schweiz« werden zu lassen.

Solche Meinungsführer interessierten Bundeskanzler Adenauer nicht im Geringsten. Er befürchtete »eine schrittweise erfolgende kommunistische Unterminierung

der einzelnen europäischen Staaten«, die dann zur »völligen Abhängigkeit Europas von der Sowjetunion« führen werde. Er lehnte die Neutralisierung Deutschlands prinzipiell ab, weil eine »Zusammenarbeit mit dem bolschewistischen Osten unmöglich« sei. Ähnlich, aber nationalistischer argumentierte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher. Für ihn stand fest, dass es »zwischen westlicher Demokratie und östlichem Terror keine Sicherheit durch Neutralität« geben könne. Andererseits war ihm die Wiedervereinigung, die er sich in den Grenzen von 1937 vorstellte, weit wichtiger als Adenauer. Seine vaterländischen Gefühle verleiteten ihn dazu, zumindest »Sondierungen« anzuregen. (Selbstverständlich opponierte Wilhelm Röpke in Genf massiv gegen den volkskollektivistischen Einigungsvorschlag.)

Im Frühjahr 1952 standen für die Bundesrepublik wesentliche Richtungsentscheidungen an, und Adenauer wuchs in diesen Tagen zum politischen Strategen von hohem Grad: »Erst wenn der Westen stark ist«, erklärte er am 16. März, »ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien, in Frieden zu befreien.« In diesem geschichtlich »richtigen Augenblick«, und keinesfalls zu früh, müsse dann die »Aussprache« mit den Sowjets gesucht werden – wenn sie angesichts der Kräfteverhältnisse bereit seien, »auf uns und den Westen zu hören«.

Der Bundeskanzler verband sein Konzept des langen

Abwartens mit einer nicht näher erläuterten »Neuordnung Osteuropas«, so nannte er das und verklausulierte in dieser Formel mögliche Kompromisse hinsichtlich der deutschen Ostgebiete. Gleichzeitig betrieb er die Eingliederung der Bundesrepublik in die westlichen Bündnisse, überhaupt missfiel ihm an Stalins Note der »stark nationalistische Einschlag«. Sethe sah in der Adenauer'schen »Ausweitung des Problems nur eine Verzögerung«, die Verschiebung der nationalen Vereinigung »in das Gebiet des unbestimmten Hoffens«. Sein Kollege, der FAZ-Herausgeber Erich Dombrowski, kritisierte die auf eine sehr ferne Wiedervereinigung gerichtete Politik der Bundesregierung ebenfalls als beklagenswerte Spekulation: »Hier hört die kühle Tatsachenrechnung auf. Hier setzt der Glaube ein.« Nachdem Adenauer Ende Mai 1952 die Verträge zur Westintegration unterschrieben hatte, beglückwünschte und ermunterte Paul Sethe in der FAZ jene Bundestagsabgeordneten, die »die Zeit bis zur Ratifizierung nicht ungenutzt verstreichen lassen wollen«.

Ein vereinigtes Deutschland? Unerträglich!

Die Debatte von 1952 erhitzte die Gemüter noch lange. Seit 1989 hat sie sich erübrigt. Sofern sie in zeithistorischen Zirkeln noch geführt wird, verstellt sie den Blick auf die Langzeitwirkungen der Stalin-Note selbst. Tatsächlich stecken in dem Text schon wesentliche Elemente der knapp 40 Jahre später vollzogenen Wiedervereinigung. Zum einen erschütterte das Angebot das ohnehin schwach entwickelte Selbstvertrauen der DDR nachhaltig. Vom 10. März 1952 an stand für die Halbmächtigen in Ostberlin fest, dass der Kreml die DDR jederzeit dem Eigeninteresse opfern könnte. In seinem Tagebuch notierte der Volkskammer-Abgeordnete Victor Klemperer bereits im Februar 1952, Stalin betreibe eine im Kern nationale Politik, und »notfalls« werde »er auch uns in der DDR fallen lassen«.

Der zweite, für die weitere Entwicklung wichtigste Punkt bestand in der künftigen territorialen Form Deutschlands und in der Anerkennung aller 1945 geschaffenen Fakten der Grenzziehung und Bevölkerungsverschiebung. Schon in den Vorüberlegungen für einen Friedensvertrag mit Deutschland, die sowjetische Diplomaten während des gesamten Jahres 1951 anstellten, standen der ausdrückliche Verzicht auf die deutschen Ostgebiete, die Integration der Flüchtlinge und das Unterbinden »jeglicher revanchistischer Propaganda unter diesen

Personen« im Mittelpunkt. »Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden«, hieß es in Stalins März-Note kurz und knapp. Gemeint waren die Außengrenzen der vier Besatzungszonen.

Die Sowjetunion erhob ihre Forderung zu einem Zeitpunkt, als zum Beispiel der Historiker Theodor Schieder die umfassende, ursprünglich allein für den Dienstgebrauch bestimmte »Dokumentation der Vertreibung« von zwölf Millionen Deutschen begann. Das geschah im Auftrag der Bundesregierung und mit dem erklärten Ziel, damit die Position Deutschlands bei künftigen Friedensverhandlungen zu verbessern, um wenigstens einen Teil der Ostgebiete zurückzugewinnen. Die deutsche Gesellschaft war 1952 noch weit davon entfernt, den Verlust von Königsberg und Breslau, von Allenstein, Stettin und Danzig hinzunehmen, und jede Bundesregierung, die sich damals zu einem solchen Verzicht bereit erklärt hätte, hätte sofort ihre Mehrheit eingebüßt. Den Deutschen fehlte es an politischer Reife zur Wiedervereinigung, genauer gesagt: an Einsicht in die Folgen der von ihnen begonnenen und verlorenen Angriffs-, Raub- und Eroberungskriege. Jenseits aller Meinungen scheiterte Stalins Vorschlag auch daran.

In seiner ersten offiziellen Stellungnahme ließ Adenauer am 11. März erklären, der geforderte Verzicht auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie sei »ein unüberwindliches Hindernis für eine echte Friedensregelung«. Noch lebte man in der Vorstellung »Dreigeteilt niemals!«. Doch ausgerechnet im Frühjahr

1952 verlieh die Bundesregierung der von Stalin geforderten Integration der Heimatvertriebenen von sich aus den entscheidenden Schub. Die damals beratenen und bald verabschiedeten Gesetze zum Lastenausgleich bildeten die materielle Basis für den späteren Verzicht auf die 1945 verlorenen Ostgebiete.

Neben dem innenpolitischen bestand ein außenpolitisches Hindernis. Sowenig sich die Mehrheit der Deutschen die Aufgabe der einstigen Ostprovinzen vorstellen konnte, sowenig ertrugen die Nachbarvölker die Vorstellung von einem gegenüber 1937 zwar drastisch verkleinerten, aber doch wiedervereinigten Deutschland. Hier erregten jene Passagen der sowjetischen Note Misstrauen, in denen stand, die deutsche Wirtschaft solle »keinerlei Beschränkungen« unterliegen und das Militär über die Land-, Luft- und Seestreitkräfte verfügen, »die für die Verteidigung des Landes notwendig sind«. Frankreich erinnerte das sofort an den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo von 1922 und den Hitler-Stalin-Pakt von 1939. »Zum zweiten Mal in zwölf Jahren«, schrieb eine Pariser Zeitung, »macht sich die UDSSR zum Komplizen eines gefährlichen Deutschland.« Zudem beargwöhnte man in Paris die schnelle wirtschaftliche Erholung der Bundesrepublik und befürchtete, ein Friedensvertrag öffne den nur zu gut bekannten deutschen Industriellen »die osteuropäischen und die asiatischen Absatzmärkte«. Im Bundeskabinett konstatierte Adenauer »starkes Ressentiment in Paris gegen Deutschland«.

Stalins Angebot scheiterte also aus drei Gründen. Erstens beabsichtigte Stalin mit seiner Initiative, die

Westintegration der Bundesrepublik zu vereiteln, was weder die westlichen Besatzungsmächte noch Adenauer akzeptierten. Zweitens waren die Deutschen innerlich noch nicht bereit, auf wesentliche territoriale Forderungen zu verzichten. Drittens sahen die europäischen Nachbarn keinen Grund, ein selbstmitleidig forderndes, aber wirtschaftlich immer stärker werdendes Deutschland in ihrer Mitte zu ertragen. Diese drei Faktoren gehören zusammen; unterschiedlich akzentuiert wurden sie seinerzeit formuliert.

Im Rückblick erscheint Adenauers damalige Grundsatzentscheidung grandios. Zur Wiedervereinigung im Jahr 1990 führte sie erst, nachdem sich die Bundesrepublik seit den 1960er-Jahren – nach dem dafür erforderlichen Generationswechsel – zunehmend auf den territorialen Verzicht einließ. Im ersten politisch möglichen Moment schuf die Regierung Brandt/Scheel 1970 die zweite wichtige Voraussetzung für das Jahr 1990, indem sie die polnische Westgrenze anerkannte und die Politik des Wandels durch Annäherung dauerhaft durchsetzte. Auf diesen politischen Grundlagen konnte Helmut Kohl die Wiedervereinigung verwirklichen – teils im Sinne Adenauers, teils im Sinne Stalins. Kohl ließ keinen Zweifel an der Westintegration der Bundesrepublik aufkommen und erfüllte mit selbstverständlicher Routine, was sowjetische Unterhändler einem verhandlungswilligen Adenauer 1952 als Erstes abverlangt hätten – die Aufgabe aller territorialen und eigentumsrechtlichen Ansprüche auf die einstigen

Ostprovinzen des Deutschen Reichs.

Nachtrag zum 3. Oktober 2014

Für die Rezivilisierung Deutschlands und die Rückkehr des menschlich und materiell ruinierten Europa in ein normales zwischenstaatliches Leben war die Zeit 1952 noch lange nicht gekommen. Denn die schwer traumatisierten Überlebenden des furchtbarsten heißen Krieges der neueren Geschichte bedurften der langen Ruhe im Kalten Krieg. In der politischen Eiszeit konnten die Traumata des Krieges eingefroren und vier Jahrzehnte lang Stück für Stück abgebaut werden. Erst danach gelangten die Überlebenden der Schreckenszeit Schritt für Schritt wieder zur Besinnung.

Aus dem Abstand betrachtet, der den Zeitgenossen unmöglich war, verstehe ich die 40-jährige Periode politisch organisierter Vereisung als bewegungs- und gedächtnisarme Zeit der Rekonvaleszenz für den gesamten Kontinent. Der Kalte Krieg erfüllte die Funktion des in der modernen Medizin gebräuchlichen künstlichen Komas, des Heilschlafs, in dem das selbst Erlittene und das anderen Menschen Angetane verdrängt werden konnten, um einen Neuanfang zu ermöglichen. Je schwerer das Trauma, desto länger muss die Temperatur des Patienten abgesenkt und der bewusstlose Zustand aufrechterhalten werden.

Den Deutschen ermöglichte die Teilung des Landes und der Stadt Berlin, ihre massiven, vom Krieg notwendigerweise übriggebliebenen Aggressionen, ihren aufgestauten Hass, ihr verwildertes Freund-Feind-

Denken an sich selbst, an ihren inneren Mauern und Stacheldrahtverhauen abzuarbeiten. Das geschah zu ihrem Vorteil und dem der europäischen Nachbarn. So gesehen, lässt sich der Kalte Krieg als geschichtlich notwendige Abklingphase nach einem ungeheuerlichen Gewaltezess begreifen.

Wer die DDR auf diese Weise einordnet, wird die geschichtspolitischen West-Ost-Streitereien der Gegenwart nachsichtig belächeln. Beide Seiten, die BRD wie die DDR, spielten ihre je unterschiedlichen Rollen. Den DDRlern fiel der sehr viel schwierigere Part zu. Das Glück war ungleich verteilt. Doch lebten im Westen prinzipiell die gleichen Menschen wie im Osten, sie waren weder mehr noch weniger naziverseucht, intelligent oder demokratisch. Sie gingen 40 lange Jahre getrennte Wege und erfuhren verschiedene Prägungen.

Natürlich litten die Beteiligten an Kopfweh, Realitätsverlusten und Gliederschmerzen, als sie nach 40 Jahren im Kältekoma wieder zu Sinnen kamen, plötzlich auf eigenen Beinen stehen und ohne den jeweiligen connationalen Nahfeind auskommen sollten. Ihre Laune ließ dabei vielfach zu wünschen übrig. Aber diese Epoche, deren Ende nunmehr 25 Jahre zurückliegt, haben die Deutschen hinter sich. Selbst die Älteren verstehen sie heute kaum mehr, den Jüngeren ist sie vollständig fremd. Der 3. Oktober 1990, der Tag der staatlichen Wiedervereinigung, ist einer der wenigen durch und durch erfreulichen Gedenktage in der deutschen Geschichte.

Was wusste Walter Jens?

Was vergessen seine Ankläger?^[9]

Am 8. März 1923 geboren, gehörte Walter Jens einem Jahrgang an, der die berühmte Gnade der späten Geburt knapp verfehlte. Niemand bestreitet die generelle Unschuld seiner Altersgruppe, auch dann nicht, wenn viele Einzelne als 18-Jährige kurz vor dem Ende noch der NSDAP beitraten, wie zum Beispiel Hans-Dietrich Genscher, oder sich bei der Musterung für die Waffen-SS werben ließen, wie der 1925 geborene Maler Bernhard Heisig 1942. Vernünftigerweise verfügten die alliierten Siegermächte schon 1945 eine Amnestie für jene Deutschen, die zu Beginn der NS-Zeit jünger als 14 Jahre gewesen waren.

Schneller Verdacht - schlechte Beweise

Als die Medien Ende 2003 von seiner Mitgliedschaft in der NSDAP erfuhren, wurde Jens weniger die Tatsache selbst vorgehalten als vielmehr seine Beteuerung, er könne sich an keinen Parteieintritt erinnern. Über Nacht geriet der geachtete und vielseitig engagierte Tübinger Gelehrte in den Ruch des Mitläufertums, das ein sich selbst gnädiges Gedächtnis später in ostentative Unangepasstheit verkehrt habe. Jäh wurden einige seiner literarischen und wissenschaftlichen Äußerungen zu nunmehr erklärlichen Manövern umgedeutet. Plötzlich wurden Lobesworte, die Jens 1977 für den Gräzisten Wolfgang Schadewaldt gefunden hatte, zum Lob für einen ehemaligen Naziprofessor umgedeutet; Jens' Abbruch einer autobiographischen Skizze (»Vergangenheit gegenwärtig«, 1994) mit dem Hinweis »Ich war mir nicht interessant genug« weckte Argwohn. Doch so einfach, wie es eine standgerichtlich anmutende Form der Anklage wollte, liegt die Sache nicht. Es existieren Quellen, die zu der von Walter Jens gegebenen Version passen.

Nach seiner Auskunft erlangte er die Parteimitgliedschaft ohne eigenes Wissen. Dem steht ein Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte (München/Berlin) entgegen, das Michael Buddrus verfasste. Nach Meinung dieses Experten konnte niemand ohne eigenhändige Unterschrift Mitglied der NSDAP werden. Betrachtet man im Bundesarchiv die Vorderseiten der beiden Walter Jens betreffenden

Karteikarten aus der Zentral- und der Gaukartei der einstigen NSDAP-Verwaltung, dann unterschrieb Jens den Aufnahmeantrag am 20. November 1942 und wurde – das war nicht unüblich – rückwirkend zum 1. September 1942 aufgenommen. Als Adresse ist die elterliche Wohnung in Hamburg angegeben. Der wegen eines schweren Asthmaleidens wehruntaugliche Jens studierte damals im dritten Semester Germanistik und klassische Philologie in Hamburg, außerdem gehörte er der Kameradschaft Hermann von Wißmann des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds (NSDSTB) an. Dort wurde er Jungbursch, was so viel bedeutete wie Mitglied auf Probe. Die Kameradschaft verdankte ihren Namen einem ehemaligen Kolonialoffizier und widmete sich dem Ziel deutscher Kolonial- und Seegeltung. Ihr Mitteilungsblatt Der Kilimandscharo konnte ich in einer Hamburger Bibliothek schnell finden.

In einem zeitgenössischen Bericht für das hier besonders interessierende Wintersemester 1942/43 heißt es: »So wurde in Hamburg erstmalig der Versuch gemacht, alle 1. bis 3. Semester pflichtmäßig für den NSD-Studentenbund zu erfassen.« Eine solche Maßnahme exakt zu der Zeit, in der Jens als Parteimitglied registriert wurde, bildete einen Ausnahmefall an den deutschen Universitäten und wurde im folgenden Semester gestoppt. Offensichtlich schritt der Hamburger Gauleiter, Karl Kaufmann, gegen derartige Praktiken ein. Jedenfalls rühmte er sich später, er habe »unter allen Umständen das Prinzip der freiwilligen politischen Arbeit« vertreten.

Wohlgemerkt bezieht sich die quellentechnisch beweisbare Zwangsrekrutierung auf den Studentenbund, nicht auf die Partei, doch zeigt sich darin der Ehrgeiz einer nazistischen Universitätsführung, die den Organisationsgrad mit sonst unüblichen Methoden erhöhte. Deshalb gewinnt die Aussage von Jens an Plausibilität: »Persönlich um eine Aufnahme beworben habe ich mich nie.« Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit wurde er in einer wenig förmlichen, kollektiven Prozedur (»Leute, unterschreibt da mal!«) zum NSDAP-Karteimitglied.

Nachprüfen lässt sich das nicht, unter anderem deshalb, weil die amerikanische Besatzungsmacht den Bestand der NSDAP-Zentralkartei gründlich veränderte. Statt der ursprünglich chronologischen Reihenfolge der neun Millionen Karteikarten nach den laufenden Mitgliedsnummern, die ohne weiteres Rückschlüsse auf die Aufnahme ganzer Gruppen zuließ, wurde die Kartei im Sommer 1945 alphabetisch umsortiert. Auch die ursprünglich alphabetischen, aber für die einzelnen NSDAP-Bezirke getrennt angelegten Gaukarteien, die gleichfalls in der Münchner Zentrale aufgestellt waren, wurden von der Besatzungsmacht zusammengelegt und durchalphabetisiert. Daher lassen sich besondere Verfahrensweisen in einzelnen Gauen, besondere Eintrittswellen in einzelnen Orten zu bestimmten Zeiten nicht mehr rekonstruieren. Das Institut für Zeitgeschichte versäumte es in seinem Gutachten, auf die gravierenden nachträglichen Veränderungen hinzuweisen, die den historischen Aussagewert der Kartei durchaus mindern.

Im April 1943 wechselte Jens an die Universität Freiburg. Auf Blatt 16 der Sammelmeldung für diesen Monat teilte die NSDAP-Gauverwaltung Hamburg der Parteizentrale in München mit, das neu geworbene Mitglied Nr. 9265911 Walter Jens sei nach »F./Breisgau Littenweiler« (gemeint ist Littenweiler) umgezogen, es gehöre nun der »Ortsgr.: Freiburg, Gau: Baden« an. Die genaue Adresse fehlt und wurde nicht nachgereicht. Spätestens 1944 wohnte Jens nicht in Littenweiler, sondern im Stadtzentrum, Dreisamstraße 31.

Für eine ihm unbekannte bloße Karteimitgliedschaft sprechen zwei Quellen. Dies sind zunächst die gleichartig gestalteten Studentenkarteikarten, die von den Immatrikulationsbüros in Hamburg und Freiburg angelegt wurden. Die Freiburger Karte wurde am 26. Februar 1945 gelegentlich der Exmatrikulation ausgestellt und fasst ältere Informationen zusammen. Verzeichnet sind der Studienverlauf, das Studien- wie Berufsziel (»Staatsexamen, Studienrat«) und die Mitgliedschaft in politischen Organisationen. Demnach war Jens, wie er selbst bestätigt, in Freiburg Mitglied im NSDSTB. Ohne Eintrag aber blieb die Rubrik »Mitglied der NSDAP seit: ...«. Wegen des späten Entstehungsdatums taugt die Urkunde, für sich genommen, nur bedingt zur Entlastung. Allerdings versicherte der Leiter des Universitätsarchivs Freiburg, Dieter Speck, im Dezember 2003, die Eintragungen seien damals in aller Regel korrekt erfolgt. Hinzu kommt jedoch, dass auch auf der Hamburger Karteikarte, deren letzte Eintragung vom 8. April 1943 stammt, die Spalte leer blieb, auf der die NSDAP-Mitgliedschaft anzugeben

gewesen wäre. Vermerkt ist dort die Mitgliedschaft in der HJ bei Studienbeginn, NSDSTB-Mitglied war Jens wegen seines Kandidatenstatus in Hamburg noch nicht.

Da der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg am 29. Oktober 1944 die Promotion von Walter Jens beantragte und die Prüfung am 8./9. Dezember stattfand, existiert als weitere Quelle eine Promotionsakte. Sie umfasst zwölf Blatt, doch findet sich weder im Lebenslauf noch in den Prüfungsthemen oder Gutachten nur der Hauch von politischem Konformismus. Der Kandidat absolvierte eine in dieser Kriegsphase nicht untypische Notprüfung und erbrachte, das geht aus den Quellen wie aus den Zeitzeugenberichten hervor, vorzügliche Leistungen. Dem knapp 22-Jährigen bescheinigte sein Lehrer Karl Büchner: Er »gehört zu den besten wissenschaftlichen Nachwuchskräften und kommt für die Hochschullehrerlaufbahn in Frage«. Jens promovierte mit einer Arbeit über die Dialoge bei Sophokles. Im Dezember 1944 legte er einen 98 Seiten langen handschriftlichen Entwurf vor sowie eine Teilausführung. Erst nachdem er die maschinenschriftliche Fassung im Sommer 1946 nachreichte, die dann von der Universität auf 1944 rückdatiert wurde, erhielt er am 9. Juli 1946 die Promotionsurkunde mit dem Datum 8. Dezember 1944.

Neben den genannten Quellen kommen die etwa 300000 lokalen Entnazifizierungsakten im Staatsarchiv Hamburg in Betracht, um die Frage »Was wusste Walter Jens?« zu klären. Tatsächlich findet sich dort ein Hinweis auf Jens, nämlich eine Karteikarte, die dokumentiert, dass er am 27. Oktober 1945 aufgrund einer Entscheidung

des britischen Advisory Board als unbelastet – Gruppe V – eingestuft wurde. Eine Verfahrensakte oder einen ausgefüllten Fragebogen gibt es nicht. Solche Dokumente konnten nach britischer Praxis auch nicht entstehen, weil Jens 1933 erst zehn Jahre alt gewesen war, also automatisch, ohne Anhörung und Benachrichtigung, als unbelastet eingestuft wurde.

Jens 1944: »Thomas Mann, du großer Dichter«

Untersucht man die subjektive Verfassung des Studenten Walter Jens zum Zeitpunkt seiner Registrierung als Parteimitglied im November 1942, dann zeigte der 19-Jährige eine vorübergehende intellektuelle Nähe zum damals vorherrschenden politischen Gedankengut. Das ist nicht neu. In seinen autobiographischen Notizen schrieb Jens vor Jahren, bei allem Eigensinn sei er »auch ein Angepasster«, »ein Bruder Leichtfuß, aber kein verlässlicher Antifaschist« gewesen. Kommilitonen beschrieben ihn als gelegentlich aufschneiderisches Wunderkind. In seinen Stellungnahmen zur Debatte um seine NSDAP-Mitgliedschaft wies Jens 2003 darauf hin, er habe 1941/42 auf einem studentischen Kameradschaftsabend einen unrühmlichen Vortrag über »Entartete Literatur« gehalten und auch seinen Abituraufsatz zum Thema »Heinrich gewinnt das Reich« würde er nur noch ungern lesen wollen.

Der Vortrag, in dem Jens nach eigener Mitteilung Thomas Mann »ziemlich herablassend« als »Literaten« bezeichnete, findet sich in der schon zitierten Kameradschaftszeitschrift *Der Kilimandscharo* abgedruckt. Darin heißt es über eine Tendenz, die der Vortragende »Verfallsliteratur« nannte: »Bezeichnend für diese Richtung ist Thomas Mann, der ›Ästhet mit der Tendenz zum Abgrund‹, wie er sich selbst nannte, voll ungeheurer stilistischer Begabung, artistischer Sprache;

aber nur der Intellekt in eisiger Kälte. Erstarrung gilt diesem Literaten etwas, der fern seinem Volke steht. Buddenbrooks und Zauberberg muten uns heute wie Grabsteine einer Generation an, die sich selbst richtete.«

Aber selbst in diesem, »in gekürzter Form« gedruckten Vortrag zeigt sich ein beeindruckender Geist. Jens war zehn, als Hitler zur Macht kam. Neun Jahre später hatte er den verpönten Thomas Mann gründlich gelesen, wandte wie selbstverständlich die Kategorien der »Freud'schen Psychoanalyse« an und denunzierte keinen Vertreter der »Entartungsliteratur« als Juden. Im Schlussabsatz plädierte er für eine Dichtung, »die fern von jeder rein parteimäßig engen Bindung« bleiben müsse, und während die Schlacht von Stalingrad tobte, rechnete er sich mit Hans Carossa »zum Orden derer, denen alle Länder und Meere der Welt nicht genügen würden, wenn das Reich des Geistes und des Herzens unerobert bliebe«.

Die Phase des Konformismus – im Fall eines 19-Jährigen sollte man gerechterweise sagen: des Experimentierens – blieb kurz. Eineinhalb Jahre später, am 13. Juni 1944, sprach Jens dann vor seiner Freiburger Kameradschaft Friedrich-Ludwig-Jahn abermals über Thomas Mann, ein Ereignis, das von Ernst Nolte bezeugt ist. Neben den Buddenbrooks stellte Jens den Zauberberg vor. Die Debattenszenen zwischen den Herren Settembrini und Naphta (einem jüdischen Jesuiten) pries er als »einen wohl nicht mehr zu überbietenden meisterlichen Zusammenschluss von Geist, Phantasie und Komposition«. Er bedauerte, Lotte in Weimar, das Buch war 1939 erschienen, erst einmal

gelesen zu haben, sprach nebenbei über »unsere nicht vorhandene Dichtkunst«, bemerkte dazu, »Kunst wächst organisch, sie kann nicht befohlen, höchstens gefördert« werden, und resümierte:

»Ich bin am Ende. Ein fragwürdiger Dichter stand vor uns: einer der würdig ist, dass man nach ihm fragt, heißt das. Ein Dichter seiner und unserer Zeit, wie wir neben ihm keinen anderen besitzen, jedenfalls, was die Universalität des dichterischen Ingeniums betrifft. (...) Noch stehen wir Thomas Mann zu nahe, ich aber glaube, dass spätere Zeiten viel-

Juni 1944: Der Student Walter Jens über Thomas Mann

Heute über Thomas Mann zu sprechen, das bedarf einer Erklärung – über einen Mann, der vom Dritten Reich ausgebürgert wurde und in sämtlichen modernen Literaturgeschichten als artfremd und dekadent abgelehnt wird, was allerdings nicht verhindert, dass man ihn nebenbei als einen der größten Stilisten unseres Jahrhunderts anerkennt. Schon dieser erregende und schillernde Gegensatz, gesetzt, er *wäre* richtig, lohnt es, sich statt mit eisenharter moderner Lyrik, sofern dieser Begriff hier überhaupt anwendbar ist, einmal mit einem Ästheteten und seltsamen dichterischen Zeitgenossen unserer bewegten Tage zu beschäftigen. Darüber hinaus aber, und das sei mit aller Deutlichkeit gesagt, gilt es, vorurteilslos zu fragen, ob dieser Gegensatz zwischen dem guten Stilisten und »sonstigen« minderwertigen Thomas Mann denn wirklich besteht. Am Ende, wenn mein Referat zur Debatte stehen wird, mögen wir, so hoffe ich, der Beantwortung der Frage näher gekommen sein, ob es nicht doch möglich ist – unter der Voraussetzung einer objektiven Haltung, frei von einer genormten Einsicht, hingegen mutvollem Bejahen –, in dieser Antithese eine Einheit zu finden. Ich will es niemandem gewaltsam auferlegen, Thomas Mann zu loben – einseitig und falsch wäre das –, aber man muss mit diesem

Manne ringen, erst dann kann man seine eigene Haltung davon absetzen oder aber sich zu ihm bekennen.

Wer war Thomas Mann? (...) Ein Mann von einer gefährlichen Rassemischung, ein Mann, in dem sich zwei Blutströme dämonisch vereinen, gebierend Nüchternheit und künstlerisches Vagieren, Realität und Phantasie, Kargheit und Überfluss – ein Bürger und ein Künstler. Ein Mensch, der diesem Zwiespalt alles, was an Möglichkeiten trüchtig in ihm ruht, abgewinnt und Ausdruck verleiht, ist ein großer Mensch. (...) Besonders aufschlussreich für diese Haltung unseres Dichters ist das selbstbekenkende frühe Werk, der »Tonio Kröger«. Tonio, ein Kind zweier Rassen, verdammt und gesegnet, in zwei Welten zu leben, gezeigt zunächst als Knabe, befreundet mit einem Lübecker Kaufmanns- und eine Freundschaft sehnsüchtigen Wollens auf Tonios Seite und nicht natürlichen Seins – Tonio wird Künstler. Auch er ist ein Ausgeschlossener, ein Verdammter, die Sehnsucht nach den sicheren Herrenmenschen, nach Inge Holm und Hans Hansen verlässt ihn nie – sie leben ja. (...) Es ist leicht, bei Thomas Mann von Dekadenz zu sprechen, aus einer bestimmt gebundenen politischen Einstellung heraus, leicht und billig usw.; es wäre besser, objektiv festzustellen, dass die dichterische Darstellung dieses Künstlertypus (in seinem Sinne) eine Erweiterung und Bereicherung der deutschen Literatur darstellt. (...) Wir können aus eigenem Erleben, glaube ich, den Zwiespalt, aus dem heraus Thomas Mann zu dichten begann, durchaus verstehen und es umso mehr würdigen, wenn diese Dissonanz dennoch im Werk selbst, im objektiven und distanzierenden Dichten aufgelöst wird. Wie Maß und Beherrschung sich durchsetzen, das zeigen schon die Buddenbrooks, die Thomas Mann als Sechszwanzigjähriger schrieb.

(Nach dem im nebenstehenden Text zitierten Ausruf »Thomas Mann, du großer Dichter, auf Wiedersehen!« folgt dieser Schluss der Rede:)

»Zum Abschied nehmen wir noch einmal deinen Zauberberg zur Hand, zu lesen deine letzten Worte, bedächtig und sehnsüchtig:
>Wird auch aus diesem Weltfest des Todes, auch aus der schlimmen Fieberbrunst, die rings den regnerischen Abendhimmel entzündet, einmal die Liebe steigen?<«

leicht einmal den Wilhelm Meister, den Grünen Heinrich und den Zauberberg in einem Atem nennen werden. (...) Thomas Mann zwingt uns zur Auseinandersetzung mit seiner Anschauung von Künstler und Künstlertum, mit seiner Weltsicht, der auch wir unmittelbar nahe sind, ob wir wollen oder nicht, wir Menschen des 20. Jahrhunderts, – er hat uns als Dichter Endgültiges zu sagen. Verlieren wir in unserer Zeit, wo wir dem ›Eingepresstwerden‹ in eine bestimmte Anschauung auf allen Gebieten fast ganz zu verfallen drohen, nicht den Blick für die Vielzahl der Erscheinungen, versinken wir nicht in der Blicklosigkeit, lasst uns auch das, was man heute wegwirft, prüfen, ob es das Wegwerfen wirklich verdient, oder ob es uns nicht im Gegenteil sehr viel zu sagen hat, gerade uns! Das war es, was mir am Herzen lag, was ich in einigen nächtlich geschaffenen, aus langem Vertrautsein mit dem Dichter erwachsenen, aber – leider – sehr unwissenschaftlichen Gedanken habe sagen wollen. Thomas Mann, du großer Dichter, auf Wiedersehen!«

Ein solcher Vortrag im Sommer 1944 über einen exilierten Schriftsteller, der in der BBC regelmäßig das schnelle Ende der Naziführung herbeiwünschte, war nach damaligen Rechtsnormen ein Heimtückeverbrechen gegen Volk und Staat. Courage, List und Geistesgegenwart hatte Jens schon als 13-Jähriger bewiesen, und zwar am 27. April 1936. Damals verhörte ihn ein Gestapo-Beamter wegen seines deutlich antinazistisch auftretenden und inhaftierten Lateinlehrers Ernst Fritz und protokollierte spürbar verärgert: »Jens weiß grundsätzlich überhaupt nichts. (...) Es seien keine Witze über Goebbels und Göring

erzählt worden. (...) Fritz habe nicht erzählt, wie er einmal von SA-Leuten angerempelt worden sei. Er habe niemals über die jüdische Rasse etwas gesagt. Die Aussagen von Jens sind offenbar unrichtig. Er ist in jeder Weise bemüht, Fritz in Schutz zu nehmen. Ob er diese Stellungnahme aus eigenem Antrieb einnimmt oder von irgendeiner Seite hierzu beeinflusst worden ist, konnte ich nicht feststellen.«

Damit sind die mir zugänglichen Dokumente vorgestellt, die Auskunft über das Verhalten des Schülers und Studenten Walter Jens in der NS-Zeit geben.^[126] Würdigt man sie insgesamt, dann spricht einiges für Jens' Darstellung, er habe sich nicht aktiv um den Eintritt in die NSDAP bemüht und von seiner Mitgliedschaft nichts gewusst. Die Schriftstücke und die Auskünfte noch lebender einstiger Kommilitonen zeigen einen Hochbegabten, der vom politischen Zeit- und Ungeist nicht ganz unbeeinflusst blieb, jedoch mehrfach persönlichen Mut, beachtliche Prinzipienfestigkeit und geistige Unabhängigkeit bewies.

Nachträge 2014

Der vorstehende Text erschien im Januar 2004 in der Wochenzeitung Die Zeit. Die Recherchen dazu hatte ich auf Bitten der Redaktion Mitte Dezember 2003 begonnen, zunächst mit der Arbeitshypothese: Jens muss von seiner Mitgliedschaft gewusst haben – er sagt die Unwahrheit. Doch stützten die Dokumente meine Annahme nicht. Soweit ich sehe, wurden bis Ende 2014 keine meinen Ergebnissen widersprechenden Zeugenaussagen oder Urkunden bekannt. Dennoch stieß meine Verteidigung auf erhebliche Kritik. Dazu die folgenden sechs Nachsätze:

1. Jens' einstiger Mitschüler Ralph Giordano äußerte sich am 26. November 2003 zur soeben bekannt gewordenen NSDAP-Karteimitgliedschaft: »Sehr überrascht war ich schon, sage ich ganz offen. Aber es ändert überhaupt nichts an dem Bild, das ich von Walter Jens gewinnen konnte in den Jahren 1933 bis 1940. Damals ging ich mit ihm in dieselbe Schule, auf das Johanneum, ein altsprachliches humanistisches Gymnasium. Wir kamen 1933 im April dorthin, und der Rassenstaat begann eigentlich sofort zu wüten, wir wurden gleich in Arier und Nichtarier eingeteilt. Es war eine bittere Erfahrung, ich war zehn Jahre alt, wie gesagt, übrigens mit Jens zur gleichen Zeit geboren, er am 8. März 1923, ich am 20. März. Walter Jens hat eine ganz große biographische Bedeutung in meinem Leben gehabt, weil es eine Ära war, in der eines gefürchtet wurde, nämlich Freundschafts- und

Liebesverlust. Aber Walter Jens war einer der wenigen, die immer mein Freund geblieben sind, die nie geschwankt haben, nie in Versuchung geraten sind, immer zu mir gehalten haben, bis ich 1940 das Johanneum nach einem Gestapo-Prozess verlassen musste.«

2. Auf meinen in der Zeit veröffentlichten Text reagierte Jens am 15. Januar 2004 mit diesem handschriftlich verfassten Brief:

»Lieber und verehrter Götz Aly, ich bin vielfach in Ihrer Schuld: Der uns reich belehrende Rhodos-Aufsatz, die Dokumente über meinen Lehrer Nestle (ein friedlicher buckliger Mann, der dank einer Verwechslung gegen Kriegsende schauerlich ermordet wurde) und den furiosen Essay: Genauer und abgewogener geht es wirklich nicht. Und wie glänzend geschrieben: das Wechselspiel von Anpassung und Renitenz beleuchtend. Gerade vor einigen Tagen sprach ich noch mit dem emeritierten Freiburger Internisten Wolfgang Gerok (auch einem Exzuhörer, 1944) über meinen Thomas-Mann-Vortrag: haarscharf an schwerster Bestrafung vorbeigekommen!

Dank also – ich bin froh, dass ich, als Jürgen Peiffer mich wegen Ihrer Einsichtnahme ansprach, aufgrund genauer Kenntnis Ihrer Arbeiten sofort zustimmte – alles auf den Tisch: Heute war ich, da ich meine Promotionsakte nicht kannte, der Belehrte – und nicht nur die Leser. Ich hoffe, wir sehen uns einmal, im früher geteilten Berlin oder dem Südwesten. In Verbundenheit Ihr Walter Jens.« (Wir sahen uns leider nicht mehr.)

3. Nachdem mein Jens entlastender Text Mitte Januar 2004 erschienen war, behauptete Armin Nolzen in der Frankfurter Rundschau: Meinen Ergebnissen stünde »Jens' eigenhändige Unterschrift auf der Mitgliedskarte« entgegen. Zwei Tage später, am 6. Februar, fanden Nolzen und die FR-Redaktion zur Wahrheit zurück und berichtigten: »Diese Behauptung ist falsch. Es gibt keine Unterschrift auf der Mitgliedskarte.«

4. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung reagierte am 28. Januar. Der dort für zeitgeschichtliche und beamtenrechtliche Angelegenheiten zuständige Redakteur Rainer Blasius verpackte seinen Angriff auf meine Ergebnisse in die Form eines Porträts, versehen mit der Überschrift »Michael Buddrus. Der Gutachter«. Er lobte den seit 1994 am Institut für Zeitgeschichte tätigen Historiker als den Fachmann schlechthin, der über die mit Walter Jens' NSDAP-Mitgliedschaft verbundenen Fragen urteilen könne. Schließlich sei der »selbstbewusste Mecklenburger« Buddrus bereits »zigtausenden biographischen Spuren« nachgegangen, »um Führungsstruktur und Führungspersonal von HJ, BDM und allgemeiner SS zu erfassen«, und habe sich »als Experte für Jugendpolitik in zwei Diktaturen« einen Namen gemacht.

So mag das mit Blasius ausdrücken, wer will. Kritischer gestimmt, könnte man sagen: Buddrus lieferte im Januar 1989 eine rundum DDR-konforme organisationsgeschichtliche Dissertation zur Hitlerjugend an der Universität Rostock ab. Er war 1978 der SED beigetreten und in der Tat, um es mit Blasius zu

sagen, »Experte für Jugendpolitik« geworden, allerdings in einer deutschen Diktatur, nämlich als zeitweiliger Mitarbeiter des Zentralrats der DDR-Staatsjugend, um 1985/86 »an der Vorbereitung der Ausstellung zum 40. Jahrestag der FDJ im Museum für Deutsche Geschichte mitzuarbeiten«.

Buddrus hatte seit dem Sommersemester 1978 in Rostock Geschichte studiert und im Jahr darauf als sangesfroher Gitarrist zum weithin bekannten Studentenkabarett ROhrSTOCK gefunden. Zeitgleich, am 18. Mai 1979, registrierte ihn die Staatssicherheit als Inoffiziellen Mitarbeiter im besonderen Einsatz (IME) unter dem Decknamen Sänger. Anders als im Fall Jens blieb es nicht bei einer unbewiesenen, in jedem Fall aber sehr kurzen Jugendsünde. Noch am 25. Oktober 1989 bescheinigte Eberhard Kopprasch, Oberst der Staatssicherheit: »Dr. Buddrus wird als zuverlässig eingeschätzt und leistet eine ehrliche Zusammenarbeit mit der Dienst Einheit.«

Im Jahr 1982 hatte Buddrus-Sänger der Stasi über eine Kommilitonin berichtet, die ebenfalls der Kabarettgruppe angehörte. Neben privaten Einzelheiten teilte er zu deren politischem Verhalten mit: »Hat eine oft sehr kritische, um nicht zu sagen meckerhafte Haltung zu unserem Staat.« Diskussionen über Grundsatzfragen verweigere sie sich mit dem Hinweis: »Es ändert sich sowieso nichts und ist sowieso egal, ob man darüber redet oder nicht.« So viel zu dem Experten, den Rainer Blasius in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gegen Walter Jens und die Ergebnisse meiner

Nachforschungen ins Feld führte.[127]

5. Ich finde, der geschilderte Fehltritt – begangen in einem totalitären, ihn eben von Kindheit an prägenden Staat – sollte Michael Buddrus nicht weiter nachgetragen werden. Er hat mittlerweile einige beachtliche Bücher zur mecklenburgischen Zeitgeschichte vorgelegt. Ob er als oberster zeitgeschichtlicher Richter Fälle überprüfen sollte, in denen es um verschwiegene, vergessene oder möglicherweise unwillentliche Mitgliedschaften in der NSDAP geht, erscheint jedoch fraglich. Eine gewisse Befangenheit ist jedenfalls nicht auszuschließen.

6. Nachdenken mögen die Redakteure der FAZ über ihre 2003 und 2004 hoffärtige Art, den Fall Walter Jens zu behandeln. Während dieser im Juni 1944 den zitierten Vortrag zu Thomas Manns 69. Geburtstag gehalten hatte, veröffentlichte die FAZ sechs Jahre später den Artikel »Thomas Mann – Zu seinem 75. Geburtstag«, der – passenderweise mit einem freigestellten Zitat von Carl Schmitt verziert – bequem in einem Propagandablatt von Goebbels, etwa in der Wochenzeitung Das Reich, hätte erscheinen können. Hier der erste Absatz des Feuilleton-Aufmachers, den die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 6. Juni 1950 über einen politisch verfolgten, verfemten und ins Exil gejagten Schriftsteller völlig ungeniert druckte:

»Es geht nicht an, in Geburtstags-Sentimentalität zu vergessen, was uns von Thomas Mann scheidet. Er tritt uns als Exponent einer bis zur Dummheit gehenden Abneigung gegen Deutschland entgegen, und diesem

Affekt, der ihn zu verzehren scheint, antworten aus dem Volk, dem er einmal angehörte und von dessen Schicksal er sich nicht 1933, sondern 1945 trennte, Verachtung und Wut. Dieser Schriftsteller ist eine Linse, die die Strahlen der Partisanen-Bosheit sammelt – aber freilich einer besonders gearteten. Wie seinem Werk, seinem Denken, seiner Sprache alles Elementare fehlt, so ist auch dieser Hass kein flackerndes, sondern ein schwelendes Feuer, Vernichtungslust in Form von moralischen Urteilen, kein freier Ausbruch, sondern ein Würgen des Kloßes, der sich in der Kehle verklemmt hat. Zudem ist der Hass weltgeschichtlich nicht mehr aktuell, er gilt einer untergegangenen Gestalt des globalen Bürgerkrieges, in dem wir stehen, er ist Thomas Manns private Lust und nichts anderes als die Außenseite einer maßlosen Eitelkeit, wie sie sich nicht nur in jedem seiner sich in sich selbst spiegelnden, sich selbst Beifall klatschenden Sätze, sondern etwa auch in der Behauptung ausspricht, er repräsentiere heute den deutschen Geist. Es erübrigt sich, die Ungerechtigkeiten aufzuzählen, zu denen die Verbitterung ihn verführte – nur so viel, dass er, einst ein Freiheitsfreund, zum Anwalt der östlichen Schinderwelt geworden ist und dass er, was an ihm liegt, tut, um die Rettung des Abendlandes, die in letzter Stunde unternommen wird, zu verhindern. Der Clan Mann ist eine Giftzisterne geworden, und es tröstet nur, dass die Zahl derer, die aus ihr schöpfen, immer geringer wird.«

Im Weiteren hieß es in dem von Gerhard Nebel verfassten Feuilletonaufmacher der FAZ: »Thomas Mann kann schreiben, aber er kann nicht denken. Die windigen

Identifikationsreihen, die er zusammenbastelt, wirken etwa auf dem Hintergrund der zuchtvollen Sätze Heideggers lächerlich, und wenn Thomas Mann sich gebildet gibt, so kann das nur Halbgebildete erfreuen.« Nebel hielt Mann das »gewitzte Spiel« seiner Romane vor, den »Gaumen-Genuss«, die Virtuosität, die Ironie und schließlich die »humanistische Leere« und verzichtete natürlich nicht darauf, neidvoll über den Erfolg dieses »bloßen Artisten« zu geifern, »der als tüchtiger Kaufmann sein Pfund bis zum Letzten ausbeutet«, aber der Hauptvorwurf lautete: »Er ist Humanist.« Stattdessen wünschte sich der damals häufig in der FAZ schreibende politische Essayist Nebel: »Getriebenheit«, »Einbrüche des Seins«, »metaphysische Bewegung«, »sprachliches Urgestein« im Stile Ernst Jüngers, »die stoßende, verwandelnde Kraft des Wortes«, den »Eintritt ins Ungeheure, sowohl in Grauen, Majestät und Gnade des Seins wie in die trachtige Dunkelheit der Sprache«.

Mit diesem postnazistischen Artikel bediente und förderte die Frankfurter Allgemeine Zeitung die im damaligen Deutschland noch weit verbreiteten Ressentiments gegen Thomas Mann. Wer den Text liest, kann ermessen, was der blutjunge Walter Jens mit seinen beiden Vorträgen zu Thomas Mann im Jahr 1942 und erst recht 1944 geleistet hat. Er brachte außergewöhnlichen Mut auf und zeigte innere Freiheit – und das, obwohl er seit seinem zehnten Lebensjahr unter der geistigen Glocke nationalsozialistischer Staatserziehung und Propaganda aufgewachsen war.

Arbeit an den »Vorstufen der Vernichtung«

Zwei Historiker in den NS-Jahren^[10]

Den Streit um die NS-Vergangenheit ihrer mit harten Sanktionsregeln bewehrten Zunft verzögerten tonangebende deutsche Historiker, solange sie nur konnten. Vier Jahrzehnte pflegten sie den Anschein, als hätten sich zwar Ärzte, selbst Zahnärzte, Fürsorgerinnen, Industriearbeiter, Beamte, Lehrer und Juristen, Dirigenten, Unternehmer und Bankiers dem Hitlerismus in die weit geöffneten Arme geworfen, doch seien Geschichtswissenschaftler standhaft geblieben. Ausgerechnet sie! Das konnte nicht sein. Schließlich gründete die nationalsozialistische Staatsdoktrin im weitesten Sinn auf historischen Mythen: auf Volksboden, Kulturnation, Germanenblut, Reichsidee, Ostkolonisation usw.

Staatstragender, staatsschaffender Historismus

Wer sich einmal nur beiläufig mit nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik beschäftigt hat, den überrascht nicht, dass die damals politisch Mächtigen auch Historikern Drittmittel, neue Forschungsfelder und Paradigmenwechsel boten, zudem Institute, editorische Großprojekte, neue Plan- und Zeitstellen, Aufstiegschancen und öffentliche Anerkennung in Hülle und Fülle. Erst auf dem Frankfurter Historikertag im September 1998 stellten sich die Herren der Zunft und ihr jüngeres, überwiegend schweigend angepasstes Gefolge dem so lange verpönten Thema – spät, unfreiwillig, verdruckt und komisch, aber immerhin.^[128] Schließlich ging es dabei nicht allein um die Willfähigkeit einzelner Repräsentanten irgendeiner akademischen Disziplin, sondern auch um die Frage, was von Historikern zu halten ist, die es an der laufenden Überprüfung ihrer Lehrmeister, Methoden, Paradigmen und Traditionen fehlen lassen.

Mit Recht konzentrierte sich die Auseinandersetzung auf diejenigen, die als Erneuerer und Vorbilder nach 1945 Einfluss gewonnen hatten, allen voran Theodor Schieder (1908–1984) und Werner Conze (1910–1986). Zur Debatte standen Traditionen und Methoden, die einerseits gut mit dem Nationalsozialismus harmonierten, jedoch andererseits nicht als altbacken, rechtskonservativ oder nazistisch abgetan werden konnten.

Die Selbstvergewisserung hätte spätestens 1992 beginnen müssen, als Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth ein Geheimgutachten veröffentlichten, das der 31-jährige Theodor Schieder Ende September/Anfang Oktober 1939 ausgearbeitet hatte.

[129] Seither war bekannt, dass er die Deportation mehrerer hunderttausend Polen vorgeschlagen und – dem »Aufbau einer gesunden Volksordnung« zuliebe – »die Entjudung Restpolens« gefordert hatte. 1996 griff ich in meinem Buch »Macht, Geist, Wahn« die Ergebnisse von Ebbinghaus und Roth auf und erweiterte sie um eigene Nachforschungen.[130]

Schieders Schüler Hans-Ulrich Wehler nahm die 1992 erschienene Dokumentation sofort zur Kenntnis, meinte abweisend: »Da müssen richtige Historiker ran« – und schwieg bis 1998. Erst langsam, die Boten der schlechten Nachrichten fortgesetzt denunzierend, begannen Wehler und dessen Kollege Jürgen Kocka, der bei Werner Conze gelernt hatte, sich mit den Tatsachen auseinanderzusetzen.

Doch wäre es besser gewesen, sie hätten die spät gewonnenen Einsichten nicht sofort mit Ungenauigkeiten abgepolstert und behauptet, »neue Funde« hätten sie nachdenklich gemacht.[131] Neu war nicht das eine oder andere Dokument, sondern die (erzwungene) Bereitschaft, die jüngere Geschichte des eigenen Fachs anders als unter beschönigenden Vorzeichen zu betrachten. Auch stammten die Stück für Stück veröffentlichten Dokumente nicht, wie Kocka immer wieder erfand, aus »erst jetzt zugänglichen«

osteuropäischen Geheimarchiven. Jeder, der die fraglichen Quellen einmal in der Hand gehabt hat, weiß, dass sie in der Mehrzahl im Bundesarchiv und im Geheimen Preussischen Staatsarchiv liegen und lagen. Neben den Arbeiten, die Schieder und Conze vor 1945 publiziert hatten und die in allen wichtigen Bibliotheken standen, hätten auch die einschlägigen Archivalien schon vor Jahrzehnten der kritischen Überprüfung unterzogen werden können. Nur wollte das niemand.

Das Schweigen und spätere Schönreden hängt mit dem Selbstverständnis des Faches zusammen, mit den inneren Regeln der sogenannten Zunft, mit dem Selbstbild einer nach außen hin abgeschlossenen Gruppe. Vielerorts zieren die Väter des deutschen Historismus von Ranke, Sybel und Mommsen bis Treitschke ganze Straßenzüge in den besseren Wohnvierteln, und das nicht ohne eigentümlichen Sinn: In Gestalt des wilhelminischen Reiches wurde der deutsche Einheitsstaat nicht im revolutionären Prozess geschaffen, sondern mit Hilfe preussisch-protestantischer Vorherrschaft. Die Monumenta Germaniae Historica, jene 1819 begonnene gewaltige Sammlung von Urkunden zur Geschichte des – im Nachhinein für »deutsch« erklärten – Mittelalters bildete das Fundament vaterländischer Historiographie; ihre Bände erscheinen seit 1829 fortlaufend bis heute.

Die Herausgeber gehörten zu den Mitbegründern der modernen Geschichtswissenschaft. Sie lehnten den universalen, antizentralistischen und politisch auch sonst nicht besonders straffen mittelalterlichen Reichsgedanken ab. Stattdessen bevorzugten sie

wissenschaftliche Teutomanie und trugen dazu bei, das moderne Deutschland als geschichtlich definierten Herrschaftskörper aus der Taufe zu heben – nicht als antifeudalen Verfassungsstaat. Diese staatstragende, ja geradewegs staatsschaffende (selbstgestellte) Aufgabe prägte die Geschichtswissenschaft und die Germanistik schon im Augenblick ihrer Entstehung bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die kulturelle Verwobenheit weiter Gebiete Mitteleuropas, die Übergangslandschaften an den Rändern des böhmischen Beckens, im Elsass wie der Bukowina, in Kärnten oder in der Steiermark, ließen die deutschen Außengrenzen infolge der sprachnational definierten Fiktion »Volk« unklar bleiben. Doch die von Anfang an politisierte Wissenschaft forderte Klarheit. Daraus folgten fast zwangsläufig Konflikte mit den andersnationalen Nachbarn, besonders solchen im umstrittenen Osten und Südosten. Diese Nachbarn stuften erst deutsche Historiker, dann Publizisten und Politiker kurzerhand als »geschichtslose Völker« ein, denen allenfalls insofern Beachtung zukomme, als sie Gegenstand deutscher Kolonisationswerke geworden seien.

»Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt«, später vom Adriatischen Küstenland bis zur Narva, von Flanderns Stränden bis zum Pruth, das bedeutete Überheblichkeit, Unduldsamkeit, erst Nationalitäten-, dann Rassenhass, Grenzlandkampf, Bürgerkrieg und Krieg in alle Himmelsrichtungen. Auf komplementäre Weise vergrößerten sich die Reibungsflächen rasch, weil die slawischen Anrainer

nichts Besseres zu tun hatten, als das deutsche Modell sprachnationaler Selbstfindung umstandslos zu kopieren. Sie brachten nun ebenfalls ihre Grimms und Treitschkes hervor, ihre Nationalhistoriker und -philologen, pflegten ihren Kollektivistolz und ihr volkhaftes Reinheitsstreben.

»Euer Vaterland werdet ihr euch nicht erklügeln«, so stimmte Leopold von Ranke (1795–1886) den Kammerton teutozentrischer geschichtlicher Selbstfindung an – einer Setzung, die vor allen quellenkundlichen Mühen stand. Ranke meinte damit den wissenschaftlich gestützten Rückgriff auf vorgeblich nationales Brauchtum, deutsche Sitte und Religion. Das bedeutete in seinem richtungsgebenden Fall die nationale Überhöhung der protestantischen Reformation in Zuspitzung auf Luther, dessen Denken »der echten reinen Tiefe und eingeborenen Macht des deutschen Geistes« entsprungen sei.

Gleichwohl fehlte Ranke die verächtliche Haltung gegenüber dem Fremden, Überstaatlichen und Transnationalen. »Massenbewegungen« und »wilde soziale Leidenschaften« blieben ihm »unheimlich«, wie Heinrich von Treitschke befand. In diesem Sinn monierte Theodor Schieder 1942 eine gewisse »Entfremdung« des späten Ranke gegenüber dem nationalen Wollen seiner Zeit und zieht ihn des »Mangels an deutschem Herz«.^[132] Wie anders Treitschke, der 1879 die Parole ausgab: »Wir wollen nicht, dass auf die Jahrhunderte germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischkultur folgt.«^[133] Dabei spielte es keine Rolle, ob sich diejenigen, die so dachten, als Chronisten und

Interpreten dynastischer Kabinetts- und Kriegsgeschichte verstanden oder sich der neu aufkommenden Kultur-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte zuwandten.^[134]

Forschen für die »deutsche Sendung«

Theodor Schieder steht als Beispiel dafür, wie junge, ehrgeizige Historiker an den imperialistischen und demographischen Konzepten des Nazismus mitgearbeitet haben. Ältere Kollegen, die den Ersten Weltkrieg mitgemacht hatten, mit der ersten deutschen Republik nicht viel anzufangen wussten und die »nationale Wiedergeburt« unter Hitler als großen politischen Fortschritt ansahen, förderten sie wohlwollend. Dazu gehörten zum Beispiel Karl Alexander von Müller, Hermann Aubin und Albert Brackmann, der eine Schieders Doktorvater, die beiden anderen dessen spätere Mentoren. Sie alle definierten unentwegt, wo sogenannter deutscher Volksboden und Lebensraum zu finden und wer dort als kulturell höherwertig, störend oder gefährlich einzustufen sei.

Die Quintessenz solchen Denkens brachte ein bis heute unbekannt gebliebener Historiker im Oktober 1944 als Durchhalteartikel zum Druck. Nach Diktion, Einstellung und Zielsetzung gehörte er eindeutig zu dem Kreis von Wissenschaftlern, dem auch Schieder zugetan war: den sogenannten Forschungsgemeinschaften, heute würde man sagen Netzwerken, die den auslandsdeutschen »Volksboden« historiographisch analysierten und sich um das wissenschaftliche Großprojekt »Handbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums« gruppierten.^[135]

Unter der Überschrift »Geschichte kriegswichtig?«

schrieb der Anonymus in dem streng vertraulichen, an die Chefredakteure von Zeitungen und Zeitschriften gerichteten geistigen Lenkungsorgan Deutscher Wochendienst: »In Wirklichkeit sind unsere Begriffe, mit denen wir täglich arbeiten, das Nationalbewusstsein und der Gedanke des Volksstaates, überhaupt erst durch die Geschichtsforschung geschaffen worden.« Gleiches machte der Autor für die »deutsche Sendung im Osten« aus, für »die Entlarvung der Rolle Englands«, für die kriegerischen Auseinandersetzungen um Südosteuropa, die rechte Vorstellung von der Volksgeschichte und die antisemitische Stoßkraft des Dritten Reiches: »Unser gesamter Kampf gegen das Weltjudentum nährt sich angesichts der Hintergründigkeit und Verborgenheit, mit der das Weltjudentum seine Pläne ins Werk setzt, ganz weitgehend von der Durchforschung von Politik, Wirtschaft und Geistesleben der einzelnen Länder, um in diesen die Fäden der jüdischen Verbindungen aufzuspüren und schließlich das Gesamtbild der jüdischen Macht entwerfen zu können.«[136]

Die Sätze unterscheiden sich nicht prinzipiell von solchen, die Schieder damals äußerte. Die »Entlarvung Englands« gehörte zu einem seiner Projekte, ebenso die »deutsche Sendung im Osten« und die wissenschaftliche Unterfütterung des Staatsziels »Entjudung«. Zum Beleg sei der Gedanke angeführt, mit dem Schieder seine amtsgeheime Denkschrift vom 11. Oktober 1939 zu Annexionen und Zwangsumsiedlungen im besetzten Polen abschloss. »Überlässt man diese Dinge sich selbst«, heißt es dort, »so ist mit der Möglichkeit zu rechnen,

dass die Zersetzung des polnischen Volkskörpers – besonders wenn das Judentum nicht restlos entfernt werden kann – zum Herd neuer gefährlicher Unruhe werden kann.«^[137] Mehr noch: Schieder, der wegen eines Herzleidens wehruntauglich war und seinen historiographischen Kriegseinsatz vielleicht auch deshalb mit Eifer betrieb, fragte sich im Dezember 1944, wie er »an der Intensivierung der geistigen Verteidigung« teilnehmen könne. Er trat der »Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr« bei, die im Amt Rosenberg angesiedelt war, und übernahm die Bearbeitung des Schwerpunkts »Liberalismus und Marxismus«, zweier aus seiner Sicht wegen ihres Internationalismus verschwisterter Feinde Deutschlands, hinter denen sich nach damals herrschender Meinung jeweils das »Weltjudentum« verbarg.^[138]

Theodor Schieders Lebenswerk weist ihn als Gelehrten von Gewicht aus, er steht für Kontinuität und für methodischen Fortschritt, seine Schüler prägten das Fach bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Er legte keine übertrieben steile Nazikarriere hin, aber eine beachtliche. Im Jahr 1908 im bayerischen Öttingen geboren, promovierte er 1933 bei dem nationalkonservativen Karl Alexander von Müller in München. Anschließend ging er nach Königsberg, trat dort 1937 der NSDAP bei, habilitierte sich 1940, wurde Dozent und 1942 – nach einer Vertretungsprofessur in Innsbruck – ordentlicher Professor an der Universität Königsberg. Lange bevor Flucht und Vertreibung einsetzten, verließ er Königsberg im August 1944 und

setzte sich mit seiner Familie ins heimatliche Bayern ab.

[139]

Zeitgeschichte für den geheimen Dienstgebrauch

Während seiner Königsberger Jahre leitete Schieder die Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte, zuerst hauptamtlich, seit 1940 neben seiner Professur. Heute würde man von einem Regionalinstitut für Zeitgeschichte sprechen. Gegründet hatten es 1933/34 der jungdynamische Professor Theodor Oberländer und der Generaldirektor der preußischen Staatsarchive Albert Brackmann, die Graue Eminenz nationalistischer Ostforschung. Das Hauptziel der Landesstelle bestand darin, zwecks Revision des Versailler Unrechts zeitgeschichtliches Material aufzubereiten. Zudem diente sie den tagespolitischen Zwecken der damaligen deutschen Führung, arbeitete der ostpreußischen Provinzialregierung zu, der Gauleitung der NSDAP und anderen parteinahen Organisationen. Das Kuratorium setzte sich entsprechend zusammen. Die Expertisen des Instituts waren überwiegend für den internen Behördengebrauch bestimmt.

In seinen nach 1945 verfassten Lebensläufen sparte Schieder diese immerhin zehnjährige Tätigkeit nach Möglichkeit aus, ebenso in der umfänglichen Erklärung, die er im Entnazifizierungsverfahren abgab.^[140]

Allerdings gibt es Dokumente und wissenschaftliche Texte, die implizit einen geistigen Wandel dokumentieren, eine selbstkritische Reflexion jener Volkstums- und Rassenpolitik, an der er während des

Dritten Reiches mitgewirkt hatte.^[141] Einzig Werner Conze verstand sich 1985 bei der akademischen Trauerfeier für seinen Freund aus Königsberger Zeiten auf den bestenfalls halbwahren Hinweis: »Die Aufgabe der Landesstelle bestand darin, zeitgeschichtliche Quellen in Ostpreußen zu sammeln, in Königsberg zu archivieren und so die Grundlage für Forschungen zu schaffen.«^[142]

Zwar ist die angebliche Harmlosigkeit dieses Instituts mittlerweile widerlegt, doch konnte sich Schieder zum einen darauf stützen, dass die wesentlichen Akten seiner Tätigkeit als Berater der Macht in den ostpreußischen Feuerstürmen der letzten Kriegsmonate untergegangen waren, zum anderen wird er angenommen haben, dass die Archivare des Geheimen Preußischen Staatsarchivs schon dafür sorgen würden, dass allzu Belastendes verschwände. Schließlich gehörte die Landesstelle Ostpreußen zur Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte in Berlin, beide Institutionen waren dem Geheimen Preußischen Staatsarchiv angegliedert und unterstanden der Aufsicht des mittlerweile pensionierten, aber noch höchst aktiven Brackmann.^[143]

Noch im Herbst 1996 waren alle meine Anfragen im Geheimen Staatsarchiv nach den einschlägigen hauseigenen Akten ins Leere gelaufen. Die Recherchen für meinen Aufsatz »Rückwärtsgewandte Propheten« (Januar 1997) endeten an dieser Grenze. Erst nach Abschluss dieser Arbeit gelang es mir, im Sommer 1997 mit Hilfe der Stasi-Unterlagenbehörde einen Bestand nachzuweisen, der einige tausend Blatt Papier umfasst

und die schriftliche Hinterlassenschaft der Berliner Zentralstelle enthält, einschließlich der in Berlin gesammelten Korrespondenzen, Protokolle und Berichte ihres wichtigsten Regionalinstituts, der Landesstelle Ostpreußen. Beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit hatte ich unter dem Suchbegriff »Theodor Schieder« eine Kopie der Personalakte Schieders gefunden. Sie stammte aus dem Archiv Merseburg, dessen Bestände nach der Wiedervereinigung sofort in das Geheime Preußische Staatsarchiv in Berlin zurückgeführt wurden. Erst mit diesen Dokumenten in der Hand gelang es mir, die im Folgenden benutzten Akten der Forschung zugänglich zu machen.

Die Dokumente konkretisieren und stützen, was von kritischer Seite zu Schieders damaliger Tätigkeit bereits vorgetragen worden war. So machte er sich gleich 1935 Gedanken, wie an die »beschlagnahmten Akten vor allem der aufgelösten marxistischen Parteien« heranzukommen sei; er betrieb durch und durch affirmative Studien »über den Verlauf des Kapp-Putsches in Ostpreußen«, widmete sich den Freikorpskämpfen und der Novemberrevolution von 1918 und ging explizit, mit Ausrufezeichen versehen, dem nach, was er für den »Anteil der Juden!« am »Novemberunrecht« hielt. Schieder wollte herausfinden, in welchem Maß sich »bodenständige Elemente« einerseits und »Landfremde« oder »Sendlinge« andererseits an der kurzen Königsberger Räteherrschaft beteiligt hätten. Eine solche Figur war allerdings schwer zu finden, sieht man

von der nicht näher ausgeführten Rolle des Arbeiter-Rats Gottschalk ab, »eines der USP angehörenden jüdischen Arztes«.[144]

Die Dokumentation der revolutionären Ereignisse und der Abstimmungskämpfe in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bewerkstelligte Schieder mit Hilfe einer methodischen Innovation: mit großangelegten »Befragungsaktionen«. Nach 1945 nutzte er das Verfahren mit ausgezeichneten Ergebnissen für die »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa«, seine, wie ich finde, bedeutendste Leistung. Niemand, der sich mit der ethnischen »Säuberung« Europas im 20. Jahrhundert wissenschaftlich auseinandersetzt, wird auf dieses Großwerk verzichten. Es überragt die eher konventionellen, empirisch schwachen, aus dem schon Gedruckten geschriebenen Arbeiten über Bismarck (»unvollendete Reichsgründung«) und Friedrich den Großen (»Königtum der Widersprüche«) bei weitem. Mir ist unverständlich, warum sich einige Schüler Schieders ausgerechnet von dieser wissenschaftlichen Tat ihres Lehrers distanzieren.

So richtig begann Schieders Arbeit in Königsberg erst 1938, als der Aktionsradius seiner Landesstelle territorial immer größer wurde. Am Anfang stand die »Rückgliederung des Memellandes« im März 1939, die eine Darstellung des dortigen »Volkskampfes« verlangte. Schieder erhielt sogleich den Auftrag, für das Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums den Artikel über das Memelland beizusteuern.[145] Das

Manuskript schickte er 1942 an die Redaktion. Obwohl sicherlich in mehreren Exemplaren hergestellt und wahrscheinlich als Fahrenkopie vorhanden, konnte ich es nicht auffinden.

Seit dem Überfall auf Polen verschrieb sich Schieder den »neuen Aufgaben, die durch den Krieg und die Gewinnung neuer Gebiete im Osten« an ihn »herangetreten« seien. Er forderte die Besatzungsbehörden im annektierten »Neuostpreußen« auf, »ihrerseits Wünsche zu äußern«, und stellte sich und seinen Mitarbeitern die folgende Aufgabe: »Heute wird jede Darstellungsarbeit das Ziel haben müssen, die geistigen Grundlagen für die neue deutsche Ordnung mitschaffen zu dürfen und aus dem geschichtlichen Erfahrungsbestand Hinweise für eine dauernde Sicherung und Sicherheit in diesem Raum zu geben.«^[146] Vor den Gaugewaltigen dozierte er: »Für Polen hat sich das staatsrechtliche Prinzip der Teilung durchgesetzt.«

Ähnliches hatte Brackmann seinen Zeitgeschichtsforschern im November 1939 ans Herz gelegt: »Das polnische Problem wird zwar durch die gegenwärtige Entwicklung nicht verschwinden, aber es wird der Forschung andere Aufgaben stellen. Namentlich sind wir genötigt, den Bedürfnissen der gegenwärtigen Politik Rechnung zu tragen.«^[147] Selbstredend leugnete auch Brackmann später, was sich nur leugnen ließ. »Den Antrieb zu dieser wissenschaftlichen Tätigkeit«, so verbreitete er 1946, »gaben nicht etwa politische Interessen, die wir vollkommen in den Hintergrund

drängten.«[148]

Von seinen Mitarbeitern ließ Schieder Nachlässe und Behördenakten durchsehen und Sachindices anlegen, um interessierten Behörden jederzeit Auskünfte geben und gewünschte Expertisen schneller anfertigen zu können. So hatte sich nach Schieders Angaben schon vor dem Krieg »der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS in mehreren Fällen an die Landesstelle gewandt, ebenso die Landesleitung des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland und der Bund Deutscher Osten«. Die Stichwörterliste erstellten Schieder und seine Assistenten Ernst Keit und Burchard Sielmann. Beispielsweise untergliederten sie den Punkt »Novemberrevolte und ihre Folgen« so:
»Gegenrevolutionäre Bestrebungen, Lageberichte, Ostjudengefahr, Parteien, Revolutionsbehörden und Polenfrage, Selbstschutz, Streiks, Umsturzverlauf, Unruhen und Gegenmaßnahmen, Verwaltung der Provinz.«[149] Neben aktuellen Expertisen verkarteten sie neu hinzugewonnene Akten und Nachlässe; zudem beschlagnahmten sie polnische Dokumente, »um für dienstliche Zwecke und vertrauliche Anfragen jederzeit Auskünfte zu erteilen«. Das Schlagwortverzeichnis der Sachkartei, das sie allen interessierten Behörden zur Verfügung stellten, enthielt Begriffe wie
»Bolschewistische Gefahr«, »Polenabwehr«, »Judenfrage«, »Antisemitische Bewegung« oder »Ostjuden-Gefahr«.[150] 1941 standen auch der »Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums

(SS-Oberführer Gerlach) und das SS-Bodenamt in Plock«
auf dem Verteiler für die von der Landesstelle erstellten
geheimen Materialien.^[151]

Das jüdische Element

Schieders Stellvertreter Ernst Keit arbeitete damals an zwei Projekten. Zum einen übertrug ihm sein Chef »eine größere Untersuchung über ›England und die Ostsee 1919–1939‹«, zum anderen ein umfangreiches Projekt zur deutschen Kriegszielpolitik im (Ersten) Weltkrieg. Die Studien zielten auf »umfassende« Beiträge »zur Vorgeschichte der heutigen Ostverhältnisse«, sollten also der deutschen Kriegsführung und Politik unmittelbar nützen. Die Gliederung enthielt die beiden Hauptpunkte »Die Gewinnung von Siedlungsland als Beitrag zur Lösung der sozialen Frage« und »Möglichkeiten deutscher Zukunftsgestaltung im deutschen Osten«. Bearbeitet wurden Pläne des Jahres 1915 »zur Besiedlung des neuen Ostens«. Speziell ging es dabei um die Fragen, wo man 25 Jahre zuvor »die Rekrutierungsgebiete zur Siedlergewinnung« vermutet, wie die »Siedlungsgesellschaft Neuland« gearbeitet und wie es um die »Siedlungswilligkeit« gestanden habe. Anhand der Studie sollte geklärt werden, »ob damals Probleme zur Debatte« standen, die für die Gegenwart »größere Bedeutung« haben könnten, »wie z.B. der Gedanke des ›Wehrbauern‹ und Pläne für eine Umsiedlung der nichtdeutschen Bevölkerungsteile«.

Der von Keit verfasste Vorbericht findet sich in der von Schieder herausgegebenen Zeitschrift *Altpreußische Forschungen*. Darin steht, schon 1914/18 hätten die Juden den »deutschen Lebenswillen« zermürbt, die

»deutschen Interessen an die Feindmächte« preisgegeben und schließlich »in bewusster Gegenarbeit« die »Zersetzung der deutschen Widerstandsfront« bewirkt. Die Juden werden zum Sicherheitsproblem erklärt und ihre »Ausschaltung« gerechtfertigt. Daraus folgerten Schieder und seine Mitarbeiter für die Gegenwart: »Hier tritt uns zum ersten Mal das Judentum entgegen, das wir auch an den anderen Fronten der Gegenarbeit als eine antreibende und Zersetzung ausstrahlende Kraftquelle erkennen können. Die Auseinandersetzung zwischen Deutschtum und Judentum beginnt während des Weltkrieges in ihr entscheidendes Stadium zu treten. Dabei ist es unverkennbar, dass diese Problematik aus den Verhältnissen des Ostens, mit der Ostjudenfrage, verstärkt wurde. (...) Die Judenfrage im (Ersten) Weltkrieg ist noch nicht zusammenhängend behandelt worden. Es wären dabei sowohl die allseitige Ausbreitung des jüdischen Einflusses, die gesamtjüdischen Beziehungen wie die Einwirkung des Judentums auf die deutsche Politik zu beachten. (...) Abschließend hätte man den Anteil der Weltkriegsjahre am Anwachsen der antijüdischen Haltung im deutschen Volk ins Auge zu fassen, wurde doch bereits damals der Kampf gegen das Judentum auf breiter Basis von den nationalen Verbänden, von Männern wie H. St. Chamberlain, auch auf geistigem Gebiet (...) geführt. Auch hierbei müsste die Aktualisierung des Problems durch die Ostjudenfrage in Betracht gezogen werden.«^[152]

In den Konzepten, die Sielmann beisteuerte, heißt es

zu diesen breiter angelegten Forschungen: »Trägt die neue Grenzziehung von 1939 der Notwendigkeit eines Schutzstreifens nicht nur durch Verschieben der Reichsgrenze nach Osten, sondern ebenso durch planmäßige kolonisatorische Eindeutschung des erworbenen Landes in weitem Maße Rechnung, so ist es nicht nur von historischem Interesse, dass bereits 1915 Pläne zu einer Besiedelung des von Ludendorff geforderten Schutzstreifens im Reichsamt des Inneren vorgelegen haben. Es wäre von Wert, Näheres daraus kennenzulernen, vor allem, ob damals Probleme zur Debatte standen, die heute größte Bedeutung haben wie z.B. der Gedanke des ›Wehrbauern‹ und Pläne für eine Umsiedlung der nichtdeutschen Bevölkerungsteile.«^[153] (Sowohl Keit als auch Sielmann habilitierten sich im Sommer 1944, Ersterer in Königsberg, Letzterer in Posen. Beide fielen kurz darauf als Soldaten.)

In einem 1940 verfassten Gutachten über die kleine russische Gemeinde im annektierten, zuvor polnischen Płock regte Schieder an, »die Russen aus ihrer Verflechtung mit der polnischen Umwelt zu lösen«. Als Grund nannte er: »Ein gesundes und seiner Eigenart bewusstes Russentum (ist) infolge seiner antibolschewistischen und antipolnischen Haltung eine sichere und loyale Stütze der deutschen Gewalt.«^[154] Über den annektierten sogenannten Suwalkizipfel heißt es in einem ebenfalls 1940 gefertigten Gutachten Schieders: »Suwalki dient wieder wie schon einmal von 1795–1807 der Sicherung des deutschen Lebensraumes in Ostpreußen und hat für immer aufgehört, ein Vorwerk

reichsfeindlicher Bestrebungen zu sein.«^[155]

Der am 22. Juni 1941 begonnene Krieg gegen die Sowjetunion animierte selbstverständlich auch Historiker, die sich als wissenschaftliche Offiziere jeder Eroberung verstanden. Abermals stellte ihnen die Politik neue Herausforderungen. Abermals konnten sie ihre Wichtigkeit beweisen. Bereits am 13. Juli 1941 setzte sich Schieder dafür ein, dass sein Mitarbeiter Sielmann für die nach Moskau zu entsendende Archivkommission nominiert werde.^[156] Zunächst befasste er sich jedoch mit dem Naheliegenden, mit dem neu eroberten und faktisch Ostpreußen zugeschlagenen polnischen Bezirk Białystok, der 1939 vorübergehend an die Sowjetunion gefallen war. Von einer Erkundungstour dorthin berichtete Schieder 1941 frohgemut, dass »die persönlichen Voraussetzungen bei der Zivilverwaltung in Białystok für eine Zusammenarbeit ungewöhnlich gut« seien und er die »besten Eindrücke« mitgenommen habe. Auf der Basis solcher Feldforschung entstand ein bevölkerungsgeschichtliches Gutachten, an dem Schieder über Weihnachten 1941 mit Hochdruck arbeitete und es – trotz seiner Lehrverpflichtungen in Innsbruck – im Januar 1942 abschloss.^[157]

In betulicher, gelehrsam aufdrapierter Ausschaltungsprosa schrieb Schieder darin: »Die Juden, einst zur Zeit ihrer Einwanderung vom 14. bis zum 16. Jahrhundert durch religiöse Selbständigkeit und wirtschaftliche Unbeschränktheit eine bevorrechtete Klasse darstellend, sind heute völlig aus dieser entfernt und sind nur noch in den Ghetti der Städte anzutreffen.«

Natürlich hatten nach Schieder zuerst deutsche Kolonisatoren eine gewisse Kultur ins Land gebracht, nachdem diese den Boden vorbereitet hatten, »stürmten die Juden massenweise nach Polen-Litauen«, wie Schieder behauptete, und gewannen wirtschaftlich die Oberhand.

Die Ghettoisierung der Juden von Białystok begrüßte Schieder 1941. Schließlich, so legte er dar, seien 83 Prozent aller Zahnärzte der Stadt Białystok Juden gewesen, auch habe »der Jude« dort »nach und nach alle deutschen Tuchfabriken übernommen« und sich zu diesem Zweck während der Zarenzeit bereitwillig assimiliert: »Diese rein äußerliche russische Tünche hat das jüdische Element, das seine Rasse genauso zäh wie früher bewahrte, nur umso besser befähigt, wichtige wirtschaftliche Schlüsselstellungen zu besetzen. (...) Bereits um die Jahrhundertwende besaßen die Juden in der Textilindustrie Białystoks den bestimmenden Einfluss, der sich dann derart durchsetzte, dass schließlich von 42 größeren Betrieben 35 in jüdischen Händen waren. Aber auch als jüdisches Abwanderungsgebiet verdient der Bezirk Białystok Beachtung. So stammen aus Białystok der frühere Außenkommissar der Sowjetunion Litwinow, der bekannte Pariser Hotelier Ritz, der französische Automobilfabrikant Citroën und Zamenhof, der Erfinder des Esperantos.«

Als das Gebiet 1939 in Absprache mit Deutschland von der Sowjetunion annektiert und die Bolschewisierung der Region mit Gewalt durchgesetzt worden war, sei das, wie Schieder jetzt »nach dem Sieg deutscher Waffen«

behauptete, im Zusammenspiel von einheimischem »jüdischem Proletariat« und dem neuen »jüdisch-russischen Funktionärstum« geschehen. Das habe nun ein Ende gefunden, so Schieder: »Nach der siegreichen Beendigung der Doppelschlacht von Minsk und Bialystok war die Möglichkeit gegeben, das Bialystoker Gebiet wieder der deutschen Herrschaft zu unterstellen, die der Gauleiter und Oberpräsident Ostpreußens, Erich Koch, als Chef der deutschen Zivilverwaltung seit dem 1. August 1941 ausübt.«^[158]

Solche Schriften verfasste Theodor Schieder im Geheimen zur geistigen Munitionierung einer in jeder Weise terroristischen und von Anfang an völkermörderischen Besatzungsgewalt. Öffentlich formulierte er abstrakter, jedoch gleichfalls deutlich: »Reinheit des Blutes, politische Rechte und Erhaltung von Art und Sprache erscheinen hier als einziger Wirkungszusammenhang; fällt das erste Glied in dieser Kette aus, so verlieren auch die anderen ihren Halt.« So beschrieb er 1943 das Verhältnis von Verfassung, Volkstumspolitik und Volksbewusstsein in der neueren deutschen Geschichte. Mit seiner Geschichtspropaganda für das »Natürlich-Bluthafte«, für die »Lebensgesetze von Rasse und Art«^[159] bewegte er sich im breiten Strom der nationalen deutschen Historiographie, und definierte die »Reichsschöpfung von 1933« als jenen seit 1870/71 immer wieder »verfehlten Auftakt einer politischen Lebenseinheit des deutschen Volkes«.^[160] »Dass uns Blut zu Gold werde!«, zitierte er den frühen Ranke und sah darin den intellektuellen Auftakt zu jener »nationalen

Erweckung«, die erst mit dem Dritten Reich zur Vollendung gelangt sei – indem »wir den Schritt in ein neues Land weiter als die Generationen vor uns getan haben«. [161]

Sozialismus des guten Bluts

In seinem Gutachten vom September 1939 hatte Schieder die Siedlungsstrategie der »Volksbrücken« und der »Einkesselung« entwickelt. Er tat das mehrere Monate, bevor sich dieser Sprachgebrauch und entsprechende Ideen bei Heinrich Himmler finden. Für eine von ihm vorgeschlagene Germanisierungszone markierte er folgende Fluchtpunkte: »Das eingekesselte restpolnische Gebiet der Tucheler Heide bis Dirschau, außerdem der südlich der Volksbrücke Netze – Bromberg – Thorn liegende Raum mit einem Vorstoß von Posen über Kosten nach Lissa, der die polnische Ausbuchtung westlich Posen abschneidet.«

Gerichtet waren die Vorschläge an die Führer des deutschen Staates. Seiner Faustskizze zur Durchführung von Umsiedlungsverbrechen fügte Schieder weitere Ratschläge für die Exekutoren an, nämlich einen Katalog »vorbereitender Sofortmaßnahmen«: »Die Schaffung einer Generalvollmacht für den Staat zur Einziehung von ländlichem und städtischem Grundbesitz aus polnischer Hand. Die sofortige Einziehung der Besitztümer geflüchteter oder rechtskräftig wegen deutschfeindlicher Ausschreitungen verurteilter Polen. Die Ausweisung aller seit 1919 nach Posen-Westpreußen zugewanderten Polen. Dazu vorausgehend die Ermittlung des Wohnsitzes der Bevölkerung im Jahre 1914.« Alle diese Vorschläge Schieders wurden in den folgenden Monaten und Jahren Wirklichkeit.

Desgleichen harmonierte die sozialpolitische Tendenz der Denkschrift mit den Ideen Hitlers und Himmlers. »Auch wäre zu erwägen«, heißt es bei Schieder, »wie weit das Projekt der Wiedereindeutschung der Nordostprovinzen mit dem Gedanken einer Flurbereinigung in den Gebieten des südwestdeutschen Zwergbesitzes verbunden werden könnte.« Ferner schlug er »Landzuweisungen« vor, und zwar »an die weichenden Erben der einheimischen volksdeutschen Bauernhöfe und an deutsche Landarbeiter«, also an Angehörige der deutschen Minderheit im besetzten Polen.^[162] Der Grundgedanke derartiger national-sozial ausgerichteter Enteignungs-, Vertreibungs- und Umverteilungspolitik findet sich ein Jahr später nicht nur in Schriften und Reden Himmlers und seiner Planer der »völkischen Flurbereinigung« wieder, sondern auch in einem von Schieder geleiteten Forschungsprojekt. Ausdrücklich betrachtete er »die Gewinnung von Siedlungsland als Beitrag zur Lösung der sozialen Frage« in Deutschland.^[163] In historischer Perspektive sprach er vom »germanischen korporativen Assoziationsgeist« oder der »spezifisch deutsch-germanischen Ausformung genossenschaftlicher Grundsätze«.^[164]

Noch vor dem Krieg hatte Schieders Königsberger Kollege Werner Conze ähnliche und weitergehende Gedanken entwickelt. Er schlug 1939 die »Entjudung« der polnischen Städte und Marktflecken vor, um auf diese Weise die städtischen Berufe für die infolge von Erbteilung verarmten einheimischen Bauern

Ostmitteleuropas zu öffnen und einen Sog des sozialen Aufstiegs zu entfachen. Auch diesen Gedanken nahmen die leitenden Herren der deutschen Besatzungsregime in Osteuropa begeistert auf. Neben der Revision der Pariser Friedensordnung von 1919/1920, die von den Deutschen parteiübergreifend als Diktat empfunden wurde, bildete die Idee vom nationalen Sozialismus den zweiten wichtigen politischen Programmpunkt für den Erfolg der NSDAP. Sie stützte sich auf die Lehre von der Ungleichheit der Rassen und versprach den Angehörigen der Herrenrasse im selben Atemzug mehr innere Chancengleichheit als während des Kaiserreichs und noch der Republik. Die Kosten des im Kern egalitären, deshalb von so vielen als attraktiv angesehenen Projekts sollten den als minderwertig eingestuften Rassen und Völkern auferlegt werden. Die Politik des Arisierens, des Eroberns und Ausplünderns, des Vertreibens, Versklavens und Ermordens wies bis zum Ende des Dritten Reichs in diese Richtung.

Himmler bezeichnete diese Art von Politik, mit der anhand rassischer Kriterien die Chancen zum sozialen Aufstieg neu verteilt wurden, als »Sozialismus des guten Bluts«. Dazu passt, wie sich Schieder 1946 in seinem Verfahren zur Entnazifizierung rechtfertigte: »Als Historiker und sozial empfindender Deutscher musste es mich vor allem mit Genugtuung erfüllen, dass die verhängnisvolle Zurücksetzung des deutschen Arbeiterstandes im Volksganzen beseitigt zu werden und einer Einheit aller Stände Platz zu machen schien.«^[165]

Theodor Schieder fühlte sich nicht einem

traditionellen Honoratiorenantisemitismus verbunden, wie Wehler milde meinte, sondern jenem Rassendenken, das auf ethnische Homogenität, Lebensraum und Volksgemeinschaft gerichtet war. Ohne jede Quellenkenntnis wandte Jürgen Kocka auf dem Podium des Frankfurter Historikertages ein, Schieder sei nicht der Verfasser der von Ebbinghaus und Roth publizierten Denkschrift, er habe nur »mitprotokolliert«, was andere – ältere – Historiker besprochen hätten. Diese anderen waren Hermann Aubin und Albert Brackmann. Sie hatten die Initiative ergriffen, das stimmt. Das Protokoll führte allerdings Aubin, nicht Schieder. Es ist überliefert und wurde von Ebbinghaus und Roth ebenfalls 1992 ediert. Daraus ist ersichtlich, dass Schieder den Rahmen des Besprochenen überschritt. Im Protokoll findet sich kein Wort darüber, dass die Vertreibung der Polen – wie später von Schieder gefordert – mit der »Entjudung« verbunden werden solle.

Nachdem 1995 die von den Initiatoren redigierte und verschickte Endfassung aufgefunden worden war, ließ sich diese mit dem von Schieder entworfenen Text vergleichen. Seine Vorlage wurde sprachlich leicht geglättet, besser gegliedert und um die demographischen Daten ergänzt, die der laut Protokoll »eigentliche Bearbeiter« Schieder vom Statistischen Reichsamt angefordert hatte. Zudem strichen Aubin und Brackmann zwei Textpassagen. Zum einen das von Schieder damals gern und mehrfach verwandte, jedoch für den internen Gebrauch unnötige Propagandagetöse: »Mit dem vollständigen Sieg der deutschen Waffen ...«; zum anderen verwarfen Brackmann und Aubin die von

Schieder favorisierte kollektivistisch-staatssozialistische Eigentumsübertragung und strichen den folgenden Satz: »Eine solche Wiedergutmachung darf aber nicht individuell vollzogen werden, indem sie die alten Rechtstitel des Einzelnen auf Boden und Besitz wieder erneuert, sondern als Wiedergutmachung von Volk zu Volk, durch die dem deutschen Volk insgesamt die Schuld zurückerstattet wird, die sie nach den Erfordernissen seiner Zukunft zu treuen Händen weitergibt.«^[166] Vergleicht man beide Versionen und bezieht das Besprechungsprotokoll mit ein, dann müssen Schieder jene Passagen der Denkschrift zugerechnet werden, in denen die Ziele der Vertreibungspolitik äußerst radikal formuliert werden.

Gegen die zur Beschönigung individueller Nazi-Vergangenheiten nicht selten verwandte Protokollthese Kockas sprechen die weiteren von Schieder verfassten Gutachten. Dazu gehörte sein schon genanntes, um die Jahreswende 1941/42 verfasstes Gutachten über die Bevölkerungsverhältnisse in der neu annektierten Region Białystok. Darin ermutigte er die Besatzungsbehörden ausdrücklich, auf dem einmal eingeschlagenen Weg fortzufahren, sei doch »den Weißruthenen der Antisemitismus aus eigener täglicher Erfahrung erst recht verständlich«.

Die Tonlage weist Schieder als nationalsozialistisch gebundenen Wissenschaftler und als Mitstreiter seines Münchner Doktorvaters Karl Alexander von Müller aus. Dieser hatte 1936 die Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen

Deutschlands mitbegründet und sich bei deren Eröffnung darüber gefreut, dass die historische Rassenforschung nicht länger »tabu« sei. Von Müller feierte das neue Institut als »Akt der Revolution« und neue »Waffenstätte für den Kampf der Geister«, um am Ende drei Preisaufgaben zur »Geschichte des Hofjudentums« zu stellen.^[167] Im selben Jahr übernahm von Müller die Herausgeberschaft der 1859 gegründeten Historischen Zeitschrift; umgehend richtete er dort die regelmäßig erscheinende Rubrik »Beiträge zur Geschichte der Judenfrage« ein.^[168]

Knapp drei Monate nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion schrieb Schieder am 14. September 1941 an von Müller: »Die Provinz (Ostpreußen) hat außerdem ein Drittel von Litauen und den Bezirk Bialystok bis zu den Vorstädten von Brest-Litowsk dazubekommen und ist damit weit größer als Bayern geworden in dem Geviert Memel, Modlin, Brest oder besser weiter östlich ein noch unbekannter Punkt. Um Libau wird noch gehandelt. Die kühnsten Träume sind damit weit übertroffen; aber werden wir es verdauen?«^[169] Der Brief dokumentiert den guten Informationsstand des Schreibers und dessen Freude an der Nähe zur Macht. Der von Schieder verwendete Begriff »verdauen« umschreibt die Rolle der damaligen systemnahen Intelligenz gut. Er und viele andere Intellektuelle sahen ihre Aufgabe als Politikberater darin, die unterworfenen Regionen im deutschen Interesse zweckmäßig zu verändern, »zu gestalten«, wie sie gerne sagten, und dauerhaft zu sichern – also den beträchtlichen imperialen

Verdauungsstörungen mit wissenschaftlich begründeten, sachrationalen Mitteln entgegenzuwirken.

Rasse und Raum, Volk und Heimat

Was Schieder überwiegend in internen Stellungnahmen und bevölkerungsgeschichtlichen Geheimgutachten formulierte, veröffentlichte Werner Conze in wissenschaftlichen Aufsätzen und Rezensionen. Da er im Krieg fast ununterbrochen als Soldat diente, blieb sein publiziertes Werk ziemlich schmal.

Seit 1937/38 hatte er seine von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Studien immer stärker mit völkischen und antisemitischen Fragestellungen verbunden. Über die »deutsche Volksinsel Hirschenhof« im Baltikum resümierte er in seiner Habilitationsschrift, dass deren Geschichte angesichts »biologischer Zerrüttung« von ihm »neu geschrieben werden musste, bestimmt durch die Lebensgrundlage von Rasse und Raum, Volk und Heimat«. Hirschenhof sei als Gegenstand seiner exemplarischen Studie deshalb so bedeutsam, weil dieser »volksdeutsche Vorposten« gegen »den Ansturm der chaotischen, ungezügelten Volkskraft des Ostens« standgehalten habe. Wie der aufstrebende Nachwuchswissenschaftler fand, hatte sich dabei im Inneren der Siedlung »die Ausmerzungen der schwachen Elemente, die dem harten Kampf der Notjahre nicht gewachsen waren«, als hilfreich erwiesen, ebenso habe die Abstoßung aller Fremden die Festigkeit nach außen gestärkt: »Der Kolonist tut sich etwas darauf zugute, dass er es mit dem Juden aufnehmen kann, und lässt ihn so

wenig wie möglich in die Kolonie hinein.«^[170]

Rassische Paradigmen kennzeichnen viele der überwiegend kleineren Arbeiten, die Conze seinerzeit publizierte. In seiner Rezension des Buches von Józef Feldman »Bismarck a Polska« (Katowice 1938) stellte er einleitend fest, der Verfasser stehe »in seiner demokratisch-liberalen Haltung und nach seiner Rassezugehörigkeit der Welt Bismarcks durchaus fern«.

^[171] Über die Juden in Wilna teilte er rein wissenschaftlich mit, dass die »Macht dieses Fremdkörpers immer noch unerträglich genug« sei.^[172] In Litauen sah er – nicht etwa in journalistischen, sondern ebenfalls in wissenschaftlichen Arbeiten – »elende«, weil »stark verjudete Marktflecken«.^[173] In seinem als Separatum veröffentlichten Aufsätzchen »Die weißrussische Frage in Polen« gelangte er zu dem Ergebnis: »Die Bauern lebten in völliger Abhängigkeit von ihrem Herrn und von ihrem Dorfjuden. Was der Gutsherr dem Bauern ließ, zog ihm der Jude aus der Tasche. Die nationalsozialistische Revolution hat auch bei den Weißrussen einen großen Eindruck hinterlassen. Der Name des Führers ist bis in die entlegensten Dörfer gedrungen, vor allem wegen seiner klaren Politik in der Judenfrage.«

Conzes Interesse galt zeitlebens bevölkerungsgeschichtlichen Fragen, der sozialen Schichtung und Mobilität, der Arbeits- und Agrarverfassung. Das machte ihn nach 1945 zum modernen und einflussreichen Sozialhistoriker. Beeinflusst von den Arbeiten seines Königsberger

Lehrers Gunther Ipsen sowie den bevölkerungs- und rassengeschichtlichen Schriften Peter-Heinz Seraphims und Theodor Oberländers stellte er 1938 folgenden Zusammenhang her: »Die Erweiterung des Lebensraumes für den weißrussischen Bauern ist zu gering, die Möglichkeit der Auswanderung aus dem Dorf ist fast völlig abgeschnitten, da es eine nennenswerte Industrie nicht gibt, Handel und Handwerk in Flecken und Städten von den Juden beherrscht werden.«^[174] Demnach schnitten die Juden der bäuerlichen Bevölkerung die Chancen zum sozialen Aufstieg ab, hielten die möglichen städtischen Berufspositionen besetzt.

Ein Jahr später, in den Wochen vor dem deutschen Überfall auf Polen, zog Conze aus der so beschriebenen Problemlage politisch-praktische Konsequenzen: »Die Not des Dorfes in Polen«, so schrieb er, »ist keine Krisenerscheinung, sondern eine notwendige Folge der ›Degeneration‹ (der Agrarstruktur infolge fortgesetzter Erbteilung). Alle Mittel zur Bekämpfung der Notlage wie Parzellierung, Separation, Intensivierung der Wirtschaft, Industrialisierung, Entjudung der Städte und Marktflecken zur Aufnahme des bäuerlichen Nachwuchses in Handel und Handwerk sind im Einzelnen u.U. äußerst wirksam und lindernd.«^[175] Frei nach dem Motto »Gefahr erkannt, Gefahr gebannt« fügte Conze hinzu, dass die »drei erstgenannten« Möglichkeiten – Aufteilung des Großgrundbesitzes, Flurbereinigung, Intensivierung der bäuerlichen Betriebsweise – durch die polnische Agrarreform weitgehend ausgeschöpft seien.

In Friedenszeiten blieben noch Industrialisierung und »Entjudung« – unter den bald erzwungenen Bedingungen deutscher Besatzungsherrschaft war die Industrialisierung Polens nicht vorgesehen, folglich kam nach diesem Konzept nurmehr die »Entjudung« in Betracht.

Auf der Basis solcher Schriften wurde Conze 1943 zum Dozenten an der Reichsuniversität Posen ernannt, und zwar mit der Lehrbefugnis für dieses Fach: »Agrar- und Siedlungsgeschichte sowie Geschichte der völkischen Sozialentwicklung«. Als besondere Qualität hob der Dekan der Philosophischen Fakultät, Reinhard Wittram, hervor, dass Hauptmann Conze »die Erfahrungen des Ostkriegs« einbringen könne: »Nur wer den Osten kennengelernt hat, wird die Behandlung osteuropäischer Fragen an den deutschen Universitäten davor bewahren können, in Stubengelehrsamkeit steckenzubleiben.« Seine Lehrprobe bestand Conze mit einer dreistündigen Vorlesung, die er am 24., 25. und 26. Mai 1943 in Posen hielt. Das Thema lautete: »Die Umwandlung der Volksordnung Mitteleuropas durch die liberale Agrarreform«.[176]

Den vermutlich überarbeiteten Text seines Vortrags veröffentlichte Conze 1949 in Form eines 40 Seiten langen Aufsatzes zum Thema »Die Wirkungen der liberalen Agrarreformen auf die Volksordnung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert«. Darin hob er seinen praxisorientierten Vorschlag, den er 1939 zur »Entjudung« beigesteuert hatte, in den Rang eines gleichsam natürlichen historischen Vorgangs: »Die

Funktionen des Bürgertums aber lagen vorwiegend in der Hand eines deutschen oder ursprünglich deutschen Stadtbürgertums oder des Judentums, das in die Städte eingedrungen war und die für den Osten typischen Marktflecken beherrschte. So mussten die Agrarreformen in Ostmitteleuropa nicht allein in die Sozialverfassung umwandelnd eingreifen, sondern mit der alten sozialen Ordnung auch die nationalen Stellungen umstürzen oder brüchig machen. Allgemein boten sie (...) die Möglichkeit des Einströmens der jeweiligen Bauerntümer in die ihnen bisher verschlossenen Berufe des Volkslebens. Dieser Weg war freilich bis in die Gegenwart hinein noch nicht zu Ende gegangen worden.«^[177]

Derart »allgemein« analysierte Werner Conze »die Lösung der Judenfrage« noch 1949. Man muss dieses Zitat zweimal lesen, sich dabei vorstellen, wie der Vortragende Conze solche Sätze im Mai 1943 in Posen vermutlich deutlicher formuliert, wie er sie betont haben wird und wie sie von der akademischen Community der Reichsuniversität beifällig aufgenommen wurden: »Das eingedrungene Judentum« beherrschte die Städte und Marktflecken im Osten; um den »jeweiligen Bauerntümern« sozialen Aufstieg zu ermöglichen, musste die superiore »nationale Stellung« der Juden »umgestürzt« werden – »dieser Weg war (!) freilich bis in die Gegenwart (von 1943) hinein noch nicht zu Ende gegangen worden«. So dachte Werner Conze noch nach 1945.

Vor dem Hintergrund des Konzepts zur sozialen

Aufwärtsmobilisierung der ostmitteleuropäischen Bauern zu Lasten der städtischen jüdischen Bevölkerung kann auch die kryptisch anmutende Schlusspassage der Denkschrift besser verstanden werden, die Conzes Kollege Schieder 1939 vorgelegt hatte. Darin beschäftigte er sich mit den nicht von Deutschland oder der Sowjetunion annektierten, aber von der Wehrmacht besetzten Teilen Polens: »Die Entjudung Restpolens und der Aufbau einer gesunden Volksordnung erfordern den Einsatz deutscher Mittel und Kräfte und bringen die Gefahr der Entwicklung einer polnischen Führerschicht aus dem neuen polnischen Mittelstand heraus mit sich.« Mit anderen Worten: Die deutschen Besatzungsgewaltigen sollten darauf achten, dass die polnisch-christliche Bevölkerung nicht zu stark von der »Entjudung« profitiere und sozial aufsteige, weil das zu erhöhtem Selbstbewusstsein und damit zu gesteigertem nationalem Widerstand führen müsse.

Selbstgewisses Euphemisieren

Das anklägerische Zitieren aus solchen Dokumenten (wie ich es hier gerade tue), zeige, so hat Hans-Ulrich Wehler eingewandt, »selbstgewissen Moralismus«. Mag sein, allerdings bestand das Haupthindernis auf dem Weg zur historisch gerechten Beurteilung Schieders und Conzes lange Zeit darin, das selbstgewisse Euphemisieren der Mächtigen des Faches zu brechen. Wehler war es, der 1984 das Märchen verkündete, Schieders Schriften aus der Zeit vor 1945 zeigten »erprobte Rechtsstaatlichkeit und die kulturelle Tradition einer zivilisierten europäischen Nation« und hätten sich inhaltlich himmelweit vom »Lebensraum-Expansionismus der braunen Machthaber« unterschieden.^[178] Ähnliche Hymnen verbreitete Lothar Gall. Ihm verdanken wir die Legende, sein Lehrer Schieder sei seit 1930 (!) zum Nationalsozialismus »innerlich immer mehr auf Distanz gegangen«, jedenfalls fänden anderslautende Meinungen »im schriftlich Überlieferten keinerlei Stütze«.^[179]

Ende der 1980er-Jahre war mit derartiger Traditionspflege langsam Schluss. Während sich Gall in vornehmes Schweigen hüllte, entwickelte der flinke Wehler kurzerhand ein neues, ebenfalls brüchiges Entschuldigungsargument, das auf die »reflexive Lernbereitschaft« Schieders und anderer nach 1945 abhob. Es gab sie, aber sie war nicht größer als die aller anderen Deutschen, die das Dritte Reich nicht als Diktatur, sondern allzu lange als Befreiung, als

Möglichkeit kollektiver und individueller Selbstverwirklichung angesehen hatten, bis sie endlich von den alliierten Armeen zur Umkehr gezwungen wurden.

Wehler forderte, die Sünden der einstigen Nazis Schieder und Conze sollten mit deren Verdiensten nach 1945 verrechnet werden. Aus dem späteren Verhalten können sich mildernde Umstände ergeben, das allerdings nicht einfach behauptet, sondern anhand der Schriften überprüft werden sollte. Dafür bietet sich zum Beispiel das Buch »Nationalismus und Nationalstaat« an, in dem Wehler und Otto Dann 1991 posthum solche Aufsätze Schieders zusammenfassten, denen sie bleibenden Wert beimaßen. Dort lesen wir zum Beispiel über den Krieg gegen die Sowjetunion: »Wieder schien von der deutschen Kriegsführung im Zweiten Weltkrieg gegenüber den vom Bolschewismus unterdrückten Völkern das Tor zu neuen Möglichkeiten aufgestoßen zu werden, aber umso lauter wird es von der deutschen Politik wieder zugeschlagen. Sie hat die Chance, den vom Bolschewismus befreiten Völkern eine neue Ordnung zu bringen, überhaupt nicht wahrgenommen.« Der Reflexionsgrad dieses im Jahr 1952 getätigten Rückblicks auf den deutschen Raub- und Vernichtungskrieg hält sich in Grenzen. Die eigene, höchst aktive Beteiligung verlagerte Schieder auf das unbestimmte Subjekt »deutsche Politik«, in anderem Zusammenhang auf die »Führungskreise« der NSDAP und, versteht sich, »vor allem« auf Hitler.^[180] Zeitgemäß half Schieder den Deutschen nach 1945 dabei, ihre Mitschuld an den

Verbrechen des eben zerschlagenen Deutschen Reiches auf Hitler zu reduzieren. Sosehr ich Schieders Dokumentation der Vertreibung als wissenschaftlich herausragende Arbeit schätze, sosehr diene sie in den 1950er-Jahren objektiv dazu, die deutschen Verbrechen zu überdecken, indem bedeutende Fachhistoriker die eigenen deutschen Leiden in den Vordergrund rückten.

Ähnliche Verdrängungsleistungen erbrachte Werner Conze, der, um wenigstens ein Beispiel zu nennen, 1959 einen dokumentarischen »Überblick über die durch eine pseudowissenschaftliche Rassenlehre und den Antisemitismus bestimmte Ideologie Hitlers« herausgab. Über den eigenen Beitrag zur wissenschaftlichen Fundierung der »Ideologie Hitlers« aber schwieg des Herausgebers Höflichkeit.^[181]

Als sich Schieder 1963 »Zum Problem der historischen Wurzeln des Nationalsozialismus« Gedanken machte, fiel ihm zum eigenen Handeln und zu dem seiner akademischen Kollegen nichts ein – schon mehr zu Rudolf Höß, dem Kommandanten von Auschwitz. Erschreckend sei, dass dieser »im Sinne der selbstverständlichen Erledigung eines Auftrages« agiert habe, ohne jeden Zwang: »Dieser völlig entleerte Mensch ist sozusagen der Rohstoff, aus dem die Handlanger und Henker des Vernichtungsterrors geformt werden, der selbst nur noch ein Stück technisch-rationaler Apparatur war.«^[182]

Unwahrscheinlich, dass der Zeithistoriker hier schamhaft-versteckt auch über seine eigene Rolle sprach, über die selbstverständliche Erledigung seines Auftrags,

über die Bevölkerungsverhältnisse und die Juden in Białystok amtsgeheime Expertisen zu verfassen. Jedenfalls treffen Schieders Überlegungen weder auf Höß zu noch auf ihn selbst. Beide funktionierten nicht nur, sie waren mehr als Handlanger. Beide zeigten auf ihren jeweiligen – gewiss sehr unterschiedlichen – Arbeitsfeldern ein erhebliches Maß an Kongenialität, Eigeninitiative und Begeisterung. Beide wirkten auf verschiedene Weise arbeitsteilig an den deutschen Verbrechen mit. Wer daran zweifelt, möge den umfangreichen populärwissenschaftlichen Beitrag »Die Staatwerdung des Faschismus« von 1940 lesen. Mit großer Geste feierte Schieder darin Mussolini, dem es so prachtvoll gelungen sei, »die Elementarvorgänge der Gewaltanwendung in Bürgerkrieg und Straßenkämpfen den Berechnungen des großen revolutionären Gesamtplans dienstbar zu machen«, und der dann zur »endgültigen Ausschaltung« der Gegner vorangeschritten sei. Für Schieder war »die politische Säuberung des Beamtentums nicht der Auftakt einer ideenlosen diktatorischen Polizeiherrschaft«. Seiner Meinung nach bahnte sie »nur den Weg eines von den Wurzeln her erneuerten Staates«, so wie später – mindestens ebenso gelungen – in Hitler-Deutschland. [183]

Unter Hinweis auf diese Schrift verstieg sich Lothar Gall 1985 zu der Eloge, auch hier habe »eindeutig die Haltung analytischer Distanz als sehr bewusst gepflegtes Erbe des Historismus Ranke'scher Prägung« überwogen. [184] Armer Ranke! Mir scheint die Idealisierung des faschistischen Terrors auch deshalb beachtlich, weil

Schieder 1963 auf die »nationalsozialistische Machttechnik« zu sprechen kam. Er hob »ihren totalitären Charakter, ihren Terrorismus« hervor und entwickelte die These vom »Parallelismus zum sowjetischen System«. Entgegen der eigenen lebensgeschichtlichen Erfahrung streute er die von keinem empirischen Beleg gedeckte Behauptung, »neuere Quellen« zeigten, »dass unter den Führern der NSDAP einige, besonders Goebbels, das russische System genauer gekannt und in seinem Wirkungsgrad außerordentlich geschätzt haben«. Präzis gestellt laute die Frage: »In welchem Umfange ist die nationalsozialistische Herrschaftstechnik, vor allem ihr Terrorismus, direkt von kommunistisch-sowjetischen Vorbildern und Erfahrungen angeregt?«^[185] Noch im Gewand der rhetorischen Frage verpackt, offenbart sich hier der Ursprung des berühmten, von Ernst Nolte formulierten »faktischen und historischen Prius«, das 1984 in der alten Bundesrepublik zum sogenannten Historikerstreit führte. Warum ausgerechnet der in dieser Kontroverse so unerbittlich gegen Nolte ankämpfende Wehler diesen Text Jahre später, nämlich 1991, neu herausgab, mag offenbleiben oder mit dem Hinweis beantwortet werden, dass nicht wenige deutsche Professoren die unter ihrem Namen herausgegebenen Werke lediglich durchblättern und sodann ihren Hilfskräften ein kurzes Okay geben.

Jedenfalls befriedigte das von Schieder angelegte und von Nolte später propagierte Geschichtsbild, nach dem die Nazis nur Nachahmer des kommunistischen Terrors

gewesen seien, das noch lange vorherrschende deutsche Bedürfnis nach Selbstentlastung. So gesehen wirkten Historiker, deren akademischer Aufstieg in der NS-Zeit begonnen hatte, nach 1945 daran mit, die komplexe Wirklichkeit des Nationalsozialismus zu verdecken und so zu vereinfachen, dass am Ende nur geistlose Machthaber und besonders Hitler – ein »Autodidakt in asozialer Umwelt« (Conze) – übrigblieben. Mit seiner konsequent beibehaltenen Überbetonung der Rolle des »charismatischen Führers« entwickelte Hans-Ulrich Wehler eine ähnliche Figur des Erklärens, mit der es leicht gelingt, die vielen Intellektuellen, Ministerialbeamten und Professoren, die Hitler begeistert zuarbeiteten, zu harmlosen, im Grunde nicht verantwortlichen Mitläufern herabzustufen.

In Wahrheit entstand die extrem zerstörerische Potenz des NS-Staats aus der hohen Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit der unterschiedlichsten sozialen Gruppen, Generationen, geistigen Strömungen und Temperamente. In ihrer inneren Struktur war die Herrschaft Hitlers ungleich pluraler angelegt als jene Stalins, sie bündelte die gesellschaftlichen und materiellen Ressourcen besser, sie war flexibler und basierte, mal mehr, mal weniger, auf allen sozialen Schichten des Volkes. So konnte ein Einzelner oder eine ganze Bevölkerungsgruppe die »Euthanasie«-Morde verurteilen, aber den Krieg gegen die Sowjetunion gutheißen; andere konnten sich für jede Demonstration nationaler Stärke begeistern, aber sich der starken Uniformierung des Alltagslebens widersetzen usw. Der nationalsozialistische Volksstaat setzte nicht auf absolute

Linientreue, eben nicht auf die strammen 150-prozentigen Parteigenossen und Gefolgsleute, sondern auf partielle Zustimmung, Initiative, korporative Mitwirkung und – wahlweise – auf Passivität.

In der Diskussion meiner Ergebnisse hat Jürgen Kocka auf dem Historikertag in Frankfurt am Main eingewandt, die Geheimgutachten Schieders und auch die antisemitischen Äußerungen Conzes seien ohne faktische Bedeutung gewesen, »ohne sie wäre wohl alles genauso gekommen«. So haben sich viele, die in unterschiedlichster Form an den deutschen Massenverbrechen mitgewirkt hatten, nach 1945 herausgeredet. Eine solche Ausflucht bot sich an, weil die Verbrechen aus der Mitte einer modernen, hochdifferenzierten und arbeitsteiligen Gesellschaft begangen worden waren. Der Tatbeitrag eines einzelnen Menschen lässt sich nicht genau messen. Doch bildete ebendiese Diffusität eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Holocaust. Sie erlaubte es, die traditionellen juridischen und moralischen Schranken zu überwinden, weil erst die tausendfache Mittäterschaft die persönliche Verantwortung so weit verdünnte, dass das Gewissen jedes Beteiligten schweigen konnte. Die Organisatoren der Deportationsfahrpläne erfüllten dabei andere Funktionen als die Theoretiker der Volkstumspolitik, Juristen andere als Soziologen oder Historiker, Filmemacher andere als Filialleiter einer Bank. Notwendig aber waren die Tatbeiträge aller. Der Sozialhistoriker Kocka, ein Schüler Werner Conzes, will davon nichts wissen.

Wahrheitsgetreu gab Theodor Schieder in seinem

Entnazifizierungsverfahren zu Protokoll, er habe sich nie zur »Gesamtheit der Ziele und Methoden der NSDAP« bekannt. Das hatten die wenigsten getan. Was Theodor Schieder und Werner Conze getan haben, war jedoch weit mehr als opportunistisches Mitläufertum. Beide wirkten auf ihre Weise und professionell – als gut ausgebildete Historiker eben – am Menschheitsverbrechen Holocaust mit. Schieder propagierte den Krieg und die Vorstellung von der rassistisch definierten Nation; er plädierte für die gewaltsame Germanisierung immer größerer eroberter Regionen und schrieb einen Teil seiner Texte ausschließlich für den exekutiven Gebrauch. Er und Conze disqualifizierten die Juden als Störfaktoren, Schmarotzer und gefährliche innere Feinde; beide machten klar, dass deren Diskriminierung und Ghettoisierung beispielsweise von Teilen der weißrussischen Bevölkerung als positive Maßnahme angesehen werde; beide schlugen vor, staatlich gesteuerte Bevölkerungsverschiebungen oder Massenvertreibungen zu Lasten der Juden ins Werk zu setzen und die jüdischen Minderheiten aus den betreffenden Gebieten vollständig zu entfernen. Die Frage nach dem Wohin ließen beide offen.

Noch 1983 antwortete Conze auf die Frage nach der jüngsten Vergangenheit seines Faches: »Eine Auseinandersetzung mit der NS-Geschichtswissenschaft hielt ich für unnötig, da die wenigen NS-Historiker damals durch Tod oder durch Amtsverlust aus der Öffentlichkeit ausschieden. Die persönlichen und politischen Erschütterungen des Jahres 1945 bewirkten

also keinen Neubeginn oder Kontinuitätsbruch, haben die im Gang befindliche Richtung vielmehr bestätigt und bestärkt.« Äußerlich zeigte Werner Conze in dem Interview keinerlei Bereitschaft zur Einsicht. Faktisch aber betreute er Dissertationen, die zum Zeitpunkt ihres Erscheinens bahnbrechende Erkenntnisse über die Struktur und die Verbrechen des Nationalsozialismus lieferten: Zu nennen sind insbesondere die Dissertation von Michael H. Kater (Das »Ahnenerbe«. Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft in der SS, Organisationsgeschichte von 1935–1945, erschienen 1966), die Habilitationsschrift von Hans Mommsen (Beamtentum im Dritten Reich, erschienen 1967) und die Dissertation von Christian Streit (Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, erschienen 1978).

Einsichtsvoller als Conze erwiderte Schieder auf die ihm in derselben Interviewserie gestellte Frage nach der NS-Vergangenheit seines Faches: Jeder einzelne damals aktive Historiker müsse sich dem Gedanken stellen, wieweit ihn »eine Mitverantwortung für ›die deutsche Katastrophe‹« treffe.^[186] Die Veränderung seiner Einstellung wird deutlich früher eingesetzt haben. In eindrucksvoller Weise, wie ich finde, brach sie sich 1979 Bahn, und zwar im »Handbuch der europäischen Geschichte«. Darin arbeitete Theodor Schieder den heute gut belegten Zusammenhang zwischen Germanisierungs- und Ausrottungspolitik heraus und hierarchisierte die »besonderen bevölkerungspolitischen Methoden« des nationalsozialistischen Deutschland: »1.

die Zwangsverwahrung«; »2. die Erzwingung der Auswanderung«; »3. die Deportation«; »4. die Zwangsumsiedlung, die in eroberten Gebieten vorgenommen wurde«; »5. die physische Vernichtung«.

40 Jahre nach seinen eigenen Vorschlägen zur Vertreibung von Polen und Juden setzte Schieder in aller Deutlichkeit hinzu, für die physische Vernichtung von Millionen Menschen seien »in der Regel« Deportation und Zwangsumsiedlung »die Vorstufe« gewesen.^[187]

Was danach geschah - Rückblick 2014

Nachdem die Mehrheit der deutschen Geschichtswissenschaftler auf dem Frankfurter Historikertag 1998 gezwungen worden war, sich der Vergangenheit des eigenen Faches endlich zu stellen, erschienen zu Werner Conze und Theodor Schieder drei biographische Studien: Thomas Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 (München 2001); Jan Eike Dunkhase, Werner Conze. Ein deutscher Historiker im 20. Jahrhundert (Göttingen 2010); Christoph Nonn, Theodor Schieder. Ein bürgerlicher Historiker im 20. Jahrhundert (Düsseldorf 2013).

Nonn übt sich durchgehend im Auslassen und Wegdisputieren entscheidender Fakten. Seine antiaufklärerische Verfahrensweise lässt sich anhand der im Vorangegangenen ausführlich zitierten Denkschrift über den Bezirk Białystok exemplifizieren. Er widmet dem antisemitisch durchtränkten, um die Jahreswende 1941/42 unter der Leitung Schieders erstellten Geheimgutachten zum Gebrauch für deutsche Besatzungsbehörden acht Zeilen. Mit einigen wenig verfänglichen Zitatfetzen garniert Nonn seine Behauptung, die Ghettoisierung der Juden sei in dem Text nur »beiläufig«, nicht etwa beifällig »registriert« worden, um dann ohne jeden Beweis zu behaupten, nicht Schieder, sondern seine Mitarbeiter Keit

und Sielmann hätten den Bericht verfasst. Zwar ergibt sich daraus für Nonn eine gewisse Verantwortung des Chefs, geleitet allerdings nicht von antisemitischen und nazistischen, sondern allein von edlen Motiven professoraler Fürsorge: Denn »nicht zuletzt« hätten die Berichte »der politischen Legitimation einer finanziellen Absicherung« der Mitarbeiter gedient, »wie es auch bei Schieder vor dessen Ernennung zum Universitätsdozenten der Fall gewesen« sei. So betrachtet, kümmerte sich Schieder als fürsorglicher Vorgesetzter allein um das materielle Wohl seiner Assistenten und tat nichts Böses. Mit diesen beschäftigt sich Nonn so wenig, dass er aus Burchard Sielmann einen Heinrich macht.

Außerdem habe Schieder, der damals eine Professur in Innsbruck vertrat, »an den Arbeiten der Landesstelle immer weniger Anteil genommen«.^[188] In Wahrheit hatte er sich jedoch die Zeit genommen, für diesen Bericht mindestens zweimal selbst nach Białystok zu reisen. Von dort war er mit den »besten Eindrücken« zurückgekehrt und hatte die »persönlichen Voraussetzungen« für die Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsverwaltung als »außergewöhnlich gut« empfunden. In den Weihnachtsferien 1941 kümmerte er sich in Königsberg drei Wochen lang um die Vollendung des in der Druckfassung nur 20 Seiten langen Geheimberichts »Die völkischen Verhältnisse des Bezirks Bialystok«.

Nonn unterlegt seine einfühlsamen Retuschen zugunsten Schieders mit keinem einzigen Bild oder Dokument, das die politischen Verhältnisse der Zeit

zeigen würde, vielmehr schmückt er sie mit privaten Fotos aus. Die liebevoll komponierten Bildunterschriften lauten: »Theodor und Eva Schieder mit dem erstgeborenen Sohn Wolfgang«, »Historiker in Badehosen«, »Der Ordinarius in der Königsberger Wohnung«, Schieder im Liegestuhl, Schieder beim Geigenspiel mit Sohn Rudolf ...

In der solcherart familiarisierten Optik entgehen Nonn die bemerkenswerten Einsichten des späten Theodor Schieder.^[189] Seine so bedeutsame Frage nämlich nach der eigenen Mitverantwortung und das deutliche, wenn auch unpersönlich gehaltene Bekenntnis, dass die geistige Mitarbeit an Projekten zur Zwangsumsiedlung, Germanisierung und Ghettoisierung in wie auch immer verdünnter, arbeitsteiliger Form die Voraussetzungen, die »Vorstufen zur physischen Vernichtung« von Millionen Menschen mitgeschaffen hatte.

Warum sprach Theodor Schieder davon nicht öffentlich oder wenigstens nicht halböffentlich gegenüber seinen Doktoranden oder seinem – den Vater durchaus fragenden – Sohn Wolfgang? Generell gilt: Es herrschte damals noch die Stimmung vor, das Geschehene kollektiv zu beschweigen. Ferner wird für Theodor Schieder und auch für Werner Conze der selbstgeschaffene, autoritative Mythos des führenden Historikers, der die Entwicklung des Faches steuert und reguliert, ein Hindernis gewesen sein, die eigene Lebensgeschichte selbstkritisch als nicht nur passiven Teil der so zerstörerischen nationalen Kollektivgeschichte zu sehen. Die überwältigende Kraft

des zunftmeisterlichen Dünkels belegt eine Geschichte, die Hans Mommsen immer wieder erzählte. Nachdem der Historiker Hans Rothfels im Sommer 1976 in Tübingen beerdigt worden war, fuhr Mommsen ein Stück des Rückweges gemeinsam mit Theodor Schieder im selben Eisenbahnabteil. Dieser wurde damals gerade emeritiert und sagte zu dem jüngeren, als Assistent von Werner Conze tätigen Kollegen: »Ich verliere jede Woche an Macht.«

Die Arbeit von Thomas Etzemüller über »Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945« legt den Schwerpunkt themengemäß nicht auf die Zeit des Nationalsozialismus. Dennoch hält es der Autor für passend, kritische Untersuchungen, die ich und andere vorgelegt haben, als »Fahndungsberichte« abzutun, in denen Conze »nie wirklich als Haupttäter« hätte benannt werden können. Gewiss! Werner Conze hätte nicht im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess angeklagt werden müssen. Das hat nie jemand behauptet. Sofern Etzemüller wirklich versucht hätte, die Neuorientierung der deutschen Geschichtswissenschaft zu beschreiben, hätte er allerdings die Altorientierung als Ausgangspunkt zwingend und sehr viel genauer herausarbeiten müssen. So entstand eine eher hagiographische als historische Arbeit.

Davon unterscheidet sich angenehm die Biographie, die Jan Eike Dunkhase über Werner Conze vorgelegt hat. Er weicht den antisemitischen und nazistischen Texten seiner Zentralperson nicht aus. Seine Arbeit enthält zu Werner

Conzes Verhalten in der NS-Zeit Informationen, die über die hier von mir gegebenen hinausreichen. Die Kapitel, in denen Dunkhase die bis zum Tod 1986 durchgehaltene Weigerung Conzes analysiert, sich nach 1945 mit dem Mord an den europäischen Juden und den gesellschaftlichen Grundlagen des Nationalsozialismus kritisch und selbstkritisch zu befassen, habe ich mit Interesse gelesen.

Dunkhases Schlussfolgerung auf Seite 54 bildet demgegenüber einen merkwürdigen Kontrast: »Conze (bestätigte) lediglich judenfeindliche Gemeinplätze des ihn umgebenden Meinungsklimas, ohne darüber hinaus weiterreichende Maßnahmen anzumahnen.« In diesem Fall wurde der sonst so umsichtig abwägende Autor wohl ein Opfer des Meinungsklimas, mit dem ihn sein Doktorvater Jürgen Kocka umgeben hatte. Wer wie Conze über die Juden Wilnas schrieb, die »Macht dieses Fremdkörpers« sei »immer noch unerträglich genug«, forderte exekutive Maßnahmen. Wer wie Conze »des Führers (...) klare Politik in der Judenfrage« überschwänglich lobte, propagierte Ausgrenzung, Vertreibung und Deportation. Wer wie Conze die »Entjudung der Städte und Marktflecken« zum probaten, »äußerst wirksamen und lindernden« Mittel der Wahl erklärte, mit dem Überbevölkerung verringert und der jeweiligen nationalen Mehrheitsbevölkerung neue Aufstiegschancen in Handel und Handwerk verschafft werden könnten, der plädierte absichtsvoll für die »Entjudung« und vertrat nicht irgendwelche »Gemeinplätze des ihn umgebenden Meinungsklimas«.

Weitere Elaborate Alys verhindern!

Gedächtnisschwund deutscher Hirnforscher

Julius Hallervorden (1882–1965) gehörte zu den führenden Hirnforschern seiner Zeit. Am 16. Juli 1941 schrieb er an den Psychiater Hans Heinze: »Beifolgend schicke ich Ihnen einen Bericht und die soeben fertig gewordenen Bilder von Ursula Kriesch, mit einem besonderen Gruß für Fräulein Pusch, die sich für diesen Fall interessiert. Ich bin recht neugierig, wieweit sich unsere Pläne verwirklichen lassen werden, denn vorläufig scheint der Ersatz für Frl. Pusch noch nicht sicher zu sein.«^[190]

Neuroanatomen morden für die Wissenschaft

Heinze leitete die Heil- und Pflegeanstalt Brandenburg-Görden und zählt zu den Mitbegründern der modernen Kinder- und Jugendpsychiatrie. Damals arbeitete er zudem als Gutachter für die Aktion T4, das heißt: Er fällte anhand kurzer Fragebogen tausende Todesurteile über zumeist erwachsene Langzeitpatienten in deutschen Nervenkrankenhäusern. Zudem betrieb er in seiner Klinik eine sogenannte Kinderfachabteilung. Wie rund 30 ähnliche Stationen im ganzen Reich diente sie der so bezeichneten Lebensunterbrechung von Kindern mit mittelschweren und schweren Behinderungen. Auch im Zusammenhang der Kindereuthanasie bekleidete Heinze eine herausgehobene Position. Er gehörte zu den drei für das gesamte Reichsgebiet zuständigen Gutachtern. Gemeinsam schickten sie zwischen 1939 und 1945 mindestens 5000 Kinder und Jugendliche in den Tod.

Das von Hallervorden mit besonderem Gruß bedachte Fräulein Pusch war Dr. Friederike Pusch. Unter Heinzes Oberaufsicht unterstand ihr die Station, auf der in Brandenburg-Görden behinderte Kinder ermordet wurden. Ursula Kriesch, von deren Hirn sie nun 16 Fotografien erhielt, hatte zu ihren Patienten und den Opfern von Hans Heinze und Julius Hallervorden gezählt. Gemeinsam mit 34 anderen Kindern und Jugendlichen war sie am 28. Oktober 1940 in der nahe gelegenen Gaskammer zu Forschungszwecken ermordet worden.

Hallervorden war dazu eigens aus Berlin-Buch angereist und entnahm den Ermordeten unmittelbar nach dem Tod die Gehirne.

Wie die von Hallervorden angesprochenen, gemeinsam mit Hans Heinze erdachten Pläne aussahen, steht in dem Antrag für Drittmittel, den Hallervorden am 8. Dezember 1942 an die Deutsche Forschungsgemeinschaft schickte: »Das Material wird dauernd durch die Prosektur der Brandenburgischen Landesanstalten in Görden bei Brandenburg vervollständigt. (...) Außerdem konnte ich im Laufe des Sommers 500 Gehirne von Schwachsinnigen selbst hier sezieren und zur Untersuchung vorbereiten.«^[191] Hallervorden erforschte damals die Ursachen des angeborenen Schwachsinn und den Unterschied zwischen traumatischer und sogenannter genuiner, damals meist für erblich gehaltener Epilepsie. Hinzu kam das besondere Interessengebiet Heinzes: der abnorme Charakter.

Um die am Gehirn gewonnenen Ergebnisse mit dem klinisch, also zu Lebzeiten, erhobenen Grad des Schwachsinn eines dann ermordeten Kindes zu vergleichen, fertigte Frau Dr. Pusch gemeinsam mit ihrem Team auf der von ihr geleiteten Todesstation genaue Befunde an. Darin versteckt finden sich auch Sätze, die ein Bild davon geben, was für ein Kind Ursula Kriesch gewesen war:

»Ursula wurde aus der Nervenklinik Buch nach hier überwiesen. Bei ihrer Aufnahme erweckte sie zunächst einen zurückhaltenden Eindruck. Sie wurde aufgeschlossen, als sie auf der Abteilung eine kleine

Kameradin aus Buch vorfand. Diese wurde mit stürmischen Umarmungen begrüßt. Ihre Anhänglichkeit an die kleine Patientin hat Ursula weiter aufrechterhalten. Sie war (!) hilfloser als Ursula, aus diesem Grunde betreute sie sie dauernd. Ursula war stets da, wenn ihr etwas fehlte. Sie half ihr bei den täglichen Bedürfnissen. Von ihren Angehörigen erzählte Ursula gern. Über ein Päckchen zeigte sie große Dankbarkeit. Die inliegende Karte betrachtete sie immer wieder und zeigte sie in ihrer Freude jedem. (...) Auf der Abteilung vermochte sie sich schnell zu orientieren, den Tagesablauf begriff sie bald. Die Spielregeln von Mensch-ärgere-dich-nicht beherrschte sie und war auch in der Lage, sie anderen zu erklären. Ursula spielte dabei mit Umsicht und Übersicht. Sie addierte für alle die geworfenen Punkte und erkannte Vorteile und Nachteile der Partner genau. Ursula fiel besonders bei längerem Sprechen durch ihre undeutliche Aussprache auf ...«

Nach dem aus wissenschaftlichen Motiven begangenen Mord an Ursula Kriesch nahm ihr Hallervorden selbst das Gehirn heraus, ließ Teile davon in hauchdünne Scheiben zerschneiden und 16 gestochen scharfe Fotografien anfertigen. Im Resultat stellte er kleinere, offenbar auf ein Geburtstrauma zurückgehende »markhaltige Narben« fest und einige wenige sonstige Unregelmäßigkeiten.

Die Befunde und Präparate legte er in seiner Sammlung ab. Sie bildete das empirische Fundament des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung in Berlin-Buch. Von 1938 bis 1956 leitete Julius Hallervorden die Histopathologische Abteilung des Hauses und sammelte,

das war in Fachkreisen kein Geheimnis, bis 1945 insbesondere die Gehirne solcher Menschen, die Opfer von NS-Verbrechen geworden waren. Während des Bombenkrieges wurde das Institut 1944 nach Dillenburg in Hessen verlegt, später als Max-Planck-Institut zunächst in Gießen und seit 1961 in Frankfurt am Main weitergeführt. Dort residiert es bis heute unter einem Dach mit dem neuropathologischen Edinger-Institut der Frankfurter Universität.

Im Juni 1945 hatte Julius Hallervorden gegenüber US-Major Leo Alexander eingeräumt, dass er viele Gehirne von Menschen, die den Euthanasiemorden zum Opfer gefallen waren, wissenschaftlich bearbeitet habe. Anfang 1946 bestätigte er dem Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs in Nürnberg: Unter den »Gehirnen verstorbener Geisteskranker und Idioten befanden sich auch solche von Kranken, die der Euthanasie zum Opfer gefallen waren«.[192] Zuvor, am 9. März 1944, hatte er Paul Nitsche, dem ärztlichen Leiter der für die Euthanasiemorde zuständigen Organisation, quittiert: »Insgesamt habe ich 697 Gehirne erhalten einschließlich derer, die ich einmal in Brandenburg selbst herausgenommen habe. Auch die aus Dosen sind mit einberechnet. Ein erheblicher Teil davon ist bereits untersucht. Ob ich sie freilich alle genauer histologisch untersuchen werde, steht dahin.«[193]

Auch dieses Dokument war seit dem Nürnberger Ärzteprozess bekannt. Doch in den Glanzzeiten des Wiederaufschwungs verdrängte die Öffentlichkeit schnell auch solche Tatsachen, die nicht selten unmittelbar nach

dem Krieg aufgeklärt worden waren, ebenso verhielten sich die Präsidenten, Generalsekretäre und Institutsdirektoren der 1949 gegründeten Max-Planck-Gesellschaft. Sie vergaßen, was sie vergessen wollten, und leugneten, was sich leugnen ließ, zugleich übernahmen sie die Institute und das Personal ihrer Vorgänger von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fast vollständig. Auf diesem moralisch von Anfang an morschen Fundament benutzten Neuroanatomien für weitere vier Jahrzehnte die gewaltige Sammlung von Hirnschnitten, die Julius Hallervorden systematisch gesammelt und in der Zeit zwischen 1939 und 1945 um sehr gute und sehr viele Präparate vermehrt hatte.

Allerdings verzichtete die Gesellschaft 1962 darauf, zum 80. Geburtstag von Julius Hallervorden die eigentlich übliche und fällige Würdigung zu veröffentlichen. Hallervordens langjähriger Mitarbeiter und Nachfolger Wilhelm Krücke riet ab, weil im Nürnberger Ärzteprozess festgestellt worden sei, sein früherer Chef habe »auf Wunsch 600 Hirne von Euthanasiestätten« bezogen, und er, Krücke, halte es »für wahrscheinlich, dass die Angaben wahr seien«. Das fragliche Dokument war bald nach dem Prozess in der berühmten Dokumentation abgedruckt worden, die Alexander Mitscherlich und Fred Mielke 1947 unter dem Titel »Diktat der Menschenverachtung« zusammengestellt und kommentiert hatten. Ebendieses Buch, das zunächst totgeschwiegen wurde, war 1960 unter dem Titel »Medizin ohne Menschlichkeit« im Fischer Verlag neu aufgelegt worden. Erst jetzt löste das epochale Werk ein beachtliches öffentliches Echo aus

und hob die Namen der an medizinischen Verbrechen beteiligten Ärzte ins allgemeine Bewusstsein, darunter auch Julius Hallervorden. Deshalb und weil die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main 1962 aufwendige Ermittlungen in Sachen Euthanasiemorde begonnen hatte, riet Krücke ab, den Namen Hallervorden ehrend hervorzuheben.

Sein dritter Grund betraf Alexander Mitscherlich, der damals von seinen Standeskollegen verhassten Persona non grata der ärztlichen Zunft, denn er hatte es als junger Mann 1946 übernommen, den Bericht über den Nürnberger Ärzteprozess federführend abzufassen. Welche Argumente Krücke 1962 gegen Mitscherlich vortrug, steht in einem vertraulichen Vermerk für den damaligen Präsidenten der MPG: »Ein Weiteres kommt hinzu. Der Verfasser des in der Fischer-Bücherei erschienenen Buches, Professor Mitscherlich, ist zurzeit Direktor des staatlichen Instituts für Psychotherapie und Tiefenpsychologie in Frankfurt a.M. Diese Stelle hat er, wie Herr Krücke sagt, gegen den Willen der Medizinischen Fakultät erhalten. Es laufen nach seinen Angaben zurzeit Bestrebungen der Landesregierung und des Kultusministeriums von Hessen, Herrn Mitscherlich an die Universität Frankfurt anzuschließen. Hiergegen wird die Fakultät kämpfen. Die Hauptlast des Kampfes wird Herr Krücke zu tragen haben, der mit Beginn des nächsten Semesters Dekan sein wird. Da nach Meinung von Herrn Krücke der Kampf von Mitscherlich ebenfalls mit allen Mitteln gekämpft werden wird, hält Herr Krücke es für zweckmäßig, sich im Zusammenhang mit der

Angelegenheit Hallervorden nicht zu exponieren.«^[194]

Krücke intrigierte durchaus erfolgreich. Das von Mitscherlich 1960 gegründete, seit 1964 nach Sigmund Freud benannte Institut wurde der Universität nicht angeschlossen. Es musste stattdessen die merkwürdige Rechtsform einer selbständigen Landesbehörde erhalten. Als der seit 1946 habilitierte Arzt Alexander Mitscherlich 1973, im Alter von 59 Jahren, endlich eine ordentliche Professur erhielt, berief ihn nicht die Medizinische, sondern die Philosophische Fakultät der Universität Frankfurt. So viel zur Vorgeschichte.

Nach langwierigen Widerständen hatte ich 1984 die Sammlung Hallervorden als erster Historiker in Augenschein genommen. Knapp 30 Jahre später holte mich die alte Geschichte wieder ein. Im Mai 2013 versuchte Gerhard Kalb, bis zu seiner Pensionierung als Leiter des Rechtsreferats der Max-Planck-Gesellschaft tätig, gegen eine Passage in meinem kurz zuvor veröffentlichten Buch »Die Belasteten. Die ›Euthanasie‹-Morde 1939–1945« vorzugehen. 1983 hatte Kalb meinen Antrag auf Einsicht in die Unterlagen der Sammlung Hallervorden zunächst harsch abgelehnt, und zwar mit dem Hinweis auf die ärztliche Schweigepflicht. 30 Jahre später wollte er das nicht mehr wahrhaben. Wegen der am Ende erfolglosen juristischen Drohungen Kalbs wandte ich mich an das historische Archiv der MPG. Dort liegen mehr als 2000 Blatt Papier, die in den Jahren 1983 bis 1990 in Folge meines Antrags entstanden waren. Der nachstehende Text, in dem sich wissenschafts-, mentalitäts- und lebensgeschichtliche Linien

überschneiden, handelt von diesem Papierberg.[11]

In Kenntnis der oben zitierten Dokumente bat ich Ende 1982 den zuständigen Direktor des Bundesarchivs, die Hirnschnitte der Sammlung Hallervorden, soweit sie von Opfern des Nationalsozialismus stammten, einschließlich der schriftlichen Dokumentation in das Bundesarchiv nach Koblenz zu überführen. Das sollte nach dem Muster des wissenschaftlichen Nachlasses der Tübinger Anthropologin und Zigeunerforscherin Sophie Ehrhardt geschehen. Nach einem öffentlichen Skandal war deren Sammlung ein Jahr zuvor im Bundesarchiv deponiert worden. Meinen Vorschlag begründete ich mit »politischen, moralischen und auch rechtlichen Gesichtspunkten«. Er bezweckte, die vielen tausend Präparate aus dem neuroanatomischen Nachlass Hallervordens der weiteren medizinischen Forschung zu entziehen, jedoch geschichtswissenschaftlich aufzuklären, welche Interessen den angesehenen Hirnforscher Hallervorden mit den Euthanasiemördern verbanden und wie die praktische Zusammenarbeit vonstattengegangen war.[195]

»Willkürliche und rechtswidrige« Verbote der MPG

Sechs Wochen später leitete der damalige Präsident des Bundesarchivs, Hans Booms, meine Anregung an den Präsidenten der MPG mit dem Bemerken weiter: »Ich kann selbstverständlich nicht beurteilen, ob alle Einzelheiten der Darstellung von Herrn Dr. Aly zutreffen, meine aber auf jeden Fall, dass Sie der Sache nachgehen sollten.« Als bald beauftragte Edmund Marsch, damals Generalsekretär der MPG, die stellvertretende Leiterin des in Berlin-Dahlem ansässigen historischen Archivs der Gesellschaft, Marion Kazemi, »sich dieser Angelegenheit in behutsamer Weise anzunehmen«. Per Eilbrief alarmierte Kazemi den Direktor des Frankfurter Instituts, Wolf Singer, der sofort reagierte und nur eines wollte: die kontaminierte Altlast loswerden.

Seiner Ansicht nach sollten »die Akten und alles Schriftliche« ins historische Archiv transferiert und »die Präparate- und Schnittsammlungen vernichtet werden« – um zu verhindern, dass damit weiterhin wissenschaftlich gearbeitet werde. Mir schrieb Singer allerdings, er habe mit dem Emeritus Professor Wilhelm Krücke gesprochen, der ihm versichert habe, die Sammlung enthalte »weder Gehirne und Präparate noch Schriftstücke, die mit der ›Euthanasie‹-Aktion in den Jahren 1939 bis 1945 körperlich und geistig behinderter Kinder in Zusammenhang stehen«. Apodiktisch stellte er fest: »In unserem Institut gibt es kein Material, das einen Bezug

zu dieser ›Kinderaktion‹ hat.«^[196] Anders als Singer riet ich, die Präparate »vorerst zu erhalten«, bis ein Neuropathologe die Arbeitsweise und Methoden Hallervordens begutachtet habe. Gleichfalls im Geist der Zeit befangen, wollte auch ich die Präparate »vernichtet« wissen, nicht etwa bestatten. Erst einige Monate später stellte mir mein Hamburger Freund Martin Schmidt, Gräzist und aktiver Politiker der Grünen, im Gespräch die Frage: »Was macht man mit solchen Sachen?« und antwortete selbst: »›Vernichten‹ kommt nicht in Betracht, man muss sie beerdigen.«^[197] So geschah es, allerdings erst 1990.

Wie von Generalsekretär Marsch gefordert, reiste Frau Kazemi Ende März 1983 nach Frankfurt, sah Teile der Sammlung durch und berichtete, die Präparate würden »immer noch benutzt, wenn auch nicht häufig«; »Hinweise auf Tötungen oder Bestellungen von ›Fällen‹« habe sie nicht gefunden.^[198] Ihrem Schnell- und Fehltrail folgend, prüfte die Rechtsabteilung der MPG anhand zweier Krankengeschichten und Fotografien von Hirnschnitten aus der Sammlung »die Zulässigkeit einer Einsichtnahme«. Im Ergebnis lehnte der zuständige Referent Gerhard Kalb meinen Antrag ab, gestützt auf Paragraph 203 des Strafgesetzbuches. Demnach macht sich ein Arzt strafbar, wenn er persönliche Daten von Patienten weitergibt und damit seine Schweigepflicht verletzt. Kalb behauptete sogar, dass »gerade auch unter Berücksichtigung« meines »konkreten wissenschaftlichen Interesses« eine Einwilligung »der betroffenen verstorbenen Personen nicht zu vermuten«

sei.[199]

Um die Verantwortung zu verteilen, ließ Generalsekretär Marsch meinen Antrag vom hauseigenen Datenschutzbeauftragten prüfen, verfügte jedoch ausdrücklich, der für das Frankfurter Institut zuständige (als liberal geltende) »Hessische Datenschutzbeauftragte soll nicht eingeschaltet werden«. Letzteres hatte ich vorgeschlagen. Handschriftlich vermerkte Marsch: »M.E. sind das nicht Datenschutzfragen, sondern Fragen der Vertraulichkeitspflicht von Ärzten usw.«[200]

Kaum hatte ich den ablehnenden Bescheid erhalten, wandte ich mich abermals an den Präsidenten des Bundesarchivs. Dieser ließ bei der MPG nachfragen, »unter welchen Umständen« die verantwortlichen Herren denn eine »Einsichtnahme für zulässig hielten«. [201] Die Angesprochenen beharrten darauf, »dass Hirnschnittfotografien und Krankengeschichten prinzipiell nicht zu anderen als allenfalls medizinischen Forschungszwecken einsehbar sein dürften«. Zwischenzeitlich hatte Wolf Singer zwei Frankfurter Medizinprofessoren gebeten, die Sammlung zu bewerten. Nur einer folgte der Bitte und bestätigte die Ansicht, die Sammlung habe mit den Euthanasiemorden nichts zu tun.[202]

Entscheidende Hilfe verdankte ich Spiros Simitis, der damals die hessische Datenschutzbehörde leitete. Ohne zu wissen, dass Marsch ihn absichtsvoll übergangen hatte, informierte ich ihn Anfang 1984 über die ablehnende Haltung der MPG. Simitis nahm sich der Sache umgehend und energisch an.[203] Die dafür

erarbeitete Stellungnahme verfasste sein Referent für juristische Grundsatzfragen, Regierungsdirektor Dr. Eckard Hohmann, der anzweifelte, »ob die ärztliche Schweigepflicht auch solche Fälle umfasst, in denen von vornherein gar nicht beabsichtigt ist, den psychisch Kranken zu behandeln, sondern eine physische Vernichtung von vornherein eingeplant ist«. So gesehen berief sich die MPG missbräuchlich auf den Paragraphen 203 des Strafgesetzbuchs.

Als für die MPG besonders unangenehmes Argument führte Hohmann an: Eben weil die Hirnpräparate der Sammlung Hallervorden jahrzehntelang für die medizinische Forschung benutzt worden waren, müsse die MPG auch die Forschung anderer – in ihren wissenschaftlichen Interessen prinzipiell gleichrangiger – Disziplinen zulassen. Folglich sei »eine Verweigerung der Einsichtnahme« für mich als Politikwissenschaftler »willkürlich und rechtswidrig«. Weiter hieß es in dem Gutachten: »Aufgrund der historischen Umstände besteht ein objektives Interesse der Sozialwissenschaften an der Untersuchung von Material, das möglicherweise im Zusammenhang mit der Euthanasie steht. Der Natur der Sache nach wird sich immer erst nach einer solchen Untersuchung herausstellen, ob das Material tatsächlich insoweit relevant ist.« Zusammenfassend wies der Datenschutzbeauftragte die Verantwortlichen der MPG darauf hin: »Die Aufklärung des historischen Geschehens Euthanasie kann die Menschenwürde ihrer Opfer nicht beeinträchtigen; sie verhindert vielmehr kollektive Verdrängung und stellt durch die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Achtung

vor dem psychisch kranken Menschen erst her.«[204]

Der Wucht dieser Argumente widerstand die MPG nicht, auch wenn Referent Kalb auf der ersten Seite des Briefs von Hohmann erregt vermerkte: »In diesem Schreiben stimmt doch fast gar nichts!« Allerdings setzte jemand anderes ein Fragezeichen hinter diese Marginalie. Wie immer es im Einzelnen geschehen sein mag: Am 21. Mai 1984, eineinhalb Jahre nachdem ich meinen Antrag gestellt hatte, war es so weit, und ich konnte mir die Sammlung Hallervorden in Frankfurt am Main ansehen. Getroffen hatten diese Entscheidung Rechtsreferent Kalb und Günter Preiß, der in der Generalverwaltung zuständige Betreuer des Frankfurter Instituts für Hirnforschung.

Direktor Singer beaufsichtigte mich während meiner Akteneinsicht nicht und gestattete Kopien in unbegrenzter Menge. Ebenso wie ich arbeitete er bis tief in die Nacht. Dafür musste er sich später rechtfertigen und erklären, er habe »keineswegs erwartet«, dass ich mehrere hundert Kopien ziehen und mitnehmen würde.

[205] Einige Wochen später diktierte ich den hier in wesentlichen Teilen wiedergegebenen Bericht an Heinz A. Staab, den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft:

In der Zeit vom 23. bis 24. Mai 1984 habe ich die Akten der Sammlung Hallervorden durchgesehen und teilweise kopiert. Die Akten sind im Neurologischen Institut der Universität Frankfurt a.M. (Edinger-Institut) im Flur hinter einer hölzernen Wandverkleidung gelagert. Diese Lagerung entspricht nicht dem zeitgeschichtlichen und möglicherweise auch neuroanatomischen Wert dieser Sammlung. Meine Arbeit ist in sehr entgegenkommender Weise von Herrn Professor Wolf Singer, dem Direktor des Max-Planck-Instituts

für Hirnforschung, Neurophysiologische Abteilung, unterstützt worden und von Herrn Professor Ekkehard Thomas, dem geschäftsführenden Direktor des Neurologischen Instituts, sowie von Frau Dr. Helge Gräfin Vitzthum, die in sehr lebendiger Weise aus der Geschichte des Instituts berichtet hat.

Mir haben folgende Aktenstücke vorgelegen:

Sektionen 1936; 1937, 1-90; 1939, 1-70, 71-111; 1940, 1-60, 61-110, 111-170; 1941, 1-60, 61-119, 120-185, 186-282; 1942, 1-60, 61-102; 1943, 76-130; 1944, 1-83.

Die Berichte und der dazugehörige Schriftwechsel sind in Stehordnern abgeheftet und in sich gelegentlich lückenhaft. Ich habe in der kurzen Zeit darauf verzichtet, diese Lücken im Einzelnen zu notieren. Angesichts des historischen, medizinischen und ethischen Werts dieser Sammlung, der auch besteht, wenn er negativ ist, erscheint es mir geboten, die fehlenden Aktenstücke zu suchen, um die Sammlung wieder zu vervollständigen.

Darüber hinaus habe ich einen Leitz-Ordner ausgewertet mit der Aufschrift »Neurale Muskelatrophie, Krakau E. und Krakau W.« und einzelne Hängeordner, die sich unter dem Rubrum »Sammlung Hallervorden« in einem gesonderten Raum befanden und offensichtlich unter dem Gesichtspunkt ihres besonderen wissenschaftlichen Interesses aus den Stehordnern herausgenommen worden sind und teilweise auch die Zeichen aktueller Benutzung tragen. Es handelt sich dabei um die folgenden Hängeordner (sie sind nach den Namen der Menschen bezeichnet, von denen die Gehirne stammen):

Vierhub, Fischer, Horcher, Porcher, Giesel, Woitha, Kutschke Alfred, Kutschke Günter, Kutschke Herbert (!), Henning, Behrendt, Maue, Brauns, Fischer, Lehmann, Schulze, Kiewert, Bartel, Milbredt, Witschel, Geissler, Beyer, Seburg, Bernau, Fröde, Hiller, Gaus, Hoffmann, Schulze, Rothkegel.

Die Gehirne all dieser Patienten sind ebenfalls in der Zeit zwischen 1940 und 1945 entnommen worden. Die schriftlichen Unterlagen waren ursprünglich sicherlich in den Stehordnern abgelegt gewesen.

Ich habe insgesamt etwa 700 Kopien gefertigt. Für die Genehmigung dazu möchte ich mich ausdrücklich bedanken, da sie die historische Auswertung wesentlich erleichtert und beschleunigt. Die Kopien sind ein repräsentativer Querschnitt, wobei ich besonders auf die Namen von Personen und auf Orte geachtet habe, die mir im Sinne meiner Arbeitshypothese wichtig erschienen.

Die Arbeitshypothese ist, dass das Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Hirnforschung in Berlin-Buch sich wesentlich Gehirne

und die dazugehörenden klinischen Befunde im Zusammenhang mit der »Euthanasie«-Aktion des »Dritten Reiches« beschafft und diese Gehirne wissenschaftlich ausgewertet und später die Ergebnisse publiziert hat. Diese Hypothese hat sich auch durch die Auswertung der Sammlung Hallervorden in Frankfurt bestätigt. Sie ist in der Vergangenheit durch die Rechtsnachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, wiederholt – sogar juristisch – bestritten worden.

Aus der Sammlung Hallervorden, die deutliche Spuren einer späteren Reinigung trägt, ergeben sich drei wichtige Anhaltspunkte für die Mitwisserschaft und – soweit es die Hirnforschungen betrifft – organisatorische Mitwirkung an den Anstaltstötungen des »Dritten Reiches« durch das Hirnforschungsinstitut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin-Buch:

1. In dem Stehordner Sektionen 1941, 1–60 findet sich eine größere Zahl von Epikrisen getöteter Kinder und Jugendlicher aus der Anstalt Brandenburg-Görden, die allesamt am 28.10.1940 gestorben sind. In Klammern ist das Alter der Kinder angegeben: Annelise Rotzoll (14), Werner Zimmermann (17), Günther Dietrich (11), Heinz Böhm (11), Heinz Pietack (10), Heinz Piescher (8), Hubert Falkenberg (9), Irmgard Dörr (16), Willy Venz (13), Günther Schiemann (12), Ursula Krabbe (16), Wolfgang Fengler (10), Dora Zech (16), Elisabeth Jarosch (15), Marie Kretschmer (?), Werner Przadka (13), Willy Schemel (16), Margarete Koriath (13), Henry Herzog (17), Erika Höhne (10), Berta Handrich (10), Herbert Schade (18), Willy Bading (16), Horst Friedrich (9), Renate Wringe (17), Hellmuth Lesniewske (11), Vera Böhlke (14), Werner Böttger (15), Günther Nitschke (7), Siegfried Gaida (9), Rolf Pfunke (12), Hildegard Eckert (17), Emmy Kunz (17).^[206]

Diese 33 (tatsächlich waren es 35) Kinder und Jugendlichen waren, wie die Epikrisen ergeben, keineswegs jene »leeren Menschenhülsen« oder »geistig Toten« – Begriffe, auf die sich ihre Mörder später vor Gericht berufen haben –, sondern es waren Kinder, die teilweise die Hilfsschule der Anstalt Brandenburg-Görden besuchten und die häufig aus sozial schwierigen Verhältnissen stammten. Sie wurden offensichtlich von vornherein aus wissenschaftlichem Interesse getötet. Hallervorden hatte damals zwei Schwerpunkte: einmal die Erforschung des »angeborenen Schwachsinn« und zum Zweiten die Erforschung des Unterschieds zwischen »traumatischer« und sogenannter »genuiner«, in der damaligen Terminologie »erblicher Epilepsie«. Hinzu kam der

Forschungsschwerpunkt des Direktors der Anstalt Brandenburg-Görden, Professor Hans Heinze, »der abnormale Charakter«. Für alle drei Forschungsgebiete sollte anhand hirnanatomischer Untersuchungen herausgefunden werden, ob sich zu den Normabweichungen eine regelhafte, naturwissenschaftlich objektivierbare Veränderung am Gehirn feststellen und wissenschaftlich beschreiben ließe.

Der Tötungsarzt Heinrich Bunke, der von August 1940 an zunächst in der Tötungsanstalt Brandenburg (untergebracht im Zuchthaus, nicht zu verwechseln mit der Heil- und Pflegeanstalt Brandenburg-Görden) tätig war und dann Ende Oktober 1940 in die Nachfolgeanstalt Bernburg versetzt wurde, machte am 16. April 1962 vor dem Vernehmungsrichter in Frankfurt a.M. eine Aussage, die den Hintergrund des Kindermassakers vom 28.10.1940 erläutert:

»In Brandenburg wurden auch Kinder im Alter von etwa 8-12, es kann auch bis 14 Jahre gewesen sein, vergast. Es handelt sich um Kinder, die uns von Prof. Heinze aus Görden – entweder direkt oder über eine Zwischenanstalt – genau weiß ich das nicht mehr –, eigens zur Tötung überstellt wurden. Es dürfte sich in der Zeit meiner Tätigkeit in Brandenburg um etwa 100 Kinder gehandelt haben. Mit den Kranken wurden auch deren Krankengeschichte und die Schriftstücke mit den Entscheidungen der Gutachter übersandt. Man konnte also anhand der auf den Akten liegenden Gutachterentscheidungen erkennen, aus welchen Zwischenanstalten die Kranken waren. Aus den Krankenakten selbst konnte man außerdem den Krankheitsverlauf und die Abgabeanstalten entnehmen. Meistens war allerdings keine Zeit da, um die Akten zu studieren. In den Fällen der Kinder waren genaue Durchuntersuchungen und Zusammenfassungen der Krankengeschichte der Krankenakte beigelegt. Das waren die einzigen Fälle, in denen man sagen konnte, dass sie so durchuntersucht waren, wie man es hätte in allen Fällen erwarten sollen. Ich will damit sagen, dass in diesen Fällen auch ein Nichtpsychiater die Möglichkeit hatte, die Erwägungen zu erkennen, die für die Entscheidungen des Gutachters bestimmend waren. In allen anderen Fällen war lediglich das Ergebnis der Entscheidung, nicht aber deren Begründung zu erkennen, abgesehen von einer allgemeinen psychiatrischen Diagnose. Ein Teil der Kinderleichen wurden von Prof. Hallervorden aus Berlin (Histologe am Kaiser-Wilhelm-Institut) seziert und zur wissenschaftlichen Auswertung mitgenommen. Ich nehme an, dass dies aufgrund einer Vereinbarung mit Prof. Heinze geschah. Mir ist nicht bekannt, ob Prof. Heinze in Görden auch selbst Tötungen vorgenommen

hat. Die vorgenannten Kinder stammten jedenfalls aus seiner Anstalt. Ich glaube, es waren insgesamt zwei Transporte. Prof. Heinze war damals selbst in Brandenburg.«
Bunke hat bei dieser Gelegenheit, wie er aussagte, Hallervorden näher kennengelernt und war Mitte Mai 1941 für vier bis sechs Wochen zur Ausbildung in Berlin-Buch, um dann anschließend in Bernburg Gehirne vergaster Patienten zu entnehmen, von denen er annahm, »dass sie in Buch von Interesse seien«. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die oben zitierten Akten der Sammlung Hallervorden über die genannten Kinder und Jugendlichen auf der Grundlage dieser Morde entstanden sind und Hallervorden selbst bei der Entnahme der Gehirne dabei war.

2. In den Stehordnern über die Sektionen in den Jahren 1940 und 1941 ebenso wie in den Gehirnbeschreibungen, die in den Hängeordnern Sammlung Hallervorden abgelegt sind, finden sich typische und ganz ähnlich aufgebaute Beschreibungen von Gehirnentnahmen, die eindeutig auf die Tötungsanstalten Brandenburg und Bernburg hinweisen. Die sehr kurz gehaltenen Befundbogen sind fast alle mit derselben Schreibmaschine geschrieben, haben oben links eine »Be Nr.« und oben rechts eine »Z Nr.«. Der Todestag ist meistens nicht angegeben. Die Sektion erfolgte sehr kurz nach dem Tod innerhalb von ein bis vier Stunden. Es ist daher anzunehmen, dass diese kurzen Schilderungen in der Tötungsanstalt von Bunke diktiert und mit den entnommenen Gehirnen nach Berlin-Buch transportiert worden sind. Die Be Nr. und die Z Nr. sind ein eindeutiges Indiz für die Tötungen im Rahmen der »Euthanasie«-Aktion. Die Z Nr. war die zentrale Nummer in der Berliner Kartei und bezeichnete den Fragebogen, den die Anstalten über ihre Patienten an die mit den Tötungen federführend beauftragte »Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten« eingesandt hatten; die Be Nr. bezeichnete die laufende Tötungs-Nr. Als Beispiel soll hier der erste derartige Bericht aus der Sammlung wiedergegeben werden:
»Be Nr. 23828; Z Nr. 55150; Name: Kothe, Arthur, geb.: 11.6.1912 in Berlin. Sektion nach 2 Stunden. Diagnose: Schwachsinn, Größe: 1,52 m, Körperbau: schlank, Knochenbau: fein, Kopfumfang: 55 cm, Längsdurchmesser: 17,5 cm, Querdurchmesser: 14 cm, Gehirngewicht: ..., Präparat: Gehirn. Makroskopischer Befund: Auffallend kleines und weiches Gehirn. Die weichen Häute o.B. (ohne Befund). Die linke Hemisphäre stärker ausgebildet als die rechte. Im Bereich des rechten Parietalhirns finden sich Veränderungen im Windungsbau, die an Mikrogyrie erinnern. An der Basis und am

Kleinhirn makr. keine Besonderheiten. Beim Herauslösen riss der rechte Pedunculus cerebri ab und der linke ein. Kurze Anamnese: Familienanamnese nicht zu erheben. Patient wurde 1929 in Anstaltspflege gegeben. Wird als völlig stumpher Idiot geschildert, der weder auf Bedrohung noch auf laute Geräusche reagiert. Sprachliche Äußerungen wurden nicht von ihm vernommen. Stößt nur zeitweilig tierische Laute aus. Linksseitig spastisch gelähmt. Starker Rigor der Muskulatur des linken Armes. Leichter Rigor des linken Beines. Sehnenreflexe sind beidseitig gesteigert. Pat. soll eine Kinderlähmung überstanden haben, nach der sich die linksseitige Lähmungserscheinung zeigte.«

Diese kurzen Berichte sind im Sommer 1941 offensichtlich von Bunke nach seiner Anlernzeit im Kaiser-Wilhelm-Institut verfasst worden. Bunke hat während dieser Zeit übrigens im Haus des Direktors Hugo Spatz gewohnt.

Im Zuge meiner Forschungen werde ich exemplarische Schicksale (der genannten) Patienten rekonstruieren. Das ist möglich, da sich aus den Sektionsunterlagen Rückschlüsse auf die sogenannten Abgabeanstalten ziehen lassen und dort teilweise Deportationslisten und Krankenunterlagen für die zeitgeschichtliche Forschung zur Verfügung gestellt werden. Aber es kann anhand der äußeren Indizien bereits jetzt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gesagt werden, dass die vorstehend genannten Personen Opfer der Tötungsanstalten Brandenburg und Bernburg waren und die Zusammenarbeit zwischen diesen Anstalten und dem Hirnforschungsinstitut in Berlin-Buch auch nicht verdeckt, sondern in vollem gegenseitigem Einvernehmen erfolgt ist. (Die Ablage der Sektionsprotokolle in den Akten der Sammlung orientiert sich offensichtlich nicht am Todestag der Opfer, sondern am Bearbeitungszeitpunkt der Gehirne im Institut.)

3. (...) Über die Görden Akten hinaus habe ich Unterlagen aus der Heil- und Pflegeanstalt Berlin-Buch und dem Ludwig-Hoffmann-Hospital, angegliedert dem Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Buch, ausgewertet, ebenso aus der Kinderklinik Berlin-Frohnau, die der zweite Gutachter des »Reichsausschusses«, Ernst Wentzler, mit dem Forschungsschwerpunkt »Littlesche Krankheit« geleitet hat. Auffällig waren die relativ häufigen Zusendungen von Gehirnen aus der Heil- und Pflegeanstalt Lörchingen im besetzten Lothringen durch den dortigen kommissarischen Direktor Dr. Rudolf Leppien. Zusendungen, die von verschiedenen Feldprosekturen nach Berlin eingesandt worden sind und deutlich militärischen Charakter tragen, habe ich nicht ausgewertet.^[207]

So weit meine Erkenntnisse im Mai 1984. Anders als damals sind heute die Akten der in Görden ermordeten Kinder im Brandenburgischen Landeshauptarchiv zugänglich, knapp die Hälfte der Akten von Patienten, die bis zum Sommer 1941 in den Gaskammern der Aktion T4 starben, findet sich seit den 1990er-Jahren im Bundesarchiv. Für mehr als 60 Prozent der 1984 genannten Personen konnte ich mittlerweile die Akten finden und definitiv feststellen, dass sie ermordet wurden. Hochgerechnet kann also davon ausgegangen werden, dass fast alle damals in die Sammlung aufgenommenen Präparate von Menschen stammten, die als angeblich Minderwertige Opfer der Euthanasie geworden waren. Für einige der von Hallervorden selbst nahe der Gaskammer sezierten Kinder und Jugendlichen habe ich 2013 anhand der Akten kurze Lebensbilder veröffentlicht.[208]

Archivleiter Henning und das »Ansehen« der MPG

Damals, 1984, missbilligte Dr. Eckart Henning, der zwischenzeitlich neu eingesetzte Leiter des historischen MPG-Archivs in Berlin, meinen Bericht über die Sammlung Hallervorden. »Ich bedauere die Benutzungsentscheidung« der Generalverwaltung der MPG, schrieb er, zumal sie »letztlich nur durch eine Art ›Eigentor‹« der hauseigenen Juristen zustande gekommen sei. Dann wurde er persönlich und behauptete, »als die ganze Sache anfing«, er aber noch nicht im Amt gewesen sei, solle sich der Präsident des Bundesarchivs, Hans Booms, »negativ über Wissenschaftler geäußert haben, die ihr von vornherein feststehendes Ergebnis nachträglich durch Quellenangaben zu belegen suchen«. Und in diese Kategorie habe er damals auch mich eingeordnet, »was aus heutiger Sicht zumindest nicht ganz verkehrt zu sein scheint«.^[209] Anschließend erarbeitete er eine »Stellungnahme zum Bericht des Dr. Götz Aly vom 16.9.84 und zu seinem Schreiben an den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft vom 17.9.1984«:

»Bei der Lektüre des Berichts habe ich den Eindruck gewonnen, dass es dem Autor darum ging, seine vorgefasste Meinung (›Arbeitshypothese‹) nach kurzem Einblick in die Sammlung Hallervorden als bewiesen auszugeben; dass diese Meinung schon vorher feststand, lässt sich auch einem Schreiben Dr. Alys vom 15.12.1982 an Herrn Archivdirektor Dr. Oldenhage (Bundesarchiv)

entnehmen, wo er schon damals ausführte, dass Prof. Hallervorden ›nach dem Ergebnis meiner bisherigen Forschungen durchaus initiativ an der Euthanasie-Aktion beteiligt war‹. Das moralische Engagement des Verfassers, das dadurch noch befördert wird, dass er selbst Vater eines behinderten Kindes ist, scheint seiner wissenschaftlichen Redlichkeit eher im Wege zu stehen.«

Als ich im Jahr 2013 dieses Schriftstück im Archiv der MPG las, traf ich den mittlerweile pensionierten, aber mit einer kleinen Aufgabe von der MPG weiterhin beschäftigten Dr. Henning im Flur. Ich hielt ihm sein Schreiben vor und fragte: »Wollen Sie dazu etwas sagen?« – »Ja«, erwiderte er, »ich musste annehmen, dass Sie voreingenommen sind.« – Ich: »Meine damaligen Erkenntnisse haben sich alle als richtig erwiesen.« Er: »Das konnte ich nicht wissen.« Ich: »Möchten Sie sich für ihre Zweifel an meiner wissenschaftlichen Redlichkeit wegen meiner behinderten Tochter entschuldigen?« Er: »Nein!«

So selbstgewiss wie noch 30 Jahre später agierte Henning schon 1984. Ohne jede eigene Kenntnis behauptete er damals: Aus der Frankfurter Sammlung von Krankengeschichten und Sektionsprotokollen lasse sich »wohl kaum beweisen, dass sich das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung im Rahmen von Euthanasieaktionen des Dritten Reichs ›wissentlich Gehirne beschafft hat‹«. Durchaus zu Recht bemerkte er, meine These liefe »auf den Vorwurf einer Tötung auf Anforderung hinaus, auf die Behauptung einer aktiven Mitwirkung des Instituts an diesen Aktionen«. Eine

derartige Anschuldigung gelte es »so lange zurückzuweisen, bis sie sich hieb- und stichfest belegen lässt (die Suggestivbekundung ›offensichtlich von vornherein aus wissenschaftlichem Interesse getötet‹ genügt da keineswegs)«. [210]

Ende 1985 erschien mein Bericht in leicht überarbeiteter Form im zweiten Band der Beiträge zur Erforschung der nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik. Der Titel des Bandes lautete »Reform und Gewissen«, der meines 70 Seiten umfassenden Aufsatzes zu verschiedenartigen gesundheitspolitischen Utopien und Forschungsprojekten der Euthanasiemörder »Der saubere und der schmutzige Fortschritt«. Daraufhin wandte sich Generalsekretär Marsch an Professor Heinz Wässle, den geschäftsführenden Direktor des Frankfurter Instituts für Hirnforschung, und bat um eine Stellungnahme. »Obwohl dieser Artikel sowohl für unser Institut als auch für die Max-Planck-Gesellschaft insgesamt erschütternde Aussagen enthält«, antwortete Wässle, »und obwohl Herr Aly in manchen Punkten zumindest Halbwahrheiten schreibt, würden wir von einer gerichtlichen Auseinandersetzung abraten.« Sie würde nur dazu führen, »die Aktivitäten der Kaiser-Wilhelm-Institute für Hirnforschung und für Psychiatrie während der Euthanasie in die öffentliche Diskussion (zu) bringen«, die dann wiederum von »gewissen Presseorganen ausgeschlachtet« werden könnte. Die Gefahr erschien Wässle umso größer, weil das Frankfurter MPI für Hirnforschung »durch die Euthanasie, weiterhin durch

die Psychochirurgie unserer Vorgänger und letztlich auch durch Tierversuche bereits sehr viel negative Publizistik erhalten« habe.[211]

In der Stellungnahme, die Eckart Henning am 6. Januar 1986 an den Generalsekretär der MPG schickte, stöhnte er: »Ebenso wie das letzte Jahr fängt auch dieses mit Götz Aly an. Aus der Hand eines mit ihm zusammenarbeitenden Buchbenutzers erhielt ich vor dem Fest den Sammelband ›Reform und Gewissen‹, in den ich in den letzten Tagen einsah.« Aufgebracht listete Henning die Passagen auf, in denen ich – »expressis verbis« – den eindeutigen Zusammenhang zwischen Forschen und Morden feststellte, in seinen Worten: »Ungeheuerlichkeiten« behauptete.

Weiter schrieb er: »Offensichtlich versucht Dr. G. Aly die MPG zu provozieren bzw. mit folgendem Satz zu blamieren, auf den ich abschließend aufmerksam mache: ›Die Max-Planck-Gesellschaft hat noch 1974, vertreten durch Professor Adolf Butenandt, einem Münchner Journalisten die Behauptung verbieten lassen, Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hätten im Rahmen der Euthanasie Hirnforschung betrieben.« Inquisitorisch fragte Henning, »woher kennt er die Gerichtsakten?«, und fuhr fort: »Er wagt sich in der Annahme, dass die MPG das Aufsehen eines Prozesses gegen ihn scheuen wird, so weit vor, seine Vermutungen als Tatsachen, wenn auch ohne Beweise, zu veröffentlichen.« Henning schloss mit dem Satz: »Wie weit hier der Einspruch der MPG durch ihre Rechtsabteilung oder durch betroffene Institute Schaden abwenden oder mindestens weitere

Elaborate Alys zum Nachteil des Ansehens unserer Gesellschaft verhindern kann, entzieht sich meiner Beurteilung.«^[212]

Frau Dr. Wickerts »betreute Menschenversuche«

Für Archivleiter Henning kam es noch ärger. Auf Initiative von Anna Bergmann schraubten Gabriele Czarnowski, Annegret Ehmman, Susanne Heim und ich am 15. September 1987 eine Erinnerungstafel an jenes Gebäude der Freien Universität, das ursprünglich rassenbiologischen Zwecken gedient hatte und seit den 1970er-Jahren zum Otto-Suhr-Institut (OSI) gehört. Der Text lautete:

»In diesem Gebäude befand sich von 1927 bis 1945 das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (heute Max-Planck-Gesellschaft). Die Direktoren, Prof. Eugen Fischer (1927–1942) und Prof. Otmar v. Verschuer (1942–1945), lieferten mit ihren wissenschaftlichen Mitarbeitern das Fundament für die Rassen- und Geburtenpolitik des NS-Staates. Als Ausbilder von SS-Ärzten und Juristen, durch Rechtsgutachten und Expertisen für Zwangssterilisationen leisteten sie einen aktiven Beitrag zu Selektion und Mord von Minderheiten.

Dr. Dr. Josef Mengele, Assistent v. Verschuers, setzte ab 1943 als SS-Lagerarzt im KZ Auschwitz die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Zwillingsforschung mit grausamen Experimenten an Häftlingen fort und lieferte dem Institut Blut und Organe der ermordeten Versuchspersonen als Forschungspräparate.

Nach 1945 setzten die Täter – bis auf wenige Ausnahmen – ihre wissenschaftlichen Karrieren fort. Ihre Verbrechen blieben ungestraft. Ihre Forschungsergebnisse nutzt die medizinische Wissenschaft bis heute.«

Kaum war diese Tafel – nur 300 Meter vom Archiv der Max-Planck-Gesellschaft entfernt – angebracht, erschien Archivleiter

Henning am Mittag des folgenden Tages und vermerkte für die Münchner Generalverwaltung: »Als ich die ›Inscription‹ heute abschreiben sollte, die sich rechts neben der Eingangstür des ehem. KWI für Anthropologie usw. mit schwarzen Buchstaben auf einer weiß lackierten Metalltafel befindet (Format etwa Din-A3) erschien Frau Dr. Wickert (Otto-Suhr-Institut) gegen 13.30 Uhr zufällig (?), um mich anzusprechen.« Christl Wickert erzählte Henning, der Fachbereichsrat habe sich in seiner heutigen Sitzung von der Tafel »wegen sachlicher Fehler« distanziert, und ihres Erachtens müsse »der ganze zweite Absatz entfallen«. Anschließend sprachen die beiden mit dem damaligen Dekan, Professor Ulrich Albrecht. Henning fasste das Ergebnis so zusammen: »Er und Frau Dr. Wickert meinten, das OSI sei nun mit der Anbringung einer offiziellen Tafel in ›Zugzwang‹, die jetzt schnell angebracht werden müsse. Sie lehnten es aber ab, die ›fremde‹ Tafel einstweilen abzunehmen, um den Zugzwang nicht zu vermindern.«^[213]

Mitte 1988 wurde dann die »offizielle«, weil in Bronze gegossen, schwer lesbare Tafel angebracht mit teils identischem, teils verwässertem, teils moralisch aufgeblasenem Text.

Im Februar 2014 behauptete Christl Wickert in einem Interview: »Ich bin in meinen Recherchen bis zu den Versuchen in Auschwitz gekommen und habe dann, gegen sehr große Widerstände, einerseits der heutigen Max-Planck-Gesellschaft, der Nachfolgeorganisation der Kaiser-Wilhelm-Institute, und andererseits des Bezirks Zehlendorf, initiiert, eine Gedenktafel am Gebäude anbringen zu lassen.« In ihrer Kurzbiographie schreibt sie über sich in der dritten Person: »1988 initiierte sie die Gedenktafel für die Opfer der vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie betreuten Menschenversuche im KZ Auschwitz.« Um genau diese Versuche ging es im zweiten Absatz unseres Textes, der 1987 nach Meinung von Frau Wickert vollständig »entfallen« sollte.^[214]

Nach der Lektüre meines Aufsatzes und des in der Tendenz ähnlichen, fast parallel erschienenen Buches von Benno Müller-Hill äußerte sich zudem der Physiologe

Adolf-Henning Frucht (1913–1993).^[215] An Generalsekretär Marsch schrieb er, wie sehr ihn diese Studien auch persönlich berührten. Im Tenor beurteilte Frucht meine Publikation und die von Müller-Hill höchst kritisch. Aus Respekt vor Frucht, einem in der DDR zehn Jahre lang inhaftierten Nazi-Gegner, und wegen ihrer allgemeinen Bedeutung sollen seine lebensgeschichtlichen Mitteilungen zur Euthanasie hier zitiert werden:

»Teils durch Zufall (Familienumfeld), teils durch mein Studium in Jena und Leipzig bin ich frühzeitig mit der Vererbungswissenschaft in Berührung gekommen, die dort Schwerpunkte hatte. Ich erlebte die Änderung der Interessenrichtung des Faches und habe von der Tötungsaktion der Geisteskranken frühzeitig auch Einzelheiten erfahren. Von 1946 an war ich in den sächsischen Landesanstalten, die mir mit damals 17000 Betten unterstanden, mit dem Aufräumen der von den Nationalsozialisten hinterlassenen Trümmer beschäftigt. Dabei lernte ich Ablauf und Folgen der verschiedenen Vernichtungsaktionen kennen. In meinem Dienstzimmer haben ärztliche Täter von gestern berichtet; einige – besonders Ärztinnen – sprachen mit sehr großer Offenheit. Nach meinem Ausscheiden aus der Landesverwaltung (Sachsen) habe ich in Berlin-Lichtenberg im eigenen Institut mit Dr. med. Frauendorf und Dipl.-Math. Helga Bräuer eine Dokumentation über die Tötungsaktionen an Kranken aufgebaut. Die Veröffentlichung scheiterte am Staatsverständnis der DDR, das in Bezug auf Ethik und Sozialphilosophie streng utilitaristisch ist. Der Wert des Menschen liegt in seiner Arbeitsfähigkeit. Ziel staatlicher Maßnahmen ist die Optimierung eines Glückskalküls, wobei individuelles Glück und persönliches Schicksal an Bedeutung verlieren. Die Ähnlichkeit dieses Ansatzes mit dem der Nationalsozialisten ist zu offensichtlich, als dass die Erörterung geduldet werden konnte. (Womit nicht gesagt sein soll, dass der gleiche Ansatz zu gleichen Konsequenzen führen muss.) Im Mai 1967 wurde ich verhaftet und hatte die als lebenslänglich bezeichnete Strafe in Einzelhaft zu verbringen, bis ich 1972 mit einem anderen Isolierten zusammengelegt wurde. Es war dies der fleißigste aller Schreibtischtäter (der Euthanasiemorde 1939–1945), Dr. med. Otto Hebold, der sich 34000 schriftliche Todesurteile zuschrieb. Ein Jahr lang hatte

ich Zeit, ihn kennenzulernen.«^[216]

Adolf-Henning Frucht war 1968 wegen Spionage in der DDR verurteilt worden und wurde 1977 in die Bundesrepublik entlassen. 1986 arbeitete er als 73-Jähriger im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft in einer von Henning eigens errichteten »Arbeitsstelle Prof. Frucht« an der Biographie von Fritz Haber. Ob aus Dankbarkeit oder aus anderen Gründen, weiß ich nicht, jedenfalls unterstützte er in seinem Brief an die Generalverwaltung nachdrücklich Hennings restriktive Haltung und machte sich 1986 offenbar zu dessen Sprachrohr. Müller-Hill und mir warf Frucht »Oberflächlichkeit« vor, »Einseitigkeit, Taktlosigkeit, das Fehlen historischen Verständnisses« und »brutale Ausnutzung eines Archivs«. Gemeint war offenbar das Bundesarchiv, auf dessen Überlieferung sich mein Aufsatz hauptsächlich stützte.

Auf Bitten des Generalsekretärs der MPG, Marsch, äußerte sich auch die Rechtsabteilung zu meinem Artikel, und zwar in Person des Juristen Michael Weidmann, Leiter des Referats Recht. Nachdem er alle anderen Varianten juristischen Vorgehens gegen mich verworfen hatte, erörterte er den folgenden Weg, allerdings mit wiederum negativem Ergebnis: »Man könnte allenfalls erwägen, Herrn Aly in einem als gesichert angenommenen Einzelfall seitens der MPG durch entsprechend drastische Wissenschaftskritik öffentlich in den umgekehrten ehrenrechtlichen Zugzwang zu bringen (etwa ›unbrauchbare Arbeit, schludrige Ermittlungen, unbelegte Behauptungen‹ – mir fiel hier noch mehr ein), um ihn seinerseits zu entsprechenden

Unterlassens- bzw. Widerrufsbegehren zu provozieren. Ich würde aber zu einem solchen Spektakel im eigenen Interesse der MPG niemandem raten.«^[217] Schon zuvor hatte die Spitze der MPG allerdings beschlossen, »im Augenblick keine Gegenmaßnahmen zu ergreifen, da damit die Angelegenheit erst recht hochgespielt« werde.^[218]

Der Schüler und Nachfolger Hallervordens, Professor Krücke, wetterte gegen das »üble Pamphlet des Aly Götz«, während einer seiner Nachfolger, Professor Wässle, meinte, erstens müsse man bei »Prof. Krücke wohl mit einem gewissen ›Verdrängungsphänomen‹ rechnen«, zweitens bestehe »zumindest der Verdacht«, dass im Institut »auch Gehirne von Euthanasierten zu finden« seien, und drittens bedauere er, »keine bessere Auskunft geben zu können«.^[219]

»Gesamtvernichtung bzw. würdige Bestattung«

Erst vier Jahre später, sieben Jahre nach meinem ersten Schreiben an die Max-Planck-Gesellschaft, hielt es Henning im Januar 1989 langsam für angebracht, hinsichtlich der Sammlung Hallervorden von »Material« zu sprechen, das jeder Benutzung entzogen werden solle – jedenfalls »solange der Verdacht nicht ausgeräumt werden« könne, »dass es teilweise aus Euthanasieaktionen der NS-Zeit stammt«.[220] Dennoch reagierte er höchst gereizt auf den Vorschlag des hessischen Wissenschaftsministeriums, »derart belastetes Material in einer würdigen Form beizusetzen«: »Vorschlag bedenklich, bitte kein KWG-Schild. Den Präsidenten am 24.1.1989 mündlich gewarnt.« Mit dem Wort »KWG-Schild« umschrieb Henning offenbar ein von ihm strikt abgelehntes Bekenntnis der Max-Planck-Gesellschaft zu ihrer geschichtlichen Verantwortung als Nachfolgerin der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Präsident der MPG war seit 1984 der Chemiker Heinz A. Staab. Anders als Henning gelangte er nach der wiederholten Lektüre meines Berichts zu der Einsicht: »Die Feststellungen, die Herr Dr. Aly bei Durchsicht der Hallervorden'schen Akten getroffen hat, lassen den Schluss zu, dass sich Hirnschnitte von Euthanasieopfern in dieser Sammlung befinden.«[221]

Den Verhaltenswechsel an der Spitze der MPG hatten nicht Benno Müller-Hill und ich bewirken können. Er verdankte sich am Ende dem Umstand, dass die

Ergebnisse unserer Nachforschungen von Kollegen, Ärzten und Journalisten in den USA, in Israel, Kanada und England publik gemacht und der Max-Planck-Gesellschaft von dort aus Fragen gestellt wurden. Allen voran setzten die Professoren William E. Seidelman und Arthur Caplan die MPG unter Druck. Die in englischer Sprache verfassten Artikel, etwa von Steven Dickman in der Zeitschrift Nature, provozierten das inländische, nunmehr auch politische Interesse.^[222] Schließlich bat der US-Fernsehsender ABC um ein Interview mit den Zuständigen der MPG.

Nachdem die kritische Menge internationaler Aufmerksamkeit erreicht worden war, forderte der israelische Religionsminister Sebulon Hammer Anfang Januar 1989 Bundeskanzler Helmut Kohl brieflich dazu auf, die in den anatomischen Sammlungen vorhandenen körperlichen Reste von Naziopfern würdig zu bestatten. Kohl reagierte umgehend, zeigte sich bestürzt, dass dies nicht bereits 40 Jahre zuvor geschehen sei. Am 11. Januar 1989 bezeichnete er die Verwendung von Präparaten aus der NS-Zeit als »völlig unerträglich und inakzeptabel«. Parallel dazu sprach der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, von einem »ungeheuerlichen Vorgang«, der an den ethischen Grundlagen der Bundesrepublik rüttle. Auch Altbundeskanzler Helmut Schmidt fragte in München nach.^[223] Binnen 14 Tagen, am 25. Januar 1989, erging eine Aufforderung der Kultusministerkonferenz (KMK) an die Träger sämtlicher anatomischen Sammlungen der Bundesrepublik, »die Präparate von NS-Opfern und

Präparate ungeklärter Herkunft, die zeitlich nicht eingeordnet werden können, sofort aus den Sammlungen herauszunehmen und in würdiger Weise damit zu verfahren und umgehend darüber an das Sekretariat der KMK zu berichten«.

In jenen Tagen forderte mich die Wochenzeitung Die Zeit auf, einen Artikel über meine Forschungen zu schreiben. Der Artikel erschien am 3. Februar 1989. Die Überschrift bestand im Wesentlichen aus zwei Zitaten Hallervordens und lautete: »Wo die Gehirne herkamen, ging mich ja nichts an« / »Je mehr, desto lieber« / Über den Umgang mit Präparaten von Nazi-Opfern vor 1945 und danach«. Ich erzählte die Geschichte meiner Recherchen zwischen 1982 und 1984, der Begriff Max-Planck-Gesellschaft fiel sechsmal, wie Henning auf einer Kopie des Artikels notierte. Am 8. Februar 1989 verlangte das für die Generalverwaltung der MPG zuständige Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, »etwa noch vorhandene Präparate von Leichen von NS-Opfern und Präparate ungeklärter Herkunft sofort aus den Sammlungen herauszunehmen«.[224]

Der internationale Druck und die daraufhin erfolgte Reaktion deutscher Politiker trieben die so lange verantwortungsfaulen Verantwortlichen zu plötzlicher Eile. Noch fand sich Eckart Henning nicht bereit, die schriftlichen Unterlagen über die Ermordeten in seinem Archiv aufzubewahren (kein »genuines Archivgut bzw. archivfremdes Material«), doch riet er vorsichtshalber zur »separaten Aufbewahrung« der fraglichen

Sammlungen, um sie »zumindest jeder Benutzung zu entziehen, solange der Verdacht nicht ausgeräumt werden kann«, dass die Präparate »teilweise aus Euthanasie-Aktionen der NS-Zeit« stammen. Trotzig setzte Henning auf der Aktenkopie seines Briefes hinzu: »Sicher ist das nämlich auch nicht.«^[225]

Zu denjenigen, die mit Nachdruck für die würdige Bestattung der »unter kriminellen Bedingungen (Mord) erlangten Materialien« stritten, gehörte der Gesamtbetriebsrat der MPG. Der entsprechenden Resolution folgte die strenge Rüge des Verwaltungsrats auf dem Fuß. Den leitenden Herren erschien es selbst noch im Frühjahr 1989 »unverständlich«, »dass der Gesamtbetriebsrat ohne Rücksicht auf die Interessen und das Ansehen der Max-Planck-Gesellschaft eine öffentliche Diskussion dieses Themas betreibt«. ^[226]

Allerdings haperte es an der Liebe zur Wahrheit auch an anderen Stellen der MPG noch lange. Beispielsweise bestritt der Direktor des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie (vormals Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie), Professor Georg W. Kreutzberg, vehement, dass in die Gehirnsammlung des Instituts »aus den inkriminierten Jahren« auch nur ein Gehirn »von Euthanasieopfern eingegliedert« worden sei. Sofern damals die Gehirne von Hingerichteten geliefert worden seien, habe »es sich in allen Fällen um Kapitalverbrecher« gehandelt. Zwar habe das Institut damals eine Prosektur in der Heil- und Pflegeanstalt München-Eglfing-Haar unterhalten, aber darüber wisse man nichts Genaues, und der Leiter dieser Einrichtung,

Professor Schleusing, habe wohl gar nicht zum wissenschaftlichen Personal gehört. Falls sich dieser gewissermaßen Unbekannte möglicherweise doch »nicht davon ausschließen konnte«, dass »in Eglfing-Haar Opfer des Euthanasieprogramms obduziert worden sind«, dann gehöre das »wohl zu den Verstrickungen der Nazizeit«.

[227]

Tatsächlich war der spätere Professor für pathologische Anatomie Hans Schleusing seit 1936 wissenschaftliches Mitglied der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie, also der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, gewesen. Sein gedruckter Briefkopf lautete: Prosektur/der deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie/(Kaiser-Wilhelm-Institut)/Vorstand: Prof. Dr. med. Schleusing/Eglfing b. München, den ... Nicht selten unterschrieb seine Mitarbeiterin Dr. Barbara Schmidt. 1945 wurde Schleusing »auf Verlangen der amerikanischen Militärregierung wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP gekündigt«, freilich arbeitete er weiter und schrieb regelmäßig Gutachten unter dem schon vorgestellten Briefkopf des Instituts. 1948 wurde er wieder offiziell als Prosektor angestellt. Die MPG entrichtete allmonatlich Beiträge zu seiner Altersversicherung. Noch 1961 wurde Schleusing in Kürschners Deutschem Gelehrten-Kalender offiziell als »Vorstand der Prosektur der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie des Max-Planck-Instituts München« geführt, auch in seinen wissenschaftlichen Aufsätzen gab er stets an, Mitglied

des genannten Instituts zu sein.[228]

Um nichts zugeben zu müssen, doch die lästigen, immer häufigeren Fragen endlich loszuwerden, wollte schließlich auch Georg Kreutzberg nur noch das eine: Schnell, schnell »alle in der Sammlung vorhandenen Gehirne der betreffenden Jahre bestatten«. Bis Ende 1989 hatte Kreutzberg dann »sechs Makro- und 2,40 laufende Meter Mikropräparate der Jahre 1933-45 (keine Einzelzählung) ausgesondert«.[229] Daraufhin teilte Präsident Staab laut Protokoll dem Senat der MPG etwas wolkig mit: »Sollten jedoch bei näherer Prüfung Präparate aus der Zeit von 1939 bis 1945 gefunden werden, deren Herkunft nicht einwandfrei geklärt werden könne, so werde man diese den Sammlungen entnehmen und in geeigneter Weise bestatten.«[230]

Langsam bequemte sich auch Archivleiter Henning zu der Einsicht, dass die Sammlung Hallervorden in großer Zahl Präparate enthielt, die hunderten Opfern der Euthanasiemorde zuzuordnen sind. Nicht unbedingt deshalb, sondern weil diese Präparate von den damaligen Institutschefs in Frankfurt als wissenschaftlich »wertlos angesehen« würden, »käme«, so Henning, »eine Gesamtvernichtung bzw. Bestattung in würdiger Form in Betracht«.[231]

Unter Druck zog er es vor, »alle medizinischen Präparate aus der NS-Zeit« aus den Instituten zu entfernen, »gleichgültig wie die jeweilige Beweislage aussieht«. Er votierte für den radikalen Schlussstrich, womit er versuchte, das nunmehr auftauchende Gespenst »wissenschaftshistorischer Forschungsaufträge« zu

bannen, und begründete das so: »Eine schnelle Bereinigung, wie sie das Ausland erwartet, ist von einem solchen (langwierigen) Verfahren jedenfalls nicht zu erwarten.«^[232]

Im Entwurf einer Presseerklärung bestritt die MPG die wesentlichen Tatsachen weiterhin: Demnach hätten »neuere Untersuchungen« ergeben, »dass zumindest in einer der Sammlungen (Sammlung Hallervorden) Präparate enthalten sind, die von Euthanasieopfern stammen könnten«. Weil sich das »nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausschließen« lasse, seien die Präparate nun »auszusondern und – entsprechend einer Anregung der Kultusministerkonferenz – in würdiger Form zu bestatten«.^[233]

Derart angeregt, beschloss die Gesellschaft unter Vorsitz des Präsidenten Staab eine »Aussonderungsaktion« aller anatomischen Präparate aus der NS-Zeit, deren Herkunft als offensichtlich mörderisch oder unklar eingestuft werden musste.^[234] In der von Generalsekretär Marsch verfassten Bilanz heißt es zum Frankfurter Max-Planck-Institut für Hirnforschung: Bis zum Herbst 1989 wurden »aus der Sammlung ›Hallervorden‹ 84300 Präparate, gleich 1540 Fälle, und aus der Sammlung ›Spatz‹ 30650 Präparate, gleich 1400 Fälle, entnommen, das sind insgesamt 114950 Präparate, gleich 2940 Fälle«.^[235] Archivleiter Henning geriet regelrecht in Fahrt und suchte nunmehr selbst in einem Institut, das »Dr. Götz Aly bisher noch nie erwähnt« hatte, nach Präparaten aus der NS-Zeit.

Untertänigst rapportierte er seinen Generalsekretär Marsch: »So viel zur Klarstellung lediglich zu Ihrer Kenntnis, doch wollte ich es immerhin übermitteln, falls Sie darauf angesprochen werden sollten.«^[236]

Unter den neuen Vorzeichen verstanden die Verantwortlichen dieses Ergebnis nicht mehr als Schande, sondern als schönen Erfolg. Doch Hessens damaliger Minister für Wissenschaft, Wolfgang Gerhardt (FDP), zeigte sich angesichts dieser Zahlen über das jahrelange Nichtverhalten der MPG-Chefs schockiert: »Ich halte es schon für einen bedeutenden Vorgang, dass Verantwortliche in Frankfurt im Grunde diese Präparate seit Jahren kennen und es für einen angemessenen Umgang gehalten haben, die Schränke verschlossen zu halten. Das ist kein Vorgang, der akzeptabel ist.«^[237]

Zwar fügten sich die Herren der MPG langsam in das Unvermeidliche, doch behauptete selbst der Präsident, der meinen Bericht gelesen hatte: »Die bekannten 33 Fälle konnten durch einen externen Historiker mit hoher Wahrscheinlichkeit als Nazi-Opfer über das identische Todesdatum identifiziert werden.«^[238] Damit war ich gemeint, allerdings hatte ich in meinem Bericht sehr viel mehr Verdachtsfälle aufgelistet.

Vergraben auf dem Münchner Waldfriedhof

Am 7. November 1989 beschäftigte sich der Vizepräsident der MPG mit der, wie er es nannte, Bestattungsfrage. Vorangegangen waren zwei Anrufe von »Herrn Boutsen, Bundeskanzleramt«, der dringend um Rückruf gebeten hatte. Zur Diskussion standen zunächst die dezentrale oder zentrale Bestattung, das Problem der Einäscherung ganzer Hirne. Man entschied sich für die zentrale Variante und dafür, die vielen auf Glasträgern aufgebrachten Präparate nicht einzuschmelzen. Stattdessen sollten sie »im jetzigen Zustand belassen werden«.[239]

Nachdem die Präparate in »24 Metall- und Holzbehälter« verpackt worden waren, standen die Spitzen der MPG vor der Aufgabe, das halbwegs würdige Verschwinden wissenschaftlich benutzter Leichenteile zu bewerkstelligen. Das geschah zunächst in aller Stille und unter Ausschluss der Öffentlichkeit am 21. Februar 1990 um 7.45 Uhr in der Frühe. Von der Szene existiert kein Foto, keine Beschreibung, niemand sollte die »Behälter« sehen. Die Max-Planck-Gesellschaft ließ sie nicht feierlich beisetzen, sondern im Morgengrauen auf dem Münchner Waldfriedhof verscharren.

Die offizielle Feier wurde für den 25. Mai angesetzt. Bis dahin sollte der »leider etwas kahle« Ort, »so weit wie möglich, noch bereinigt« werden. Deshalb »wurde empfohlen«, wie Generalsekretär Marsch am Tag des Behälter-Vergrabens vermerkte, »für die Feier die

Grabstelle mit einer Buchsbaumhecke umstellen zu lassen«.[240] Zwischenzeitlich errichteten Steinmetze einen Gedenkstein, versehen mit der im Januar 1990 erdachten Inschrift: »Zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und ihren Missbrauch durch die Medizin. Allen Forschern als Mahnung zu verantwortlicher Selbstbegrenzung. Errichtet von der Max-Planck-Gesellschaft 1990«.

Der Text enthält kein Wort über die Opfer, nichts über die Art des Gebrauchs »durch die Medizin«. Es waren Menschen – vor und nach 1945 hochgeachtete Forscher, Ärzte, Professoren –, die im Staate Hitlers die ihnen gegebenen Chancen genutzt hatten, mit verbrecherischen Mitteln schneller zu wissenschaftlich validen Ergebnissen zu gelangen. Sie beteiligten sich aus Erkenntniseifer und wissenschaftlichem Ehrgeiz am Morden; sie entwickelten wohldurchdachte Methoden einer tödlichen Wissenschaft. Die Ermordeten und die beteiligten Wissenschaftler trugen Namen. Aber die Max-Planck-Gesellschaft legte über alle den Schleier unbestimmter Anonymität. Sie entwickelte eine neuartige, nunmehr als salonfähig erachtete Form des Beschweigens.

Planmäßig zelebrierten die Herren am 25. Mai 1990 um 14.00 Uhr ihre Gedenkstunde in der Aussegnungshalle, untermalt von je einem Largo für Streichquartett von Dimitrij Schostakowitsch, beendet mit je einem jüdischen, protestantischen und katholischen Gebet, gefolgt von der »Kranzniederlegung an der Gedenkstätte«. Den schlichten Ausdruck

Massengrab wollte niemand gebrauchen. Als Hauptredner trat der bereits vorgestellte Professor Kreutzberg ans Pult und verlas eine mehr verbergende als bekennende Ansprache. »Sie wissen, dass vor einiger Zeit zunächst in einem Max-Planck-Institut mikroskopische Hirnpräparate vorgefunden wurden, von denen anzunehmen war, dass sie von Opfern der nationalsozialistischen Diktatur stammten.« Nichts stimmt an diesem Satz: Vor »einiger Zeit« bedeutet in Wahrheit »vor sechs Jahren«; die Formulierung »von denen anzunehmen war« bedeutet, »von denen wir jahrelang bestritten haben, dass sie irgendetwas mit Mordtaten zu tun haben könnten«, bei den angeblich »mikroskopischen Präparaten« handelt es sich nicht um klitzekleine Dinge, die erst unter dem Mikroskop sichtbar würden, sondern um komplette Hirnschnitte in Originalgröße. Kreutzberg tat so, als sei all das soeben erst geschehen und als habe die Max-Planck-Gesellschaft sofort und aus freien Stücken »ihre wissenschaftlichen Sammlungen aus der Zeit vor 1945 überprüft«, als habe es keine systematische Bestellung von Präparaten seitens der Wissenschaftler gegeben.

Dazu konform behauptete die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Oktober 1989: Die fraglichen Präparate seien »im vergangenen Jahr im Frankfurter Max-Planck-Institut für Hirnforschung« »entdeckt« worden. Ja, die FAZ fand sogar heraus, dass es im Frankfurter Institut für Hirnforschung die Präparate von 33 Kindern und Jugendlichen gegeben habe, und berichtete weiter: »Dem Archivar (gemeint offenbar: Henning) war aufgefallen, dass für alle Kinder der gleiche Sterbetag

vermerkt war. Dies deutete (offenbar laut Henning) auf einen gewaltsamen Tod hin. Ein sicherer Nachweis ist allerdings bis heute nicht möglich gewesen.«^[241] Klar, wenn 33 Kinder einer jugendpsychiatrischen Anstalt am selben Tag zur selben Stunde sterben, mag das für die Frankfurter Allgemeine Zeitung und »den Archivar«, dem angeblich etwas aufgefallen sein sollte, reiner Zufall gewesen sein.

Der wissenschaftliche Mord an drei Brüdern

Nachdem ich das alles 2013 im Archiv nachgelesen hatte, ging ich noch einmal dem Schicksal der drei Brüder Kutschke nach. Die Brüder litten an derselben, offenbar erblichen degenerativen Krankheit und wurden zwischen 1942 und 1944 ebenfalls in Brandenburg-Görden ermordet. Ihre Akten waren mir 1984 aufgefallen, und ich hatte sie in meinem Bericht an den Präsidenten der MPG ausführlich dargestellt:[242]

Aus den in Görden gesammelten »interessanten Fällen« möchte ich das Schicksal der drei Brüder Kutschke herausgreifen. Alfred Kutschke starb im Alter von sieben Jahren am 6. April 1942 an einem »fieberhaften grippalen Infekt«; sechs Wochen zuvor war sein knapp dreijähriger Bruder Günter an »Bronchopneumonie« gestorben. Zu diesem Zeitpunkt war der dritte Bruder, Herbert, noch nicht geboren. Er starb im Alter von 15 Monaten am 25.4.1944 an einer »Herdpneumonie im rechten Unterlappen«. Alle drei Brüder litten an derselben, offensichtlich erblichen Krankheit. Diese Krankheit besteht in Zerfallserscheinungen von Markfasern und führt über mehrere Jahre wohl tatsächlich zum Tod eines Kindes, und es mag auch sein, dass der älteste Bruder Kutschke eines natürlichen Todes gestorben ist. Die Untersuchung der Entmarkungskrankheit ergab jedenfalls für ihn ein sehr weit fortgeschrittenes Stadium der Krankheit. Für seinen vier Jahre jüngeren Bruder heißt es in dem Untersuchungsbericht: »Die Entmarkung ist noch nicht ganz so weit fortgeschritten.« Aus diesem Befund ergaben sich daher, weil er dem des älteren Bruders relativ ähnlich war, wenig Anhaltspunkte für den Krankheitsverlauf. Diese fanden sich dann 1944 bei der Sektion des jüngsten, im Alter von einem Jahr und drei Monaten »gestorbenen« Bruders Herbert: »Wesentlich aufschlussreicher sind die Präparate des jüngsten Bruders, Herbert K. Ein Gefrierschnitt nach Spielmeyer durch die Stammganglien lässt die Markzüge deutlich, wenn auch abgeschwächt

hervortreten.« Gerade die Akten dieser drei Brüder tragen Spuren aktueller wissenschaftlicher Benutzung.

Damals, 1984, kannte ich die Krankengeschichten der drei Brüder nicht, nur die hirnanatomischen Befunde. Die mittlerweile zugängliche klinische Dokumentation widerlegt die Möglichkeit, dass Alfred Kutschke eines natürlichen Todes gestorben ist. Auch wusste ich damals nicht, dass Franz Seitelberger seine akademischen Meriten mit einer Arbeit über die Gehirne der drei Brüder Kutschke erlangt hatte. Über dem 1954 in der Wiener Zeitschrift für Nervenheilkunde veröffentlichten Aufsatz (Heft 9, S. 228–289) steht: »Aus dem Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Gießen, Neuropathologische Abteilung (Prof. J. Hallervorden)«. Der Titel lautet: »Die Pelizaeus-Merzenbacher'sche Krankheit. Klinisch-anatomische Untersuchungen zum Problem ihrer Stellung unter den diffusen Sklerosen«. Auf der zweiten Seite bedankt sich der Autor bei »Hr. Prof. (Hans) Heinze« für »die freundliche Überlassung der Krankengeschichten und des Untersuchungsmaterials der drei mitzuteilenden Fälle aus dem Beobachtungsgut der Landesanstalt Potsdam«, gemeint ist Brandenburg-Görden. Seitelberger war 1938 in Wien der SS beigetreten und hatte sich 1954 bei Hallervorden habilitiert, später, 1976 bis 1978, war er Rektor der Wiener Universität.

In seinem Aufsatz verglich er 1954 die drei Gehirne. Vor allem interessierte ihn das Gehirn des jüngsten Bruders, weil hier die »sehr langsam verlaufende Degeneration in einem früheren Stadium angetroffen« werde, während bei den beiden älteren Brüdern »fortgeschrittene Stadien des gleichen Geschehens«

sichtbar seien. Die Möglichkeit zum Vergleich der neuroanatomisch sichtbaren Veränderungen am Fall von drei Brüdern in drei unterschiedlichen Stadien derselben Krankheiten, das machte das Besondere der Studie aus. Seitelberger sagte es so: »Der jüngste Fall«, also der im Alter von eineinviertel Jahren ermordete Bruder, »ermöglicht einen Einblick in ein früheres Stadium des Markabbaues, wodurch die Rekonstruktion des Gesamtablaufes und die Beurteilung der Art des Prozesses erleichtert wird.« In der Zusammenfassung steht: »Es werden die Krankengeschichten und anatomischen Befunde von drei Brüdern im Alter von sieben, drei und einem Jahr mitgeteilt, die seit frühestem Kindesalter an einem identischen Krankheitsbild litten und durch interkurrente Affektionen ad exitum kamen.«

Günter Kutschke wurde am 17. Januar 1942 in die Anstalt Brandenburg-Görden aufgenommen, eines der wichtigsten Begutachtungs-, Forschungs- und Mordzentren der sogenannten Euthanasieaktion. Geleitet wurde die Anstalt von Professor Hans Heinze. Hallervorden betrieb dort eine eigene Prosektur seines Instituts, umgekehrt saß Heinze im Beirat des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung. Ebendieser Heinze unterschrieb neun Tage nach der Aufnahme von Günter Kutschke dessen Todesurteil. Es lautete: »Steht geistig, motorisch und sprachlich noch nicht auf der Stufe eines zwei Monate alten Kindes.« In der darauffolgenden Woche trat angeblich ein grippaler Infekt ein, und am 18. Februar 1942 starb Günter an einer Lungenentzündung im Alter von zwei Jahren und neun Monaten. Wegen des »Verdachts auf ein erworbenes

hirnorganisches Leiden« wurde sein Leichnam von Oberarzt Karl Brockhausen seziert. Noch hielten die beteiligten Ärzte ein erbliches Leiden für unwahrscheinlich und gingen von einem erworbenen Hirndefekt aus.

Einen Monat nach dem Tod von Günter wurde der gut siebenjährige Alfred Kutschke am 21. März 1942 in die Anstalt aufgenommen. Wie sein Bruder war auch er auf der Grundlage des Erlasses vom 18. August 1939 vom zuständigen Amtsarzt des Landkreises Ost-Sternberg in Zielenzig (Neumark) eingewiesen worden. Der Erlass bezweckte ausschließlich, dauerhaft deutlich behinderte Kinder zu ermorden. Der Amtsarzt hieß Dr. Hans-Jürgen Kober. Im Aufnahmebefund beschrieb Heinzes Oberarzt Ernst Illing, der bald darauf eine eigene Station zur Ermordung behinderter Kinder in Wien leitete, den neuen Patienten als körperlich völlig gesund. Doch gut zwei Wochen später, am 6. April 1942, war auch Alfred Kutschke tot. Angeblich infolge von »Herz- und Kreislaufschwäche« oder, wie an anderen Stellen der umfangreichen Krankendokumentation phantasievoll angegeben, an einem »fieberhaft-grippalen Infekt«, an »Bronchopneumonie« oder »chronisch katarrhalischer Bronchitis« mit »ausgedehnten, zusammenfließenden Herdpneumonien in beiden Ober- und Unterlappen«.

Am Morgen des Todestags führte Oberarzt Brockhausen die Sektion durch, und zwar wegen des »Verdachts auf ein erworbenes organisches Hirnleiden mit Idiotie, Marasmus und hypertoner Tetraplegie«, im Übrigen machte er genaue Angaben über den Zustand der inneren Organe. Offenbar hatte Heinze auch seinen

Kollegen Julius Hallervorden herbeigerufen. Jedenfalls trägt der Befund Korrekturen von seiner Hand. Später stellte Hallervorden eine erste zutreffende Diagnose, nämlich »Pelizaeus-Merzbacher'sche Krankheit«. Dann setzte er ein Fragezeichen dahinter und notierte: »Hochgradige Entmarkungen. Unklares Bild.« Genauere histologische Untersuchungen bestätigten seine spontane Vermutung alsbald.

Zwei Jahre nach dem gewaltsamen Tod von Günter und Alfred Kutschke wurde deren erst am 22. Januar 1943 geborener Bruder Herbert eingeliefert, genau an seinem ersten Geburtstag. Auch er war körperlich gesund, anders als seine beiden Brüder erhielt er sofort eine klare und zutreffende Diagnose: »Familiäre diffuse Sklerose, Pelizaeus-Merzbacher'sche Krankheit«. Hallervorden hatte also in der Zwischenzeit seine Vermutung erhärtet. Auch Herbert starb alsbald an Lungenentzündung. Jedoch vergingen bis zu seinem Tod am 25. April 1944 mehr als zehn Wochen, weil er, anders als seine Brüder, umfangreichen und sehr schmerzhaften diagnostischen Eingriffen unterworfen wurde.

Die neurologische Diagnose besorgte Chefarzt Heinze diesmal selbst und in detaillierter Weise. Es wurde Liquor aus dem Rückenmarkskanal entnommen, Stuhl untersucht, ebenso Urin, ein zweites Mal Liquor abgesaugt, der Cholesteringehalt im Blut bestimmt, eine fachärztliche Augenuntersuchung veranlasst. Am 2. Februar ließen die ärztlichen Forscher Herberts Hände und Unterarme röntgen und stellten fest: »Die Knochenentwicklung entspricht der eines etwa fünf bis sechs Monate alten Knaben.« Am selben Tag röntgten sie

noch Brust und Schädel. Am folgenden Morgen spritzten sie dem einjährigen, zur wissenschaftlich motivierten Ermordung bestimmten Kind ein Kontrastmittel in die Halsschlagader, um eine Enzephalographie zu fertigen. Im Fall seiner Brüder hatten sie darauf mangels elterlicher Einwilligung noch verzichtet, aber jetzt kam es ihnen darauf nicht mehr an. Am 14. und 18. April unterwarf die zuständige Stationsärztin Friederike Pusch Herbert Kutschke einer »Blut- und Liquorzuckerbelastung«. Binnen fünf Stunden entnahm sie dem acht Kilogramm schweren Kind neunmal Liquor aus dem Rückenmarkskanal. Zu ihrem Bedauern führte das dazu, dass die Untersuchung »wegen Sistieren des Liquorflusses« abgebrochen werden musste. Die letzten drei Liquorproben waren bereits mit Blut vermischt und daher nicht verwertbar. Friederike Pusch arbeitete bis zum Erreichen der Altersgrenze 1972 als Oberärztin für Psychiatrie in der DDR. Obwohl ihre Vergangenheit den zuständigen Behörden bekannt war, blieb sie unbehelligt.

Die Krankenakten der drei Brüder Kutschke, die in der Landesanstalt Brandenburg-Görden geführt worden waren, gelangten nach der politischen Wende von 1989 ins Brandenburgische Landeshauptarchiv Potsdam. In der Akte von Alfred Kutschke findet sich eine komplette Kopie der neuropathologischen Untersuchungsergebnisse. Hallervorden hat sie nach 1954 in alter Verbundenheit an seine früheren Kollegen in der Anstalt Görden geschickt, um sie an den wissenschaftlichen Ergebnissen des gemeinsamen Mordens teilhaben zu lassen. Das Datum ergibt sich aus

dem handschriftlich hinzugesetzten Hinweis auf die Arbeit von Seitelberger. Allerdings unterscheidet sich der kopierte Bericht an einer Stelle von der Frankfurter Vorlage: Auf der Kopie ist der letzte Absatz abgedeckt, der im Original handschriftliche Korrekturen und die Paraphe Hallervordens zeigt.^[243]

Jürgen Peiffers Gedächtnislücke

Nachdem die anatomischen Präparate der Sammlung Hallervorden auf dem Münchner Waldfriedhof beigesetzt waren, entstanden erste Pläne zur »wissenschaftlichen Aufarbeitung« jener NS-Vergangenheit, die nun immer deutlicher zum Vorschein kam. Während sich Präsident Staab mehr und mehr mit einem solchen Forschungsprojekt angefreundet hatte, in dem die Verhaltensweisen von Mitarbeitern der einstigen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der NS-Zeit untersucht werden sollten, opponierte Henning: »An einer solchen Aufarbeitung (à la Aly?)« könne niemand Interesse zeigen.

[244]

Doch erhielt Jürgen Peiffer (1922–2006), emeritierter Tübinger Professor für Neuropathologie und Senator der Max-Planck-Gesellschaft, 1990 den halboffiziellen Auftrag der MPG, die Praktiken Hallervordens während der NS-Zeit näher zu ergründen. Peiffer besuchte mich, wir korrespondierten lebhaft, und ich übergab ihm aus meiner Dokumentensammlung, was er wollte. Schließlich veröffentlichte er zwei beachtliche, weiterführende Studien und eine die NS-Zeit deutlich berührende Briefedition zur jüngeren Geschichte seines Faches.^[245]

Als ich Peiffer auf den Mord an den drei Brüdern und Seitelbergers Aufsatz ansprach, meinte er beiläufig: »Ja, ja, der Kollege Seitelberger, der auch. Ich weiß.« In seinen Veröffentlichungen erwähnte er diesen so evident verbrecherischen Fall mit keinem Wort. Warum nur?

Mittlerweile, seit 2014, meine ich, die Antwort zu kennen. Ich fand sie per Zufall, als ich mich im Internet der überwiegend gebräuchlichen Schreibweise der Pelizaeus-Merzbacher'schen Krankheit versichern wollte. Dabei entdeckte ich den 1963 von Peiffer publizierten Aufsatz »Zur Variationsbreite der Pelizaeus-Merzbacher'schen Krankheit. Zugleich ein Beitrag zur familiären Multiplen Sklerose«. [246] Der Autor hatte damals am Max-Planck-Institut Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie in München gearbeitet. Als Zweitautorin des Aufsatzes erscheint Edith Zerbin-Rüdin, die Tochter und treue Bewahrerin des Erbes von Ernst Rüdin, der von 1931 bis 1945 Direktor ebendieses Instituts, zudem erb- und rassenhygienisch höchst aktiver Nazi gewesen war. 1942 hatte Rüdin an den Reichsforschungsrat geschrieben, medizinisch »einwandfrei als minderwertig« klassifizierte Kinder seien »eliminationswürdig«.

In seinem Aufsatz bezog sich Peiffer ausführlich auf die Studie von Seitelberger, also auf die ersichtlich ermordeten drei Brüder Kutschke, und fügte vergleichend zwei weitere Fälle hinzu: Luise Adl., die 1954 im Alter von 56 Jahren »angeblich an ›Gehirnerschütterung‹« in der pfälzischen Anstalt Klingenmünster verstorben, und die knapp achtjährige Brigitte Ment., die 1955 in der Münchner Anstalt Haar in stark unterernährtem Zustand zu Tode gekommen war. [247] In der Tradition Rüdins richtete Peiffer seine Studie deutlich an erbbiologischen Fragen aus (»unehelich geborene Halbschwester, die mit 14 Jahren noch

Bettnässerin ist«, »Vatersvater sehr »nervös««, Onkel »multiple Sklerose«, jüngerer Bruder »ist leichtsinnig, macht Schulden«) und widmete sie schließlich »Herrn Professor Dr. J. Hallervorden zum 80. Geburtstag«. In seiner Autobiographie erwähnt Peiffer weder die Namen Seitelberger und Zerbin-Rüdin noch die gemeinsame beziehungsweise vergleichende Arbeit. Erinnerungen sind stets selektiv, und Peiffer nannte sie ehrlicherweise »Vergangenheit – Gebrochener Spiegel«.

Um den früheren Forschungen Peiffers am Münchner Max-Planck-Institut für Psychiatrie nachzugehen, ließ ich mir Anfang 2014 das Verzeichnis der Akten geben, die das MPG-Archiv zu diesem Institut verwahrt. Es enthält nur wenige Stücke, vor allem »Befunde zu Hirnpräparaten, die am 25.5.1990 auf dem Waldfriedhof in München beigesetzt wurden« (Nr. 1-19). Die Beschreibung beschönigt. Wie dargestellt, fand das Verscharren der »Behälter« mit den Präparaten bereits am 21. Februar 1990 statt. Zu Peiffers Studie enthalten die Unterlagen nichts.

Begegnung mit dem diebischen Professor Peters

Allerdings machte mich der Titel der letzten, mit Nr. 23 bezeichneten Akte stutzig: »Heil- und Pflegeanstalt Bruckberg b. Ansbach: Sektionsbefunde von Kindern, 1942–1944«. Der Eintrag erinnerte mich sofort an eine alte Geschichte. Am 1. April 1985 hatte ich ebenjenes Max-Planck-Institut für Psychiatrie besucht, um auch dort Gehirnpräparaten von Opfern der Euthanasiemorde nachzuspüren. Zuvor hatte die Generalverwaltung der MPG meine Visite mit der Leitung des Instituts mehrfach vorbereitet.^[248] Überaus liebenswürdig empfing mich der vormalige Direktor, Professor Gerd Peters (1906–1987), ein Mann der »Erlebnissgeneration«, wie er selbst sagte. In der Tat: Seit Kriegsbeginn hatte er am Institut für Luftfahrtmedizinische Pathologie des Reichsluftfahrtministeriums gearbeitet und war 1941 an dessen Außenabteilung für Gehirnforschung in Berlin-Buch versetzt worden. Dort untersuchte er unter anderem die Folgen von Unterkühlung für das menschliche Gehirn. Am 26. und 27. Oktober 1942 nahm er an der Konferenz »Ärztliche Fragen bei Seenot und Wintertod« teil, wo auch über einschlägige Experimente an Häftlingen des Konzentrationslagers Dachau referiert wurde. Die unmittelbar beteiligten Ärzte Sigmund Rascher und Ernst Holzlöhner berichteten beispielsweise über tödlich endende Menschenversuche in eiskaltem Wasser: »Der Rigor hört schlagartig auf, wenn der Tod eintritt.« Nach

der Auskunft, die mir der Archivar des MPI für Psychiatrie in München 2014 gab, hatte Peters während seiner Zeit als Abteilungsdirektor (1961–1974) alles darangesetzt, jene schriftlichen Spuren zu tilgen, die auf medizinische Verbrechen während der NS-Zeit schließen lassen konnten.

Ebendieser Professor Peters führte mich am 1. April 1985 in den Aktenraum des Instituts, zog vielerlei Konvolute, um wortreich zu beweisen, dass in diesem, jahrelang von ihm geleiteten Institut weder Unrechtmäßiges noch Anstößiges geschehen sei. Der betont joviale Nazi-Opa belog mich von vorn bis hinten. Das stand bald fest. Meinerseits hatte ich zwei dicke Ordner mit fotokopierten Krankenakten mitgebracht, und zwar von Kindern, die in einer Heil- und Pflegeanstalt bei Ansbach ermordet und deren Gehirne häufig an folgende Adresse geschickt worden waren: »Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie (Kaiser-Wilhelm-Institut) zu Händen von Dr. Schleusing«. Ich versuchte, Peters von der Authentizität der Dokumente zu überzeugen, und bat ihn um die dazugehörigen Unterlagen des Instituts. Vergeblich.

Nachdem wir uns verabschiedet hatten, war meine Tasche leichter geworden, wie ich auf der Straße bemerkte. Ein Ordner fehlte. Ich lief zurück, die Sekretärin verständigte Peters und bedauerte zehn Minuten später: »Herr Professor Peters hat alles abgesucht, aber nichts finden können.« Wieder in Berlin schickte ich Peters einige Dokumente, um die er mich gebeten hatte, und setzte am Ende recht bestimmt hinzu: »Ich habe am 1. April bei Ihnen einen Leitz-Ordner

vergessen mit der Aufschrift ›Ansbach II‹. Ich bitte Sie, mir diesen Ordner bis zum Sommer zurückzugeben.«^[249] Peters antwortete nicht.

Daraufhin schaute ich 2014 genauer nach, was Peters seinerzeit über meinen Besuch vermerkt hatte, und wurde sofort fündig. Im Februar 1986 hatte er meinen Ende 1985 publizierten Aufsatz »Der saubere und der schmutzige Fortschritt« für die MPG-Spitze kommentiert und sich darüber fürchterlich aufgeregt. In dieser Stellungnahme erwähnte er die »von Dr. Aly bei seinem hiesigen Besuch zur Verfügung gestellten Akten« mit den Krankengeschichten aus Ansbach.^[250] Zwei Jahre später widmete sich Professor Detlev Ploog dem Nachlass seines mittlerweile verstorbenen Kollegen Peters. Seinem Institutsdirektor Kreutzberg schrieb er: »Ich habe (hierbei) einen wichtigen Ordner gefunden, der u.a. Sektionsbefunde von Kindern aus der Heil- und Pflegeanstalt Bruckberg bei Ansbach enthält. Ich glaube, dass man diesen Aktenhefter nicht vernichten kann; ich gebe ihn daher in Ihre Hände.«^[251]

Kreutzberg sandte den Ordner alsbald an das Archiv der MPG in Berlin. Dort bestellte ich ihn am 3. Februar 2014.^[252] Er enthielt die von mir 1984 angeklebten und beschrifteten Merkwörter. Vier Tage später restituierte die Max-Planck-Gesellschaft mein Eigentum, das mir einer ihrer Institutsdirektoren 29 Jahre zuvor gestohlen hatte.

Register

Adenauer, Konrad
Albrecht, Ulrich
Alexander, Leo
Almas-Dietrich, Maria
Antonescu, Mihai
Apel, Hans
Arendt, Hannah
Arndt, Ernst Moritz
Arndt, Rudi
Arnim, Achim von
Aschoff, Jürgen
Aubin, Hermann

Backe, Herbert
Bebel, August
Beck, Józef
Beer, Matthias
Beneš, Edvard
Benkert, Ulrich
Bergmann, Anna
Berner, Margit
Bernstein, Sigmund
Bismarck, Otto von
Blasius, Rainer
Bobrowski, Johannes
Böckel, Otto
Böll, Annemarie
Böll, Heinrich
Booms, Hans
Börne, Ludwig
Bornheim, Walter
Brackmann, Albert
Brackow, Hans
Brandt, Willy
Brauchitsch, Walther von
Bräuer, Helga
Brentano, Heinrich von
Breslau, Harry
Brockhausen, Karl

Brüning, Heinrich
Buchner, Hans
Büchner, Karl
Buddrus, Michael
Bunke, Heinrich
Butenandt, Adolf

Caplan, Arthur
Carossa, Hans
Chagall, Marc
Chamberlain, Houston Stewart
Cohn, Ernst Joseph
Conze, Werner
Ćosić, Bora
Cotta, Johann Friedrich
Curzon, George
Czarnowski, Gabriele

Dann, Otto
De Gaulle, Charles
Dickman, Steven
Dombrowski, Erich
Dunkhase, Jan Eike

Ebbinghaus, Angelika
Ehmann, Annegret
Ehmke, Horst
Ehrhardt, Sophie
Eichmann, Adolf
Einstein, Albert
Enzensberger, Andreas
Enzensberger, Hans Magnus
Eppler, Erhard
Etzemüller, Thomas

Falter, Jürgen W.
Feldman, Józef
Feulner, Adolf
Fischer, Eugen
Fischer, Joschka
Frank, Karl Hermann
Freimane, Valentina
Frick, Wilhelm
Friedrich Wilhelm von Brandenburg
Friedrich II.
Friedrich, Jörg

Fritz, Ernst
Frohm, Paul
Fromm, Julius
Frucht, Adolf-Henning

Galinski, Heinz
Gall, Lothar
Geiger, Ludwig
Genscher, Hans-Dietrich
Gerhardt, Wolfgang
Gerlach, Walter
Gerok, Wolfgang
Giordano, Ralph
Goebbels, Joseph
Goethe, Johann Wolfgang von
Göring, Hermann
Görres, Joseph
Gottschalk, Alfred
Grass, Günter
Grimm, Jakob
Gurlitt, Cornelius
Gurlitt, Hildebrand

Haber, Fritz
Haberstock, Karl
Halévy, Elie
Hallervorden, Julius
Hamm-Brücher, Hildegard
Hammer, Sebulon
Hasenclever, Wolfgang
Havemann, Robert
Hebold, Otto
Heidegger, Martin
Heim, Susanne
Heine, Heinrich
Heinemann, Gustav
Heinze, Hans
Heisig, Bernhard
Hellwing, Günter
Henning, Eckart
Herrhausen, Alfred
Hess, Benno
Heuss, Theodor
Heydrich, Reinhard
Himmler, Heinrich
Hitler, Adolf

Höcherl, Hermann
Hoffmann von Fallersleben, Heinrich
Hohmann, Eckard
Holzlöhner, Ernst
Höppner, Rolf-Heinz
Horthy, Miklós
Höß, Rudolf
Humboldt, Caroline von

Illing, Ernst
Ipsen, Gunther

Jacobsohn, Hermann
Jahn, Friedrich Ludwig
Jakoby, Jenny
Jantzen, Karl-Heinz
Jens, Walter
Joachim I. Nestor
Johnson, Lyndon B.
Johnson, Uwe
Jordan, Wilhelm
Jünger, Ernst

Kähler, Egon
Kahn, Herman
Kaiser, Jakob
Kalb, Gerhard
Kater, Michael H.
Kaufmann, Karl
Kaulbach, Wilhelm von
Kazemi, Marion
Keit, Ernst
Keynes, John Maynard
Kiersch, Gerhard
Kiesinger, Kurt Georg
Kisch, Egon Erwin
Klarsfeld, Beate
Klemperer, Victor
Knochen, Helmut
Kober, Hans-Jürgen
Koch, Erich
Kocka, Jürgen
Kohl, Helmut
Kopprasch, Eberhard
Kortüm, Friedrich
Kotzebue, August von

Kreutzberg, Georg W.
Kriesch, Ursula
Kröger, Martin
Krücke, Wilhelm
Kuenheim, Eberhard von
Kulischer, Alexander
Kulischer, Eugen
Kutschke, Alfred
Kutschke, Günter
Kutschke, Herbert

Lansing, Robert
Lenbach, Franz von
Lenin, Wladimir Iljitsch
Leppien, Rudolf
Ley, Robert
List, Friedrich
Liszt, Franz
Ludendorff, Erich

Madden, Paul
Mahler, Horst
Mann, Thomas
Márai, Sándor
Marr, Wilhelm
Marsch, Edmund
Martin, Bernhard
Mattheuer, Wolfgang
Mehring, Franz
Mengele, Josef
Merten, Max
Metternich, Klemens Wenzel von
Meyer, Eduard
Mielke, Fred
Mitscherlich, Alexander
Molho, Michael
Molotow, Wjatscheslaw
Mommsen, Hans
Mommsen, Theodor
Mühlberger, Detlef
Müller, Hermann
Müller, Karl Alexander von
Müller-Hill, Benno
Mussolini, Benito

Naasner, Walter

Nagy, Imre
Napoleon
Narr, Wolf-Dieter
Nebel, Gerhard
Nolte, Ernst
Nolzen, Armin
Nonn, Christoph

Oberländer, Theodor
Oldenhage, Klaus

Padover, Saul K.
Paulsen, Friedrich
Peiffer, Jürgen
Peters, Gerd
Piłsudski, Józef
Plessner, Helmuth
Ploog, Detlev
Posse, Hans
Preiß, Günter
Puhl, Emil
Pusch, Friederike

Raeder, Erich
Ranke, Leopold von
Rascher, Sigmund
Reich-Ranicki, Marcel
Reinecke, Hermann
Reinhardt, Fritz
Renoir, Pierre-Auguste
Retzlaw, Karl
Ribbentrop, Joachim von
Riesenburger, Martin
Rochlitz, Gustav
Röpke, Wilhelm
Roosevelt, Theodore
Roth, Hans
Roth, Karl Heinz
Rothfels, Hans
Rotteck, Karl von
Rüdin, Ernst

Sand, Karl Ludwig
Saphir, Moritz Gottlieb
Schadewaldt, Wolfgang
Schäfer, Hermann

Scharff, Gertrude
Scharff, Nelly
Scharff, Otto
Scheel, Walter
Schellhass, Otto
Scherer, Renate
Schieder, Theodor
Schieder, Wolfgang
Schiemann, Charlotte
Schiemann, Paul
Schiller, Karl
Schleusing, Hans
Schmid, Thomas
Schmidt, Barbara
Schmidt, Erwin
Schmidt, Helmut
Schmidt, Martin
Schmitt, Carl
Schmücker, Kurt
Schneider, Martin
Schostakowitsch, Dimitrij
Schröder, Gerhard
Schulz, Hieronymus
Schumacher, Kurt
Schweitzer, Albert
Seidelmann, William E.
Seidlmayer, Michael
Seifriz, Hans Stefan
Seitelberger, Franz
Seraphim, Peter-Heinz
Sethe, Paul
Sforza, Carlo
Sielmann, Burchard
Simitis, Spiros
Singer, Wolf
Sommer, Karl-Ludwig
Spatz, Hugo
Speck, Dieter
Speer, Albert
Spengler, Oswald
Staab, Heinz A.
Stalin, Josef
Stein, Karl vom
Steinbach, Erika
Stoecker, Adolf
Stolper, Gustav

Stosberg, Hans
Streit, Christian
Sybel, Heinrich von

Thadden, Eberhard von
Themelis, Nikos
Thimme, Roland
Thomas, Ekkehard
Tildy, Zoltán
Tito, Josip Broz
Treitschke, Heinrich von
Troeltsch, Walter
Tucholsky, Kurt

Ulmanis, Karlis

Verschuer, Otmar von
Vitzthum, Helge Gräfin
Voss, Hermann
Voss, Julia

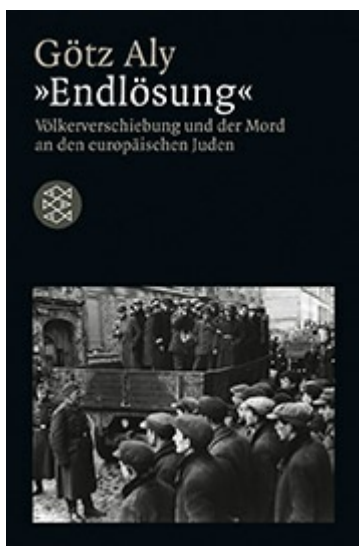
Wagner, Eduard
Wagner, Richard
Wässle, Heinz
Weber, Max
Wehler, Hans-Ulrich
Weidmann, Michael
Weindling, Paul
Wendland, Hans
Wentzler, Ernst
Wernicke, Hilde
Wickert, Christl
Wieczorek, Helene
Wilson, Woodrow
Winter, Jacob
Wittram, Reinhard
Wurm, Christian Friedrich

Zerbin-Rüdin, Edith
Zille, Heinrich

Von Götz Aly sind in den Fischer Verlagen folgende Titel in den jeweils aufgeführten Ausgaben lieferbar:



Götz Aly
Macht Geist Wahn
Kontinuitäten deutschen Denkens
Fischer Taschenbuch, 978-3-596-13991-0
E-Book, 978-3-10-403238-2



Götz Aly
»Endlösung«
Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden
Fischer Taschenbuch, 978-3-596-14067-1



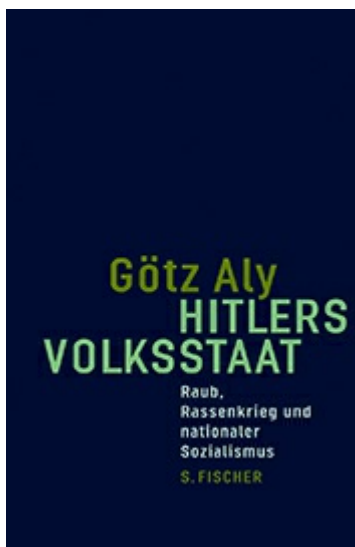
Götz Aly/Karl Heinz Roth
Die restlose Erfassung
 Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus
 Fischer Taschenbuch, 978-3-596-14767-0



Götz Aly/Susanne Heim
Vordenker der Vernichtung
 Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische
 Ordnung
 Fischer Taschenbuch, 978-3-596-19510-7
 E-Book, 978-3-10-402572-8



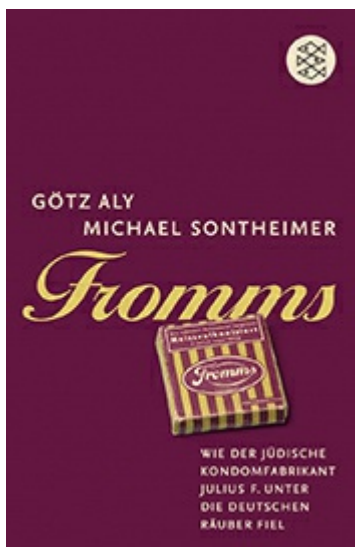
Christian Gerlach/Götz Aly
Das letzte Kapitel
 Der Mord an den ungarischen Juden 1944–1945
 Fischer Taschenbuch, 978-3-596-15772-3



Götz Aly
Hitlers Volksstaat
 Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus
 S. Fischer, 978-3-10-000420-8
 Fischer Taschenbuch, 978-3-596-15863-8
 E-Book, 978-3-10-402606-0



Götz Aly (Hg.)
Volkes Stimme
 Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus
 Fischer Taschenbuch, 978-3-596-16881-1
 E-Book, 978-3-10-403261-0



Götz Aly/Michael Sontheimer
Fromms
 Wie der jüdische Kondomfabrikant Julius F. unter die deutschen
 Räuber fiel
 Fischer Taschenbuch, 978-3-596-17387-7
 E-Book, 978-3-10-403350-1



Götz Aly
Unser Kampf
 1968 ein irritierter Blick zurück
 Fischer Taschenbuch, 978-3-596-17778-3
 E-Book, 978-3-10-400001-5



Götz Aly
Eine von so vielen
 Das kurze Leben der Marion Samuel 1931-1943
 Fischer Taschenbuch, 978-3-596-19257-1
 E-Book, 978-3-10-403268-9



Götz Aly

Warum die Deutschen? Warum die Juden?

Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800 bis 1933

S. Fischer, 978-3-10-000426-0

Fischer Taschenbuch, 978-3-596-18997-7

E-Book, 978-3-10-400986-5



Götz Aly

Die Belasteten

›Euthanasie‹ 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte

S. Fischer, 978-3-10-000429-1

Fischer Taschenbuch, 978-3-596-19524-4

E-Book, 978-3-10-402043-3

Das gesamte Programm finden Sie unter
www.fischerverlage.de

Fußnoten

1 Rede, gehalten zur Verleihung des Ludwig-Börne-Preises in der Frankfurter Paulskirche am 3. Juni 2012, in leicht gekürzter Fassung zuerst veröffentlicht in Die Welt vom 9.6.2012. Die beigegeführten Texte von Börne und Goethe hatte ich zur Lesung während des Festakts ausgesucht.

2 Der Text erschien zum 500. Jahrestag der Berliner Judenverbrennung in der Berliner Zeitung vom 17./18.7.2010.

3 Vortrag, gehalten im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums Berlin am 14. September 2010, zuerst erschienen in der Rubrik »Essay« des Internetmagazins www.perlentaucher.de. Veranstaltet wurde das Symposium vom Deutschen Historischen Museum und der damit verbundenen Bundesstiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«.

4 Die folgende Predigt hielt ich am 28. Februar 2010 in der Evangelischen Stadtkirche Darmstadt. Dazu aufgefordert hatte mich Pfarrer Martin Schneider, der auch das Thema »Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus« vorgab und mich bat, in diesem Zusammenhang über die Arierisierung des Eigentums der Darmstädter Juden zu sprechen. Der Text erschien zuerst in: Martin Schneider (Hrsg.), Die zehn Gebote II. Predigten in der Gegenwart, Stuttgart 2011, S. 17–31.

5 Der erste Teil des Textes ist die Rede zum Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938, gehalten in der Frankfurter Paulskirche 2002, abgedruckt in Die Zeit vom 14.11.2002. Der zweite Teil des Textes erschien am 8.5.2003 in derselben Wochenzeitung, der dritte und der vierte Teil handelt vom Kunstraub, zuerst veröffentlicht in Die Zeit vom 12.11.2013 und in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 1.12.2013. Soweit nicht anders angegeben, finden sich die Quellenangaben in meinem Buch »Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler

Sozialismus« (Frankfurt a.M. 2005).

6 Damals wussten weder Röpke noch die Öffentlichkeit, dass die sowjetisch besetzte Zone bis zur Werra reichen sollte.

7 Zuerst erschienen unter dem Titel: Nach tausend Jahren: Stunde null. Gleich, leistungswillig, mobil und larmoyant: Wie die Deutschen von sich selbst befreit wurden und es nicht merkten, in: J. Käppner, R. Probst (Hrsg.), Die letzten 50 Tage. 1945 – Als der Krieg zu Ende ging, München 2005, S. 241–245.

8 Den Hauptteil dieses Textes schrieb ich auf Wunsch des für den politischen Teil verantwortlichen Redakteurs Thomas Schmid für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte ihn dort am 10.3.2002.

9 Zuerst abgedruckt in Die Zeit vom 15.1.2004 unter dem Titel »Was wusste Walter Jens? Wahrscheinlich geschah seine Aufnahme in die NSDAP ohne eigene Kenntnis. Rekonstruktion einer akademischen Jugend«.

10 Überarbeiteter Vortrag, gehalten auf dem 42. Deutschen Historikertag 1998, zuerst gedruckt unter dem Titel »Theodor Schieder, Werner Conze oder die Vorstufen der physischen Vernichtung«, in: Winfried Schulze, Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1999, S. 163–182. Ergänzt ist der Text um Teile aus meinem Artikel: »Dass uns Blut zu Gold werde«. Theodor Schieder, Propagandist des Dritten Reichs, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 9 (1998), S. 13–27.

11 Mein Dank geht an Margit Berner, die mich im Januar 2013 auf den Aufsatz von Paul Weindling hinwies, in dem auch ich erwähnt werde: »Cleansing« anatomical collections. The politics of removing specimens from German anatomical and medical collections 1988–92 (Annals of Anatomy, Bd. 194, Jg. 2012, S. 237–242). Auf der Grundlage dieses Aufsatzes war es mir möglich, die mich betreffenden Akten zu benennen. Soweit nicht anders angegeben, werden die folgenden Briefe, Vermerke, Pressemitteilungen und -

ausschnitte aus fünf Aktenordnern des MPG-Archivs in Berlin
zitiert: II/1F, A-II-7a (Hirnschnittsammlung); II/1A, Az 1963
(Hirnforschung, Hirnpräparate, Beisetzung Waldfriedhof München
1990); Akten Prof. Wolf Singer, Bd. 40 (Hirnschnittsammlung
Hallervorden 1983–2000); II, Abt., Rep. Handakte Dr. Marsch,
KWG/NS-Zeit, Bd. 1, 1983–1989 und Bd. 2, 1989. Weil die
Schriftstücke in den genannten Akten nicht paginiert und oft
mehrfach abgelegt sind, verzichte ich auf den Nachweis der
einzelnen Bände.

Endnoten

1 CSU: Hermann Höcherl; CDU: Kurt Georg Kiesinger, Gerhard Schröder, Kurt Schmücker; SPD: Karl Schiller, Erhard Eppler, Horst Ehmke.

2 Zu finden unter
http://www.infopartisan.net/trend/1968/remember68_07.html.

3 Dazu Götz Aly, Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass, Frankfurt a.M. 2011.

4 Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1925/27, zit. nach der 853. Aufl., 1943, S. 11.

5 Ebd., S. 437f.

6 Ebd., S. 49.

7 Ebd., S. 165.

8 Ebd., S. 451.

9 Ebd., S. 255, 344f.

10 Ebd., S. 326, 676.

11 Ebd., S. 621ff.

12 Ebd., S. 119f.

13 Ebd., S. 630f.

14 Ebd., S. 433.

15 Ebd., S. 272f.

16 Ebd., S. 376f.

17 Ebd., S. 580f., 585, 589f., 596.

- 18** Spruchkammerakte Andreas Enzensberger; Staatsarchiv Nürnberg, Spruchkammer Nürnberg III E-114.
- 19** Ludwig Börne (Briefe aus Paris, Nr. 74), in: *Sämtliche Schriften*, hrsg. von Inge und Peter Rippmann (im Folgenden: *Börne, Schriften*), Düsseldorf 1964 – 1968, Bd. 3, S. 550.
- 20** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 59), S. 363f.
- 21** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 74), S. 553.
- 22** Ebd., S. 510f.
- 23** Ebd. (Brief an Janette Wohl, 31.5.1820), Bd. 4, S. 300.
- 24** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 60), Bd. 3, S. 380.
- 25** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 34), S. 78.
- 26** Ebd. (Brief an J. Wohl, 1.9.1833), Bd. 5, S. 516f.
- 27** Ebd. (Monographie der deutschen Postschnecke, 1821), Bd. 1, S. 654f.
- 28** Zit. nach Heinrich von Treitschke, *Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert*, Bd. 5, Leipzig 1894, S. 748.
- 29** Börne, *Schriften*, Bd. 1, S. 690, Bd. 2, S. 364, Bd. 3, S. 62, Bd. 4, S. 234, 306.
- 30** Heinrich Heine, *Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland* (1834), Hamburg 1979, S. 119.
- 31** Börne, *Schriften* (Für die Juden, 1819), Bd. 1, S. 875.
- 32** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 74), Bd. 3, S. 510.
- 33** Ebd. (Aphorismen und Miszellen), Bd. 2, S. 349.
- 34** Ebd. (Über die Stättigkeitsordnung, 1808), Bd. 1, S. 28.
- 35** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 103), Bd. 3, S. 758.

- 36** Ebd. (Die Juden in Frankfurt am Main), Bd. 1, S. 7f.
- 37** Ebd. (Für die Juden, 1819), S. 875.
- 38** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 40), Bd. 3, S. 221.
- 39** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 63), S. 418f.
- 40** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 74), S. 511.
- 41** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 58), S. 357.
- 42** Ebd. (Brief an J. Wohl, 15.4.1831), Bd. 5, S. 1831.
- 43** Zit. nach Inge Rippmann, Börne-Index, Berlin 1985, S. 365.
- 44** Börne, Schriften (Brief an J. Wohl, 15.10.1833), Bd. 5, S. 574.
- 45** Ebd. (Über die Stättigkeitsordnung, 1808), Bd. 1, S. 27f., 59.
- 46** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 15), Bd. 3, S. 73f. und (Nachträge), Bd. 5, S. 1002.
- 47** Zit. nach Rippmann, Börne-Index, S. 371.
- 48** Börne, Schriften (Über die Stättigkeitsordnung, 1808), Bd. 1, S. 30.
- 49** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 74), Bd. 3, S. 512.
- 50** Ebd. (Tagebuch), Bd. 2, S. 718f.
- 51** Marcel Reich-Ranicki, Mein Leben, Stuttgart 1999, S. 490f.
- 52** Florian Havemann, Havemann, Frankfurt a.M. 2007, S. 136f. (Dank an Florian Havemann für diesen Hinweis).
- 53** Börne, Schriften (Über die Stättigkeitsordnung, 1808), Bd. 1, S. 59.
- 54** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 33), Bd. 3, S. 170.
- 55** Ebd. (Briefe aus Paris, Nr. 13), S. 60.

- 56** Ebd. (Aphorismen und Miszellen), Bd. 2, S. 216f.
- 57** Literatur: L. Schneider, 1510. Ein Berliner Autodafé, in: Schriften für die Geschichte der Stadt Berlin, H. 8, Berlinische Nachrichten, XVI. Jahrhundert, Berlin 1879, S. 16–20; Friedrich Holtze, Das Strafverfahren gegen die märkischen Juden im Jahre 1510, Berlin 1884; A. Ackermann (Hrsg.), Geschichte der Juden in Brandenburg a.H. nach gedruckten und ungedruckten Quellen und mit urkundlichen Beilagen, Berlin 1906; Ludwig Geiger, Geschichte der Juden in Berlin, 2 Bde., Berlin 1871, Reprint 1988, Bd. 1, S. VI f.
- 58** Soweit ich einzelne Zitate in diesem Text schon in eigenen Büchern veröffentlicht und nachgewiesen habe, gebe ich sie hier nicht an.
- 59** Die Zitate verdanke ich der Arbeit von Klaus-Peter Friedrich, Der nationalsozialistische Judenmord in polnischen Augen: Einstellungen in der polnischen Presse 1942–1946/47, Marburg 2003 (PDF).
- 60** Zu Tucholskys Rolle als Redakteur des Pieron: H.D. Heilmann, Lass Lohmann Laufen, Hunter, in: die tageszeitung vom 12.10.1985. Dort ist auch die Karikatur Zilles abgedruckt.
- 61** Zit. nach David Bankier (Hrsg.), The Jews are coming back. The return of the Jews to their countries of origin after WW II, Jerusalem 2005.
- 62** Das Zitat verdanke ich dem Buch von Krisztián Ungváry, Die Schlacht um Budapest. Stalingrad an der Donau 1944/45, München 1999.
- 63** Wolf-Dieter Narr, Trotzdem: Menschenrechte!, Köln 2012, S. 107.
- 64** Thomas Mann, Deutsche Hörer. 55 Radiosendungen nach Deutschland, 2., erw. Ausg. Stockholm 1945.
- 65** Literatur zur Verfolgung der Darmstädter Juden: Eckhart G. Franz, Heinrich Pingel-Rollmann, Hakenkreuz und Judenstern. Das

Schicksal der Darmstädter Juden unter der Terrorherrschaft des NS-Regimes, in: Juden als Darmstädter Bürger, hrsg. von E.G. Franz, Darmstadt 1984, S. 159–189; Thomas Lange, Jüdisches Leben in Darmstadt 1626–1940, hrsg. vom Staatsarchiv Darmstadt 1988 (= Geschichte im Archiv. Darmstädter Archivdokumente für den Unterricht 1.); Udo Steinbeck, Karin Steinbeck, Jüdische Spuren in Darmstadt, Hefte 1–7, Darmstadt 1988–2000; Judendeportation aus Darmstadt. Die damalige Liebig-Schule als Sammellager 1942, erarbeitet von einer Schülergruppe und zwei Lehrerinnen der Justus-Liebig-Schule Darmstadt, Redaktion Renate Heß, Lisette Nichtweiss, Ingrid Zahedi, Darmstadt 1992.

66 Frank Bajohr, »Arisierung« in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997, S. 331–338. (Soweit nicht anders angegeben, finden sich die Quellen für die Zitate in meinem Buch »Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus«, ersch. 2005).

67 Hier und im Folgenden: Besatzungskostenkonto Frankreich AI; Archives Nationales, Paris, AJ40/1124.

68 Julia Voss, Fall Gurlitt: Erben ohne Chancen, in: FAZ vom 15.11.2013.

69 Hermann Graml, Irregeleitet und in die Irre führend. Widerspruch gegen eine »rationale« Erklärung von Auschwitz, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 1 (1992), S. 286–295.

70 Wolfgang Dreßen (Hrsg.), Betrifft: »Aktion 3«. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung, Berlin 1998, S. 186f.

71 Akte Judenvermögen, Kunstwerke/Münchener Kunsthandels-Gesellschaft/Fa. Bernheimer München; Bundesarchiv, R2/31098.

72 Telegramm des Ministeriums, gez. (Johann Daniel) Achelis, an den Rektor der Universität Marburg, Röpke und Jacobsohn betreffend, ebenso die Berichte über Jacobsohns Tod; UniArch Marburg, PA Röpke.

73 Das Verbot wurde am 31.7.1942 im Völkischen Beobachter veröffentlicht.

74 Reichssicherheitshauptamt (IVB4c, gez. Mischke) an Auswärtiges Amt vom 23.7.1943; Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 100054. Das Verfahren zog sich hin. Schließlich empfahl die Kulturabteilung des Auswärtigen Amts im November 1944, »von der Ausbürgerung vorerst Abstand zu nehmen«, und nannte als wohl vorgeschobenen Grund, nur so könne vermieden werden, dass der international so angesehene Ökonom »offen an der deutschfeindlichen Propaganda« mitwirke. Zuvor hatten sich der Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Marburg in ähnlicher Weise gegen die Ausbürgerung ausgesprochen.

75 Zit. nach Hans Jörg Hennecke, Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung, Stuttgart 2005, S. 73.

76 Röpke, Praktische Konjunkturpolitik. Die Arbeit der Brauns-Kommission, in: Weltwirtschaftliches Archiv 24 (1931), S. 423-464, S. 436f.

77 Röpke, Umgang mit Bolschewisten, in: Die politische Meinung 4 (1959), S. 37-49.

78 Röpke, Abbau des kollektiven Denkens, in: Der Volkswirt, Nr. 51/52 vom 22.12.1953.

79 Röpke, Gegen Intoleranz, in: Vossische Zeitung vom 27.12.1932.

80 Röpke an Sforza vom 11.10.1934, in: Röpke, Briefe. Der innere Kompass 1934-1966, Erlenbach 1976, S. 15.

81 Angrivarius (= Röpke), Geistige Unterströmungen in Deutschland, in: Neue Schweizer Rundschau, Nov. 1944, S. 371-389.

82 Röpke, Die deutsche Frage, Erlenbach 1945, S. 12.

83 Röpke an Rüstow vom 7.8.1941, in: Röpke, Briefe (wie Anm. 9), S. 44.

84 Röpke, Der Weg des Unheils, Berlin 1931, S. 71–75, 84f., 112–115.

85 Zit. nach Hennecke (wie hier), S. 124.

86 Röpke, Praktische Konjunkturpolitik (wie hier), S. 423–464; Röpke, Krise und Konjunktur, Leipzig 1932; Röpke, Die sekundäre Krise und ihre Überwindung, in: Economic Essays in Honour of Gustav Cassel, London 1933, S. 553–568; Röpke, Aktive Konjunkturpolitik?, in: Wiener Wirtschaftswoche, Ostern 1933, S. 9f.; Röpke, Aktive Konjunkturpolitik, in: Die Hilfe 39 (1933), S. 120–126 (erschieden am 18.2.).

87 Röpke, Vortrag zum Thema »Epochenwende?«, gehalten am 8.2.1933 in Frankfurt a.M., abgedruckt in: Röpke, Wirrnis und Wahrheit. Aufsätze, Erlenbach 1962, S. 105–124.

88 Röpke, Die säkulare Bedeutung der Weltkrise, in: Weltwirtschaftliches Archiv 37 (1933), S. 1–27.

89 Troeltsch war am 23.2.1933 in Marburg gestorben. Das Zitat Röpkes habe ich aus dem in indirekter Rede wiedergegebenen Bericht des stellvertretenden Dozentenbundführers Bernhard Martin reformuliert; UniArch Marburg, PA Röpke.

90 Röpke, Patriotismus für Deutsche verboten?, in: Neues Tageblatt vom 22.3.1949.

91 Röpke, Die entscheidenden Probleme des weltwirtschaftlichen Verfalls, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft 74 (1938), S. 493–506; Röpke, Vollbeschäftigung, in: De Economist 87 (1938), S. 501–519.

92 Röpke an Rappard vom 24.9.1935, in: Röpke, Briefe (wie hier), S. 22.

93 Röpke an Klein vom 8.4. und 18.5.1939, ebd., S. 31–34.

- 94** Zit. nach Hennecke, Röpke (wie hier), S. 123.
- 95** Röpke, Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach 1953.
- 96** Röpke, Die wirtschaftlichen Aussichten nach dem Kriege, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft 78 (1942), S. 28-45; Röpke, Der Weg von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, in: Schweizerische Monatshefte, Juli 1944, S. 191-203.
- 97** Röpke, Literatur über das Deutschlandproblem, in: Neue Zürcher Zeitung vom 23.6.1945.
- 98** Röpke, Die deutsche Frage, Erlenbach (Juni) 1945, S. 248-253. Weil es nicht zum engeren Thema gehört, sei ausnahmsweise in der Anmerkung noch ein weiteres Beispiel für die voraussagende Treffsicherheit Röpkes mitgeteilt. Als 1957 die Vorläuferin der Europäischen Union, genannt Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), mit sechs Staaten gegründet wurde, bemerkte Röpke zu der Entscheidung, die Umtauschkurse zwischen den verschiedenen Währungen dauerhaft festzusetzen: »Es ist unmöglich, freien Handel, stabile Wechselkurse und Unterschiede der monetären Disziplin miteinander zu vereinbaren.« Die fixen Kurse, ein Vorgängerprojekt des Euro, mussten bald aufgegeben und die Kurse wieder dem Geldmarkt überlassen werden. Belustigt zitierte Röpke einen französischen Kollegen, »der allen Ernstes auf den Druck Deutschlands innerhalb des Gemeinsamen Marktes« hoffe, »damit sein Land endlich wieder auf den Pfad der Tugend – der wirtschafts- und währungspolitischen Tugend – geführt werde und lerne, nicht mehr über seine Verhältnisse zu leben«. Dem entgegnete Röpke: »Was ist ansteckender: Gesundheit oder Krankheit? Wo liegt die Linie des geringsten politischen Widerstandes: in Inflation oder monetärer Disziplin? Wie ist das natürliche Gefälle zum Wohlfahrtsstaat hin oder vom Wohlfahrtsstaat ab? Was ist in unserer Zeit leichter durchzusetzen: Marktwirtschaft oder Dirigismus?« Weiter heißt es in dem Text: »Ganz Unentwegte denken sogar an eine Währungsverschmelzung«, obwohl das »einen gemeinsamen Staat« voraussetzen würde – mit einheitlicher Geld-, Kredit-, Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. »Die

Wahrscheinlichkeit einer ›Integration nach unten‹ ist sehr groß«, folgerte Röpke, »man erkennt es heute schon an dem steigenden Druck, der auf Deutschland ausgeübt wird, in diese Richtung zu gehen.« Stattdessen forderte er, Frankreich eine Nachfrist zu geben und es zu drängen, »zunächst das eigene Haus in Ordnung zu bringen«. Gelingt dies nicht, dann solle man die Idee des gemeinsamen Markts zugunsten einer die einzelnen Mitglieder nicht überfordernden Freihandelszone aufgeben. Diese solle sich dann nicht wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (und bis heute die Europäische Union) mittels gemeinsamer Schutzzölle nach außen abschotten, sondern nach innen an frei konvertierbaren Währungen festhalten, nationale Besonderheiten wahren und mit einem Minimum an Bürokratie auskommen. (Röpke, Gemeinsamer Markt und Freihandelszone, Tagungsprotokoll Nr. 9 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Ludwigsburg 1958).

99 Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, Wien 1937, S. 186; 11. Aufl., Erlenbach 1968, S. 58, 199, 206.

100 Röpke, Betrachtungen eines Nationalökonomen über das Deutschlandproblem, in: Neue Schweizer Rundschau, März 1945, S. 635–654.

101 Röpke, Wirtschaftspolitische Strömungen der Gegenwart, in: Wiener Wirtschaftswoche vom 16.1.1935, S. 7–9.

102 Oswald Spengler, Preußentum und Sozialismus, München 1920, S. 34.

103 Wie Anm. 30

104 Röpke, Die Nationalökonomie des ›New Deal‹, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 5 (1934), S. 577–595, S. 585f.

105 Röpke, Vollbeschäftigung, in: De Economist 87 (1938), S. 501–519. Geschrieben auf der Basis von Vorträgen, die der Verfasser Mitte Mai 1938 an der Handelshochschule Rotterdam und an den Universitäten Amsterdam und Utrecht gehalten hatte.

106 Röpke, Das »Zeitalter der Tyrannis«, in: Die Friedens-Warte

39 (1939), Nr. 5/6, S. 202–213, wieder abgedruckt in: Röpke, Gegen die Brandung, Erlenbach 1959.

107 In: Harper's Magazine, Juli 1939, S. 166–170.

108 Röpke, Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Erlenbach 1944, S. 366.

109 Röpke, Das dämonische Jahrhundert. Eine geistige Bilanz seiner ersten Hälfte, in: Die Presse vom 1.1.1950.

110 Röpke, Die Erkrankung der deutschen Volkswirtschaft, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft Demokratisches Deutschland, Apr. 1947.

111 Röpke, Lehren des deutschen Wirtschaftsmarasmus, in: Neue Zürcher Zeitung vom 26.10.1946.

112 Röpke, Der Nationalkollektivismus in Europa, in: Schweizer Monatshefte, Nov. 1949, S. 449–457.

113 Röpke, Freie Welt und Totalitarismus, Bremen 1957, S. 4–6.

114 Röpke, Das Buch von E.H. Carr, in: Neue Schweizer Rundschau, Okt. 1943, S. 372–378.

115 Röpke, Das Wirtschaftssystem der Scharfrichter, in: Wiener Wirtschaftswoche, Weihnachten 1936, S. 9f.

116 Röpke, Deutschland – Massengrab falscher Voraussagen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.8.1953; Röpke, Abkehr, nicht Fortsetzung, in: Rheinischer Merkur vom 13.12.1947.

117 Röpke, Das Kulturideal des Liberalismus, in: Neue Schweizer Rundschau, Jan. 1947, S. 515–532, 517.

118 Röpke, Die deutsche Frage (wie Anm. 27), S. 28.

119 Paul Madden, Detlef Mühlberger, The Nazi Party. The Anatomy of a People's Party 1919–1933, Bern 2007, S. 283–288 (Die Autoren zählen ungelernte und angelernte Arbeiter, Facharbeiter

und Lehrlinge im privaten und öffentlichen Sektor zur Arbeiterklasse, zudem Hausangestellte.); Peter Manstein, die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, 2., überarb. Aufl. Frankfurt a.M. 1989; Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991.

120 Hans Peter Klausch, Braune Spuren im Saar-Landtag. Die NS-Vergangenheit saarländischer Abgeordneter, Saarbrücken 2013. Darin auch das Zitat von Karl Retzlaw aus dessen Buch »Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters« (3. Aufl., Frankfurt a.M. 1974, S. 492f.).

121 <http://www.nigel.de/bredel/news/bremen.pdf> (19.9.2014); Klaus Wolschner, Braune Flecken in der Bürgerschaft. Fast 70 Jahre danach hat erstmals ein Bremer Historiker die NS-Vergangenheit von Bremer Bürgerschaftsabgeordneten systematisch aufgelistet, in: die tageszeitung, Ausg. Bremen, vom 25.4.2014.

122 Hans-Peter Klausch, Fraktion Die Linke im hessischen Landtag (Hrsg.), Braunes Erbe. NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.–11. Wahlperiode (1946–1987), Oldenburg 2011 (PDF); Albrecht Kirschner, Hessischer Landtag (Hrsg.), Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie »NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter« der Kommission des Hessischen Landtags für das Forschungsvorhaben »Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen«, Wiesbaden 2013 (PDF). Für die Aufschlüsselung der Daten für die 5. Legislaturperiode danke ich Albrecht Kirschner.

123 Hannah Arendt, Besuch in Deutschland, Berlin 1993.

124 S.K. Padover, Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, Frankfurt a.M. 1999 (New York 1946).

125 Die Zeitungszitate habe ich einer zeitgenössischen Sammlung von Ausschnitten entnommen, überwiegend aus der 1945 von Theodor Heuss mitbegründeten Rhein-Neckar-Zeitung.

126 Ungedruckte Quellen: Mitgliedskarten von Walter Jens aus der Zentral- und der Gaukartei der NSDAP im Bundesarchiv; Promotionsakte Walter Jens aus dem Archiv der Universität Freiburg i.Br.; Karteikarten über den Studenten Walter Jens aus den Immatrikulationsbüros der Universitäten Hamburg und Freiburg i.Br., verwahrt in den jeweiligen Universitätsarchiven; Vernehmung von Walter Jens durch Beamte der Hamburger Gestapo am 27.4.1936; Karteikarte über die Entnazifizierung von Walter Jens vom 29.10.1945 und zwei Personalakten zu Walter Jens aus den Jahren 1945/49 im Staatsarchiv Hamburg. Das Vortragsmanuskript »Thomas Mann, gehalten am 13.VI.1944 in Freiburg/Breisgau von Walter Jens« und das Gutachten von Karl Büchner vom 27.2.1945 schickte mir Jens in Kopie zu. Nach den baden-württembergischen und hamburgischen Archivgesetzen musste der Betroffene meinen Recherchen zustimmen. Die erforderliche Genehmigung erteilte Jens im Dezember 2003 ohne Zögern.

Veröffentlichungen, Erinnerungen und Stellungnahmen: Michael Buddrus, War es möglich, ohne eigenes Zutun Mitglied der NSDAP zu werden? Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin für das Internationale Germanistenlexikon 1800–1950, in: Geschichte der Germanistik. Mitteilungen, 2003, Heft 23/24, S. 21–26; Hellmut Hecker, Kolonialforschung und Studentenschaft an der »Hansischen Universität« im II. Weltkrieg. Die NSDSTB-Kameradschaft »Hermann von Wißmann« und die »Übersee- und Koloniarbeitsgemeinschaft«, Baden-Baden 1986, darin sehr wohlwollend über Walter Jens S. 40–45.

127 Michael Buddrus, Die Geschichte der Hitlerjugend (1922–1939), phil. Diss. Rostock 1989 (Manuskript); Christopher Dietrich, Schild, Schwert und Satire. Das Kabarett ROhrSTOCK und die Staatssicherheit, Rostock 2006; 40 Jahre Studentenkabarett ROhrSTOCK 1970–2010, bearb. von Angela Hartwig und Hans-Uwe Lammel, Rostock 2010; Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, verschiedene Karteikarten, Schriftwechsel und Vermerke zu Michael Buddrus, d.i. IME Sänger, aus den Jahren 1979 bis 1989, zit. nach Michael

Sontheimer, Historiker mit Vergangenheit, in: die tageszeitung, <http://taz.de/!148866/> (eingesehen am 4.11.2014).

128 Die Vorträge finden sich in: Winfried Schulze, Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1999.

129 Angelika Ebbinghaus, Karl Heinz Roth, Vorläufer des »Generalplans Ost«. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7 (1992), S. 62–95.

130 Götz Aly, Rückwärtsgewandte Propheten. Willige Historiker – Bemerkungen in eigener Sache, in: Ders., Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 153–183.

131 Hans-Ulrich Wehler, In den Fußstapfen der kämpfenden Wissenschaft. Braune Erde an den Schuhen: Haben Historiker wie Theodor Schieder sich nach dem Krieg von ihrer Vergangenheit ganz verabschiedet?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4.1.1999.

132 Theodor Schieder, Ranke und Goethe, in: Historische Zeitschrift 166 (1942), S. 260–286, S. 284.

133 Heinrich von Treitschke, Noch einige Bemerkungen zur Judenfrage (geschrieben am 10. Januar 1880), in: ders., Deutsche Kämpfe. Neue Folge. Schriften zur Tagespolitik, Leipzig 1896, S. 47–63.

134 So fanden die alldeutschen Ambitionen Karl Lamprechts in dessen methodisch innovativer »Deutscher Geschichte« (Berlin 1891–1909) ihren deutlichen Niederschlag.

135 Willy Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993. Unter dem Rubrum R172 verwahrt das Bundesarchiv einen fragmentarischen Bestand der Redaktion des Handwörterbuchs.

136 Der Text erschien in der Ausgabe 285/154 vom Oktober 1944 und trug das Kennzeichen A785. Staatsarchivdirektor Johannes Papritz übersandte den Artikel seinerzeit an das Auswärtige Amt mit dem Hinweis, er sei für die Weiterarbeit tagespolitisch engagierter Historiker »nicht ohne Bedeutung« (Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Inland IIC, Wissenschaftliche Angelegenheiten, R 100431, Nr. 631834ff.). Vollständig veröffentlichten Albert Müller und Götz Aly den Text unter der Überschrift »Wer war der Autor? Eine Preisfrage« in: Österr. Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 10 (1999), H. 4, S. 630–634. Unsere Frage harrt noch immer der Antwort.

137 Götz Aly, Rückwärtsgewandte Propheten (wie Anm. 3), S. 181f.

138 Brackmann an Papritz vom 5.12.1944, darin die inhaltliche Wiedergabe eines Briefes von Schieder; Bundesarchiv R153/1060.

139 Es stimmt nicht, wenn später immer wieder gesagt wurde, »1945 erlebte Schieder mit seiner Familie Flucht und Vertreibung am eigenen Leibe«, wie z.B. in: Die Welt vom 11.4.1983.

140 Spruchkammerakte Th. Schieder; Bay. Staatsarchiv, München.

141 Matthias Beer, Im Spannungsfeld von Politik und Geschichte. Das Großforschungsprojekt »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), S. 345–389. Beer beleuchtet die Hintergründe des von Schieder geleiteten Projekts und arbeitet heraus, wie sich Schieder schrittweise von den politischen Vorgaben des Flüchtlingsministeriums löste und sich, auch wenn er schließlich scheiterte, für eine genaue Herausarbeitung der historischen Voraussetzungen einsetzte. Dazu gehörte aus seiner späteren Sicht die nationalsozialistische Umsiedlungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik.

142 Werner Conze, Die Königsberger Jahre, in: Andreas Hillgruber (Hrsg.), Vom Beruf des Historikers in einer Zeit

beschleunigten Wandels. Akademische Gedenkfeier für Theodor Schieder am 8. Februar 1985 in der Universität zu Köln, München 1985, S. 23–32, S. 28f.

143 Die Zentralstelle für Nachkriegsgeschichte und ihre beiden Landesstellen Königsberg und Breslau wurden am 1.4.1937 »dem Etat der Preuß. Archivverwaltung angegliedert« (Geheimes Staatsarchiv, im Folgenden GSTA, Paket 9074, Bl. 601). Heute fehlt im Geheimen Staatsarchiv beispielsweise eine ganze Aktengruppe über Ordensverleihungen und Uk-Stellungen (Uk bedeutet: Unabkömmlichkeit für den Wehrdienst wegen anderer wichtiger Aufgaben). Die dafür notwendigen Begründungen enthielten stets Angaben über faktische Tätigkeit, Kriegswichtigkeit und besondere Verdienste. Die Akte wurde lange nach dem Krieg im Findbuch erfasst, gilt jedoch als »verschollen«. (GSTA, Repertorium I/178B1.1./1217.)

144 Gemeint ist der Armenarzt und sozialdemokratische Politiker Alfred Gottschalk (1863–1942); er starb in Königsberg. Zu den Einzelheiten: Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 19.11.1935; Bericht Schieders vom 25.4.1936; Schieder, Plan zu einer Geschichte des Umsturzes in Ostpreußen vom Sept. 1937; GSTA, Paket 9074, Bl. 443, Bl. 228ff., 354ff., 227ff., 242.

145 Bericht Schieders vom 1.8.1938; ebd., Bl. 10.

146 Protokoll über die Sitzung des Kuratoriums der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte vom 18. Dezember 1939; ebd., Paket 9082, Bl. 287ff.; Schieder, Neue Aufgaben der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte, o.D., Eingangsvermerk vom 12.1.1940; ebd., Paket 9079, unpaginiert.

147 Brackmann an Hermann Göring vom 1.11.1939; GSTA, Paket 9074, Bl. 150f.

148 Brackmann an Ulrich Wendland vom 22.6.1946; GSTA, I/Rep. 178D/2939.

149 Anlage zum vertraulichen Bericht Schieders vom 20.3.1939;

GSTA, Paket 9074, Bl. 21ff. (unpag., zwischen Bl. 25 und 26).

150 Vertrauliches Schreiben Schieders vom Juli 1939 an die Publikationsstelle Berlin-Dahlem; Bundesarchiv, R153/1196.

151 Versandliste der Landesstelle Ostpreußen vom Januar 1941; Bundesarchiv R153/1196.

152 Ernst Keit, Die Frage der nordostdeutschen Grenzsicherung in der Publizistik des ersten Weltkrieges, in: Altpreußische Forschungen 19 (1942), S. 271–298, S. 281f.

153 GSTA, HA I, Rep. 92, NL Brackmann, Nr. 84; Bericht Keits über seine Archivreise nach Potsdam vom 28.2. bis 22.3.1941 und Gliederung Keits vom Mai 1941; ebd., Paket 9082, Bl. 39ff., 46ff.; Bericht Sielmanns über das vorläufige Ergebnis einer Arbeit betr. d. deutsche Ostgrenze vom 21.6.1940; ebd., Paket 9079 (Berichte Königsberg). Unter dem Titel »Das Problem der nordostdeutschen Grenzsicherung im ersten Weltkriege« schloss Keit 1943 seine Arbeit ab. Sie war vielleicht geheim, erschien wohl nur als Manuskript, jedenfalls konnte ich sie nicht finden. Gleiches gilt für die von Sielmann ebenfalls 1943 abgeschlossene Schrift »Die Bauernfrage in Kongreßpolen 1815–1864. Ihre Entstehung und politische Bedeutung für die russische Regierung«. Beide Informationen finden sich im Jahresbericht der Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte im Rechnungsjahr 1943, den Schieder am 5.8.1944 an Brackmann schickte (Ebd., Paket 9082, Bl. 5).

154 Schieder, Bericht über das Russentum in Plock; ebd., Paket 9079, S. 27f.

155 Schieder, Bericht über Suwalki; ebd., S. 8.

156 Schieder an Brackmann vom 13.7., Antwort Brackmanns vom 18.7.1941; ebd., Paket 9082, Bl. 30ff.

157 Schieder an Brackmann vom 1.11.1941; ebd., Bl. 16f. Der von Schieder angekündigte Reisebericht fehlt. Zur Arbeit an dem Gutachten: Schieder an Brackmann vom 29.12.1941; Bl. 11.

158 Th. Schieder, Die völkischen Verhältnisse des Bezirks Bialystok und ihre geschichtliche Entwicklung (Vertraulich! Nur für den Dienstgebrauch!). Der Bericht umfasst 20 Seiten und wurde im Januar 1942 abgeschlossen. Ebd., Paket 9079. Den Bericht Nr. 7 »Das Bialystoker Land« (12 Druckseiten) hatte Schieder unmittelbar zuvor fertiggestellt und darin auf Seite 4 den Hinweis auf die 1941 verschiedentlich erwogenen riesigen Zwangsarbeitsprojekte zum Bau von Kanälen zwischen Schwarzem Meer und Ostsee gegeben.

159 Th. Schieder, Landständische Verfassung, Volkstumspolitik und Volksbewusstsein. Eine Studie zur Verfassungsgeschichte ostdeutscher Volksgruppen, in: Hermann Aubin, Otto Brunner, Wolfgang Kothe, Johannes Papritz (Hrsg.), Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg, Leipzig 1943, Bd. 2, S. 257–288, S. 272f., 283.

160 Th. Schieder, Die Bismarckische Reichsgründung von 1870/71 als gesamtdeutsches Ereignis, in: Kurt von Raumer, Th. Schieder (Hrsg.), Stufen und Wandlungen der deutschen Einheit, Stuttgart 1943, S. 342–401, S. 401.

161 Th. Schieder, Ranke und Goethe (wie hier), S. 282ff.

162 Zit. nach Ebbinghaus, Roth, Vorläufer (wie hier), S. 87. Für Schieders noch zu erörternde Schwärmerei für den italienischen Faschismus bildete Mussolinis Politik des sozialen Ausgleichs ein starkes Motiv. Siehe hier, dort S. 490ff.

163 Projektskizze von Schieders Mitarbeiter Ernst Keit, Mai 1941; GSTA, Paket 9082, Bl. 46ff.

164 Schieder, Landesständische Verfassung (1943), S. 258.

165 Spruchkammerakte Th. Schieder; Staatsarchiv, München.

166 Aufzeichnung über die Fragen der Eindeutschung Posens und Westpreußens und der damit zusammenhängenden Umsiedlungen, Begleitschreiben der Publikationsstelle Berlin-Dahlem (Papritz) vom 11.10.1939; Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin,

R 104208, Bl. 20–28. Das Dokument wurde von Martin Kröger und Roland Thimme aufgefunden, den Verfassern des Buches »Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik« (München 1996), das nicht in der Reihe des Instituts für Zeitgeschichte erscheinen durfte.

167 Kundgebung zur Eröffnung der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts, Begrüßungsansprache vom 19.11.1936, gehalten von Karl Alexander von Müller, Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, abgedruckt in: Forschungen zur Judenfrage, Bd. 1, Hamburg 1937, S. 11ff.

168 Schriftwechsel zwischen Walter Frank und von Müller; Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, N1 v. Müller.

169 Ebd., N1 v. Müller, 459. 1958 widmete Schieder sein Büchlein »Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit« von Müller; als er im selben Jahr die Festrede zum 100. Gründungstag der Historischen Zeitschrift zu halten hatte, konnte er »natürlich nicht an der Zeit des Dritten Reiches vorübergehen«. Er hob »das Positive in jeder Weise hervor«, legte von Müller das Manuskript zur Korrektur vor und schrieb ihm: »Es bedarf keines Wortes zwischen uns darüber, wie schwierig die Situation gewesen ist, und ich möchte Ihnen persönlich versichern, wie sehr ich mich in Ihre damalige Lage heute noch versetzen kann.« (Schieder an von Müller vom 1.7.1958; ebd., 470). In den wahrheitsfernen Passagen über die NS-Zeit kann man in Schieders Aufsatz »Die deutsche Geschichtswissenschaft im Spiegel der Historischen Zeitschrift« (Historische Zeitschrift 189 [1959], S. 1–104) nachlesen, wie Schieder seinen Lehrer von Müller, damit auch sich und die gesamte sogenannte Zunft in Schutz nahm.

170 W. Conze, Die deutsche Volksinsel Hirschenhof im gesellschaftlichen Aufbau des baltischen Deutschtums, in: Auslandsdeutsche Volksforschung 1 (1937), S. 152–163.

171 W. Conze, Referat: Bismarck und Polen, in: Osteuropa. Zeitschrift für die gesamten Fragen des europäischen Ostens 14 (1938/39), S. 706–709, hier S. 707.

172 W. Conze, Wilna und der Nordosten Polens, in: Osteuropa 13 (1937/38), S. 657–664, S. 657.

173 W. Conze, Die Besiedlung der litauischen Wildnis, in: Deutsche Monatshefte in Polen 5 (1938/39), S. 427–443.

174 W. Conze, Die weißrussische Frage in Polen, Berlin 1938.

175 W. Conze, Die ländliche Übervölkerung in Polen, in: Arbeiten des XIV. Internationalen Soziologen-Kongresses Bucuresti. Mitteilungen, Abteilung B: Das Dorf, Bd. I, Bukarest o.J. (1940), S. 40–48, S. 47f. Der Kongress sollte am 29.8.1939 beginnen, wurde jedoch wegen der angespannten Lage kurzfristig abgesagt.

176 Der Reichsminister für Wissenschaft usw. (Mentzel) an den Universitätskurator in Posen vom 11.9.1943; Wittram an Wehrbezirkskommando Posen vom 8.4.1944; Bericht Wittrams an den Rektor der Reichsuniversität Posen vom 3.6.1943 über die erfolgreiche Lehrprobe Conzes; Archiv der Universität Poznań, Reichsuniversität Posen, 78/328 (Personalakte Conze 1935–1944).

177 W. Conze, Die Wirkungen der liberalen Agrarreformen auf die Volksordnung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 38 (1949/52), S. 2–43, S. 28.

178 Hans-Ulrich Wehler, Nachruf auf Theodor Schieder. 11. April 1908 – 8. Oktober 1984, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 143–153.

179 Lothar Gall, Theodor Schieder 1908–1984, in: HZ 241 (1985), S. 1–25.

180 Th. Schieder, Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa, hrsg. von Otto Dann und Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1991, S. 35.

181 W. Conze, Der Nationalsozialismus, Teil I: Hitlers Kampf gegen den demokratischen Staat, Stuttgart 1959.

182 Th. Schieder, Nationalismus und Nationalstaat (wie Anm. 53), S. 265.

183 Schieders Beitrag findet sich unter dem Titel »Faschismus und Imperium«, reich und martialisch bebildert, in der sonst ausschließlich von Michael Seidlmayer geschriebenen »Geschichte des italienischen Volkes und Staates. Vom Zusammenbruch des Römischen Reiches bis zum Weltkrieg« (Leipzig 1940), S. 467–503. Unter dem schlichteren Titel »Geschichte Italiens« erschien der Band 1962 abermals, und zwar als 2., erw. Aufl. »Wie schon 1940«, so heißt es im Vorwort, übernahm Theodor Schieder »auch diesmal wieder die Bearbeitung der Epoche seit dem ersten Weltkrieg« und führte sie bis 1945 fort. Ohne ein einziges erläuterndes Wort recycelte er ganze Absätze, ließ andere weg oder drehte sie im Tenor um.

184 Wie hier.

185 Schieder, Nationalismus und Nationalstaat (wie Anm. 55), S. 268.

186 Christoph Schneider (Hrsg.), Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Beispiele, Kritik, Vorschläge, Weinheim 1983; darin der Beitrag Conzes (»Der Weg zur Sozialgeschichte nach 1945«), S. 73–81, und der Schieders (»Die deutsche Geschichtswissenschaft in ihren Institutionen«), S. 93–98. Den Hinweis verdanke ich Werner Lausecker.

187 Theodor Schieder, Europa im Zeitalter der Weltmächte, in: ders. (Hrsg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7/1, Stuttgart 1979, S. 1–351, hier S. 11. Den Hinweis auf diesen Text verdanke ich Matthias Beer. Zum Zusammenhang zwischen Umsiedeln und Völkermord wohl ganz im Sinne des späten Theodor Schieder: Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a.M. 1995.

188 Nonn, Schieder, S. 101f.

189 Dazu das anregende, aber in Bezug auf Schieder schwache

Kapitel Nonns »Historiker und Nationalsozialismus«, S. 210–223.

190 Archiv der MPG (= Max-Planck-Gesellschaft), Abt. III, Rep. 55, 21-2, Bl. 274ff. Die Krankendokumentation von Ursula Kriesch konnte ich nicht finden, doch enthält die Akte des MPI (= Max-Planck-Instituts) für Hirnforschung eine umfassende Abschrift. (Zur Zitierweise s. Fn. auf S. 206.)

191 Zit. nach Jürgen Peiffer, Hirnforschung im Zwielficht. Beispiele verführbarer Wissenschaft aus der Zeit des Nationalsozialismus. Julius Hallervorden, H.-J. Scheerer, Berthold Ostertag, Husum 1997, S. 38.

192 Hallervorden an den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg vom 11.2.1946; Die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft/Max-Planck-Gesellschaft 1945–1949 (Manuskript, Archiv der MPG), darin: J. Hallervorden, Die Pathologische Abteilung des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung, S. 130–141, S. 134.

193 Bundesarchiv, R96I/2/127898.

194 Vermerk für den Herrn Präsidenten (Butenandt), gez. Seeliger, vom 27.8.1962.

195 Aly an Bundesarchiv (Oldenhage) vom 15.12.1982; Bundesarchiv (Trumpp) an Aly vom 11.1.1983.

196 Aly an Singer vom 29.1.1983; Singer an Aly vom 3.2.1983.

197 Von mir angeregt, verfasste Martin Schmidt (1933–2011) damals den Aufsatz »Hephaistos lebt – Untersuchungen zur Frage der Behandlung behinderter Kinder in der Antike«, in: Hephaistos 5/6 (1983/84), S. 133–161.

198 Vermerk (Kazemi) vom 24. und Kazemi an Marsch vom 29.3.1983.

199 Stellungnahme von Kalb vom 15., dessen Schreiben an Aly vom 24.5.1983 und dessen Vermerke zum Antrag Alys vom 15.4. und

4.7.1983.

200 Aly an Singer vom 21.3.1983; Telefonat Marsch mit Kazemi vom 25.3.1983; Kazemi an Singer vom 29.3.1983.

201 Bundesarchiv (Boberach) an MPG (Kalb) vom 23.6.1983; Bundesarchiv (Oldenhage) an Aly vom 5.8.1983 (»Der Vorstoß des Bundesarchivs bei der Max-Planck-Gesellschaft ist leider erfolglos geblieben.«).

202 Vermerk (Kalb) vom 4.7.1984.

203 Aly an Simitis vom 9.6.1983; Simitis an Aly vom 16.6.1983; Simitis an Singer vom 4.8.1984.

204 Hessischer Datenschutzbeauftragter (Hohmann) an MPG (Kalb) vom 9.4.1984.

205 Vermerk (Preiß) über ein Gespräch mit Singer vom 3.10.1984.

206 Genauer, einzelne Namen korrigierend und Daten ergänzend: G. Aly, Die Belasteten. »Euthanasie« 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte. Frankfurt a.M. 2013, S. 120–138, 163–169. Nach meiner neueren Zählung wurden damals nicht 33, sondern 35 Kinder und Jugendliche aus wissenschaftlichen Motiven in der Gaskammer ermordet.

207 G. Aly, Bericht »Zeitgeschichtliche Erforschung der ›Sammlung Hallervorden‹ im Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Frankfurt« vom 16.9. nebst Anschreiben vom 17.9.1984.

208 Aly, Die Belasteten, S. 163–169 (wie Anm. 17). Zuvor hatte ich an folgenden Stellen Einzelheiten über die Sammlung Hallervorden und deren Zusammenhang mit den Euthanasiemorden veröffentlicht: Der saubere und der schmutzige Fortschritt, in: G. Aly u.a. (Hrsg.), Reform und Gewissen (1985), S. 9–78; (Hrsg. und Autor) Aktion T4. 1939–1945. Die »Euthanasie«-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Berlin 1987; (mit Christian Pross als Hrsg.) Der Wert des Menschen. Medizin in Deutschland 1918–1945, Berlin 1989; Hirnforschung im Dritten Reich. Bericht an die Max-Planck-

Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften vom 16. September 1984, in: die tageszeitung vom 21.10.1989; Im Gehirn liegt die Führung, in: G. Aly, Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 73–93.

209 Bundesarchiv (Booms) an MPG-Archiv (Henning) vom 19.11.1984; MPG-Archiv (Henning) an MPG-Generalverwaltung (Marsch) vom 12.12.1984. Henning meinte die Beiratssitzung vom 16.3.1983.

210 Vermerk (Henning) vom 26.9.1984.

211 Wässle an Marsch vom 5.2.1986.

212 Henning an Marsch vom 6.1.1986.

213 Henning an Gutjahr-Loeser (Generalverwaltung) vom 16.9.1987.

214 Anders als Ch. Wickert stellte der 1988 amtierende Dekan des Otto-Suhr-Instituts, Gerhard Kiersch, die Entstehungsgeschichte der Tafel in fairer Weise dar (G. Kiersch, Gedenktafel am Otto-Suhr-Institut, in: FU-Info 6/1988, S. 10f.). Das zitierte Interview mit Ch. Wickert findet sich auf:
<http://www.schattenblick.de/infopool/pannwitz/report/ppri0015.html>.
Die Kurzbiographie siehe: <http://amnesty-fu-berlin.de/event/wissenschaft-im-dienste-der-menschenrechtsverletzungen-des-nationalsozialismus-dr-christl-wickert/>, eingesehen am 10.7.2014.

215 Benno Müller-Hill, Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933–1945, Reinbek 1984.

216 Frucht an Marsch vom 24.1.1986.

217 Marsch an Peters (MPI für Psychiatrie) vom 27.1.1986, daran angeschlossen handschr. Vermerk Weidmanns vom 9.5.1986.

218 Marsch an Peters vom 25.3.1986.

219 Krücke an Marsch vom 1.4.1986; Wässle an Marsch vom

12.3.1986; Wässle an Marsch (Telefonvermerk, gez. O. Schulz) vom 17.3.1986.

220 Henning an Wässle, 19.1.1989.

221 Staab an Singer vom 28.2.1989.

222 Dickman, Scandal over Nazi victims' corpses rocks universities, in: Nature vom 19.1.1989 (Bd. 337); Nazi Research Under the Microscope, in: Time vom 27.2.1989; Seidelman, Legacy of the Nazis, in: Nature vom 21.9.1989; Seidelman, Caplan, A Call for international commemoration vom 12.9.1989; Seidelman, In Memoriam: Medicine's Confrontation with Evil, Hastings Center Report, Nov./Dec. 1989; Call for commemoration and burial of Nazi victims, in: Jewish News, Cleveland, Ohio, vom 30.3.1990.

223 Meldung der Nachrichtenagentur ddp, abgedruckt z.B. in der Stuttgarter Zeitung vom 12.1.1989.

224 Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, Abschlussbericht »Präparate von Opfern des Nationalsozialismus in anatomischen und pathologischen Sammlungen deutscher Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen« vom 25.1.1994; Bayer. Staatsmin. f. Wissenschaft und Kunst (Weininger) an MPG (Generalverwaltung) vom 8.2.1989.

225 Henning an Wässle vom 19.1.1989.

226 Resolution des Gesamtbetriebsrats der MPG zur Problematik noch vorhandener Euthanasie-Präparate im MPI für Hirnforschung vom 9.3.1989; Betriebsrat (Kleinschmidt) an Marsch vom 13.3.1989; Protokoll der 146. Sitzung des Verwaltungsrates der MPG vom 16.3.1989. An der fraglichen, »im Einvernehmen« geführten Diskussion beteiligten sich Wolfgang Hasenclever (ehem. Generalsekretär der MPG), Benno Hess (Vizepräsident der MPG), Alfred Herrhausen (Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank, Schatzmeister und Senator der MPG), Eberhard v. Kuenheim (Vorsitzender des Vorstands von BMW), Generalsekretär Marsch

und Präsident Staab.

227 Kreutzberg an Staab vom 24.2.1989.

228 Archiv der MPG, Personalakte Schleusing.

229 Kreutzberg an Staab vom 24.2.1989; Bericht Henning (»Abschlussbericht«) vom 3.11.1989.

230 Bericht des Präsidenten (Staab) auf der 121. Sitzung des Senats der MPG vom 17.3.1989, S. 9 (Bemerkungen zu »einem von Götz Aly verfassten Artikel in der ›Zeit‹«).

231 Nachforschungen im MPI für Hirnforschung, »Bericht Henning 4« vom 9.3.1989.

232 Henning an Staab vom 23.3.1989, nebst »Bericht Henning 1«.

233 Entwurf einer Presseerklärung der MPG vom 2.5.1989, deutlich einsichtsvoller die Presseerklärung vom 13.10.1989.

234 Staab an Singer vom 31.5.1989.

235 Vermerk Marschs vom 6.10.1989.

236 Henning an Marsch über das MPI für neurologische Forschung in Köln vom 16.5.1989.

237 MPG Archiv an MPG Generalverwaltung vom 17.10.1989.

238 MPG (Staab) an den Hessischen Minister für Wissenschaft und Kunst (Gerhardt) vom 17.10.1989.

239 Vermerk (für Marsch) vom 16.10.; Vermerk »Umgang mit NS-Präparaten« (H.-G. Husung) vom 7.11.1989.

240 Vermerk »Hirnpräparate« von Marsch vom 21.2.1990.

241 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.10.1989.

242 Heute finden sich die Akten im Archiv der MPG, Abt. III, Rep 55, 26-24, 26-25, 29-41 (1942/101, 1942/102, 1944/79).

243 Die Sektionsakten der Brüder Kutschke finden sich im Archiv der MPG, Abt. III, Rep. 55, 26-44, 26-25, 29-43, die Krankenakten im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam, Rep. 55C, Brandenburg-Görden, 2475, 3180, 9772.

244 Henning an Marsch vom 5.3.1990.

245 Jürgen Peiffer, Hirnforschung (wie hier); ders., Wissenschaftliches Erkenntnisstreben als Tötungsmotiv? Zur Kennzeichnung von Opfern auf deren Krankenakten und zur Organisation und Unterscheidung von Kinder-»Euthanasie« und T4-Aktion, Heft 23 der Reihe Ergebnisse des Forschungsprogramms »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«, Berlin 2005; ders., Hirnforschung in Deutschland 1849 bis 1974. Briefe zur Entwicklung von Psychiatrie und Neurowissenschaften sowie zum Einfluss des politischen Umfeldes auf Wissenschaftler, Berlin 2004.

246 In: Acta Neuropathologica 3 (1963), S. 87-107.

247 Im Eingangsbuch (1949-1955) der früheren Histopathologischen Abteilung des MPI für Psychiatrie in München finden sich knappe Angaben über die verstorbenen Kranken, deren Gehirne Peiffer seinerzeit untersucht hatte. Den Eingang des Gehirns von Brigitte Ment. hatte er am 9.8.1955 selbst verzeichnet. Die Krankenunterlagen, Epikrisen und Präparate konnten 2014 nicht aufgefunden werden.

248 Marsch an Ploog vom 8.2.1985; Marsch an Peters vom 5.3.1985.

249 Aly an Peters vom 23.4.1985.

250 Peters an Henning (Febr. 1986) »Stellungnahme zu den Ausführungen von Herrn Dr. Götz Aly in ›Reform und Gewissen‹ und im Bericht (an den Präsidenten der MPG) vom September 1984«; schon zuvor hatte Peters Archivleiter Henning »im Hinblick auf das Forschungsanliegen von Herrn Dr. Aly eine Tabelle der »Aus Ansbach eingeschickten Gehirne 1936-1945« überreicht. Peters

hatte die gestohlene Akte also schnell ausgewertet. Vermerk Hennings über seinen Besuch im MPI für Psychiatrie am 18.1.1986.

251 Ploog an Kreutzberg vom 29.12.1988.

252 Archiv der MPG, I Abt., Rep. 0038, vormals Bd. 23. Die auf dem Vorblatt eingetragenen Benutzer waren Jürgen Peiffer, Thomas Beddies, Volker Roelcke.

Über Götz Aly

Götz Aly ist Historiker und Journalist. Er arbeitete für die »taz«, die »Berliner Zeitung« und als Gastprofessor. Seine Bücher werden in viele Sprachen übersetzt. 2002 erhielt er den Heinrich-Mann-Preis, 2003 den Marion-Samuel-Preis, 2012 den Ludwig-Börne-Preis. Zuletzt veröffentlichte er in den Fischer Verlagen 2011 ›Warum die Deutschen? Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800-1933‹ sowie 2012 ›Die Belasteten. »Euthanasie« 1939-1945. Eine Gesellschaftsgeschichte‹.

Weitere Informationen, auch zu E-Book-Ausgaben, finden Sie bei www.fischerverlage.de

Über dieses Buch

Erhellende Essays des vielfach ausgezeichneten Historikers Götz Aly über die Deutschen und ihre Vergangenheit – denn einen Schlussstrich können wir nicht ziehen

Der Mangel an Selbstbewusstsein und gemeinsamen Werten, die Suche nach dem eigenen Vorteil und ein starker Aufstiegswille führten dazu, dass die Deutschen dem nationalen Sozialismus in Massen folgten. In glänzend geschriebenen Essays eröffnet Götz Aly überraschende Einsichten in die geschichtlichen Konstellationen, welche die ungeheuerlich destruktive Energieentladung der zwölf kurzen Hitler-Jahre möglich machten. Er schildert individuelle Bereicherungen, zeigt, wie die Staatskasse und damit alle Deutschen von dem beispiellosen Raubzug in Europa profitierten, und belegt den Hang der Deutschen, nach dem Krieg Schuld und Verantwortung zu verlagern. Er zeigt, wie sehr nach 1945 der Korpsgeist und Karrierismus selbst in der Max-Planck-Gesellschaft und an historischen Instituten die Erforschung dieser Vergangenheit noch lange behinderten. Ein unbequemes Buch, das zum Weiterdenken anregt.

»Geschichte erfordert Demut und hält nur die eine Lehre bereit: Niemand steht auf der sicheren Seite.«

Götz Aly

»Das ist die große bittere Pointe von Alys monumentalem Forschungswerk: dass zu den Resultaten der nationalsozialistischen Zeit nicht nur Judenmord, Vertreibung und Kriegsverheerung gehören, sondern der Gesellschaftsaufbau der Bundesrepublik.«

Jens Jessen, Laudatio zur Verleihung des Ludwig Börne-Preises 2012 an Götz Aly

Impressum

Covergestaltung: hißmann, heilmann, hamburg

Erschienen bei FISCHER E-Books

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2015

Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.

Dieses E-Book ist urheberrechtlich geschützt.

ISBN 978-3-10-401418-0

Abonnieren Sie Ihren persönlichen Newsletter der Fischer Verlage

Ihre Vorteile:

Wir informieren Sie jederzeit über

- unsere Neuerscheinungen
- Lesungen und Veranstaltungen in Ihrer Nähe
- Neuigkeiten von unseren Autorinnen und Autoren
- Gewinnspiele u. v. m.

Unter allen
Neu-Abonnenten
verlosen wir
monatlich
ein Buchpaket

Melden Sie sich jetzt online an auf
www.fischerverlage.de/newsletter

Inhaltsverzeichnis

[Haupttitel]	2
[Inhaltsübersicht]	3
Einleitung	5
Wie haben die Deutschen 1945 so enden können?	8
Immer dabei und stets anständig geblieben	13
Sonderweg, Verspätete Nation, Volk ohne Mitte	21
Hitlers Blick auf die »Masse der Mitte«	30
Knechtssinn und Freiheitsangst	40
Frivoler Jude, schamlos und frech	41
Die Deutschen, gedrückt und mutlos	47
Wechselnde Motive des Judenhasses	54
Die Langweiler gegen die Tüchtigen	60
Machet sie zu Pulver!	63
Eine Geschichte, die 1871 übergangen wurde	64
Von der Reform zum rechtsförmigen Pogrom	67
Ethnisch säubern, sozial aufsteigen	73
Judendeportationen als Teil ethnischer Politik	74
Hilflos gegen den Geist des Hasses	82
Vertreibung als politisches Ziel	88
Parzellierte Erinnerung vervielfältigt die Opfer	99
All dieses Böse kommt von innen	107
Du sollst nicht stehlen	109
Wer war es gewesen? – »Niemand oder alle«	114
Die Nutznießer des Mordens	123
1938 drohte der Staatsbankrott	125
Raubzüge im besetzten Europa	129
Kriegslasten, beglichen mit dem Gold der Juden	134
Schütze Heinrich Böll im Kaufrausch	138
Gemeinschaftstiftender Raub als Staatsprinzip	143
Hitlers räuberische Kunsthändler	150

Beutestücke in deutschen Wohnzimmern	158
Wilhelm Röpke gegen Volk und Führer	164
Extrem humanistisch-weltbürgerlich eingestellt	165
Standhaft gegen den Nationalkollektivismus	171
Der Massencharakter des Nationalsozialismus	177
Röpke, ein Meister politischer Prognosen	183
Die Kritik des Exilierten an der NS-Herrschaft	191
Rückblicke auf den Albtraum des Kollektivismus	201
Die Deutschen in der Stunde null	209
Man hänge die Großen und ließ die Kleinen laufen	214
Larmoyanz und Selbstmitleid	218
Die heilsame Wirkung des Kalten Krieges	223
»Wieder eine eigene deutsche Wehrmacht« – wie schön	224
Ein vereinigtes Deutschland? Unerträglich!	227
Nachtrag zum 3. Oktober 2014	232
Was wusste Walter Jens?	235
Schneller Verdacht – schlechte Beweise	236
Jens 1944: »Thomas Mann, du großer Dichter«	242
Nachträge 2014	248
Arbeit an den »Vorstufen der Vernichtung«	256
Staatstragender, staatsschaffender Historismus	257
Forschen für die »deutsche Sendung«	263
Zeitgeschichte für den geheimen Dienstgebrauch	267
Das jüdische Element	274
Sozialismus des guten Bluts	281
Rasse und Raum, Volk und Heimat	288
Selbstgewisses Euphemisieren	294
Was danach geschah – Rückblick 2014	304
Weitere Elaborate Alys verhindern!	310
Neuroanatomien morden für die Wissenschaft	311
»Willkürliche und rechtswidrige« Verbote der MPG	319
Archivleiter Henning und das »Ansehen« der MPG	330
»Gesamtvernichtung bzw. würdige Bestattung«	339

Vergraben auf dem Münchner Waldfriedhof	347
Der wissenschaftliche Mord an drei Brüdern	351
Jürgen Peiffers Gedächtnislücke	358
Begegnung mit dem diebischen Professor Peters	361
Register	364
[Lieferbare Titel von Götz Aly]	372
[Anmerkungen]	379
Über Götz Aly	409
[Über dieses Buch]	410
[Impressum]	412
[www.fischerverlage.de]	413